

Wegweiser zur Geschichte



Irak und Syrien

2. Auflage

ZMSBw

Anregungen und Nachfragen richten Sie bitte an:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr (ZMSBw)

Projektbereich Einsatzunterstützung

Dr. Bernd Lemke

Zeppelinstraße 127/128

14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714–564

BwKz (90) 8529–564

Fax (0331) 9714–507

E-Mail zmsbweinsatzunterstuetzung@bundeswehr.org

www.zmsbw.de (auch im Intranet Bw)

Irak und Syrien

Wegweiser zur Geschichte

Begründet vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Wegweiser zur Geschichte Irak und Syrien

Im Auftrag des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von

Bernd Lemke

unter Mitarbeit von
Stefan Maximilian Brenner

Zweite, erweiterte Auflage

ZMSBw 2019

Umschlagabbildung:

Soziale Unruhen in Basra: Junge Demonstranten entzündeten eine Barrikade aus Autoreifen in der Nähe des lokalen Regierungsgebäudes. Sie fordern eine effizientere Verwaltung sowie besser bezahlte Jobs, 18. Januar 2019.

picture-alliance/AP Photo

2., erw. Aufl.

© 2019 Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Redaktion und Projektkoordination:

ZMSBw, Fachbereich Publikationen (0432-02)

Koordination, Lektorat, Bildrechte: Michael Thomae

Satz und Layout: Carola Klinke

Karten und Grafiken: Daniela Heinicke, Bernd Nogli und

Frank Schemmerling

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Druck und Bindung: DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
I. Historische Entwicklungen	
Wiege der Zivilisation: Mesopotamien und das »Land jenseits des Flusses« <i>Loretana de Libero</i>	15
Islamische Reiche 632 bis 1258: Umayyaden, Abbasiden, Seldschuken, Ayyubiden <i>Bernd Lemke</i>	25
Die Kreuzzüge 1095 bis 1291 <i>Martin Hofbauer</i>	29
Die Zeit der Mamlukenherrscher 1250 bis 1517 <i>Anna Kollatz</i>	37
Das Osmanische Reich <i>Udo Steinbach</i>	45
Irak und Syrien vom Sykes-Picot-Abkommen bis zum Ende der Kolonialherrschaft <i>Bernd Lemke</i>	57
Konflikte im arabischen Raum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts <i>Udo Steinbach</i>	67
Irak, Syrien und die bipolare Weltordnung <i>Stefan Maximilian Brenner</i>	77
Staats- und Ordnungsmodelle in der Region <i>Tim Epkenhans</i>	85

Zwischen Nation und Panarabismus: Die innenpolitische Entwicklung in Syrien und Irak von der Unabhängigkeit bis zum Jahr 2000 <i>Roby C. Barrett</i>	91
Der Erste und der Zweite Golfkrieg <i>Henner Fürtig</i>	107
II. Strukturen und Lebenswelten	
Der Islam und seine Ausprägungen im Mittleren Osten <i>Nushin Atmaca</i>	117
Politische Konflikte in der Region und ihre Auswirkungen <i>Jochen Hippler</i>	127
Minderheiten in beiden Ländern <i>Benjamin Thomas White</i>	135
Die Lage der Christen <i>Martin Tamcke</i>	151
Die Kurden: Minderheit in allen Staaten der Region <i>Eva Savelsberg, Siamend Hajo & Andrea Fischer-Tahir</i>	157
Staatlicher Zerfall und Bürgerkrieg im Irak: Von Saddam Hussein zu Nuri al-Maliki <i>Hauke Feickert</i>	169
Staatlicher Zerfall und Bürgerkrieg in Syrien seit 1990 <i>Miriam M. Müller</i>	179
Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung <i>Johann Büssow</i>	189

Alltagsleben, Krieg und Politik im ›offenen Land‹: Tribale Kultur in Irak und Syrien <i>Johann Büssow</i>	201
Zur Rolle der Frau in den islamisch geprägten Gesellschaften Syriens und Iraks <i>Tina Grottefend</i>	211
Wasser – Lebensspender und politisches Konfliktthema <i>Jörg Barandat</i>	217
Kultur, Kunst und Literatur <i>Peter Heine</i>	227
Das maritime Operationsgebiet östliches Mittelmeer <i>Christian Jentzsch</i>	237
Jordanien: Ruhepol oder Staat zwischen allen Stühlen? <i>Bernd Lemke</i>	245
Die regionalen Akteure: Saudi-Arabien, Iran, Türkei und die Golfstaaten <i>Walter Posch</i>	253
Die Lage in Irak und Syrien seit 2016 <i>Bernd Lemke</i>	261
Anhang	
Geschichte im Überblick	268
Kalender	285
Erinnerungsorte	288
Flaggen	293
Abkürzungen	296
Literatur und neue Medien	297
Register	310

Karten und Übersichten

Territoriale Veränderungen des Osmanischen Reichs in der Region	48
Das Sykes-Picot-Abkommen 1916	59
Central Treaty Organization	79
Zweiter Golfkrieg 1991	113
Ethnien und Religionen in Irak	138/139
Ethnien und Religionen in Syrien	142/143
Dritter Golfkrieg 2003	177
Konfliktakteure im syrischen Bürgerkrieg und im Irak, Stand: 8. Juli 2016	186
Erdöl- und Erdgasfelder in Irak und Syrien	194
Länderinformation Syrien	198
Länderinformation Irak	199
Flaggen der Akteure in der Region Syrien und Irak	293–295

Vorwort

Irak und Syrien sind Teil einer Region, deren Krisen und Kriege auch in den europäischen Raum wirken. Der Irak hat in den letzten 40 Jahren drei Kriege und einen grundlegenden Regimewechsel erlebt. In Syrien herrschte lange Zeit vergleichsweise Ruhe und die Stabilität einer Diktatur, bis auch dieses Land nach dem Arabischen Frühling 2011 in einem Bürgerkrieg versank. Der »Islamische Staat« (IS) eroberte nur kurze Zeit später große Teile beider Länder und errichtete ein Schreckensregime. Es kam zu massiven Fluchtbewegungen der Zivilbevölkerung, auch nach Deutschland.

Um ein weiteres Ausgreifen der islamistischen Terrororganisation zu verhindern, begann die Bundeswehr im Herbst 2014, Ausbildungsunterstützung für die Sicherheitskräfte der Kurdischen Autonomen Region (KAR) im Nordirak zu leisten. Außerdem entschloss sich die Bundesregierung, Gerät und Waffen gegen die mit Panzern aus irakischen Armeebeständen ausgestatteten Terroristen zu liefern. Ferner unterstützte die Bundesrepublik die Kurden durch Bereitstellung von Nahrungsmitteln und medizinischem Material. Der Deutsche Bundestag stimmte am 17. Dezember 2014 für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung.

Der »Islamische Staat« konnte inzwischen weitgehend besiegt werden, wie die im Juli 2017 abgeschlossene Rückeroberung der Stadt Mossul zeigte, die weniger als 100 Kilometer von Arbil, dem wichtigsten Einsatzort der deutschen Ausbilder, entfernt liegt. Dennoch bleiben Syrien und Irak erstrangige Problemstaaten. Niemand weiß, ob und in welcher Anzahl Verbände des IS verdeckt weiterkämpfen. In Syrien scheint sich der Bürgerkrieg zwar abzuschwächen, doch ist keine dauerhafte Stabilisierung des Landes abzusehen. Auch die Gefahr, die vom IS ausgeht, ist noch nicht endgültig gebannt. Daher hat der Deutsche Bundestag am 22. März 2018 dem weiteren Verbleib der Bundeswehr im Nordirak zugestimmt.

So wird der Anfang 2016 begonnene Einsatz von Aufklärungsflugzeugen des Typs »Tornado« fortgesetzt, seit 9. Oktober 2017 von der jordanischen Luftwaffenbasis al-Asrak aus.

Ferner leistet die Bundeswehr in diesem Rahmen weitere Unterstützung, etwa durch Luftbetankung, durch Anteile der Besatzungen der AWACS-Luftaufklärungsmaschinen der NATO oder durch Begleitschutz für maritime Verbände verbündeter Nationen. Die Ausbildungsmission am Boden wurde inzwischen auf den ganzen Irak ausgedehnt und soll in Zukunft unter anderem die Unterweisung von Führungskräften der zentralirakischen Streitkräfte umfassen mit dem Ziel, nachhaltige Fähigkeiten aufzubauen («Capacity Building»).

Auch der seit Februar 2016 stattfindende Einsatz der Standing NATO Maritime Group Two (SNMG 2) im östlichen Mittelmeer zur Unterstützung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX wird fortgesetzt. Zeitweise nahmen Einheiten der SNMG 2 an der maritimen Sicherheitsoperation »Sea Guardian« im Mittelmeer teil, die die NATO auf ihrem Gipfel in Warschau im Juli 2016 beschlossen hatte.

Die komplexe Lage in der Region erfordert weiterhin den Einsatz der deutschen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden. Daher hat sich das ZMSBw entschlossen, den »Wegweiser zur Geschichte: Irak und Syrien« neu aufzulegen. Die Hauptadressaten dieses Wegweisers sind die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, denen mit dem Werk grundlegende Informationen und Orientierung geboten werden. Daneben soll die zivile Leserschaft angesprochen werden, da die Konfliktregion in Gestalt von Hunderttausenden Flüchtlingen in der Bundesrepublik präsent ist. Dieser Band soll somit Verständnis erzeugen für die Situation, in der sich die Flüchtlinge befinden, die auch in unserem Land Schutz und Hilfe suchen.

Für das Zustandekommen des Bandes danke ich dem Herausgeber, Dr. Bernd Lemke, und Major Dr. Stefan Maximilian Brenner für dessen Mitarbeit. Dem »Wegweiser zur Geschichte: Irak und Syrien« wünsche ich eine breite Leserschaft.

Dr. Jörg Hilmann
Kapitän zur See und Kommandeur
des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften

Einleitung

Irak und Syrien sind Teil einer der geschichtsträchtigensten, aber auch konfliktreichsten Regionen der Erde. Der Nahe und Mittlere Osten gelten als die Wiege der ältesten Hochkulturen der Welt. Die Region ist gewissermaßen Bindeglied zwischen Europa und Asien. Ein hervorstechendes Merkmal sind die Begegnungen und das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Mächte, Völker und Religionen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass hier seit mehr als 5000 Jahren eine der weltweit kommunikationsreichsten und -dichtesten Zonen existiert. Die Tatsache, dass das Heilige Land und Palästina in direkter Nachbarschaft liegen, spielt darüber hinaus eine besonders bedeutende Rolle.

Franzosen und Briten und später die USA machten im 20. Jahrhundert ihren Einfluss im Nahen und Mittleren Osten geltend, darunter auch auf dem Gebiet der heutigen Länder Irak und Syrien. Seit 2014 gehören diese beiden Staaten zu den Einsatzgebieten der Bundeswehr. Verbände von Heer, Luftwaffe und Marine leisten vielfältige Hilfe, die von Aufklärungseinsätzen über Ausbildung an militärischem Gerät bis hin zu maritimen Eskort- und Überwachungseinsätzen reicht.

In Syrien und Irak sowie in den Nachbarländern sind Politik, Gesellschaft, Religion, Militär und Mentalitäten konfliktreich verwoben. Schon die verschiedenen Akteure lassen sich kaum überblicken: Hier agieren instabile Staaten und deren Institutionen, Rebellengruppen, Religionsgemeinschaften und Konfessionen, Stämme, Terrororganisationen, die teils staatliche Organisationsformen angenommen haben, und weitere Bündnisse jedweder Art. Viele der Akteure sind miteinander verfeindet und in äußerst gewalttätige Auseinandersetzungen verstrickt. Daneben agieren noch etliche Non-Government-Organisationen (NGOs), von denen nicht alle ausschließlich humanitären Zwecken dienen.

Die beiden Länder haben Etliches gemeinsam, etwa ihr geografisches Profil, ihre gesellschaftliche Struktur oder ihre Vergangenheit. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist die historische Entwicklung jedoch unterschiedlich verlaufen: Der Irak befand sich bei Beginn des Arabischen Frühlings 2011 mehr oder weni-

ger seit 30 Jahren in einer schweren Krise bzw. im Krieg, während Syrien bis 2011 als relativ stabiler Staat galt. Danach versank auch dieses Land in einem brutalen Bürgerkrieg. Die ganze Region wird auf längere Sicht nicht zur Ruhe kommen, was auch den permanenten Machtverschiebungen geschuldet ist.

In Syrien hat sich das Assad-Regime nach Jahren des brutalsten Bürgerkrieges mit Tausenden von Toten nicht nur halten können, sondern es ist auf dem Vormarsch und könnte große Teile des Staatsgebietes zurückerobern. Im Irak bleibt die Lage in vielen Landesteilen weiterhin bedrohlich, auch wenn es keinen offenen Bürgerkrieg mehr gibt. Die vielen unterschiedlichen Gruppierungen und Parteien versuchen, die Probleme mit politischen Mitteln zu lösen. Markant ist die Zunahme des politischen Einflusses Teherans: Die iranische Regierung bestimmt, gestützt auf die schiitische Bevölkerungsmehrheit, die Geschicke des Irak mit. Dies wiederum rief die USA auf den Plan. Für Washington gehört der Iran zu den Feindstaaten. Drei Faktoren sind hierbei bestimmend: der Schutz Saudi-Arabiens und seiner Ölquellen, die langfristigen Verpflichtungen für die Sicherheit Israels sowie das Atomabkommen mit dem Iran und dessen wirtschaftspolitische Auswirkungen. Gerade das offensive Vorgehen Teherans im Irak und in Syrien, die wirtschaftlichen Verflechtungen nicht zuletzt der europäischen Staaten mit dem Iran und seinem größten Gegner Saudi-Arabien sowie die Rückwirkungen der Situation auf das transatlantische Verhältnis zeigen, dass den Konflikten dort überregionale und sogar globale Bedeutung zukommt.

Die weitere Entwicklung in Syrien und im Irak wird in entscheidendem Maße auch von deren Nachbarn abhängen – und vom Öl. Möglicherweise wird die Region erst dann zur Ruhe kommen, wenn infolge steigender Elektromobilität im Westen die Nachfrage nach Öl zurückgeht und damit auch dessen Bedeutung als strategischer Faktor.

Der Band umfasst insgesamt 27 Beiträge. Der zweiten Auflage wurden zwei neue Texte hinzugefügt: ein Aufsatz zur Entwicklung der Lage in Irak und Syrien seit 2016 und ein weiterer zu Jordanien. Als Orientierungshilfe enthält der Band einen Abschnitt mit einer Zeittafel, wichtigen Gedenk- und Feiertagen sowie bedeutenden Erinnerungsorten. Unter Zuhilfenahme der weiterführenden Hinweise im Anhang (Literatur, Filme, Inter-

netlinks) soll der Leser angeregt werden, sich intensiver mit den beiden Ländern und den sich aus dem Einsatz ergebenden Fragen zu beschäftigen. Die »Wegweiser zur Geschichte« sind auch als PDF-Dateien auf der Website des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr abrufbar (www.zmsbw.de/html/einsatzunterstuetzung).

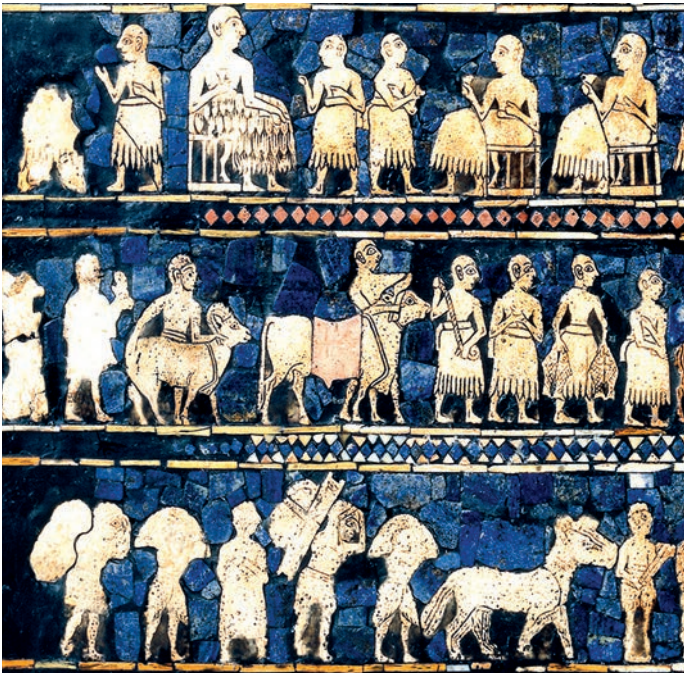
Wie jeder Band der Reihe ist auch dieser in zwei Hauptkategorien unterteilt. Im historischen Teil (rot) wird die geschichtliche Entwicklung dargestellt. Der Teil »Strukturen und Lebenswelten« (blau) bietet, aufbauend auf dem roten Teil, aktuelle Information zur sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Lage in beiden Ländern. Dabei werden auch die unterschiedlichen Mentalitäten in den Blick genommen.

Bei Namen und Wörtern aus dem Arabischen und Hebräischen wurde der besseren Lesbarkeit willen durchgängig eine einfache, an der Aussprache orientierte Umschrift verwendet (so etwa Dschihad).

Ich danke an dieser Stelle von Herzen allen, die direkt oder indirekt zum Entstehen dieses Bandes beigetragen haben.

Wir freuen uns über Anregungen und Kritik. Nutzen Sie dazu bitte die Kontaktdaten auf der vorderen Umschlaginnenseite des Buches.

Bernd Lemke



Die Schrift, das Rad und die Töpferscheibe wurden hier erfunden, die ersten Städte gegründet, eine komplexe Verwaltung entwickelt. Menschheitsgeschichte schrieben die Siedler der fruchtbaren Landschaft um die beiden großen Ströme des Vorderen Orients (im Bild ein Ausschnitt der König-Standarte von Ur aus dem 3. Jahrtausend vor Christus).

Vor rund 10 000 Jahren begann an den Ufern von Euphrat und Tigris eine bemerkenswerte Kulturentwicklung, die bis heute nachwirkt. »Wiege der Zivilisation« nennt daher die moderne Wissenschaft dieses »Land zwischen den Strömen«.

Wiege der Zivilisation: Mesopotamien und das »Land jenseits des Flusses«

Galt in den ältesten Quellen zunächst nur das Gebiet vom heutigen Bagdad bis zum Chabur, einem Nebenfluss des Euphrat, als »Zwischenstromland«, erfuhr der Ausdruck im Laufe der antiken Geschichte eine räumliche Ausdehnung. »Mesopotamia«, »zwischen den Flüssen« (*meso potamios*), nannten die Griechen seit den Feldzügen Alexanders des Großen die vegetationsreiche Landschaft nördlich von Bagdad. Der Geograf Klaudios Ptolemaios (ca. 100–180 n.Chr.) erklärte bereits die gesamte Region vom Taurusgebirge bis zur damals noch getrennten Mündung beider Ströme in den Persischen Golf zu »Mesopotamia«. Im heutigen Sprachgebrauch zählt demgemäß zu Mesopotamien hauptsächlich das Gebiet des heutigen Irak und das nordöstliche Syrien. Die Fruchtbarkeit der Landschaft jenseits der syrisch-arabischen Wüste war nahezu sprichwörtlich. Von einem Paradies ist in der Bibel denn auch die Rede, einem »Garten in Eden«, der von den paradiesischen Flüssen Euphrat und Tigris bewässert werde. Der schiffbare Euphrat war der längste Strom des Alten Orients. »Der Fluss« wurde er daher oftmals nur genannt, »der Große«. Er trennte Mesopotamien von dem »Land jenseits des Flusses«, eine frühe Bezeichnung für das syrische Gebiet westlich des Euphrats.

Mesopotamien ist stets von unterschiedlichen Kulturen bevölkert worden. Eine geopolitische Einheit, ein »mesopotamisches Reich« hat es in dieser großräumigen Flusslandschaft nicht gegeben, wenn sie auch ein häufig umkämpfter Teil verschiedener Reiche und Herrscher wurde. Die Geschichte Mesopotamiens und seiner angrenzenden Gebiete war eine Geschichte der Kriege, der Eroberungen, der Einwanderungen, Verdrängungen und Vertreibungen. Völker stiegen aus dem Dunkel der Geschichte auf und verschwanden alsbald wieder. Am bekanntesten sind heute noch die Sumerer, Babylonier, Assyrer, Perser, Makedonen und Römer.

Bereits im Neolithikum, vor etwa 7000 Jahren, war die Flusslandschaft dauerhaft besiedelt. Die Menschen ließen sich zunächst in Nordmesopotamien nieder, drangen dann in die südlicheren Gefilde zwischen Euphrat und Tigris vor. Von Jägern

und Sammlern wandelten sie sich zu Ackerbauern und Viehzüchtern. Alsbald erleichterten einfache Bewässerungstechniken mit Gräben und Dämmen den Feldanbau. Tiere wurden domestiziert, Pflanzen kultiviert, Wohnhäuser und Tempel errichtet. Tauschhandel und Handwerk gewannen zunehmend an Bedeutung. Jarmo im Nordirak etwa gehört zu den ältesten bekannten Siedlungen der Menschheitsgeschichte.

Die erste Hochkultur: Die erfindungsreichen Sumerer

Wasser bringt Wohlstand und Wachstum. Wasser war daher auch die Voraussetzung für die Entwicklung der ersten Hochkultur im heutigen Südirak: Sumerer, »Kulturbringer«, so nannten ihre nördlich angrenzenden Nachbarn, die Akkader, dieses erfindungsreiche Volk an den Ufern der beiden Flüsse südlich von Bagdad. Da der Süden anders als der Norden Mesopotamiens niederschlagsarm war, hingen Wohl und Wehe einer Ansiedlung von einer ausreichenden Wasserversorgung ab. Das Volk der Sumerer legte daher früh künstliche Kanäle an, die ihre Felder zu bewässern halfen. Dem Gewerbe wie der Metallverarbeitung, der Keramik- wie der Textilproduktion kam der Wasserreichtum ebenfalls zugute. Handelsrouten entstanden zu Lande und zu Wasser, die bis ans Mittelmeer in das »Land jenseits des Flusses«, nach Ägypten und an den Indus reichten.

Aus den sumerischen Siedlungen wuchsen größere Gemeinwesen, Stadtstaaten aus Lehm, mit Stadtmauern, Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden und Tempelanlagen. Zu den ältesten Städten in der Geschichte der Menschheit zählen etwa Uruk, Kisch, Ur, Umma, Lagasch, Isin, Nippur oder Eridu im Süden Mesopotamiens.

Regiert wurden diese Stadtstaaten zunächst von Priesterfürsten, später weltlichen Herrschern. Sie verwalteten das den Göttern gehörende Land – die Forschung spricht von »Tempelwirtschaft« –, kontrollierten den Handel, sprachen Recht und gaben Gesetze. Unterstützt wurden sie von einer adeligen Oberschicht, die Mittelschicht stellten dienstpflichtige Bürger, die als Bauern

das Land bestellten, Handwerk oder Handel betrieben oder als Ingenieure, das Bewässerungssystem warteten. Sklaven spielten eine eher geringe Rolle. Die Bevölkerung war arbeitsteilig in ein rasch komplexer werdendes gemeinschaftliches Wirtschaftsgefüge eingebunden.

Es entwickelte sich eine effektive Staatsverwaltung, die über die Zuteilung von Land und Wasser und die erwirtschafteten Güter sorgfältig Buch führte. Grundlage der Bürokratie waren anfangs Zählsteine, um 3000 v.Chr. Piktogramme auf Tontafeln, schließlich um 2700 v.Chr. die rechtsläufige Keilschrift: Buchstaben wurden mit einem Keil in den noch feuchten Lehm getrieben. Die Entwicklung der Schrift zählt zu den bedeutendsten kulturellen Leistungen der Sumerer. Die Forschung schätzt, dass bis zu zwei Millionen Schrifttafeln ausgegraben worden sind. Lediglich ein Bruchteil konnte bislang gelesen oder publiziert werden. Auf den inhaltlich bekannten Tontafeln finden sich hauptsächlich Wirtschaftstexte, Abrechnungen, Verträge oder Urkunden. Doch nicht nur nüchterne Verwaltungstexte, sondern auch eine reiche Erzählliteratur haben uns die Sumerer hinterlassen. Als ältestes literarisches Zeugnis der Menschheitsgeschichte gilt das berühmte Gilgamesch-Epos, das seinen Ursprung im 3. Jahrtausend v.Chr. hat: Der Halbgott Gilgamesch aus Uruk erlebt auf seiner vergeblichen Suche nach der Unsterblichkeit viele Abenteuer.

Die Keilschrift verbreitete sich rasch. So wurde sie von Handelspartnern der Sumerer im »Land jenseits des Stromes« übernommen, etwa von den Städten Mari und Ebla, wie bedeutende Funde bezeugen. Auch die späteren Eroberer Sumers erlernten sie. Erst in der Zeit des Neuassyrischen Reiches wurde sie durch das uns geläufige phönizische Alphabet ersetzt. Die Keilschrift geriet in Vergessenheit und wurde erst im 19. Jahrhundert wiederentdeckt.

Das Wasser brachte den Wohlstand, und mit ihm kamen weitere kulturelle Errungenschaften: Die Sumerer erfanden das Wagenrad und die Töpferscheibe, das Rollsiegel und das mit einem Trinkhalm genossene Bier, das als Statussymbol und als Genuss- wie Zahlungsmittel sehr geschätzt wurde. Archäologische Funde zeugen überdies von einer vielseitigen bildenden Kunst und Architektur.



pa/Artcolor/Bildarchiv Hansmann

Gilgamesch und sein Gefährte Enkidu als Löwenbezwinger. Ausschnitt aus einem Rollsiegel, 3. Jahrtausend v.Chr.

Der Wohlstand der sumerischen Stadtstaaten weckte Begehrlichkeiten bei den Nachbarn. Sie mussten sich zudem einfällender Nomaden erwehren. Einwanderungen und Vermischungen, Austausch von Kultur und Sprache lassen sich nachweisen. Expansive Bestrebungen rivalisierender Stadtstaaten führten überdies zu einer Abfolge von erbitterten kriegerischen Auseinandersetzungen um Land und Wasser.

Das erste Großreich der Geschichte: Das Reich von Akkad

Nördlich von Sumer lebte das Volk der Akkader. Um 2340 v.Chr. eroberte ihr Herrscher Sargon die sumerischen Stadtstaaten und gründete für kurze Zeit das Akkadische Reich im heutigen Irak, das bis nach Syrien, Anatolien und Elam (im Iran) reichte. Seine militärische Überlegenheit gründete in einem stehenden Heer, geschickter Taktik und neuen Kampftechniken. Mit Nahkampftruppen und unterstützt von Fernwaffen waren die akkadischen

Krieger der starren sumerischen Phalanx überlegen. Doch kam es zu Unruhen, die vom Enkel Sargons, Naram-Sin, der sich stolz »Herrscher über die vier Weltgegenden« nannte, blutig niedergeschlagen wurden. Neue Aufstände gegen Ende des 22. Jahrhunderts v.Chr. führten schließlich zusammen mit dem Einfall des westiranischen Bergvolkes der Gutäer zum Zusammenbruch des Akkadischen Reiches.

Ein letztes Aufbäumen: Das Neusumerische Reich von Ur

Ein letztes Mal in der Geschichte bildete sich in Südmesopotamien ein sumerisches Reich, die »Ur III«-Dynastie. Nach der Vertreibung der Gutäer wurde die Stadt Ur am Euphrat zum politischen und religiösen Mittelpunkt eines neusumerischen Territorialstaates, der zeitweise bis nach Nordmesopotamien reichte. Der König und seine Statthalter regierten wie ihre Vorfahren mithilfe einer hoch entwickelten Administration. Beamte verwalteten, kontrollierten und organisierten den staatlichen Grundbesitz und den lukrativen Fernhandel. Eine Vielzahl an Tontafeln gibt Einblick in das straff geführte Wirtschaftssystem. Das Streben nach Ordnung erstreckte sich auch auf den Bereich der Rechtsprechung. König Ur-Nammu ließ um 2100 v.Chr. das geltende Recht schriftlich fixieren. Beim »Codex Ur-Nammu« handelt es sich um die älteste bekannte Rechtssammlung der Geschichte.

Das Neusumerische Reich zerfiel schließlich um 2000 v.Chr. unter dem Ansturm der Amurriter und Elamer. Ur blieb zwar noch lange Zeit eine Handelsmetropole und bedeutende Kultstätte. Berühmt war ihr von Ur-Nammu gebauter Tempelturm, die Zikkurat. Doch als der Euphrat seinen Lauf verlagerte, war der Ort vom Wasser abgeschnitten und damit dem Untergang geweiht (um 500 v.Chr.). Die reiche Kultur Sumers, die von eingewanderten Völkerschaften beeinflusst war, prägte nicht nur bis zum Ende der Antike die Landschaft zwischen den Strömen, sondern hat auch in unser kulturelles Gedächtnis Eingang gefunden.

Der Nachfolger: Das Babylonische Reich im Süden

Die neuen Herrscher, die Amurriter, machten das am Euphrat gelegene Babylon um 1800 v.Chr. zur Hauptstadt ihres mächtigen Reiches, das kurzzeitig bis nach Assur und Mari reichte. »Babilim« nannten sie auf akkadisch ihr Herrschaftsgebiet, die Griechen machten daraus »Babylonia«. Von den neuen Machthabern wurden überkommene administrative Formen und Praktiken im Wesentlichen beibehalten. Die Bewässerungskanäle wurden gewartet, der Handel gefördert, Städte mit Tempel- und Palastbauten geschmückt und durch Befestigungen geschützt. Babylonien erlebte eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit (Literatur, Medizin, Mathematik, Astronomie). Babylon dürfte wohl im 18./17. Jahrhundert v.Chr. die größte Stadt der Welt gewesen sein, mit mehr als 200 000 Einwohnern, darunter eine Vielzahl an Zuwanderern – Kassiten, Aramäer und Chaldäer –, die später die Geschicke Babyloniens bestimmen sollten.

Der bekannteste babylonische Herrscher war Hammurapi I. (1792–1750 v.Chr.), die »Sonne Babylons«, wie er sich selbst nannte. Er brachte durch geschickte Diplomatie, aber auch militärische Unternehmungen ganz Mesopotamien kurzzeitig unter seine Oberhoheit. Doch ist der König heute vor allem bekannt für seine vollständig erhaltene Rechtssammlung, den »Codex Hammurapi«, rund 280 Rechtssätze, die alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens betrafen.

Die Hethiter, die Zentralanatolien und Nordsyrien beherrschten, eroberten und plünderten 1595 v.Chr. die Hauptstadt. Die mit ihnen verbündeten Kassiten rissen nun die Macht an sich. Mit ihren Nachbarn, den aufstrebenden Assyriern, führten sie Kriege mit wechselndem Ausgang, in deren Folge Babylon mehrfach zerstört wurde. Nach einer kurzen elamischen Besetzung um 1155 v.Chr., die die kassitische Herrschaft ablöste, konnte Nebukadnezar I. (1126–1104) ein letztes Mal die Fremdherrschaft abschütteln. Babylonien geriet jedoch in der Folgezeit unter assyrischen Einfluss.

Der Nachbar: Das Assyrische Reich im Norden

Der Norden Mesopotamiens blieb lange Zeit abhängig vom Akkadischen und Neusumerischen Reich. Erst im 18. Jh. v.Chr. erlangte der im heutigen Nordirak gelegene Stadtstaat Assur am Tigris unter dem König Schamschi-Adad I. (1808–1776 v.Chr.) die Herrschaft über die Region. Nach dessen Tod versank Assur jedoch wieder in die Bedeutungslosigkeit, um im 14. und im 10. Jahrhundert erneut zur Großmacht aufzusteigen. Gestützt auf ihre schlagkräftigen Armeen suchten (neu-)assyrische Herrscher nun ihre Grenzen mit wechselnden Erfolgen bis nach Ägypten, zum Zagrosgebirge und nach Babylon auszudehnen. Im »Land jenseits des Flusses« hatten sie sich zudem mit den erstarkenden Aramäern um das Königreich Aram-Damaskus auseinanderzusetzen. Aufstände der Unterworfenen insbesondere in Babylonien wurden grausam niedergeschlagen. Die neuassyrischen Kriegsherren verlegten im 9./8. Jahrhundert v.Chr. ihre Residenz von Assur nach Kalhu/Nimrud und schließlich nach Ninive, die von einer regen Bautätigkeit profitierten. In Ninive wurde auch die bislang größte Sammlung literarischer und wissenschaftlicher sumerisch-akkadischer Keilschrifttexte des letzten bedeutenden neuassyrischen Herrschers Assurbanipal (669–627 v.Chr.) entdeckt.

Das Ende des Alten Orients: Neu-Babylonien und die Perser

Nach dem Tod Assurbanipals nutzten die Chaldäer unter Nabopolassar (626–605 v.Chr.) in Babylonien die Gelegenheit, die Königswürde an sich zu reißen und schließlich im Bündnis mit den Medern Assyrien zu erobern. Assur, Nimrud und Ninive wurden zerstört. Assyrien existierte nicht mehr, ein neues Reich, das Chaldäische bzw. Neubabylonische Reich, trat sein Erbe an.

Nach siegreichen Feldzügen gegen seine Nachbarn, vor allem Ägypten, regierte Nabopolassars Sohn, Nebukadnezar II. (605–562 v.Chr.), über ein Gebiet von Syrien-Palästina bis an den Persischen Golf. Heute ist er vor allem bekannt durch

die Eroberung und Zerstörung des aufständischen Jerusalems 587/586 v.Chr. und die Zwangsumsiedlung der Israeliten in das in der Bibel beklagte »Babylonische Exil«. Mesopotamien hingegen erlebte nach Jahren der Kriege und Verheerungen eine neue Blütezeit. Die von Nebukadnezar erneuerte Herrscherresidenz Babylon wuchs zu einer multikulturellen Großstadt, die von einer gewaltigen Stadtmauer umgeben war. Ein Stadttor Babylons, das Ishtar-Tor, befindet sich heute im Berliner Pergamon-Museum. Legendär wurde der »Turm zu Babel«, eine 90 Meter hohe Zikkurat des Königs für den Stadtgott Marduk. Der irakische Diktator Saddam Hussein sah sich als Nachfolger Nebukadnezars und ließ in den Ruinen Babylons sogar einen eigenen Palast bauen.

Das Reich von Babylon fiel 539 v.Chr. an die neue Macht im Vorderen Orient, die Perser unter ihrem Großkönig Kyros II. Sein von der Bevölkerung umjubelter Einzug in Babylon gilt als das Ende der altorientalischen Geschichte. In der Folgezeit wurden die Geschehnisse Mesopotamiens von fremden Mächten bestimmt.

Der Kampf um das Erbe: Makedonen, Perser, Römer

Das »Zwischenstromland« blieb bis zum Ende der Antike eine umkämpfte Region mit wechselnden Besitzverhältnissen. Auf die Perser, die das Land in zwei Provinzen teilten, die Satrapien Assyria und Babylonia, folgten die makedonischen Eroberer unter Alexander dem Großen, der 331 v.Chr. eine große Satrapie namens Mesopotamia einrichtete. Nach seinem Tod fiel sie zusammen mit Syrien 312 v.Chr. an die makedonischen Seleukiden, eine der rivalisierenden Nachfolgedynastien (Diadochen) im zerfallenden Alexander-Reich. Mesopotamien erlebte nun eine längere Friedenszeit. Westlich des Euphrats wurde jedoch mit Ägypten um die Vorherrschaft in Syrien gerungen (3./2. Jahrhundert v.Chr.). Seleukia am Tigris wurde die neue Hauptstadt, weitere Städtegründungen waren etwa Edessa, Apameia am Tigris und Dura Europos, wo niedergelassene Makedonen und Griechen die Oberschicht bildeten.

129 v.Chr. verloren die Seleukiden das nördliche Mesopotamien an die iranischen Parther, 64 v.Chr. wurde Syrien von den Römern erobert und zur Provinz gemacht. Die Grenze zwischen dem Parthischen und Römischen Reich bildete nun der Euphrat, welchen die römischen Legionen in der Kaiserzeit oftmals zu überschreiten suchten. Die parthische Herrschaft endete mit der Machtübernahme der persischen Sassaniden im 3. Jahrhundert n.Chr. Mit Rom hatten die Parther mit einigen Unterbrechungen 400 erschöpfende Jahre lang Krieg geführt. Spielball zwischen den beiden Großmächten war dabei immer auch Mesopotamien. Im Zuge der Islamischen Expansion besetzten schließlich die Araber nach der Niederlage der Perser bei Kardesia 636 n.Chr. das »Zwischenstromland« und das »Land jenseits des Flusses«. Sie trafen dort mehrheitlich auf aramäisch sprechende Christen. Von den einst über 1000 Gottheiten Mesopotamiens blieb am Ende der Antike ein einziger Gott übrig. Zu den ältesten christlichen Stätten gehören Edessa, Nisibis, Ninive oder das Kloster Mar Behnam unweit Nimrud (nahe Mossul). Die Araber traten ein reiches kulturelles Erbe in Mesopotamien an, dessen nördlichen Teil sie fortan »al-Jazirah«, »die Insel«, nannten, den südlichen Teil hingegen »al-Iraq«.

Loretana de Libero



Die Jahrhunderte nach Begründung des Islam waren geprägt von schnellen Eroberungszügen, raschem Zerfall entsprechender Reiche, heftigen Kämpfen, wechselnden Herrschaften, gleichzeitig aber auch dem Handeln glanzvoller und herausragender Gestalten, die bis heute der Machtlegitimation dienen. Das wohl bekannteste Beispiel bietet der kurdische General und Herrscher Saladin, der im Jahre 1187 Jerusalem von den Kreuzfahrern zurückeroberte und damit bis heute in der muslimischen Welt hohes Ansehen genießt – genauso wie der Begriff »Kreuzfahrer« als Ausdruck vehementer Feindschaft dient.

Das Bild zeigt das 1993 von Hafiz al-Assad eingeweihte Saladin-Denkmal vor der Zitadelle in Damaskus. Damit versuchte der Assad-Clan, obwohl einer Minderheit zugehörig, den Anspruch als Verteidiger und Herrscher über die Muslime, egal welcher Herkunft, zu zementieren. In historischer Periode währte die Herrschaft Saladins und seiner Dynastie, der Ayyubiden, indes nicht sehr lange.

Islamische Reiche 632 bis 1258: Umayyaden, Abbasiden, Seldschuken, Ayyubiden

Die Zeit nach Mohammeds Tod (gest. 8. Juni 632 in Medina) war einerseits geprägt von einer fulminanten Ausbreitung des Islam, andererseits kam es zu erbitterten inneren Kämpfen. Es entstanden Großreiche, die rasch wieder zerfielen. Wie schon in den Tagen Mohammeds spielten religiöse Aspekte und Verwandtschaftsverhältnisse eine wesentliche Rolle.

Bereits die direkte Nachfolge des Propheten wurde maßgeblich durch Konflikte und Gewalt bestimmt. Insbesondere zwei Lager konkurrierten um die Macht, d.h. um die offizielle Nachfolge des Propheten (Kalifenwürde). Es waren dies die Mitglieder der Banu Umayya, einer der ersten Familienclds der Kuraisch, die sich Mohammed angeschlossen hatten, und die Sippe Alis (Abu I-Hasan Ali ibn Abi Talib), seines Vetters und Schwiegersohns, vor allem dessen Sohn Husain, der 680 während der Schlacht von Kerbala getötet wurde. Daraus entstand dann der schiitische Glaube, der bis heute die unmittelbarste verwandtschaftliche Nähe zu Mohammed für sich reklamiert (siehe hierzu den Beitrag von Nushin Atmaca).

Zunächst aber übernahmen die Sieger die Macht und gründeten die Umayyadendynastie (661–750), die ihr Zentrum in Damaskus hatte und den Vormarsch des Islam nach Spanien und bis zum Indus vorantrieb. Rasch machte sich eine der Hauptschwächen dieser Reiche bemerkbar: die fehlende organisatorische Konstanz. Sie gründeten ursprünglich auf beduinischen Strukturen, was für flexible Kriegführung und rasche Eroberung einen großen Vorteil darstellte, den Aufbau stabiler und belastbarer Herrschaftsstrukturen jedoch erheblich beeinträchtigte, auch wenn nach einer gewissen Zeit Verwaltungsstrukturen entstanden. Rivalitäten und Aufstände taten ein Übriges.

Schließlich erwuchs den Umayyaden ernsthafte Konkurrenz, als in einem östlichen Reichsgebiet (Khurasan) eine Partei entstand, die sich auf Abbas, den väterlichen Onkel Mohammeds, berief. Die Abbasiden besiegten die Umayyaden 750 in einer Schlacht bei Mossul und setzten als Kalifen einen Nachkommen

von Abbas ein. Sie gründeten eine neue Hauptstadt im Irak, Bagdad, die bis zur Zerstörung durch die Mongolen 1258 ihre historische Blütezeit erlebte (siehe den Beitrag von Peter Heine). Hier ist vor allem die Regierungszeit des Kalifen Harun al-Raschid zu nennen, der auch Kontakte zu Karl dem Großen hatte.

Aber auch diesem Reich war keine dauernde Stabilität vergönnt, sondern es zerfiel in Regionalherrschaften. Die Abbasiden wurden zwar nicht vom Thron gestoßen, führten aber ein Schattendasein und wurden als Nachfolger des Propheten zunehmend lediglich als politisch-geistige Legitimation benötigt. Ab dem 9. Jahrhundert gewannen lokale Dynastien die Macht in verschiedenen Provinzen. Eine dieser Gruppen waren die schiitischen Buyiden, die im Jahre 945 Bagdad besetzten (bis 1055).

Ab dem 11. Jahrhundert stießen dann die Seldschuken, nomadische Stämme aus Zentralasien, in die Region vor. Die sunnitischen Seldschukenherrscher erwiesen sich als äußerst geschickt bei der Eroberung, verhedderten sich allerdings, wie die meisten Mächtigkeitsgruppen in dieser Zeit, in Rivalitäten und Nachfolgekonflikte. Den Seldschuken vermochten zwar die Buyiden 1055 aus Bagdad und die schiitischen Fatimiden aus Syrien und Palästina zu vertreiben, jedoch nicht eine dauernde Herrschaft zu errichten. Sie konzentrierten sich auch wieder stärker auf ihre ursprünglichen Machtgebiete im Osten und überließen die Sicherung ihrer Eroberungen in Mesopotamien und Syrien lokalen Emiren und Atabegs. Daraus entstand beispielsweise das Reich der Zangiden (Nordsyrien und Nordirak), benannt nach einem General im Dienste der Seldschuken.

Der Hauptverlierer all dieser Entwicklungen war das Byzantinische Reich. Bereits im 7. Jahrhundert verlor Ostrom alle Gebiete in der Levante, in Palästina und an der südlichen Mittelmeerküste, zeitweise auch die Seeherrschaft. Nur mühsam konnte Byzanz sich in Kleinasien und Südeuropa halten, und zeitweise sank es sogar auf das Niveau einer kleinen Regionalmacht herab. Erst nach inneren Reformen unter Kaiser Alexios I. Komnenos (1048–1118) und dessen Nachfolgern sowie durch die Kreuzzüge ergaben sich eine Stabilisierung der Lage und die Rückeroberung substanzieller Gebiete in Kleinasien.

In Syrien war die Herrschaft jedoch endgültig beendet: Das Gebiet um Antiochia wurde zwar Ende des 11. Jahrhunderts

durch die Kreuzfahrer von den Seldschuken zurückerobert, aber nicht mehr an Byzanz zurückgegeben. Ständig bedroht von den Rum-Seldschuken, die ein mächtiges, von den Seldschuken unabhängiges Reich in Kleinasien aufbauten (Hauptstadt Konia), und zunehmend bedrängt vom ehemaligen Vorposten Venedig, geriet Byzanz immer mehr in die Defensive. Nach der Eroberung und Plünderung Konstantinopels während des 4. Kreuzzuges (1204) begann der endgültige Abstieg. Die Eroberung durch die Osmanen im Jahre 1453 war letztlich nur noch Schlusspunkt und Vollzug der politisch-strategischen Realitäten.

Der Nachfolger des Römischen Reiches war schon lange zuvor auf den Status eines Akteurs unter vielen herabgesunken und wurde von einigen muslimischen Anführern dann auch dauerhaft überstrahlt. Die wohl bekannteste Gestalt auf muslimischer Seite erwuchs der Geschichte in der Person Saladins (Salah ad-Din, ca. 1137–1193), Sohn eines kurdischen Generals im Dienste der Zangiden. Saladin wurde zunächst nach Ägypten entsandt, wo er sich gegen die dort regierenden schiitischen Fatimiden und die Kreuzritter durchsetzte. Schließlich begründete er die Dynastie der Ayyubiden, benannt nach dem Vater Saladins. Er baute eine große schlagkräftige Armee auf, besiegte die Kreuzritter 1187 bei Hattin vernichtend und nahm Jerusalem ein (zur Geschichte der Kreuzzüge in der Region siehe den Beitrag von Martin Hofbauer). Damit begann im Grunde der Niedergang der Kreuzfahrerstaaten.

Die Ayyubidenreich expandierte zeitweise bis nach Tunesien, Syrien, Irak und Jemen, wurde aber durch innere Rivalitäten geschwächt. Die Ayyubiden wurden schließlich ab Mitte des 13. Jahrhunderts durch die Mamluken abgelöst (zu den Mamluken siehe den Beitrag von Anna Kollatz). Mesopotamien wurde zeitweise durch die Mongolen überrannt, die indes bei Ain Dschalut 1260 in der Nähe des heutigen Sees Genesareth durch die Mamluken eine entscheidende Niederlage erlitten. Trotz eines weiteren Vorstoßes im 1299/1300 gelang es ihnen nie, Syrien wirklich zu besetzen.

Bernd Lemke



In der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart wurde und wird der Begriff »Kreuzzug« aus unterschiedlichen politischen Motivationen heraus immer wieder verwendet, um die Auseinandersetzung mit einem Gegner schlagwortartig zu verdichten. Unter anderem dient er als unpräzises Synonym sowohl für ideologische Auseinandersetzungen als auch für interkulturelle politische Konflikte zwischen Vertretern unterschiedlicher Kulturen und Religionen. So erklärte zum Beispiel der damalige US-Präsident George W. Bush im Anschluss an die Anschläge in den USA vom 11. September 2001: »Dieser Kreuzzug, dieser Krieg gegen den Terrorismus wird einige Zeit dauern.« Für die muslimische Bevölkerung in Arabien wiederum sind die Begriffe »Kreuzfahrer« und »Kreuzzüge« emotional aufgeladen, da sie als Symbol für die Unterdrückung durch westliche Imperien bzw. den Westen generell gesehen werden.

Die in der oben abgebildeten französischen Buchmalerei (Ausschnitt) aus dem 15. Jahrhundert dargestellte Belagerung von Damaskus durch das größte je aufgestellte Kreuzfahrerheer im Juli 1148 musste nach nur vier Tagen aufgegeben werden. Die Belagerung scheiterte unter anderem an der Uneinigkeit der Kreuzzugführer. Auch der zweite Kreuzzug selbst war für die christlichen Heere ein Misserfolg.

Die Kreuzzüge 1095 bis 1291

Die Araber und die Turkvölker scheinen in den ersten Jahrzehnten der Kreuzzugszeit gar keine zielgerichtete religiöse Komponente dieser Auseinandersetzung gesehen zu haben. Aus ihrer Sicht kämpften sie wie bereits seit Jahrhunderten gegen das Byzantinische Reich. Neu war, dass nun Truppen auftauchten, die sich Franken nannten und aus einem den Arabern völlig fremden Teil der Welt stammten. Für die christlichen europäischen Zeitgenossen handelte es sich bei den Kreuzzügen um religiös motivierte, bewaffnete Pilgerfahrten in das Heilige Land. Sie hatten das Ziel, die heiligen Stätten der Christenheit, die unter die Fremdherrschaft der Sarazenen gefallen waren, zu befreien und wieder unter eine christliche Herrschaft zu stellen.

Ursache der Kreuzzüge

Doch wie war es dazu gekommen? Das Christentum hatte sich in den ersten Jahrhunderten n.Chr. kontinuierlich innerhalb des Römischen Reiches ausgebreitet. Am Beginn des vierten Jahrhunderts war es sogar zur Staatsreligion im Römischen Reich geworden. Zu den stark christianisierten Gebieten gehörten zu dieser Zeit neben Palästina mit den heiligen Stätten unter anderem die Gebiete um Damaskus, Palmyra, Antiochia, Edessa, Dura Europos sowie zahlreiche Küstenregionen in der heutigen Türkei. Bis zum Beginn des siebten Jahrhunderts wurden nahezu alle Teile der damals bekannten Welt weitgehend christianisiert.

Mit dem Auftreten des arabischen Propheten Mohammed (um 570–632), der Entstehung seiner neuen Heilslehre des Islam und der sich ausbildenden muslimischen Bewegung als politischer und religiöser Machtfaktor änderte sich die Situation beinahe schlagartig. Bis zum Tode Mohammeds 632 war praktisch die gesamte arabische Halbinsel erobert. In den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten verleibten die ersten vier Kalifen weite Teile von Nordafrika sowie des Nahen und Mittleren Ostens in ihren Herrschaftsbereich ein. Innerhalb weniger Jahrzehnte hatte die Christenheit praktisch alle Gebiete verloren, in denen das Chri-

stentum entstanden oder in denen es besonders tief verankert war: Palästina mit den heiligen Stätten, Nordafrika sowie Syrien und das Zweistromland. Damaskus wurde für knapp 100 Jahre zum Herrschaftssitz der Dynastie der Umayyaden, die von dort aus ein Weltreich regierten.

Damit war die Ausdehnung der Macht- und Einflussphären der muslimisch-arabischen Völker noch nicht am Ende angelangt. Im Westen des Mittelmeerraumes eroberten sie große Teile Spaniens.

Im Osten des Mittelmeerraumes entstand ein neuer Machtfaktor: Die Seldschuken, ein aus Innerasien nach Westen vorstoßendes Turkvolk, zogen 1055 in Bagdad ein, übernahmen die Herrschaft und marschierten weiter in Richtung Konstantinopel. Im Jahr 1071 fügten sie einem byzantinischen Heer in der Schlacht bei Manzikert eine katastrophale Niederlage zu. Die Folge war die Bedrohung des Oströmischen Reiches, aber auch die beliebten Pilgerfahrten nach Jerusalem und zu den heiligen Stätten wurden zunehmend erschwert.

Der byzantinische Kaiser Alexios I. Komnenos wandte sich mit einem Hilferuf an den Papst der Christenheit, Urban II. Er bat um Militärhilfe bzw. die Erlaubnis, Krieger im Westen anzuwerben. Der Papst sandte ein positives Signal und bereitete die Unterstützung dieses Vorhabens in den folgenden Monaten durch Reisen in den Süden Frankreichs vor. Im November 1095 hielt Urban II. während einer Synode in Clermont im heutigen Frankreich seine berühmte Kreuzzugspredigt. In der Folge machten sich insgesamt rund 120 000 Männer und Frauen im Wesentlichen in drei großen Kreuzzugswellen zwischen den Jahren 1096 und 1101 auf den Weg nach Osten.

Doch Erfolg war nur der zweiten Welle beschieden. Dieses Hauptkontingent hatte etwa eine Gesamtstärke von 50 000 bis 60 000 Menschen. Darunter dürften sich rund 7000 Adelige und Ritter befunden haben. Der gewaltige Zug bestand vor allem aus Südfranzosen, Lothringern und Flamen sowie Normannen. Es handelte sich also noch keineswegs um ein gesamteuropäisches Unternehmen. Im Gegenteil: Dieses Kreuzfahrerheer setzte sich personell aus Teilnehmern vor allem aus Frankreich zusammen.

Der erste Kreuzzug

Das Ritterheer brach im August 1096 auf verschiedenen Marschrouten auf und erreichte im Frühjahr 1097 die Hauptstadt des Byzantinischen Reiches Konstantinopel, die heutige Großstadt Istanbul in der Türkei. Daraufhin setzte es gemeinsam mit einem byzantinischen Kontingent über den Bosphorus nach Kleinasien über und nahm am 19. Juni 1097 das strategisch wichtige Nicaea ein. Zehn Tage später gelang ein bedeutsamer Sieg über ein seldschukisches Heer bei Dorylaion.

Am 10. März 1098 übernahm der Normanne Balduin von Boulogne mit noch nicht einmal 100 Rittern in seinem Gefolge die Herrschaft in Edessa, in der heutigen südöstlichen Türkei gelegen. In der Folge wurde die Grafschaft Edessa unter der Herrschaft von Balduin westlich und östlich des Euphrat errichtet, in der vor allem Armenier, aber auch zahlreiche Muslime und syrische Minderheiten wohnten. Mit diesem ersten christlichen Kreuzfahrerstaat war für die nächsten beinahe fünf Jahrzehnte ein mächtiger Puffer und ein wirksamer Schutzschild im Nordosten für die bald darauf südlich davon neu entstehenden christlichen Kreuzfahrerstaaten von Antiochia bis zum Königreich Jerusalem geschaffen worden.

Das Kreuzfahrerheer zog ohne Balduin weiter und traf nach einer entbehrungsreichen Durchquerung Kleinasiens im Oktober 1097 vor Antiochia ein, einst eine der größten Städte des Römischen Reiches. Die Stadt lag in der Nähe des Mittelmeeres in der fruchtbaren Ebene des Orontes. Aus der römischen Zeit unter Kaiser Justinian existierten noch riesige Mauern und rund 400 Türme. Sie machten Antiochia zu einer fast uneinnehmbaren Stadt. Erst nach einer monatelangen Belagerung, bei der es unter den Belagerern zu einer schrecklichen Hungersnot und in deren Folge zu zahlreichen Desertionen kam, gelang den Kreuzfahrern am 3. Juni 1098 durch Verrat die Einnahme der Stadt. Doch erst 25 Tage später war die Situation aus Sicht der Kreuzfahrer bereinigt, als am 28. Juni ein feindliches Entsatzheer unter dem türkischen Anführer Kerboga, dem Atabeg von Mossul, einer Stadt im heutigen Irak, in einer Schlacht besiegt und die Zitadelle von Antiochia, die sich noch in der Hand der Muslime befand, an die Kreuzfahrer übergeben wurde.

Nach diesem Sieg kam es zu einem heftigen Streit unter den Kreuzfahrern, wer die Stadt regieren sollte. Bohemund von Tarent setzte sich mit seinen normannischen Kampfgefährten durch und gründete das Fürstentum Antiochia. Sein Herrschaftsgebiet lag im heutigen Syrien und zum Teil in der heutigen Türkei und existierte 170 Jahre bis zum endgültigen Fall im Jahr 1268.

Die Eroberung Jerusalems

Ein weiteres knappes Jahr später erblickten die verbliebenen Kreuzfahrer unter dem Kommando des Grafen von Toulouse am 7. Juni 1099 nach einem dreijährigen wechselvollen und entbehrungsreichen Zug schließlich die Mauern der Heiligen Stadt Jerusalem. Auch Jerusalem, das seit 1071 erst unter der Herrschaft der Seldschuken, dann unter Kontrolle der schiitischen Fatimidendynastie stand, hatte den Charakter einer starken Festung. Für die Kreuzfahrer, die unter den klimatischen Bedingungen, Wassermangel und Versorgungsengpässen litten, war die Belagerung äußerst strapaziös. Nach rund sechs Wochen gelang am 15. Juli 1099 der Durchbruch an mehreren Stellen. Der Kampf endete im Tempelbezirk, in den sich Verteidiger und Bewohner Jerusalems zurückgezogen hatten. Die Sieger erschlugen an diesem und den beiden folgenden Tagen nicht nur die sich hartnäckig verteidigenden muslimischen Kämpfer, sondern auch zahlreiche Bewohner unterschiedlicher Konfession.

Nach der Eroberung der Stadt entstand das Königreich Jerusalem unter Gottfried von Bouillon. Nach Gottfrieds Tod im Juli 1100 übernahm sein Bruder Balduin I., der bisherige Graf von Edessa, die Herrschaft und ließ sich in Bethlehem zum König krönen. Das Königreich Jerusalem bestand knapp 200 Jahre bis 1291.

Als vierter und letzter Kreuzfahrerstaat entstand die Grafschaft Tripolis, die sich entlang der Mittelmeerküste im heutigen Libanon und Nordsyrien erstreckte. Auf ihrem Gebiet befand sich auch der Krak des Chevaliers, im heutigen Syrien gelegen. Diese mächtige Burg wurde 1188 sogar gegen einen Angriff von Sultan Saladins Truppen gehalten und erst knapp 100 Jahre später, 1271, an die Muslime übergeben.

Rückschläge und Defensive

Nach der Einnahme Jerusalems und der Bildung eines Königreiches war die Masse der Kreuzzugsteilnehmer nach Europa in die Heimat zurückgekehrt, wo sie unter Jubel und großer Begeisterung aufgenommen wurden. Doch damit waren die Kreuzzüge nicht beendet. Ab der Mitte des 12. Jahrhunderts nahm der islamische Druck zu. So eroberte am Weihnachtstag 1144 Emir Zengi von Mossul und Aleppo die Stadt Edessa, womit die gleichnamige Grafschaft nach rund einem halben Jahrhundert als erster der Kreuzfahrerstaaten unterging. Dies bildete den Auslöser für den zweiten Kreuzzug (1147–1149), der von Bernhard von Clairvaux gepredigt wurde. Ein Kreuzfahrerheer zog unter der Führung des Staufers Konrad III. und König Ludwigs VII. von Frankreich auf getrennten Marschrouten in Richtung Heiliges Land. Der Zug entwickelte sich zu einem Fehlschlag mit schweren Niederlagen bei Dorylaion und Laodikeia. Nach diesen und weiteren Desastern kehrten beide Könige, die sich im Frühjahr 1148 in Jerusalem getroffen hatten, mit ihren verbliebenen Truppen 1148/1149 in die Heimat zurück.

Ein weiterer Rückschlag ereignete sich, als 1187 ein christliches Heer bei Hattin am See Genezareth so schwer geschlagen wurde, dass auch Jerusalem verloren ging. Den Sieg hatte Sultan Saladin errungen, der Begründer der kurdischen Dynastie der Ayyubiden, der 1138 in Tikrit geboren wurde und 1193 in Damaskus starb. Ihm gelang es, die so oft zerstrittene arabische Welt zum gemeinsamen Kampf gegen die Christen zu mobilisieren. Die Nachricht über seinen Erfolg löste in Europa den größten aller Kreuzzüge aus. Kaiser Friedrich I. Barbarossa, König Richard Löwenherz von England und König Philipp II. August von Frankreich führten diese gewaltige Unternehmung zur Rückeroberung Jerusalems und der Rettung der Kreuzfahrerstaaten an. Einen schweren Schlag erlitt das kaiserliche Heer, als Friedrich Barbarossa am 10. Juni 1190 im Fluss Saleph ertrank. Teile des sich daraufhin auflösenden Heeres zogen unter Führung von Herzog Friedrich von Schwaben, Sohn Friedrich Barbarossas, nach Akkon weiter und belagerten die Stadt. Im Mai und Juni trafen die französischen und englischen Kräfte ein. Am 12. Juli 1191 konnte Akkon zurückerobert werden.

Richard Löwenherz versuchte bis Oktober 1192, Jerusalem zurückzuerobern. Es gelang ihm lediglich, Saladin in die Defensive zurückzudrängen. Beide schlossen 1192 einen dreijährigen Waffenstillstand. Die Herrschaft der Kreuzfahrer blieb auf die Küstenstriche beschränkt, während Saladin weiter die Hand über Jerusalem hielt. Jedoch erlaubte das Abkommen Pilgerbesuche in der heiligen Stadt. Wenige Monate später starb Saladin in Damaskus. Der Sultan hatte den Kampf mit den Kreuzfahrern bis zur finanziellen wie auch persönlichen Erschöpfung geführt. Sein Reich zerfiel und verschaffte den Kreuzfahrerstaaten für einige Jahrzehnte Ruhe. Dennoch erholten sie sich nie wieder von den Niederlagen. Sie konnten auch ihr ursprüngliches Herrschaftsgebiet bei Weitem nicht wiederherstellen, weshalb Saladin in der muslimischen Welt bis heute idealisiert und als Held dargestellt wird.

Noch weitere Kreuzzugsunternehmungen folgten: Der vierte Kreuzzug von 1202 bis 1204 wurde gewissermaßen umgeleitet und endete in der Eroberung von Konstantinopel und der Errichtung eines lateinischen Kaisertums. 1212 kam es zum »Kinderkreuzzug«, als sich Tausende von Jungen und Mädchen in religiöser Begeisterung auf den Weg in dieses hoffnungslose Unternehmen machten. Den in gewisser Weise erfolgreichsten Kreuzzug unternahm Kaiser Friedrich II., als er versuchte, seine Ziele mit diplomatischen Mitteln zu erreichen. Nach mehreren Verzögerungen schiffte er sich 1228 nach Akkon ein. Am 18. Februar 1229 schloss Friedrich mit Sultan Al-Kamil von Ägypten einen Vertrag. Jerusalem, Bethlehem und Nazareth nebst der Verbindung zur Mittelmeerküste konnte er so mit friedlichen Mitteln zurückgewinnen. Zwei Kreuzzüge unternahm Ludwig IX., der Heilige, König von Frankreich. Der sechste Kreuzzug von 1248 bis 1254 führte ihn zwischenzeitlich in Gefangenschaft und endete mehr oder weniger erfolglos. Der siebte Kreuzzug von 1270 brachte Ludwig IX. den Tod. Das eigentliche Zeitalter der Kreuzzüge endete, als die Mamluken am 18. Mai 1291 Akkon als letztes verbliebenes christliches Bollwerk eroberten und die Christen daraufhin den ihnen verbliebenen Rest von Palästina kampflos aufgaben.

Der regionale Stellenwert der Kreuzzüge

Die arabische bzw. türkische Seite dürfte den komplexen Charakter der Kreuzzüge nicht ohne Weiteres erkannt haben. Jerusalem besaß zwar schon in dieser Zeit einen hohen religiösen Stellenwert, dies allein führte indes nicht zu erhöhten Mobilisierungsbestrebungen gegen die christlichen Heere. Im Gegenteil – die verschiedenen Reiche und Emirate jenseits der Kreuzfahrerstaaten gingen ihren eigenen Machtinteressen nach. Einige schlossen sogar zeitweilig Bündnisse mit den Kreuzrittern. Zusätzlich kam es immer wieder zu inneren Zerwürfnissen, wie etwa im Falle der Fatimiden und der Seldschuken, deren Reiche zerfielen und deutlich an Macht verloren, was den Kreuzfahrern wiederum Luft verschaffte. Die Kreuzfahrerstaaten konnten sich, nicht zuletzt wegen ihrer militärischen Durchschlagskraft, in die instabile Gemengelage an der Mittelmeerküste gewissermaßen hineindrängen.

Schlagkräftige Staaten, wie das Reich von Saladin und die nachfolgende Ayyubidendynastie, vermochten sich nicht auf Dauer zu halten, sondern gingen nach einiger Zeit wieder zugrunde. Dass es den muslimischen Herrschern erst nach etwa hundert Jahren gelang, die Kreuzfahrerstaaten trotz deren struktureller Schwäche zu erobern, lag nicht zuletzt daran, dass die muslimischen Gegner sich nicht einig waren. Im 13. Jahrhundert fielen zudem die Mongolen in die Region ein und zerstörten Bagdad – eine weitere Schwächung der bestehenden Herrschaften. Erst unter den Mamluken in Ägypten (siehe den Beitrag von Anna Kollatz) begann eine Zeit erhöhter Stabilität, die sich durch das Auftreten der Osmanen ab 1517 fortsetzte. Zu diesem Zeitpunkt gab es die Kreuzfahrerstaaten schon lange nicht mehr.

Martin Hofbauer



Zwischen 1250 und 1517 regierten Herrscher verschiedener ethnischer Abkunft Ägypten und das Gebiet des historischen Syriens (arab. *Bilād ash-Shām*, heute Syrien, Libanon, Israel, Palästina sowie das Grenzgebiet der Türkei zu Syrien). Nach dem Tod des Begründers der Ayyubiden-Dynastie, Salah ad-Din (Saladin), der 1187 Jerusalem aus Kreuzfahrerhand zurückerobert hatte, teilte sich die Region in einen Flickenteppich von Nachfolgestaaten, die sich zum Teil gegenseitig bekämpften. Bereits in der Zeit Saladins kamen in den bewaffneten Auseinandersetzungen vielerorts hauptsächlich turkstämmige Militärsklaven zum Einsatz, die als Mamluken (arab. *mamluk*, »in Besitz genommen«) bezeichnet wurden. Ähnlich wie in anderen Gebieten der islamischen Welt schafften es auch die Militärsklaven der Ayyubiden, ihre Herrscher abzusetzen. Nach einer Rebellion in Kairo 1250 gründeten die Mamluken ein Sultanat und übernahmen Stück für Stück die Herrschaft über die gesamte Region. Oben abgebildet ist eine Buchmalerei von 1371 zur Reit- und Kampfkunst der Mamluken.

Die Zeit der Mamlukenherrscher 1250 bis 1517

Die Herrschaft der Mamluken gründete auf einem System der temporären Militärsklaverei, wie es auch in anderen Teilen der islamischen Welt zu unterschiedlichen Zeiten häufig anzutreffen war. Grundlage dieser Systeme war der Ankauf nichtmuslimischer, halbwüchsiger Sklaven. Im Fall des Mamlukensultanats waren dies zunächst hauptsächlich turkstämmige, später kaukasische (tscherkessische) Sklaven, wobei ein geringer Anteil der Mamluken auch aus Europa stammte. Die jungen Mamluken wurden von ihren Meistern (arab. *ustadh*) nach Kairo gebracht, dort in sogenannten Haushalten räumlich getrennt von der einheimischen Bevölkerung kaserniert und ausgebildet. Sie erhielten Unterricht in den Fächern des Wissenskanons der Zeit, wurden im islamischen Glauben unterwiesen und militärisch trainiert. Nach Vollendung der Ausbildung und Konversion zum Islam wurden sie freigelassen und gehörten dann zur Führungselite des Landes, die sich ausschließlich aus Mamluken zusammensetzte und durch Ankauf und Ausbildung immer neuer Sklaven regenerierte. Nachkommen eines Mamluken oder Einheimische waren von Ämtern ausgeschlossen und konnten somit (theoretisch) nicht Sultan werden.

Charakteristisch war die starke Loyalität der Mamluken zu ihrem Meister und unter den Kameraden, die auch nach der Freilassung weiterbestand. Zusammenhalt und Abgrenzung gegenüber der Bevölkerung wurden dadurch befördert, dass die Mamluken untereinander die türkische Sprache verwendeten. Da außer dem Sultan auch Emire, also Mitglieder der militärischen Führungselite, sich eigene Mamlukenhaushalte aufbauen konnten, existierten stets verschiedene Haushalte nebeneinander, die um die Vorherrschaft konkurrierten. Ein Merkmal der Mamlukenzeit sind daher permanent zumindest unterschwellig bestehende Spannungen zwischen den Haushalten, die besonders dann zutage traten, wenn ein neuer Sultan inthronisiert werden musste. In der ersten Zeit des Mamlukensultanats entschieden über die Nachfolge die Emire des jeweils einflussreichsten Haushalts, oder es brachen oft jahrelange Nachfolgekämpfe aus. Die

Zeiten der Nachfolgekämpfe sind durch einen raschen Wechsel zahlreicher Sultane gekennzeichnet, die häufig als Kinder inthronisiert wurden, während die eigentliche Herrschaft von den Emiren des jeweils stärksten Haushalts ausgeübt wurde. Viele dieser kindlichen Sultane wurden im Zuge der Konflikte getötet oder ins Exil geschickt und durch Kandidaten der Gegenpartei ersetzt. Erst im 14. Jahrhundert etablierte sich eine dynastische Herrschaftsfolge.

Politische und militärische Entwicklung des Mamlukensultanats

1250 übernahmen die Mamluken zunächst die Herrschaft in Kairo und den dazugehörigen Gebieten; sie gründeten zugleich ein eigenes Sultanat. Kairo kam zwar die Position einer »Zentrale« der Region zu, jedoch stand am Anfang des Sultanats ein Großteil seines späteren Territoriums noch unter ayyubidischer Herrschaft. Das junge Mamlukensultanat wurde von seinen islamischen Nachbarn nicht anerkannt, und es kam zu andauernden Kämpfen, insbesondere gegen den ayyubidischen Herrscher von Aleppo. Darüber hinaus wurde die Region von zwei äußeren Feinden in die Zange genommen, nämlich den europäischen Kreuzfahrerstaaten im »Heiligen Land« und den von Osten anrückenden Mongolen, die 1258 mit der Eroberung Bagdads das Gebiet des heutigen Irak unter ihre Kontrolle brachten und tief in syrisches Territorium eindringen. Besonders die mongolischen Eroberungen wurden trotz der Tatsache, dass große Teile der mongolischen Oberschicht Muslime waren, als Bedrohung der islamischen Herrschaft empfunden, was angesichts der zeitgenössischen Berichte über die Gräueltaten der Mongolen und ihre Unbesiegbarkeit nicht verwundert.

Eine von Zeitgenossen und späteren islamischen Geschichtsschreibern als epochal gewertete Leistung gelang einem Mamlukenheer 1260 in der Schlacht am Goliathsquell (arab. Ain Dschalut) nahe Nazareth, in der die mongolische Eroberung erstmals gestoppt und zurückgeschlagen werden konnte. Der Sieg brachte dem Sultanat die bisher verweigerte Anerkennung durch an-

dere islamische Herrscher. Zudem wurde das mamlukische Territorium auf einen Großteil des heutigen Syrien ausgeweitet. Der Euphrat wurde zur zwar umstrittenen, aber de facto dauerhaften Grenze der mongolischen Gebiete. Neben die militärische Anerkennung trat zudem eine religiös-politische Legitimation der Herrschaft. Nach dem Fall Bagdads 1258 war zwei Mitgliedern der abbasidischen Kalifendynastie die Flucht nach Kairo gelungen. Einer der beiden wurde von den Mamluken als »Schattenkalif« in der Zitadelle von Kairo inthronisiert.

Der Kalif (arab. *khalifa*, »Nachfolger«) galt als Nachfolger des Propheten Mohammed an der Spitze der gesamten islamischen Gemeinschaft und zeichnete sich durch direkte Abstammung vom Propheten aus. Er war formell das religiöse und politische Oberhaupt der gesamten islamischen Gemeinschaft (arab. *umma*). Er übte aber nicht über das gesamte islamische Herrschaftsgebiet Macht aus. Vielmehr herrschten in den verschiedenen Gebieten Sultane, die sich der Oberhoheit des Kalifen unterworfen hatten und von ihm eingesetzt worden waren. Dazu entsandten sie Gesandtschaften nach Bagdad und erhielten offizielle Einsetzungsurkunden. Manche dieser Sultanate entrichteten auch Steuern oder Geschenke an den Kalifenhof, viele waren aber de facto unabhängige Herrschaften, in denen der Kalif von Bagdad nur pro forma als oberste Instanz anerkannt wurde. Diese Anerkennung wurde im Freitagsgebet öffentlich gemacht, in dem der Kalif und der jeweilige Sultan mit ihren Funktionen genannt wurden. Im Gegensatz zum Kalifen war der Sultan aber nur politisches, nicht religiöses Oberhaupt.

Innerhalb des Mamlukensultanats blieb der Kalif ohne Einfluss, er diente lediglich zur Legitimation der Herrschaft nach außen. Nach der Eroberung durch die Osmanen 1517 wurde der letzte Kalif von Kairo nach Istanbul gebracht und soll, so der Gründungsmythos des osmanischen Kalifates, dort die Kalifenwürde auf die Dynastie der Osmanen übertragen haben.

Als eigentlicher Begründer des Mamlukensultanats wird oft Baibars al-Bunduqdari bezeichnet. Unter seiner Herrschaft (1260–1277) wurde das Gebiet des Sultanats durch etwa 40 militärische Kampagnen erweitert und konsolidiert. Durch Grenzbefestigungen, die Einführung eines schnellen Postsystems sowie sein Vorgehen gegen die Konflikte unter den Mamlukenhaus-



Baibars al-Bunduqdari, Mamlukensultan von 1260 bis 1277.

halten stabilisierte Baibars die Herrschaft sowohl im Inneren als auch nach außen. Eine besondere Rolle kam dabei der Befestigung strategisch wichtiger Handelswege und Grenzlinien zu. Hier ist z.B. der bis heute bedeutende Handelsweg entlang der Besiedlungsgrenze zwischen landwirtschaftlich nutzbarem Land und Steppe in Syrien zu nennen (Linie Karak–Damas-kus–Homs–Hama–Aleppo). Die während der Kriege gegen die

Kreuzfahrer und die Mongolen beschädigten Festungen wurden unter Baibars restauriert, und auch neue Stützpunkte wurden errichtet. Somit verfügten die Mamluken nun über eine strategisch sinnvoll über das Land verteilte, gut miteinander vernetzte militärische Organisationsstruktur. Baibars' Nachfolgern gelang zudem die endgültige Beendigung des lateinischen Königreiches, nachdem 1291 die Kreuzfahrerfestung Akkon eingenommen worden war. Damit entledigten sich die Mamluken eines äußeren Feindes, darüber hinaus wurde der Seehandel im Mittelmeer erleichtert. Schon unter Baibars wurden etwa Handelsverträge mit Jakob I. von Aragon und dem sizilianischen Königreich unter Karl von Anjou geschlossen.

Wirtschaft und Gesellschaft

Die Ablösung der Ayyubiden durch die Mamluken brachte zwar einen grundlegenden Wechsel des Herrschaftssystems. Trotzdem war sie für die Bevölkerung kein Bruch, im Gegenteil blieb vieles beim Alten. Das System der Erhebung von Steuern und Abgaben sowie der Zuschnitt der Provinzen wurden beibehalten. Für Landbevölkerung und Händler brachte die Mamlukenzeit lange Perioden der Prosperität. Wenngleich die Machtverhältnisse in Kairo häufig ungeklärt waren und sich Sultane teils mehrfach im Jahr auf dem Thron abwechselten, wurde das Gebiet doch effektiv gegen äußere Feinde abgeschirmt. Zudem profitierte die Wirtschaft von der Sicherung der Handelswege und von der Tatsache, dass mit Ausweitung des Herrschaftsgebietes bis nach Nubien im Süden und nach Kleinasien im Nordosten auch der Fernhandel begünstigt wurde. Und der Landbevölkerung kam beispielsweise die kontrollierte Besteuerung der Landwirtschaft zugute. Die Besoldung der Mamluken-Emire war durch das sogenannte *iqta*-System (häufig, aber nicht ganz korrekt als »Lehen« übersetzt) geregelt. Den Emiren wurden die Steuereinnahmen bestimmter Gebiete zur Deckung ihrer Kosten zugesprochen, allerdings wurde die Steuereintreibung nicht von den Begünstigten selbst vorgenommen, und die Ansprüche waren nicht erblich. Dies schützte die Bevölkerung vor

überhöhter Besteuerung und baute zudem der Entwicklung von regionalen Hausmächten vor.

Die Mamlukenzeit zeichnete sich in den Bereichen Religion und Kultur als besonders fruchtbare Periode aus. Der Sultan, Mitglieder seiner Familie oder vermögende Emire legten Kapital für die Errichtung und Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen in Stiftungen (arab. *waqf*) nieder und prägten so nachhaltig das gesellschaftliche und religiöse Leben. Aus solchem Stiftungskapital entstandene Schulen (arab. *madrassa*), Moscheen oder Krankenhäuser (arab. *bimaristan*) prägen bis heute etwa das Stadtbild von Kairo; in Syrien ist dieses kulturelle Erbe von Zerstörung betroffen.

Die zahlreichen Einrichtungen boten Gelehrten aus allen Teilen der islamischen Welt gute Arbeits- und Lebensbedingungen, was zu einer Blüte der arabischen Schriftkultur etwa auf den Gebieten der Theologie, Geschichtsschreibung und Naturwissenschaften führte. Das religiöse Leben wurde maßgeblich vom sunnitischen Islam getragen. Erstmals wurde in der Mamlukenzeit jeder der vier sunnitischen Rechtsschulen (siehe dazu den Beitrag von Nushin Atmaca) ein staatlich ernannter und besoldeter Oberrichter (arab. *qadi*) zugesprochen. Die vier Rechtsschulen standen damit als institutionell legitimierte Einrichtungen gleichberechtigt nebeneinander, jeder Oberrichter war für die Verhandlung von Fällen unter Anhängern seiner Rechtsschule zuständig. Religiöse Minderheiten, wie etwa die koptischen Christen, hatten weiterhin eigene Gerichte, die innerhalb der Minderheit auftretende Streitfälle nach den jeweiligen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft verhandelten.

Der Niedergang der Mamlukenherrschaft

Bis heute ist durch die Forschung nicht abschließend geklärt, welche Faktoren den Niedergang des Mamlukensultanats im 15. Jahrhundert anstießen und beschleunigten. Im Folgenden werden einige mögliche Faktoren genannt. Die laufende archäologische Forschung soll neue Erkenntnisse zur Bevölkerungsstruktur und Landwirtschaft im 14. und 15. Jahrhundert erbringen und dadurch zur Klärung der Ursachen dieses Niedergangs

beitragen, so die Hoffnung. Bereits Mitte des 14. Jahrhunderts war die Region von Pestwellen heimgesucht worden, was Bevölkerung und Landwirtschaft schwächte. Dazu traten Verwüstungen durch den Einfall Timurs in Syrien, der 1400 Damaskus einnahm und zerstörte, sich dann aber wieder aus der Region zurückzog. All dies erforderte die Stärkung des Militärapparates, was sich auf Dauer nur durch die Besteuerung des Fernhandels finanzieren ließ. Die erhöhten Zölle beschleunigten aber nur noch den Niedergang der Handelsroute über Land vom indischen Ozean nach Alexandria, die ohnehin nach der Entdeckung des Seeweges rund um Afrika weniger rentabel geworden war. Erstaunlich schnell wurden die Mamluken schließlich von der neuen Großmacht im östlichen Mittelmeerraum, dem Osmanischen Reich, geschlagen. Die Eroberung Syriens und Ägyptens fand 1516/17 unter Sultan Selim I. statt. Ein Grund für die Unterlegenheit der vormals für ihre Schlagkraft bekannten Mamluken mag gewesen sein, dass sie sich aufgrund ihres Ehrverständnisses der neuen Technologie der Feuerwaffen verschlossen und diese nur von Hilfstruppen und in geringem Umfang nutzen ließen. Die mit Schwert und Bogen bewaffneten Reiter hatten den osmanischen Feuerwaffen nur wenig entgegenzusetzen.

Auch das Ende des Mamlukensultanats bedeutete keinen harten Bruch für die Bevölkerung und die Region. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts blieben die Mamluken Träger der lokalen Herrschaft unter osmanischer Oberhoheit. Mit Napoleons Ägyptischer Expedition (1798–1801) wurde die Herrschaft der Mamluken in Kairo beendet. Neue Pestwellen dezimierten die Reihen der Mamluken, dazu trat eine anti-mamlukische Politik der Osmanen, die unter anderem durch ein Sklavenembargo die Einfuhr neuer Mamluken nach Ägypten verhinderten. Nach Konflikten mit dem osmanischen Gouverneur Mohammed Ali entledigte sich dieser 1811 durch ein Massaker der in Kairo verbliebenen Mamluken.

Anna Kollatz



palakg-images/Erich Lessing

Etwa vier Jahrhunderte befanden sich die Gebiete des heutigen Syrien und des Irak unter osmanischer Herrschaft. Das osmanische »Syrien« ist freilich nicht deckungsgleich mit dem Staatengebilde des 20./21. Jahrhunderts. Unter dem Namen Bilad ash-Sham umfasste es die Territorien der heutigen Arabischen Republik Syrien, des Libanon, Palästinas und Transjordanien. Erst die Planungen der europäischen Kolonialmächte, namentlich Englands und Frankreichs, für die Zeit nach dem Ende des Osmanischen Reiches ließen die Staatenwelt entstehen, wie wir sie kennen. In der Osmanischen Epoche war die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung innerhalb des Bilad ash-Sham, vor allem in den gegenwärtigen Ländern Syrien und Libanon, in vielerlei Hinsicht eng miteinander verbunden. Der Irak entstand erst nach dem Ersten Weltkrieg durch die Zusammenlegung der drei osmanischen Provinzen Bagdad, Basra und Mossul durch die britische Mandatsmacht.

Einer der bedeutendsten Osmanenherrscher war Süleyman I. (ca. 1495–1566, hier auf einem Gemälde von 1530/40). Er regierte mehr als 40 Jahre. Unter ihm erlangte das Reich die größte geografische Ausdehnung.

Das Osmanische Reich

Syrien war das erste der arabischen Territorien, das die Osmanen in ihr Imperium eingliedern konnten. In der Ebene von Mardsh Dabiq nördlich von Aleppo verlor der letzte der Mamlukensultane im August 1516 Schlacht und Leben (zu den Mamluken siehe den Beitrag von Anna Kollatz). Sultan Selim (1512–1520) konnte nun in kürzester Zeit Aleppo und Damaskus sowie andere Städte auf dem Gebiet des heutigen Syrien besetzen. Die Fortsetzung des Feldzuges führte ihn in die südlichen Teile des Bilad ash-Sham, wo u.a. Jerusalem, Nablus und Gaza an die Osmanen fielen.

Aufstieg und Festigung der osmanischen Herrschaft

Unter Süleyman I., »dem Prächtigen« (1520–1566), verfestigte sich die Einteilung der Verwaltung in drei Provinzen (*vilayet*) mit den Hauptstädten Aleppo, Damaskus und Tripolis sowie ihrem Netz von Unterprovinzen und Distrikten (*sancak*). Zum im heutigen Libanon gelegenen *vilayet* Tripolis gehörten bis ins 18. Jahrhundert hinein die *sancaks* Hama und Hums. Jede der Einheiten besaß eine militärische und administrative Infrastruktur, die in letzter Instanz dem Befehl des Sultans in Konstantinopel unterstand. Auch die lokalen Machthaber und Beduinenscheiche in den weitgehend autonom verbliebenen Enklaven waren gehalten, alljährlich die großherrliche Bestätigung ihrer Rechte auf Einzug der Steuer und territoriale Zuständigkeit einzuholen.

Mesopotamien, aus dem im 20. Jahrhundert der Irak wurde, war nicht Teil des Bilad ash-Sham und hat deswegen eine eigene osmanische Geschichte. Nachdem Mossul und die kurdischen Gebiete bereits unter Selim an die Osmanen gefallen waren, machte sich sein Nachfolger Süleyman 1534/35 daran, die Landverbindung zwischen Syrien und dem Persischen Golf zu schließen. Sein Gegner war dabei die in Persien seit 1501 herrschende schiitische Dynastie der Safawiden. In einer großangelegten

Kampagne nahm die osmanische Armee Aserbaidshan mit Täbris ein und stieß dann über Hamadan nach Bagdad vor. Der Süd-irak mit Basra kam 1546 unter direkte osmanische Kontrolle. Wie in Syrien war auch im Irak die Verwaltung in separate Provinzen unterteilt: Mossul, Bagdad, Basra und Shahrazur im östlichen kurdischen Bergland.

Mit der Eroberung von Syrien und dem Zweistromland wurde das Osmanische Reich definitiv eine Großmacht auch im Nahen und Mittleren Osten, mit allen wirtschafts- und handelspolitischen Implikationen. Der Reichtum der syrischen Provinzen basierte neben Handel und Gewerbe auf der Landwirtschaft. Von Aleppo bis Basra entstand ein handelspolitischer Großraum. Neue Handelsrouten führten vom westasiatischen Raum über Basra und den Persischen Golf bis Südasien und in den Fernen Osten. Nach Istanbul und Kairo war Aleppo der bedeutendste Umschlagplatz des Fernhandels zwischen Asien, Afrika und Europa mit einer zahlenmäßig starken Ausländerkolonie, darunter besonders viele Franzosen, Holländer und Engländer. Hinzu kam ein hoher Prozentsatz einheimischer christlicher Bevölkerung, vor allem Armenier.

Angesichts der religiösen und ethnischen Differenzen im syrisch-irakischen Raum sah sich die osmanische Herrschaft ständigen Herausforderungen ausgesetzt. Der kurdische Norden des Irak war nicht zuletzt aufgrund der bergigen Zerklüftung nur schwer zu beherrschen. Erschwert wurde die Herrschaft der sunnitischen Osmanen durch die Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung des Zweistromlandes – damals freilich noch eine Minderheit – der schiitischen Richtung des Islam anhing und sich die heiligsten Stätten der Schiiten, Nadschaf und Kerbala, dort befinden. Dadurch kam es zu anhaltenden Spannungen zwischen der sunnitischen Verwaltung der Osmanen und den Führern der schiitischen Gemeinschaft. Direkt damit in Zusammenhang standen Konflikte mit dem schiitischen Nachbarn Iran, dem Sultan Süleyman das Zweistromland entwunden hatte. Infolgedessen wurde das Zweistromland zur Frontprovinz, die anhaltende Bedrohungen zu gewärtigen hatte. 1623 gelang es dem Safawidenschah Abbas I. (1587–1629) Bagdad einzunehmen. Eine allgemeine Sunnitenverfolgung setzte ein. Erst 1638 vermochte

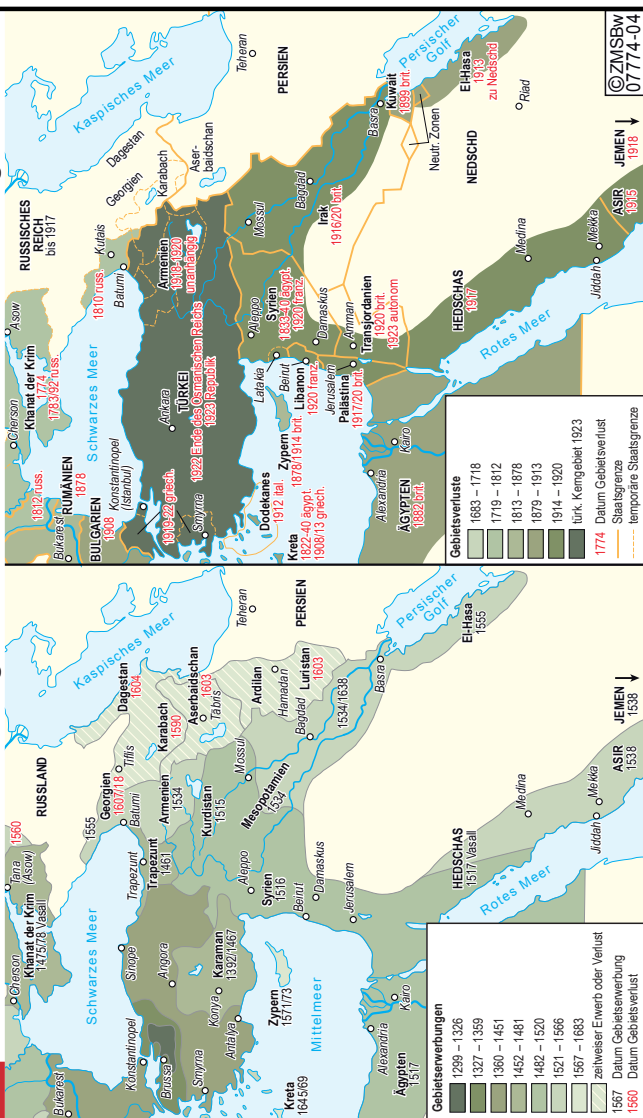
Sultan Murad IV. (1623–1640), die osmanische Kontrolle wiederherzustellen.

In Syrien stellten die Einfälle nomadisierender Stämme aus der Arabischen Halbinsel eine ständige Gefährdung des osmanischen Besitzes dar, der sich auf die städtischen Wirtschaftszentren konzentrierte. Besonders gefährdet waren die Pilgerprozessionen, die der osmanische Sultan alljährlich in Damaskus zur Wallfahrt nach Mekka und Medina ausstattete. Der libanesischer Teil Groß-Syriens führte im 17. Jahrhundert unter der Herrschaft drusischer Emire weitgehend ein politisches Eigenleben.

Syrien und Mesopotamien als Teil des Reiches

Die Geschichte Syriens und des Irak in osmanischer Zeit erscheint auch als eine Kette von Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Statthalter und Lokalherrscher. Sie entstammten zum Teil einheimischen Familien (wie die heute noch bekannte Damaszener Familie al-Azm); zum Teil handelte es sich auch – in der Tradition der jahrhundertelangen mamlukischen Herrschaft in Syrien – um Militärs, die gestützt auf die Armee die politische Macht übernahmen. Die Osmanen reagierten ihrerseits, indem sie entweder einzelne Prätendenten gegeneinander ausspielten oder militärische Gewalt einsetzten. Ferner gab es regionale Rangstreitigkeiten. Die auch im 20. Jahrhundert noch fortlebende Rivalität von Aleppo und Damaskus, den größten Städten Syriens, hatte ihre Wurzeln bereits in osmanischer Zeit. Aleppo war die wirtschaftliche Metropole Großsyriens, dem Damaskus als politisches Zentrum gegenüberstand.

Mit dem Niedergang der militärischen Macht des Reiches seit Mitte des 18. Jahrhunderts verlagerte sich das politische und wirtschaftliche Schwergewicht in Bilad ash-Sham zunehmend von Damaskus und dem Landesinneren an die Küste (Akkon und Sidon). Etwa zur gleichen Zeit begannen europäische Mächte ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen im Mittelmeerraum, nicht zuletzt auch an dessen Ostküste, zu entdecken. 1798 landete ein französisches Expeditionsheer unter Napoleon in Alexandria und bereitete den ägyptischen Mamluken ein rasches Ende. Es ist kein Zufall, dass die Fortsetzung des Feldzu-



ges Napoleons von Ägypten aus in Richtung auf Palästina und Syrien 1799 vor den Mauern von Akkon scheiterte. Dort hatte Ahmed Pascha al-Dschazzar seine enormen finanziellen Gewinne aus dem Außenhandel (Zentren Sidon, Akkon, Beirut) für den Aufbau einer schlagkräftigen Truppe genutzt.

Bald sollten das heutige Syrien und der groß-syrische Raum die Bühne innerosmanischer Auseinandersetzungen um die Macht werden. Aus den inneren Konflikten nach dem Ende der Mamlukenherrschaft war in Kairo Mehmet Ali, der von 1769 bis 1849 lebte und ein Offizier wohl albanischer Herkunft war, an die Macht gekommen. 1805 wurde er vom Sultan als Statthalter bestätigt. Mehmet Ali war der erste Herrscher auf dem Boden des Osmanischen Reiches, der begann, seinen Machtbereich umfassend zu modernisieren. Seine Vorbilder dabei waren europäische Staaten, allen voran Frankreich und England. Im Mittelpunkt standen der Aufbau einer konkurrenzfähigen Wirtschaft und einer starken Armee. Nach außen suchte er regionale Handelswege und Märkte im Interesse der ägyptischen Wirtschaft zu kontrollieren. Mehrfach wurde er auch im Auftrag des Sultans mit militärischen Missionen betraut, u.a. auf der Arabischen Halbinsel gegen die fanatische Sekte der Wahhabiten und zur Niederschlagung des griechischen Unabhängigkeitskampfes in den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts.

Der ägyptische Herrscher hatte dabei weiterreichende eigene politische Expansionspläne, dies insbesondere auf Kosten seines Großherrn in Konstantinopel. Die Flucht von 6000 ägyptischen Fellachen, die beim osmanischen Gouverneur von Akkon Schutz vor der Rekrutierung für die ägyptische Armee und vor Fronarbeit suchten, lieferte ihm 1831 den gewünschten Grund für einen militärischen Einmarsch in Syrien. Unter dem Vorwand, die flüchtigen Fellachen zurückzuholen, marschierten die ägyptischen Truppen unter dem Kommando seines Sohnes Ibrahim bis Konya in Anatolien. Dort bereiteten sie der osmanischen Armee Ende 1832 eine vernichtende Niederlage und setzten den Vormarsch bis Kütahya fort – nunmehr in der Absicht, Sultan Mahmud II. (1808–1839) abzusetzen und an seiner Stelle Abdülmecid (1839–1861) zu inthronisieren. Während dieses Krieges kam es unter anderem auch zur Schlacht bei Nisibin am 24. Juni 1839 mit einer schweren Niederlage für das Osmanische Reich,

die von dem preußischen Militärberater Helmuth von Moltke, dem späteren preußisch-deutschen Generalstabschef, miterlebt wurde.

Auf den vereinten militärischen Druck der Osmanen, Englands und Österreichs musste sich Ägypten 1840 wieder aus den eroberten Gebieten zurückziehen. In diesem knappen Jahrzehnt aber setzten Mehmet Ali und General Ibrahim Pascha weitreichende Veränderungen durch. Die Landwirtschaft wurde nach ägyptischem Vorbild gefördert, die Rohstoffe des Landes erschlossen und die Bevölkerung in die Armee rekrutiert. Die rigorose Ausbeutung im Interesse Ägyptens war verbunden mit politischen Reformen. Um das Wohlwollen der europäischen Mächte zu gewinnen, wurde die völlige Gleichstellung von Muslimen und Nicht-Muslimen durchgesetzt und jede Form der öffentlichen Diskriminierung von Christen und Juden untersagt. Mit europäischen Konsulaten im Inneren Syriens begann europäischer Einfluss auch jenseits der Küstenstädte wirksam zu werden.

Die Maßnahmen waren die Ursache für zahlreiche Spannungen und Konflikte. Wiederholt kam es im groß-syrischen Raum zu Aufständen gegen die Besatzungsmacht. Verhängnisvoller waren die Spannungen, die zwischen den Konfessionen der einheimischen Bevölkerung entstanden. In ihrer Wahrnehmung sahen sich die Muslime gegenüber den Nicht-Muslimen diskriminiert. Zwischen 1840 und 1860 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen insbesondere zwischen maronitischen Christen und Drusen, die 1860 in Damaskus in einem Christenmassaker gipfelten.

Diese und folgende Auseinandersetzungen hatten ihre Ursache einerseits in den Modernisierungsbestrebungen, die die Einführung individueller Steuern für jedermann und der Wehrpflicht für alle männlichen Untertanen vorsahen – Maßnahmen, die auf den nachhaltigen Widerstand vieler Bewohner stießen. Andererseits entstanden nun auch im Orient langsam nationale Denkweisen, die schließlich an den Fundamenten des Imperiums rüttelten und das religiöse Leben tangierten. Der wachsende Einfluss der westlichen Mächte, die unter anderem bestimmte Gruppen, nicht zuletzt auch Christen, förderten, und die Religionspolitik des Sultans nach 1876 taten ein Übriges.

Syrien und Mesopotamien im Ersten Weltkrieg

Die Gebiete des heutigen Syriens und des Irak stellten im Ersten Weltkrieg in der Perspektive der Mittelmächte eher entlegene Schauplätze dar. Insbesondere die Araber dienten, gerade für den deutschen Verbündeten des Osmanischen Reiches, vorrangig als Dispositionsmasse für mögliche Aufstände im Rahmen des Heiligen Krieges gegen das britische Empire (Dschihad). Die Bevölkerung in den Regionen südlich des türkischen Kerngebietes war trotz anfänglicher Begeisterung für den Heiligen Krieg jedoch keineswegs Träger des Dschihad, aber auch kein Gefahrenpotenzial für das Osmanische Reich, weil vielfach Loyalität zum Sultan in Istanbul als offiziellem Beschützer des Glaubens bestand, obwohl schon vor dem Krieg arabische Nationalisten mit Forderungen nach Eigenständigkeit aufgetreten waren.

Indes hatte die arabische Bevölkerung im Laufe der Zeit immer stärker unter den Belastungen des Krieges zu leiden, denn die jungtürkische Führung in Istanbul (Enver Pascha, Talaat Pascha und Cemal Pascha) ging gemäß den organisatorischen Prinzipien des Westens vor, d.h. unter dem Diktum des Totalen Krieges. Sie strebte die umfassende Mobilisierung aller Ressourcen an. Dazu gehörte neben der Ausnutzung allen wirtschaftlichen Potenzials (darunter fielen auch Nahrungsmittel) vor allem die Anwendung der Wehrpflicht, ein Mittel, das in der Bevölkerung auf Widerstand stieß. Im Laufe des Krieges entwickelte sich infolge Blockademaßnahmen der Entente zusätzlich Nahrungsmittelknappheit, die ernsthafte Loyalitätsprobleme schuf.

In den direkten Fokus der Kriegshandlungen geriet die Region infolge der Landung der Briten in Basra ab November 1914 und des britischen Vorstoßes aus Ägypten in Richtung Jerusalem ab Mitte 1916. Gleichzeitig erhoben sich unter Leitung des legendären Thomas Edward Lawrence der Herrscher des Hedschas (Hussein ibn Ali, Scherif von Mekka) und etliche Stämme gegen das Osmanische Reich. Sie rückten östlich der Hauptkampfhandlungen an der Sinaifront über Akaba nach Norden vor und erzielten durch Überraschungsangriffe und Sabotage teils beachtliche Erfolge, die jedoch nicht wirklich kriegsentscheidend waren. Das Osmanische Reich, der »Kranke Mann am Bosphorus«, der von deutschen Spezialverbänden und Flugzeugen unterstützt wurde, zeigte sich wesentlich resistenter als ursprünglich angenommen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen stand der Genozid an den christlichen Armeniern 1915/16. Getrieben von Hass und Angst gegenüber dieser Volksgruppe, die der Konspiration mit der Entente verdächtigt wurde, deportierte die türkische Führung sie aus ihren Siedlungsgebieten. Auf endlosen Trecks wurden vor allem Frauen und Kinder angegriffen, beraubt, vergewaltigt und vielfach auch ermordet. Dabei spielten u.a. Kurdengruppen eine wesentliche Rolle. Ein Teil der Armenier wurde in die syrische Wüste, quasi ins Nichts, geschickt. In primitiven Lagern, etwa bei Deir ez-Zor, kamen viele Armenier um. Die neuere Forschung geht von einer Million bis 1,5 Millionen Todesopfern aus. Die in der Region eingesetzten deutschen Offiziere erhielten nicht selten Kenntnis von den Massentötungen, schritten teilweise ein und protestierten auch. Die Führung in Berlin wollte indes den Bündnispartner nicht verärgern und unterband dadurch weitere Schritte.

Die Kriegführung in Syrien und Mesopotamien entwickelte sich für die Entente als langwierige Angelegenheit. Der dreifache Vorstoß an der Gazafront (General Edmund Allenby), im Landesinneren (Lawrence) und im Zweistromland (General Frederick Stanley Maude, gest. 1917 in Bagdad) zog sich hin. Die Araber erhoben sich trotz aller Belastungen nicht gegen das Osmanische Reich, sondern blieben im Wesentlichen loyal, auch wenn die arabischen Hilfstruppen der Osmanischen Armee nur wenig Kampfwert für einen Krieg nach europäischem Vorbild hatten. So konnten die Briten im Jahre 1917 erst Bagdad erobern, dann Jerusalem. 1918 fiel Damaskus. Ein Schlusspunkt ergab sich 1918 mit der Eroberung von Mossul.

Das Kriegsende markiert gleichzeitig einen Wendepunkt im Verhältnis zwischen den arabischen Gebieten in Syrien und in Mesopotamien und dem Osmanischen Reich bzw. der Türkei. Die jahrhundertelange, immer wieder konfliktreiche Koexistenz als Untertanen des Osmanischen Reiches wurde durch ein Nebeneinander bzw. von Konkurrenz oder sogar Feindschaft abgelöst. Die Entstehung der Türkei als Nationalstaat und die wenn auch verzögerten Nationalstaatsgründungen Syriens und Iraks aus den westlichen Imperien heraus schufen ganz neue Bedingungen, die zum Teil bis heute gültig sind. *bl*

Es waren Christen im groß-syrischen Raum, namentlich im Libanon, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Renaissance der arabischen Kultur und Identität einleiteten. Sie wurden die Begründer eines arabischen Nationalgefühls – hinter der Fassade der osmanischen Politik und Kultur –, das im 20. Jahrhundert die Politik der arabischen Völker in vielfältiger Weise bestimmen sollte.

Im Irak hatten die Osmanen im 18. Jahrhundert ihren Einfluss zu einem erheblichen Teil an lokale Akteure verloren. Im 19. Jahrhundert gelang es ihnen dann weitgehend, wieder Boden gutzumachen. 1831 brach von Aleppo aus eine Streitmacht auf, um das Mamlukenregime in Bagdad zu beseitigen. Die Stadt wurde in jener Zeit von einer verheerenden Pest heimgesucht, weswegen die Osmanen relativ leichtes Spiel hatten. 1834 wurde die Führung in Mossul entmachtet. Bagdad blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die wichtigste osmanische Provinzhauptstadt in Mesopotamien. Mossul und Basra wurden alternierend Bagdad untergeordnet bzw. zu selbstständigen Provinzen erhoben. Gegen Ende des Jahrhunderts wandten sich zahlreiche Stämme der schiitischen Ausprägung des Islam zu. Damit wurden die Schiiten zur Mehrheit unter der arabischen Bevölkerung. Insgesamt wurde der Irak bis zum Ersten Weltkrieg deutlich langsamer als Syrien von westlichem Einfluss durchdrungen.

Der Niedergang des Reiches

Mit den wachsenden Spannungen innerhalb des Osmanischen Reiches wurde die Frage nach dessen Zukunft akut. 1876 rangen einflussreiche Reformkräfte dem Sultan eine Verfassung ab. Im ersten osmanischen Parlament, das 1877 zusammentrat, waren auch Abgeordnete der syrischen und irakischen Provinzen vertreten. Bereits 1878 suspendierte Sultan Abdülhamid II. (1876–1909) die Verfassung aber wieder und schickte die Volksvertreter nach Hause. In den nächsten Jahrzehnten regierte er autokratisch. Der ausgeprägt islamische Charakter seiner Herrschaft verschärfte die Spannungen mit den nicht-islamischen Konfessionen, die wiederholt Opfer von Pogromen wurden. Hinter der Fassade autokratischer Herrschaft aber organisier-



SZ Photo/Scherf

Türkische Soldaten auf einem Markt in Damaskus, 1917.

te sich politischer Widerstand. Unter den Organisationen, die auch in der Armee aktiv wurden, sollte die »Gesellschaft für Einheit und Fortschritt« – besser bekannt als »Jungtürken« – die Entwicklungen im Reich bis zu seinem Ende entscheidend bestimmen. Gestützt auf Teile der Armee erzwang die Gruppe 1908 vom Sultan die Wiedereinsetzung der Verfassung und des Parlaments. 1909 wurde Abdülhamid abgesetzt.

Das Ende seiner Herrschaft wurde weithin begrüßt. Für einen kurzen Augenblick schien ein Zusammenleben aller »osmanischen« Untertanen unabhängig von ihrer religiösen und ethnischen Herkunft möglich. Auch in dem neuen Parlament waren Abgeordnete aus den syrischen und irakischen Provinzen stark vertreten. Freilich, die Perspektiven auf eine liberale Ordnung zerschlugen sich bald. Nicht zuletzt angesichts der anhaltenden Angriffe europäischer Mächte auf das Reich griff die Regierung wieder zu politischer Repression. Mit ihr ging eine forcierte Türkisierung in Verwaltung und Bildungswesen einher.

In dieser Situation wurde Damaskus das Zentrum einer nationalen arabischen Bewegung. Die Geistesverwandten trafen sich

in Klubs, deren Mitglieder und Träger vor allem Studenten, Offiziere, Intellektuelle und Publizisten waren. Ihre Vorstellungen von der Zukunft der arabischen Teile des Reiches waren unterschiedlich: Sie reichten von politischer Autonomie über föderative Lösungen bis zur Unabhängigkeit der Araber und dem Bruch mit dem Osmanischen Reich.

Der Erste Weltkrieg führte dann zum Untergang des Osmanischen Reiches (siehe Infokasten), was zunächst so nicht absehbar war. Die arabische Bevölkerung stand vielfach loyal zum Imperium. In der Hoffnung auf Unabhängigkeit erhoben sich dann aber im Laufe des Krieges Teile der Araber, beraten von einem britischen Agenten, Lawrence »von Arabien«, namentlich auf der Arabischen Halbinsel gegen den Sultan. Sie schlugen sich auf die Seite der Briten, die die arabische Erhebung zu unterstützen vorgaben. Eine umfassende arabische Erhebung blieb jedoch aus.

Aktivisten der diversen Klubs fanden sich nach dem Krieg in meist kurzlebigen politischen Parteien zur Durchsetzung einer eigenen Herrschaft für die Araber wieder. Zu diesem Zeitpunkt aber hatten England und Frankreich bereits eigene machtpolitische Pläne auf den Weg gebracht, die die Ausdehnung ihrer eigenen Imperien in die Region vorsahen, obgleich dies ihren Kriegsversprechungen an die Araber widersprach. Im Sykes-Picot-Abkommen vom Mai 1916 wurde unter anderem die Aufteilung von Bilad ash-Sham vorgesehen. Dementsprechend gerieten nach Kriegsende das heutige Syrien und der heutige Libanon unter französische Herrschaft. Palästina und Mesopotamien wurden dem Empire zugeschlagen.

Udo Steinbach



Entgegen so mancher Bekundungen der westlichen Kriegsmächte kehrten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in den arabischen Regionen nicht Freiheit und Selbstbestimmung ein, sondern die Bewohner wechselten gewissermaßen nur das Imperium. Entsprechend dem französisch-britischen Geheimabkommen vom Mai 1916, unterzeichnet von den Diplomaten Mark Sykes und François Georges-Picot, wurden die Gebiete neu organisiert und verteilt. Die damals künstlich gezogenen Grenzen sind zum Teil bis heute völkerrechtlich gültig. Dabei standen die strategischen Interessen der Imperialmächte im Vordergrund, nicht die Belange der Bevölkerungen. Die Interessen der Franzosen und Briten zielten vor allem auf das Eröl ab (hier im Bild rechts der irakische König Faisal I. bei der Eröffnung der Ölquelle von Palkhana südlich von Kirkuk im April 1927).

Die Franzosen erhielten die Gebiete Syriens bis zur Mittelmeerküste, die Briten Palästina, Jordanien und die drei ehemaligen osmanischen Provinzen (*vilayets*) Basra, Bagdad und Mossul, letztere nur nach erheblichen Streitigkeiten mit den Franzosen, die auch wegen der Ölvorkommen dort Ansprüche erhoben. Daraus entstand dann der Irak, nunmehr zusammengesetzt aus unterschiedlichen, teils im Konflikt lebenden Volks- und Religionsgruppen. Die daraus resultierenden Probleme bestimmten das Schicksal der Syrer und der Iraker das ganze 20. Jahrhundert hindurch und sind noch heute von erheblicher Bedeutung. Offiziell erhielten die beiden Imperialmächte die Gebiete (»Mandate« mit einem Hochkommissar als Leiter) nur als Treuerhänder des Völkerbundes, weswegen sie auch Berichtspflichten hatten, de facto aber handelte es sich um Kolonien.

Syrien und Irak vom Sykes-Picot-Abkommen bis zum Ende der Kolonialherrschaft

Irak

Die Gründung des Irak im Gefolge der Friedensschlüsse in den Pariser Vororten (in diesem Falle in Sèvres) nach dem Kriegsende 1918 war in vielerlei Hinsicht eine künstliche Angelegenheit. Einerseits wurden dadurch ethnisch-kulturelle Entitäten zerschnitten, andererseits eine große Anzahl unterschiedlicher religiöser, sozialer und ethnischer Gruppen in einem einzigen Staat zusammengefasst. Dieses Gebilde konzipierten die Briten als demokratischen Verfassungsstaat gemäß den aktuellen Standards nach dem Ersten Weltkrieg. Damit griffen für die Bewohner Neuerungen von teils ungeahntem Ausmaß Platz. Bis dato gültige Machtstrukturen und Rechtsverhältnisse wurden beseitigt und durch Prinzipien ersetzt, die, wie sich alsbald herausstellen sollte, von der Bevölkerung keineswegs sofort akzeptiert wurden.

Das Land kam in der Zwischenkriegszeit nicht zur Ruhe. Es ereigneten sich immer wieder Aufstände und Rebellionen, deren größte 1920 stattfand, nachdem die eigentlichen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Region durch die Konferenz von San Remo im April des Jahres erst so richtig an die Oberfläche gelangt waren. Diese Erhebung hätte fast zum Zusammenbruch der britischen Herrschaft geführt. Die Briten änderten danach zwar ihre bisherige, an der indischen Verwaltung ausgerichtete direkte Herrschaftspraxis unter dem Leiter der britischen Verwaltung für Mesopotamien, Arnold Wilson (»Acting Civil Commissioner« 1918–1920), und inthronisierten einen König (Faisal I.), sie konnten jedoch nur bis zu einem gewissen Grade Stabilität herstellen. Die in der Folge geschlossenen Verträge zwischen der Regierung in Bagdad und der Mandatsmacht wurden in der irakischen Bevölkerung als Bevormundung betrachtet und zogen neue Proteste nach sich. Ferner kam es zu teils auch religiös motivierten Konflikten zwischen Schiiten, die im Süden

des Landes Autonomie und sogar Unabhängigkeit forderten, und dem sunnitisch dominierten Staat. Kleinere Völker bzw. Religionsgemeinschaften, so die Assyryer und die Jesiden, steigerten die Komplexität der Lage noch und gerieten in Auseinandersetzungen mit den größeren Gruppen, etwa weil insbesondere die Assyryer den Briten als Hilfstruppen (»Levies«) zur Niederschlagung von Aufständen anderer Gruppen dienten.

Eines der größten Probleme für die britische Mandats Herrschaft und die meisten ihrer nachfolgenden Regierungen und Regimes stellten die Kurden dar. Sie sind zwar Sunniten, aber keine Araber und forderten einen eigenen, unabhängigen Staat, der ihnen im Rahmen der Friedensschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg auch formal versprochen worden war. Das Projekt war steckengeblieben und wurde, als der irakische Staat und vor allem auch die Türkei sich zu konsolidieren begannen, immer utopischer und durch den Vertrag von Lausanne 1923 endgültig zu Grabe getragen. Mit dieser Entscheidung jedoch wurden die im Irak lebenden Kurden in ein arabisch dominiertes Land integriert. Einzelne mächtige Kurdenführer, allen voran der Scheich Mahmud Barzanji, der schon zuvor Autonomie- und Unabhängigkeitsforderungen für die kurdische Bevölkerung gestellt hatte, traten auf den Plan. Kurdistan, das bereits vor 1914 immer wieder durch Aufstände von sich Reden gemacht hatte, wurde zum Dauerthema. Es gelang den Briten auch trotz einiger Versuche nicht, die Regierung in Bagdad zu wirksamen Regelungen für Autonomie und Minderheitenschutz zu bewegen.

Insgesamt waren die Erfolge der britischen Herrschaft eher ernüchternd. Das Empire verfügte nur über sehr begrenzte eigene Ressourcen, sodass von einer geordneten Kolonialverwaltung nicht die Rede sein konnte. In den verschiedenen Distrikten gab es meist nur einen »Political Officer« und eventuell einen »Medical Officer«, die in allererster Linie für Ruhe und Ordnung, daneben für die Erhebung der Steuern und den Kontakt mit den örtlichen Führern zuständig waren. All diese Protagonisten waren meist auf sich allein gestellt und mussten überdurchschnittliche Fähigkeiten im Umgang mit kurdischer Kultur und Politik an den Tag legen. Mehr als einmal geriet dabei ihr Leben in Gefahr. Die eigenen Truppen konnten sie nur dann herbeirufen, wenn ein Aufstand drohte. Für ständige Garnisonen an allen Orten

Das Sykes-Picot-Abkommen 1916



- »Blaue Zone« (direkte französische Kontrolle)
- »Zone A« (unter französischem Einfluss)
- »Rote Zone« (direkte britische Kontrolle)
- »Zone B« (unter britischem Einfluss)
- »Gelbe Zone« (internationale Kontrollzone)
- Zone unter direkter russischer Kontrolle
- »Grüne Zone« (direkte italienische Kontrolle)

⋯ Mossulgebiet, 1920 von Frankreich an Großbritannien abgegeben (Konferenz von San Remo)

— Grenzen 1914

— Grenzen heute

PERSIEN Staaten 1914

Prot. Protektorat

Syrien Staaten heute

Quelle: The National Archives (United Kingdom), MPK1/426.

© ZMSBW
07785-03

Der Irak und Syrien im Zweiten Weltkrieg

Auch im Zweiten Weltkrieg genossen Syrien und der Irak bestenfalls zweitrangige Priorität. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass Hitler im Krieg gegen die Sowjetunion den Dreh- und Angelpunkt aller Anstrengungen sah und anderen Schauplätzen nur untergeordnete Bedeutung zuwies.

Deutsche Aufstandspropheten, von denen manche bereits zwischen 1914 und 1918 im Orient tätig gewesen waren, versuchten im Zweiten Weltkrieg, die Region dennoch als strategisches Ziel wach zu halten, unter anderem Oskar von Niedermeyer, Max von Oppenheim und vor allem der deutsche Gesandte in Bagdad Fritz Grobba. Sie hofften, wie schon im Ersten Weltkrieg, die Muslime, insbesondere die Araber, zu einem Großaufstand gegen die westlichen Imperien aufzuwiegeln. Auf arabischer Seite ergaben sich ebenfalls entsprechende Hoffnungen, vor allem als immer deutlicher wurde, dass Palästina Heimstatt der Juden werden sollte. Als dann die Wehrmacht die ersten großen Erfolge verbuchen konnte und unter anderem nach Ägypten vorstieß, glaubte ein radikaler Teil der irakischen Nationalisten die Stunde gekommen und putschte im April 1941 erfolgreich gegen das britenfreundliche irakische Herrscherhaus. Die Briten sahen das geostrategische Gefüge ihres Empire gefährdet und handelten, wie fast immer in derlei Fällen, rasch und entschlossen. Am 18. April landete ein britisch-indisches Expeditionskorps in Basra.

Die neue Regierung unter Raschid Ali al-Gailani, die sich auf vier hochrangige Militärs (»Golden Square«) stützte, wandte sich an Deutschland und bat um militärische Unterstützung. Hitler, der zu dieser Zeit mitten in den Vorbereitungen für den Überfall auf die Sowjetunion (Unternehmen Barbarossa) stand, war nicht bereit, größere Truppenverbände in den Orient zu schicken, genehmigte als »heroische Geste« lediglich den Einsatz einiger Staffeln Me 110 und He 111. Die deutschen Verbände erlitten in den Luftkämpfen rasch Verluste, die infolge fehlenden Nachschubs nicht ausgeglichen werden konnten. Der Kampf endete am 31. Mai mit der Einnahme Bagdads durch die Briten. Diese rückten bis ans Mittelmeer vor und besetzten auch Syrien, das bis dato unter der Kontrolle der Vichy-Regierung gestanden hatte.

Nach diesem Rückschlag erwachten die Hoffnungen der entsprechenden Kreise neu, als die Wehrmacht bis an den Kaukasus vorstieß.

Sie glaubten, man könne nun von dort in den Orient vordringen. Bis heute halten sich auch Vorstellungen, eine große Zangenbewegung von Afrika (Erwin Rommel) und von Russland sei eine Option gewesen. Als militärische Planung ist derlei jedoch nicht wirklich nachweisbar, und es ist zu bezweifeln, ob ein solches Vorgehen von den maßgeblichen Stellen wirklich ernsthaft ins Auge gefasst wurde. Nach Stalingrad hatten sich dann alle weiteren Hoffnungen im Grunde erledigt. Es blieben nur spezielle Kommandounternehmen z.B. der Abwehr (Abwehr II, Sabotage und Zersetzung), die bestenfalls Nadelstiche sein konnten.

Eine dieser Aktionen war das Unternehmen »Mammut«, eine Kommandoaktion der Abteilung Abwehr II im Jahre 1943, an dem neben dem Kommandoführer, dem Wehrmachtoffizier Johann Gottfried Müller, und zwei weiteren Soldaten ein kurdischer Nationalist, Ramzi Nafi Raschid Agha (1917–1949), als Führer teilnahm. Letzterer war ein junger Idealist aus Arbil, der durch seine Zusammenarbeit mit der Abwehr ein Zeichen zur Abspaltung Irakisch-Kurdistan von der durch die Briten in Bagdad eingesetzten arabischen Zentralregierung setzen wollte. Das Ziel bestand darin, die Kurden für die deutsche Sache zu gewinnen und sie gegen das britische Empire aufzustacheln. Müller war schon zuvor im Orient gewesen und hatte u.a. den kurdischen Rebellenführer Mahmud Barzanji kennengelernt. Nicht nur Müller, sondern der gesamten Abwehr war aber entgangen, dass die Operation »Mammut« auf dem inzwischen veralteten Informationsstand Müllers über die Lage in der Region von Mitte der 1930er Jahre aufbaute. Der Trupp sprang am 17. Juni 1943 über Kurdistan ab, wurde jedoch wegen erheblicher Fehler rasch verhaftet und von den Briten zum Verhör nach Kairo gebracht. Zunächst von der Todesstrafe bedroht, wurden sie nach Kriegsende freigelassen. Ramzi kehrte in seine Heimatstadt Arbil zurück und starb dort als gebrochener Mann. Er gilt bis heute unter den Kurden der Region als bedeutende Persönlichkeit.

Für die Bevölkerung in Syrien und im Irak änderten derlei Kommandounternehmen relativ wenig. Die Alliierten, zunehmend die Amerikaner, hatten die Länder fest im Griff und etablierten eine Besatzungsherrschaft. Die Menschen hatten zunehmend unter Nahrungsmittelmangel zu leiden, weil die Alliierten die Lebensmittel und das Vieh für die eigene Kriegführung nutzten und die Märkte leerkauften.

pr

besaß das Empire ebenfalls nicht die nötigen Mittel, sodass im Wesentlichen die Royal Air Force eingesetzt wurde (»Air Control«) und der Kampf am Boden Aufgabe der indigenen Hilfstruppen bzw. der irakischen Armee war.

Die Gesellschaft des neu entstandenen Staates hegte Skepsis gegenüber den Bestrebungen der Mandatsmacht, parlamentarisch-pluralistische Grundsätze einzuführen, da sie in vielerlei Hinsicht nach Prinzipien lebte, die derartigen Schritten in die Moderne entgegenstanden. Die Mandatsherren versuchten, teils unter Mithilfe der irakischen Regierung, in das ganze Staatsgebäude strukturelle Decken einzuziehen, vor allem durch Reformen und den Aufbau einer geordneten Flächenorganisation in den Bereichen Verwaltung, Finanzen, Bildung und in der Armee. Infrastrukturmaßnahmen, beispielsweise im Straßenbau, sollten stabilisierend wirken. Dies stand jedoch immer unter der Prämisse, dass die Iraker alles selbst zu bezahlen hätten. Insbesondere die Armee wurde von maßgeblichen irakischen Kreisen als entscheidendes Integrationselement gesehen. Durch die Einführung der Wehrpflicht für alle jungen Männer und die Einheitlichkeit des Dienstes sah die irakische Regierung und die sie stützende Elite die entscheidende Möglichkeit, eine dauerhafte Verbrüderung, ja vielleicht sogar Verschmelzung der unterschiedlichen Volks- und Religionsgruppen herbeizuführen. Nach der formalen Unabhängigkeit 1932 bestand dann Wehrpflicht, sie traf aber auf heftigen Widerstand von Kurden und Schiiten.

Ein trauriger Höhepunkt ereignete sich bereits im August 1933, als in der Stadt Semile und ihrer Umgebung Hunderte von Assyriern durch die irakische Armee unter der Führung des kurdischen Generals Bakr Sidqi getötet wurden. Die Assyrier, die schon während des Genozids an den Armeniern zu leiden gehabt hatten, standen im Konflikt mit den Kurden und waren teils verhasst, weil sie den Briten als Hilfstruppen zur Niederschlagung von Aufständen gerade auch der Kurden gedient hatten. Bakr Sidqi galt darauf im Irak als Volksheld, putschte sich 1936 an die Macht, wurde jedoch am 12. August 1937 von rivalisierenden Offizieren ermordet.

Die politische Landschaft gestaltete sich zeitweise chaotisch. Dabei spielten arabische Nationalisten, etwa Yasin al-Haschimi,

der »Bismarck der Araber«, britische Kollaborateure (Nuri as-Said) und König Faisal eine große Rolle. Letzterer zeigte sich zum fortgesetzten Ärger der Briten keineswegs gewillt, den konstitutionellen Monarchen abzugeben, sondern strebte eine Monarchie auf eigener Machtbasis an und legte dabei auch nicht unbedingt auf eine im westlichen Sinne geordnete Verwaltung Wert. Eine einheitliche, schlagkräftige Massenpartei oder ein entsprechendes Protestpotenzial, das die Briten und die von ihnen unterstützte irakische Regierung politisch hätten wirklich fürchten müssen, entstand nicht. Die größte Gefahr neben dem ethnischen und religiösen Aufstandspotenzial erwuchs aus dem Regierungsapparat bzw. den führenden Kreisen, die in ihren Zielen zerstritten und unter sich teils überaus verfeindet waren. Im Zweiten Weltkrieg etablierte sich dann für kurze Zeit eine britenfeindliche Regierung unter Raschid al-Gailani, als die deutsche Wehrmacht 1941 an die Grenzen des britischen Herrschaftsbereiches im Nahen Osten heranrückte (siehe Infokasten).

Die Briten besetzten das Land erneut und errichteten nachfolgend zum zweiten Male eine Besatzungsherrschaft. Sie versuchten dabei wiederum, ihr eigenes System zu verankern. Die Besatzungsmacht konnte zwar eine Stabilisierung für die Zeit des Krieges erreichen, hatte damit allerdings die Spaltung des Landes noch erheblich vertieft. Enttäuschte »Panarabisten« wie auch »national« denkende Iraker radikalisierten sich insgeheim weiter. Die wirtschaftlichen und sozialen Begleitumstände des Krieges (u.a. Inflation und Nahrungsmittelknappheit) taten ein Übriges. Der Boden für Konflikte und Gewalt nach dem Zweiten Weltkrieg war bereits gelegt.

Syrien

Die Franzosen gingen in Syrien anders vor als die Briten im Irak. Sie installierten dort keine Monarchie mit einem einheimischen Herrscher, wenn dieser auch nur als Marionette vorgesehen war, sondern sahen anfangs sogar die Schaffung sechs verschiedener Staaten vor. Ihre Politik war gekennzeichnet von der Überzeugung der Überlegenheit der eigenen Kultur, die sie, durchaus mit Erfolg, auch in Syrien verbreiteten und etablierten (z.B. die

französische Sprache). Ihre Herrschaftspraxis gestaltete sich offensiv, ja teils aggressiv, mit direkten Eingriffen in das Leben der Menschen.

Die Franzosen versuchten, Widerstand von vornherein zu brechen, indem sie nach dem Prinzip »teile und herrsche« (»divide et impera«) vorgingen. Die sechs unterschiedlichen Staaten waren dementsprechend auch als getrennt beherrschbare Teileinheiten mit jeweils unterschiedlicher ethnischer bzw. religiöser Gewichtung geplant. Ein Teil davon wurde wieder zusammengeführt und schließlich 1930 als Republik Syrien unter Völkerbundmandat etabliert. Deren Grenzen bilden auch heute völkerrechtlich das syrische Staatsgebiet.

Dies galt nicht für den Libanon, das Küstengebiet um Beirut, das für die Franzosen politisch, wirtschaftlich und strategisch von besonderer Bedeutung war. Die Region wurde zunächst unter der Bezeichnung »Grand Liban« vom Rest des Landes abgetrennt. So entstand 1920 der Libanon in seinen heutigen Grenzen (eine Verfassung für das Land existiert seit 1926).

Willentlich oder unwillentlich schürten die Franzosen die Konflikte in der Bevölkerung, indem sie einzelne Gruppen, insbesondere die christlichen Maroniten, bevorteilten. Letztere lebten teils in der Überzeugung, dauerhaft die Führungsschicht in einem westlichen orientierten Gemeinwesen einzunehmen. Für die Muslime, etwa die Schiiten, aber auch für die Drusen war dies unannehmbar.

Diese Gemengelage führte in Verbindung mit wirtschaftlichen Konflikten im Jahre 1925 zu einem großen Aufstand, der in der vornehmlich von Drusen bewohnten Provinz Hauran begann, sich dann auf das ganze Land ausdehnte und den die Franzosen nur mit Mühe niederschlagen konnten. Danach kehrte zwar weitgehend Ruhe ein, die, anders als im Irak, auch besser gewährleistet werden konnte, weil eine direkte Kolonialregierung ohne formale Machtbeteiligung der Indigenen herrschte. Die Probleme blieben aber bestehen und führten 1975 zum permanenten Bürgerkrieg (siehe dazu den Wegweiser Naher Osten, 2. Aufl., S. 123–137).

Einen weiteren, bis heute nicht geschlichteten Streitfall bildete das Hatay. Dieses Gebiet umfasst einen Zipfel um die Stadt Alexandrette, das heutige Iskenderum. Dort lebten viele Türken,

weshalb die neu entstehende Türkei rasch Ansprüche als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reiches erhob. Die Franzosen, die immer noch das Bündnis zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich von 1914 vor Augen hatten, versprachen Ankara wohlwollende Prüfung, schufen 1938 einen unabhängigen Staat Hatay, der am 29. Juni 1939 formal in die Türkei integriert wurde. Als Provinzhauptstadt wurde Antakya ausgewählt, das alte Antiochia. Die Syrer akzeptieren diese Entscheidung bis heute nicht, weswegen das Gebiet immer noch Streitpunkt zwischen beiden Ländern ist. Das Gleiche gilt auch für den Libanon, den Damaskus als syrische Provinz betrachtet und wo Syrien daher in den letzten Jahrzehnten massiv und teils auch blutig eingegriffen hat.

Die Franzosen ihrerseits konnten sich immer weniger den Wünschen der Syrer nach Unabhängigkeit entziehen, insbesondere nach der Niederlage gegen die Deutschen 1940. Die Mandatsregierung wurde danach mit Vertretern der Vichy-Administration besetzt, die mit den Deutschen zusammenarbeiteten. Nach dem kurzen Krieg im Irak 1941 rückten indes die Briten vor und besetzten auch Syrien. So gelangten zwar Vertreter der Freien Franzosen an die Macht, die jedoch von der militärischen Macht der Briten abhängig waren. Der Prestigeverlust nach der militärischen Niederlage der Franzosen im Kampf gegen die Achsenmächte tat ein Übriges.

1943 mussten, auch auf Druck der Briten, freie Wahlen abgehalten werden, in denen die arabischen Nationalisten eine überwältigende Mehrheit erhielten. Am 1. Januar 1944 wurde Syrien unabhängig, der Libanon bereits am 8. November 1943. 1946 verließen die letzten französischen Soldaten Syrien und den Libanon.

Es liegt eine gewisse Ironie in der Tatsache, dass die treibende Kraft für das Streben nach Unabhängigkeit aus den Reihen der arabischen Nationalisten kam, von denen viele wichtige Persönlichkeiten arabische Christen waren, die das Nationalstaatsprinzip und viele Bildungsinhalte erst vom Westen und der Kolonialmacht übernommen hatten. Die Syrer und Iraker erlangten ihre Unabhängigkeit in einem Gebilde, dessen Struktur und Grenzen von einer westlichen Macht vorgegeben worden war.



Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war im Grunde auch die Epoche des europäischen Imperialismus im Vorderen Orient vorbei. Mit Ausnahme der Emirate am Persischen Golf und Südjemens hatten die arabischen Staaten zwischen Marokko und dem Indischen Ozean ihre Unabhängigkeit erreicht oder waren unaufhaltsam auf dem Weg dahin. Die Kolonialmächte hatten es freilich unterlassen, die politischen Eliten auf die Aufgaben vorzubereiten, die künftig mit Blick auf die Gestaltung der Zukunft ihrer Länder auf sie zukommen würden. Spannungen im Inneren waren deshalb ebenso vorprogrammiert wie Konflikte in der Gesamregion.

Mit Unterstützung Englands war im März 1945 in Kairo die Arabische Liga gegründet worden. Sie verfolgte (und verfolgt) das Ziel, die Interessen ihrer Mitglieder (heute 22) auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Kultur zu koordinieren und ggf. entstehende Konflikte zu lösen. Allerdings blieben der Liga wirkliche Erfolge verwehrt. Zu unterschiedlich waren die Strukturen und Interessen der Mitgliedstaaten. Das Bild oben zeigt wichtige Akteure auf dem arabischen Gipfeltreffen der Liga in Marokko 1969 (v.l.n.r.): Algeriens Staatspräsident Houari Boumedienne, Libyens Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi, ein unbekannter Offizier, Iraks Verteidigungsminister Hardan Takriti, PLO-Vorsitzender Jassir Arafat (im Hintergrund mit Sonnenbrille) und Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser.

Konflikte im arabischen Raum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Das für die gesamte Region in Zukunft größte Problem hinterließen die Briten in Palästina. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges hatten sie nicht vermocht, ein dauerhaft konstruktives Zusammenleben der einheimischen arabischen Bevölkerung und der jüdischen Einwanderer im Raum zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan zu gewährleisten. Die Verfolgung der Juden in Europa hatte den Einwanderungsdruck erhöht. Im November 1947 beschloss die Vollversammlung der UNO, Palästina zu teilen; und im Mai 1948 proklamierte die zionistische Führung den Staat Israel. Die arabischen Staaten weigerten sich, den neuen Staat, für den sie keine Legitimation sahen, anzuerkennen, und begannen militärische Operationen mit dem Ziel, ihn zu beseitigen. Als offenbar wurde, dass der jüdische Staat aufgrund seiner Stärke widerstand, kam es 1949 zu Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen den kriegführenden Parteien.

Der Palästinakonflikt

In den folgenden Jahrzehnten wurden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn in den Jahren 1956, 1967 und 1973 Kriege geführt. Erst als Ägypten unter Präsident Anwar as-Sadat 1978/79 einen Frieden mit Israel schloss, war der unmittelbaren militärischen »Lösung« die Grundlage entzogen. Gleichwohl kam es auch danach zu lokalen militärischen Auseinandersetzungen; unter ihnen war die israelische Invasion in den Libanon 1982, die zur Vertreibung der 1964 gegründeten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus Beirut führte, die folgenreichste. Gegen Ende der 1980er Jahre begannen weitere arabische Staaten und die PLO, eine politische Lösung des Konflikts in Betracht zu ziehen. Im Jahre 1993 wurde in Washington schließlich ein Rahmenabkommen zwischen Israel und der PLO geschlossen, das einen Prozess in Gang setzte, an dessen Ende die Entstehung eines palästinensischen Staates vorgesehen war. Dazu ist es – nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden israelischen

Besiedlung der im Juni-Krieg von 1967 eroberten palästinensischen Gebiete und Ost-Jerusalems – nicht gekommen.

Der »Nahostkonflikt« hat andere Konfliktlinien in der Region überlagert bzw. mitbestimmt. Das gilt insbesondere für die innere Entwicklung Ägyptens und der Länder des arabischen Ostens (Maschrek). Das Ergebnis des ersten arabisch-israelischen Krieges wurde weitesthin in der arabischen Welt als *nakba* empfunden, d.h. als Katastrophe. Breite Teile der Öffentlichkeit sahen diese als eine Folge des Versagens der Machthaber. So kam es zu Militärputschen in Syrien im Jahr 1949, die ihrerseits das Vorspiel zu der Revolution der »Freien Offiziere« im Juli 1952 in Ägypten bildeten. Mit dem Anspruch auf tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen in der ganzen arabischen Welt suchten sie die Voraussetzungen für einen eigenständigen Weg und einen unabhängigen und respektierten Platz der Araber im internationalen System zu schaffen.

Der Aufstieg von Gamal Abdel Nasser

Die Revolution in Ägypten war der Anstoß für zwei Jahrzehnte der Veränderungen und Konflikte sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch im ganzen Raum zwischen Nordafrika und dem Indischen Ozean. Im Juli 1958 kam es im Irak zu einem ähnlichen Putsch wie in Ägypten (siehe den Beitrag von Roby Barrett). 1962 stürzten dann »Freie Offiziere« das mittelalterliche Regime des »Imam« in San'a im Nordjemen. Und 1969 beendete eine Gruppe von (»Freien«) Offizieren unter Oberstleutnant Gaddafi die Herrschaft des Königshauses der Senoussi in Libyen. In Syrien waren nach der Serie von Militärputschen im Laufe der 1950er Jahre linke Kräfte zunehmend erstarkt. Seit 1963 wurde die politische Bühne im Lande von der Baath-Partei dominiert. Mit der Machtübernahme von General Hafiz al-Assad 1970 begann eine Ära der Diktatur unter der politischen Führung der Baath-Partei.

In der Regel waren diese Umbrüche von Machtkämpfen zwischen rivalisierenden politischen Gruppierungen und von Gewalt begleitet. Das gilt in besonderer Weise für Irak und Jemen. Im Irak stellte sich vor dem Hintergrund des »Arabismus« des Landes die Frage nach der Stellung der nicht arabischen, kurdi-

schen Volksgemeinschaft. Nach jahrzehntelangen Kämpfen um Unabhängigkeit oder zumindest Autonomie innerhalb des Irak gelang es erst mit der Isolierung des Regimes unter Saddam Hussein im Gefolge des Zweiten Golfkriegs (1991) einen weitgehend autonomen Status der Kurden zu erreichen. Im Jemen mündete die Revolution in einen jahrelangen Bürgerkrieg zwischen Anhängern der alten Herrschaften und Kämpfern für eine neue revolutionär-republikanische Staatsordnung. Auswärtige Einmischung verlieh ihm eine regionale Dimension: Saudi-Arabien unterstützte die Royalisten, die für eine Rückkehr des Imam, der sich nach Saudi-Arabien abgesetzt hatte, an die Spitze des Staates kämpften. Demgegenüber warf Nasser sein ganzes Prestige in die Waagschale der Republikaner. Auf dem Höhepunkt des Engagements standen 70 000 ägyptische Soldaten im Jemen. Erst nach dem Abzug der Ägypter 1967 begannen die Konfliktparteien aufeinander zuzugehen. Indes gab es bereits zu diesem Zeitpunkt zwei Staaten (Nord- und Südjemen).

Der jemenitische Bürgerkrieg mit seinen regionalen Verwicklungen lässt eindrücklich erkennen, worum es im tiefsten Kern ging: um die Umgestaltung der ganzen arabischen Region im Namen des panarabischen Nationalismus und eines spezifisch arabischen Sozialismus. Dagegen freilich leisteten die konservativen Ordnungen, angeführt von dem wahhabitisch geprägten Saudi-Arabien, Widerstand. Nach dem Umsturz in Ägypten hatte Nasser erkennen lassen, dass er die Revolution nicht als ausschließlich ägyptisches Ereignis betrachtete. Unter der Führung Kairois würde der revolutionäre Funke auf alle Teile der arabischen Welt überspringen und den Status der Araber in der Weltordnung neu bestimmen. Letztere blieb indes bis auf Weiteres vom bipolaren Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und der USA konditioniert; eine Tatsache, an der auch Nasser nicht vorbeikam.

Der zweite Nahostkrieg im Jahr 1956 wurde zum einschneidenden Ereignis. Seit 1955 war klar, dass sich Nasser dem Druck vornehmlich der USA widersetzen würde, Ägypten in ein von Washington und London angeführtes, gegen ein befürchtetes sowjetisches Vordringen gerichtetes Bündnissystem einbinden zu lassen. Um Nasser unter Druck zu setzen, hatte Washington seine bereits zugesagte finanzielle Unterstützung für den Bau



pa/AP Images/Stan Carter

Sturz der pro-britischen Monarchie im Irak, 14. Juli 1958: Demonstranten mit einem Porträt des von ihnen verehrten ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser.

eines neuen Nil-Hochstaudammes bei Assuan zurückgezogen. Als Reaktion darauf hatte der ägyptische Präsident am 26. Juli 1956 die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft erklärt und damit praktisch die letzte Position britischer Vorherrschaft (seit 1882) beseitigt. Im Bündnis mit Frankreich, das Nasser für die Unterstützung des algerischen Befreiungskampfes abstrafen wollte, und Israel, das durch die Besetzung der Sinai-Halbinsel Entlastung gegen die Angriffe arabischer Freischärler anstrebte, unternahm Großbritannien im Oktober 1956 den Versuch, die Suezkanalzone erneut militärisch zu besetzen. Damit verband sich die Hoffnung, Nasser zu stürzen. Die Aggressoren erzielten zwar rasche militärische Erfolge, das ganze Unternehmen scheiterte aber am Widerstand der USA. Der Forderung Präsident Dwight D. Eisenhowers, die besetzten Gebiete zu räumen, konnten sich die drei Mächte nicht widersetzen.

Präsident Nasser konnte sich die »Niederlage« der Aggressoren auf seine Fahnen schreiben. Sein Ansehen in den größten Teilen der arabischen Welt stieg dadurch in ungeahnte Höhen. Die Zeichen für einen grundlegenden Wandel unter der Führung Ägyptens schienen gesetzt. Damit begann auch die Konfrontation mit den konservativen Kräften und Regimes (zu den innen-

politischen Dimensionen der gegensätzlichen Ordnungsmodelle vgl. den Beitrag von Tim Epkenhans). Die Radiostation »Stimme der Araber« in Kairo – sie wurde bis in den letzten Winkel der arabischen Welt gehört – rief die arabischen Länder zum Umsturz auf. Arabisch nationalistische und »progressive« Kräfte außerhalb Ägyptens wurden auch materiell von Kairo unterstützt. Nicht zuletzt dadurch konnte 1958 die haschemitische Dynastie in Bagdad gestürzt werden. Lediglich ihr Zweig in Amman unter König Hussein bin Talal (Hussein I., König von Jordanien) vermochte mit britischer Unterstützung zu überleben. 1967 gaben die Briten die jemenitische Stadt Aden auf, wo sich ein marxistisches Regime etablierte. 1969 konnte der Nasserismus mit der Revolution Gaddafis in Libyen einen weiteren Erfolg verzeichnen. Im Sudan übernahmen »nasseristische« Kräfte in Gestalt des Militärs unter Dschafar Muhammad an-Numairi die Macht. Den neuen Gesellschaftsordnungen nach dem ägyptischen Modell schien die Zukunft zu gehören.

Dies galt auch für Algerien, das erst 1962 seine Unabhängigkeit erringen konnte (siehe dazu den Wegweiser Nordafrika). Nassers Ägypten, aber auch andere arabische (und nicht-arabische) Staaten unterstützten den Befreiungskampf der Algerier.

Die PLO

Neben Algerien war der Kampf der Palästinenser gegen Israel (nach 1948) und – nach dem Juni-Krieg 1967 – für die Befreiung der besetzten Gebiete auf der Westbank und Ost-Jerusalems ein weiterer Schauplatz, der die ganze arabische Welt herausforderte. Nach den Waffenstillstandsverträgen zwischen Israel und seinen Nachbarn von 1949 hatten die Palästinenser nicht aufgehört, für eine Revision des Ergebnisses des ersten israelisch-arabischen Krieges zu kämpfen. Getragen wurde der Kampf zunächst von Organisationen unterschiedlicher politischer Couleur, die im Wesentlichen mittels Guerillastrategien, phasenweise auch unter Anwendung von Terrorismethoden vorgingen. Ihre militärischen Stützpunkte hatten sie in den Palästina benachbarten arabischen Staaten Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon. Israeli-schen Vergeltungsschlägen ausgesetzt, waren diese bemüht, die

Kontrolle über die Organisationen zu gewinnen. Das war auch der Hintergrund, vor dem 1964 auf Initiative Nassers die PLO gegründet wurde. Mit dem Niedergang Nassers im Gefolge des Juni-Krieges 1967 begann sich die PLO dann als eigenständige Befreiungsbewegung von den Interessen der arabischen Staaten zu emanzipieren.

Nach dem Friedensschluss Ägyptens mit Israel im März 1979 waren es unter den arabischen vor allem links orientierte Staaten, die die PLO unterstützten (bis Anfang der 1980er Jahre auch Syrien und vor allem Irak, aber ebenso Saudi-Arabien). Erst nach 1988, als der PLO-Chef auf internationalen Druck hin das Existenzrecht Israels akzeptierte und dem Terrorismus abschwor, war der Weg zu einem Friedensprozess frei, der auf dem Rasen vor dem Weißen Haus im Handschlag von Arafat und Ministerpräsident Jitzchak Rabin am 13. September 1993 seinen bisherigen Höhepunkt fand. Zu diesem Zeitpunkt aber hatte der Ost-West-Konflikt auch unter den arabischen Staaten bereits ein Ende gefunden.

Rivalität und Zersplitterung des arabischen Lagers

Die Jahrzehnte währende Instabilität und das anhaltend konflikt-hafte Erscheinungsbild des Nahen Ostens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren schließlich auch eine Folge der Rivalität innerhalb des panarabischen Lagers. Außer den Konflikten zwischen Nasser und den konservativen Regimen ist hier der Machtkampf zwischen Nassers panarabischem Anspruch und seinen Kontrahenten aufseiten der Baath-Partei sowie zwischen den Ablegern der Baath-Partei in Syrien und Irak untereinander zu nennen. Noch 1958 hatten die Baathisten zu jenen Kräften in Syrien gehört, die Nasser um eine Vereinigung von Ägypten und Syrien gebeten hatten; in der Vereinigten Arabischen Republik war diese schließlich zustande gekommen. Drei Jahre später platzte die Vereinigung, und nachdem die Baath-Partei 1963 in Damaskus an die Macht gekommen war. Insbesondere aber nach dem gemeinsam gegen Israel 1967 verlorenen Krieg machte Da-

maskus Kairo seinen Platz in der arabischen Welt streitig. Der Gegensatz zwischen Irak und Syrien wurde besonders bedeutsam, als im Herbst 1980 der Erste Golfkrieg begann (siehe den Beitrag von Henner Fürtig). Damaskus unter der Führung des Diktators Hafiz al-Assad trat an die Seite der jungen Islamischen Republik Iran – ein Schritt, der bis in die Gegenwart nachwirkt.

Die zahlreichen innerarabischen Machtkonstellationen und -konflikte wurden schließlich auch von dem globalen West-Ost-Konflikt überwölbt (siehe den Beitrag von Stefan Maximilian Brenner). In dem Maße, in dem sich die Beziehungen der arabisch-nationalistischen Kräfte zu den USA verschlechterten, bot sich die Sowjetunion als politische sowie entwicklungs- und wirtschaftspolitische Alternative an. Dem »westlichen« Lager, dem insbesondere die arabischen Monarchien zwischen Marokko und dem Persischen Golf angehörten, stand das »östliche« Lager gegenüber; in ihm waren vornehmlich die Regimes, die im Laufe der 1950er und 1960er Jahre durch Militärputsche an die Macht gekommen waren, sowie Befreiungsbewegungen vertreten. Die Allianzen freilich waren keinesfalls unabänderliche Bündniskonstellationen.

In den 1970er Jahren wurde jedoch offenbar, dass die USA die besseren Karten hatten. Für die Sowjetunion rächte es sich, dass es keine wirklich feste ideologische Grundlage für die Beziehungen gab. Die Kommunistischen Parteien wurden von den »brüderlichen« Regimes im Nahen Osten als Rivalen angesehen und teilweise sehr blutig verfolgt. Nur im Südjemen war es nach dem britischen Rückzug aus Aden (1967) zur Machübernahme durch eine Partei mit kommunistischem Programm gekommen. Ein besonderer Partner Moskaus, aber auch Ostberlins und anderer sozialistischer Regimes war lange Zeit die PLO. Indes griffen die Supermächte wohlweislich nicht militärisch aktiv in die Nahostkriege von 1956, 1967 und 1973 ein – zu groß war die Gefahr einer Eskalation.

Ende der 1980er Jahre hatte sich die Sowjetunion dann überlebt. Als der irakische Diktator im August 1990 Kuwait annektierte (siehe den Beitrag von Henner Fürtig), mag er noch gehofft haben, dass Moskau ihn zumindest diplomatisch unterstützen würde. Als dann die Sowjetunion endgültig unterging und Saddam besiegt war, schien Washington nun auch im Nahen Osten

entgültig alle Fäden in der Hand zu haben. Im Mai 1990 vereinigten sich die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) und die ehemals kommunistische Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) zur Republik Jemen.

Die Bedeutung der Religion für die Konflikte in der Region

Die Niederlage der arabischen Armeen im Sechstagekrieg bedeuteten nicht nur den Anfang vom Ende der politischen Karriere Nassers, sondern auch den Anfang einer neuen Bewegung: des politischen Islam. Dieser gewann und gewinnt bis heute zunehmend an Macht.

In den 1950er und 1960er Jahren hatte die nasseristische pan-arabische und sozialistische Propaganda aus Kairo nicht zuletzt auch das Königreich Saudi-Arabien herausgefordert. Grundlage der Herrschaft der Familie Sa'ud ist seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die *Wahhabiyya* (benannt nach Muhammad ibn Abd al-Wahhab, ca. 1704–1792), d.h. eine besonders konservative und wortgetreue Interpretation des Koran. Damit war das Königreich der natürliche Widerpart der »progressiven« nasseristischen (und baathistischen) Kräfte. Mit der Niederlage Nassers 1967 verschoben sich die innerarabischen Gewichte zugunsten des Königreichs, das nunmehr auch durch die wachsenden Einnahmen aus der Erdölproduktion über materielle Mittel verfügte, seinen Führungsanspruch zu untermauern. Die Gründung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK, 1969) unter der Ägide des saudischen Königs Faisal ibn Abd al-Aziz (1964–1975) stand symbolisch für den weltanschaulichen Paradigmenwechsel in der arabischen Welt.

Hinter der Fassade eines zunehmend konservativ und religiös-islamisch geprägten Erscheinungsbildes aller arabischen Gesellschaften begannen sich ferner Kräfte auszubilden, die bis in die Gegenwart das konflikthafte Szenario des Nahen Ostens und darüber hinaus der islamischen Welt insgesamt prägen. Denker wie der Indisch-Pakistani Sayyid Abul Ala Maududi (1903–1979) und der Ägypter Sayyid Qutb (1906–1966) entwi-

ckelten den Islam zu einer Ideologie weiter, als deren oberstes Ziel die Herstellung der »Souveränität Gottes« (*hakimiyyat Allah*) definiert wurde. Auf dem Weg dorthin, dem *dschihad*, sollte es erlaubt, ja geboten sein, Gewalt anzuwenden. Diese sollte die als nicht rechtgläubig und als »heidnisch« (*dschahili*) definierten, real existierenden islamischen Gesellschaften ebenso treffen wie den nicht-islamischen Westen.

Bereits in den in den frühen 1970er Jahren kam es zu vereinzelten Gewalttaten, die auf das Konto radikaler Organisationen gingen. Am 6. Oktober 1981 wurde der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat von Mitgliedern einer radikalen Zelle in der Armee ermordet. Der Weg von diesen seinerzeit noch vereinzelten Gewalttaten zu der chaotischen Situation, in die Teile der arabischen Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts geraten sind, ist lang und komplex. Als Gründe sind die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Innern, namentlich die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, die nicht zuletzt auf Korruption und Klientelismus zurückzuführen sind, sowie – damit verbunden – die mangelnde Legitimation der Herrschenden zu nennen. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf den brutalen Bürgerkrieg in Algerien in den 1990er Jahren und auf den Kampf extremistischer Gruppen gegen das Mubarak-Regime in Ägypten in diesem Zeitraum zu verweisen. Auswärtiger Einfluss tat ein Übriges: Mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan in den 1980er Jahren rüsteten die USA, finanziell und organisatorisch unterstützt durch Saudi-Arabien und Pakistan, militante islamistische Gruppen auf, um den Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan zu führen. Als am 11. September 2001 bei einem Attentat auf die beiden Hochhäuser des World Trade Center in New York fast 3000 Menschen den Tod fanden, wurden die Organisation Al-Qaida und ihr damaliger Anführer, der Saudi Osama Bin Laden, fast synonym für eben diese terroristische Kriegführung extremistischer islamistischer Gruppen. Der »Kampf gegen den Terrorismus« wurde schließlich zu einem Leitmotiv der Politik im arabischen Raum des 21. Jahrhunderts (siehe den Beitrag von Jochen Hippler).

Udo Steinbach



Mit der bipolaren Blockbildung nach dem Zweiten Weltkrieg geriet auch der Vordere Orient in die strategischen und politischen Konfrontationsmuster des Kalten Krieges. Dabei spielte die geografische Lage der Region für die Supermächte – im Bild ein Treffen des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow mit dem irakischen Präsidenten Abd as-Salam Arif im Juni 1964 in Moskau – eine ebenso große Rolle wie handfeste wirtschaftliche Interessen. Ausdruck fand dies unter anderem in der Carter-Doktrin von 1980, in der die USA den Nahen Osten ausdrücklich zur amerikanischen Einflussosphäre erklärten, wo sie ihre Vormachtstellung unter allen Umständen verteidigen würden – auch mit militärischen Mitteln. Syrien und der Irak stellten entscheidende Bindeglieder zwischen dem Suezkanal, dem Persischen Golf und den weiter östlich gelegenen Staaten Iran und Pakistan dar. Ferner bedurften die Mitgliedstaaten der NATO zunehmend der Ölressourcen des Nahen und Mittleren Ostens, ohne die aus ihrer Sicht das Wachstum ihrer Volkswirtschaften und der Wohlstand der westlichen Gesellschaften gefährdet waren.

Irak, Syrien und die bipolare Weltordnung

Nach dem Zweiten Weltkrieg suchten Großbritannien und die Vereinigten Staaten die jungen Monarchien der Region wirtschaftlich und politisch eng an den Westen zu binden, um sowjetische Einflussnahmen zu verhindern. Ferner beabsichtigten die beiden Führungsmächte der NATO, das Gebiet im Falle einer sowjetischen Aggression aus dem Norden mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Washington schloss zu diesem Zweck unter dem Stichwort Northern Tier Defence Project mit der Türkei ein Abkommen unter anderem über Stationierungsrechte für taktische Luftwaffenverbände und atomare Waffensysteme der US-Streitkräfte im Süden des Landes. Die britischen und amerikanischen Verteidigungsplaner beabsichtigten, eindringende sowjetische Kräfte aus der Luft zu bekämpfen, sollten diese versuchen, das Taurus- und Zagros-Gebirge zu überqueren, um in die Türkei, den Irak oder den Iran vorzustoßen. Die feindlichen Truppen sollten auf den Passübergängen kanalisiert und durch gezielte nukleare Schläge vernichtet werden. Anschließend sollten die Bodentruppen der Türkei, des Irak und des Iran den wenigen verbliebenen Feindkräften den Zugang nach Süden verwehren.

Die neue Strategie fand 1955 im Mittelostpakt ihre Institutionalisierung. Die Allianz trug zunächst den Namen Middle East Treaty Organization (METO bzw. Bagdadpakt), wurde jedoch bereits 1959 in Central Treaty Organization (CENTO) umbenannt. Neben ihrer militärischen Funktion diente die neue Verteidigungsorganisation dem Ziel, im politischen Schulterschluss mit der NATO im Westen und der SEATO (Southeast Asia Treaty Organization) im Osten einen halbmondförmigen Ring um die Sowjetunion zu schließen, der den Expansionsdrang Moskaus und seiner kommunistischen Partnerstaaten dämpfen sollte.

Im Gegensatz zur Nordatlantischen Allianz wies der Mittelostpakt jedoch zahlreiche strukturelle und geostrategische Schwächen auf. Die NATO-Partner bildeten eine kollektive Wertegemeinschaft und pflegten eine trotz aller Konflikte (z.B. zwischen Griechenland und der Türkei) starke Bündnissolidarität, die den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens weitgehend fremd war.

Traditionelle Rivalitäten um die regionale Vormachtstellung prägten das politische Klima der Region. Teilweise waren diese auch auf britische und französische Einflussnahme zurückzuführen. Der arabisch-israelische Dauerkonflikt und das moskaufreundliche Ägypten unter Präsident Gamal Abdel Nasser stellten für den Bagdadpakt quasi in dessen Rücken eine ebenso große Gefahr dar wie die Syrische Republik, die nach der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1946 entstanden war. Die Regierung in Damaskus pendelte einige Jahre zwischen Demokratie und Diktatur, folgte dann aber prosowjetischen und panarabischen Strömungen, schloss sich mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik zusammen und begegnete den westlichen Bündnissystemen zunehmend mit Abneigung und Feindseligkeit. Ferner trat neben der Türkei, dem Irak, dem Iran und Pakistan lediglich Großbritannien als westliche Macht dem Bündnis bei und erregte dadurch den Argwohn der übrigen Mitglieder. Als langjährige Kolonialmacht im Nahen Osten eilte dem Vereinigten Königreich der Ruf voraus, den Bagdadpakt lediglich nutzen zu wollen, um die Politik der jungen Nationalstaaten in seinem Sinne zu lenken. Die USA hingegen waren nicht bereit, dem Bündnis beizutreten, entsprechend amerikanische Stützpunkte im Mittleren Osten zu errichten und den Aufbau einer integrierten Militärstruktur analog zur NATO voranzutreiben. Zudem waren die autokratischen und monarchischen Regime des Irak und des Iran wenig gefestigt und genossen bei der Mehrheit ihrer Bevölkerungen nur geringes Ansehen. Nach dem Sturz der haschemitischen Regierung unter König Faisal II. und seinem Premierminister Nuri as-Said als Machübernahme durch den kurdischen General Abd al-Karim Qasim im Jahre 1958 trat der Irak aus dem Mittellostpakt aus und schwächte das nahöstliche Bündnis damit erheblich. Folglich rückte Anfang der 1960er Jahre die Türkei in ihrer Eigenschaft als NATO-Partner in den Vordergrund. Als Vorposten der westlichen Verteidigungsallianz und Brücke zum Nahen Osten bildete sie fortan den Eckpfeiler der geostrategischen Planungen Washingtons und der NATO im Vorderen Orient. Die CENTO hingegen verlor zusehends an Bedeutung und löste sich nach dem Putsch Ruhollah Chomeinis gegen den iranischen Schah im Jahr 1979 schließlich auf.

Irakische Außenpolitik zwischen Ost und West

Im Jahr 1955 trat der Irak zunächst dem Bagdadpakt bei. Die schwache Regierung des proamerikanischen Königs Faisal und seines Premierministers Said beabsichtigte mit diesem Schritt, die unsichere Herrschaft nach innen zu konsolidieren und gleichzeitig die regionale Führungsmacht im Vorderen Orient zu werden. Die Einbindung des Landes in ein westlich orientiertes Verteidigungsbündnis stellte nicht nur amerikanische Hilfen für die Ausstattung und Ausbildung der irakischen Streitkräfte in Aussicht, sondern versprach den autokratischen Kurs des monarchischen Regimes auf ein tragfähigeres Fundament zu stellen. Statt jedoch die inneren Probleme des Landes zu lösen, zog der Bagdadpakt das Land auf der Seite des Westens in den Kalten Krieg. Die Suezkrise von 1956 und der britische Einflussverlust im Nahen Osten begünstigten den Niedergang der Monarchie, statt deren Herrschaft zu stärken.

Nach dem blutigen Sturz der alten Regierung im Jahr 1958 beendete das neue Regime unter General Qasim die prowestliche Politik des Landes. Der Irak trat aus dem Bagdadpakt aus, knüpfte Verbindungen nach Moskau und erhielt von dort Militär- und Wirtschaftshilfen. Die Türkei und der Iran standen Bagdad von nun an feindselig gegenüber. Als Antwort darauf nahm Qasim Beziehungen zur antiwestlichen, panarabischen Vereinigten Arabischen Republik (VAR), sprich zu Syrien und Ägypten



auf, obgleich sich die Beziehungen zu Syrien infolge der nationalen Gegensätze zwischen beiden Ländern nicht gerade positiv entwickelten. Die NATO stufte den Irak als sowjetfreundlich ein, wertete ihn jedoch trotz seiner Aufrüstung durch Moskau militärisch nur als sekundäre Bedrohung.

Das neue Regime bemühte sich, einen neuen außenpolitischen Kurs einzuschlagen, der sich an die UdSSR anlehnte, dem Irak aber gleichzeitig ein eigenständiges Selbstbewusstsein vermitteln sollte, etwa durch die offizielle Erklärung als blockfreier Staat. Qasim paktierte mit der Irakischen Kommunistischen Partei, überwarf sich jedoch nach kurzer Zeit mit unterschiedlichen politischen Gruppierungen und geriet in einen massiven Konflikt mit den arabischen Sozialisten (Baath-Partei) und den Anhängern Nassers. Zwar gelang es Qasim, kurdische Führungspersönlichkeiten für sich zu gewinnen. Jedoch schuf er sich weitere politische Feinde und fiel nach wenigen Jahren selbst einem Putsch zum Opfer.

In den späten 1960er und beginnenden 1970er Jahren hielt das Land unter wechselnden Regierungen an seinem sowjetfreundlichen Kurs fest. Der Irak bedurfte weiterhin der Unterstützung Moskaus, um seine technische Abhängigkeit von westlichen Konzernen zu reduzieren, die bis Anfang der 1970er Jahre die Ölförderung kontrollierten. Mit sowjetischer Hilfe erhoffte Bagdad die ausländischen Bohrfirmen im Lande verstaatlichen zu können, eine politische Führungsrolle im Nahen Osten und am Persischen Golf zu erhalten und dem iranischen Konkurrenten militärisch ebenbürtig zu werden. Das Land zählte bis 1978 zu denjenigen Staaten der Dritten Welt, die von Moskau am intensivsten mit Rüstungsgütern beliefert wurden.

Dennoch verschlechterte sich die Partnerschaft mit der Sowjetunion um die Wende der 1980er Jahre. Die Beziehungen kühlten in dem Maße ab, in dem der Irak sich mit steigenden Rohöl-Exporten schrittweise aus dem langjährigen Patronatsverhältnis zu lösen vermochte und wirtschaftlich und militärisch unabhängiger wurde. Lediglich die sowjetische Haltung gegenüber Israel und den USA bildete noch die Basis für eine politisch-ideologische Zusammenarbeit mit Moskau. Ferner belastete die sowjetische Invasion in Afghanistan das bilaterale Verhältnis. Zugleich war sich das Regime von Saddam Hussein, der im Jahre 1979

an die Macht gelangt war, bewusst, dass die amerikanische Führungsmacht eine militärische Intervention sowjetischer Streitkräfte im Irak nicht dulden würde. Dabei spielten sowohl die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan und die damit einhergehende geostrategische Bedrohung für den Persischen Golf als auch die irakischen Ölfelder eine erhebliche Rolle. Moskau konnte folglich keinen Druck auf Hussein ausüben oder mit gewaltsamer Intervention drohen. Zudem stieg neben der UdSSR der NATO-Partner Frankreich seit den späten 1970er Jahren zum zweitwichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern in den Irak auf. Während des Ersten Golfkriegs (1980–1988) erhielt das Land schließlich zeitgleich von Frankreich, den USA und von der Sowjetunion Militärgüter, um das iranische, radikalislamische Regime Chomeinis zu bekämpfen.

Mit Ausnahme der 1950er Jahre blieb der Irak im Ergebnis ein blockfreier Staat, um dessen Gunst die Großmächte rangen. Trotz seiner Abhängigkeit von ausländischen Militärhilfen gelang es Bagdad, seine Eigeninteressen gegenüber Moskau und Washington zeitweise durchzusetzen und sich ideologisch an keines der beiden Lager zu binden. Das Ende des Ost-West-Konflikts im Jahr 1990 sowie die Golfkriege mit den USA setzten dem expansiven Streben des Regimes von Saddam Hussein und dem geopolitischen Aufstieg des Landes jedoch ein jähes Ende.

Syrien im Kalten Krieg

Auch die Syrische Republik schloss sich nach ihrer Gründung im Jahr 1946 der Bewegung der Blockfreien Staaten an. Das Land beschritt zunächst den Weg einer unsicheren, parlamentarischen Demokratie, der jedoch bald von gewaltsamen Machtwechseln, autokratischen Regimen und innenpolitischer Instabilität abgelöst wurde. Aus geopolitischer Sicht befand sich Syrien in den späten 1940er und beginnenden 1950er Jahren in einer prekären Lage. Das Verhältnis zum türkischen Nachbarn war unter anderem wegen der Frage nach der Wasserverteilung des Euphrat von Misstrauen und Argwohn geprägt. Im Osten stand der Irak, der nach syrischer Wahrnehmung Ambitionen hegte, sich das Nachbarland im Westen entweder einverleiben oder aber in ein

britisches Protektorat verwandeln zu wollen. Im Süden lag das Königreich Jordanien, dessen Monarch seinerzeit nicht nur über die modernsten Streitkräfte der arabischen Welt verfügte, sondern von einem »großsyrischen« Staat mit Damaskus als neuer Hauptstadt träumte. Die israelfreundliche Haltung der USA schloss eine engere Anbindung des Landes an die Westmächte und eine Mitgliedschaft im Bagdadpakt aus. Folglich wandte sich Damaskus auf der Suche nach Verbündeten an Ägypten und die Sowjetunion. Die UdSSR gewährte der jungen arabischen Republik seit Mitte der 1950er Jahre umfangreiche Rüstungshilfen und erhielt später im Gegenzug militärische Stützpunktrechte für seine Mittelmeerflotte (5. Eskadra) im syrischen Marinehafen von Tartus. Trotz der jahrzehntelangen inneren Schwäche Syriens, die von gewaltsamen Regierungswechseln geprägt war und erst mit der Machtübernahme des diktatorischen Staatsführers Hafiz al-Assad im Jahr 1970 ein Ende fand, blieb die sowjetische Einflussnahme auf die nationale Politik des Landes jedoch begrenzt.

Der Nationalstolz der syrischen Machtelite, in der das Militär eine wachsende Rolle einnahm, und die Solidarität mit den muslimischen Glaubensbrüdern in Palästina verwickelten das Land in zahlreiche Kriege gegen Israel. Von 1958 bis 1961 ging das Land mit Ägypten eine politische Union in Form der Vereinigten Arabischen Republik ein, die öffentlich als panarabisches Startsignal zur Gründung eines großarabischen Gesamtstaates propagiert wurde. Tatsächlich aber wurde diese Union von Damaskus aus unter anderem deswegen betrieben, um eigene innere Schwächen auszugleichen und eine drohende Machtübernahme durch die Kommunisten im Lande zu verhindern. Im arabisch-israelischen Sechstagekrieg im Sommer 1967 erlitt das Land dann gemeinsam mit Kairo und weiteren Teilen der arabischen Welt eine schwere Niederlage. Trotz der steigenden Abhängigkeit Syriens von sowjetischen Militärgütern, die sich im darauffolgenden Jom-Kippur-Krieg gegen Israel (1973) noch verstärkte, vermochte die UdSSR ihren syrischen Schützling – ähnlich dem Irak – aber weder in ein enges politisches Abhängigkeitsverhältnis zu drängen, noch in ihrem Sinne ideologisch nachhaltig zu prägen.

In den späten 1970er und 1980er Jahren verfolgte das Regime unter Diktator Assad drei Kernziele: Die Unterstützung der Schiiten im Libanon und im Iran, die Unterdrückung der inneren Opposition – insbesondere der islamistischen, sunnitischen Muslimbrüder – und die militärische Unterstützung der Palästinentensischen Befreiungsorganisation (PLO) im fortgesetzten Konflikt mit Israel. Die Auseinandersetzungen mit dem jüdischen Nachbarstaat entwickelten sich dabei zum bestimmenden Merkmal der eigenen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Ost-West-Konflikt spielte für Syrien in diesem Rahmen zwar insofern eine Rolle, als die gegensätzlichen amerikanischen und sowjetischen Interessen den Ausgang des Jom-Kippur-Krieges und die darauffolgenden Friedensverhandlungen in Camp David prägten. Darüber hinaus hielt sich der Einfluss der Großmächte auf die arabisch-israelischen Auseinandersetzungen jedoch in Grenzen. Die NATO betrachtete das Land insofern als latente Bedrohung, als Damaskus durch mögliche begrenzte Militäraktionen die Solidarität in der westlichen Allianz und deren Ansehen als Verteidigungsbündnis schädigen konnte. Ähnlich dem Irak stuft die NATO Syrien aber nicht als erstrangigen Gefahrenfaktor ein.

Wie viele andere Staaten der Dritten Welt reihten sich beide Länder entlang der strategischen und ideologischen Konfliktlinien in das globale Gesamtszenario ein, ohne zum Hauptschauplatz des Kalten Krieges zu werden. Die geostrategische Interessenlage der NATO und die Ölfrage werteten den Mittleren Osten gegenüber afrikanischen und asiatischen Regionen zwar zeitweise erheblich auf. Jedoch rangierten die Südostflanke und der Vordere Orient im Vergleich zum europäischen Mittelabschnitt der NATO nur an zweiter Stelle. Somit blieb Syrien während des gesamten Kalten Krieges ein blockfreier Staat. Obgleich das Land jahrzehntelang diplomatische und militärische Hilfe aus Moskau erhielt, beschränkte sich die Kooperation des Landes mit der UdSSR auf gemeinsame regionale Interessen im Nahen Osten.

Stefan M. Brenner



Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann in der nahöstlichen Staatenwelt der Prozess der Dekolonisierung, der von einer tiefgreifenden sozialen und politischen Transformation begleitet war. Zwei politische Ordnungsmodelle setzten sich in der Region durch: Vor allem Mittelmeerranrainer, etwa die Türkei (1924), der Libanon (1946) oder Ägypten (1953) – im Bild der ägyptische Staatspräsident Anwar as-Sadat (rechts) mit seinem Stellvertreter und Nachfolger im Präsidentenamt, Husni Mubarak –, übernahmen das Modell eines republikanisch verfassten säkularen Nationalstaates, in den das Volk zumindest formal durch politische Institutionen (Parteien/Parlament) und Prozesse (Wahlen) in die politische Willensbildung eingebunden wurde. In anderen Staaten der Region setzte sich das Modell der konstitutionellen Monarchie durch, deren Eliten sich über ihre Herkunft aus einer einflussreichen tribal-religiösen Gruppe (Saudi-Arabien, Libyen, Jordanien) oder durch ihre Rolle in der Erlangung staatlicher Souveränität (Iran) legitimierten.

Staats- und Ordnungsmodelle in der Region

In den beiden politischen Systemen »Volksrepublik« und »Monarchie« förderten die politischen Eliten des Nahen und Mittleren Ostens die Herausbildung eines romantisch-ethnischen Nationalismus entlang europäischer Muster, der religiöse, sprachliche oder ethnische Identitäten vorgab. Während die Türkei und Iran ihre nationalen Ideologien teils in Abgrenzung zu den arabischen Staaten artikulierten, entwickelten sich nationalistische Ideen in den arabischen Staaten im Spannungsfeld zwischen partikularem Nationalismus ägyptischer, syrischer, libyscher oder anderer Prägung und panarabischen Idealen, die unter anderem in der Gründung der Arabischen Liga 1945 und der Vereinigten Arabischen Republik, bestehend aus Ägypten und Syrien von 1958 bis 1961, ihren Ausdruck fanden. Der partikulare Nationalismus bzw. die realpolitischen Interessen nationaler Eliten setzten sich in der Regel gegenüber den abstrakten Idealen einer arabischen Einheit durch.

Islamische Interpretationen politischer und sozialer Ordnung, d.h. die Idee eines »islamischen Staates«, in dem alle Lebenswelten durch eine zumeist enge Auslegung des islamischen Rechts reguliert werden sollten, zirkulieren im Nahen Osten bereits seit der Zwischenkriegszeit (so gründete Hasan al-Banna die Muslimbrüder 1928 in Ägypten). Allerdings erwies sich der säkulare Nationalismus bis in die 1970er Jahre hinein als wirkmächtiger. Auch das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft änderte sich grundlegend: Die Nationalstaaten des Nahen Ostens wurden in den 1950er Jahren zu modernen, autoritären Sozialstaaten, die eine sozialistische Entwicklungsrhetorik annahmen und durch gezielte Mobilisierung der Bevölkerung im Gesundheitswesen und Erziehungssystem, in Form der planwirtschaftlichen Industrialisierung und der Urbanisierung eine rapide und ambitionierte Modernisierung der Gesellschaften erreichen wollten. Widerstände gegen diese Modernisierung – etwa von islamischen Gruppen oder traditionellen Eliten – wurden systematisch unterdrückt.

Die Rolle des Militärs

Das Militär nahm in dem autoritären Modernisierungsprozess eine besondere Stellung ein, teils aufgrund der militärischen Auseinandersetzung mit Israel, teils aufgrund seiner Rolle in der Ära der Dekolonisierung (etwa in Ägypten) oder in einem Unabhängigkeitskrieg (Türkei nach dem Ersten Weltkrieg). In den 1950er Jahren avancierte das Militär vor allem durch die allgemeine Wehrpflicht zu einem wichtigen Träger und Garanten der säkular-nationalstaatlichen Ordnung und Ideologie.

Die regionalen Entwicklungen im Nahen Osten standen zudem im Kontext der bipolaren Weltordnung und des Systemkonflikts zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO. Einige Staaten des Nahen und Mittleren Ostens schlossen sich zwar der Blockfreien-Bewegung an, ein Großteil der arabischen Volksrepubliken bewegte sich allerdings im Orbit der UdSSR, die neben ambitionierten Entwicklungsprojekten wie dem Bau des Assuan-Staudamm im südlichen Ägypten von 1960 bis 1971 auch das Militär ausrüstete bzw. ausbildete. Die konservativen Golfmonarchien Iran (bis zur Islamischen Revolution 1979) und Saudi-Arabien sowie die Türkei, die bereits seit 1952 NATO-Mitglied ist, hingegen wurden zu regionalen Verbündeten der USA. Die Gründung des Staates Israels 1948 und die folgenden militärischen Auseinandersetzungen (1948 Unabhängigkeitskrieg, 1967 Sechstagekrieg, 1973 Jom-Kippur-Krieg, 1982 Intervention im Libanon) belasteten die regionalen Beziehungen nachhaltig. Zudem schränkten die hohen Rüstungsausgaben das Entwicklungspotenzial der nahöstlichen Staaten ein. Der politische und zunehmend auch wirtschaftliche Einfluss des Militärs führte in Staaten wie Ägypten zu einer Machtverschiebung zugunsten des Militärs, das zu einem »Staat im Staate« wurde.

Die gesellschaftliche Umgestaltung und Erneuerung, beides eminent wichtige Versprechen nicht zuletzt auch dort, wo der neue Staat aus antikolonialem Widerstand hervorgegangen war, zeigte sich zunächst insoweit erfolgreich, als dass bis in die 1960er Jahre hinein nicht nur die Bevölkerung deutlich wuchs, sondern sich auch der Lebensstandard erhöhte. Dies änderte sich jedoch in den 1970er Jahren. Den autokratischen Eliten gelang es zunehmend weniger, die Versprechungen eines kontinuierlichen

Wachstums einzulösen. Das Wirtschaftswachstum fiel hinter das Bevölkerungswachstum zurück, Nepotismus und Korruption paralyisierten die autoritären Staaten der Region. Auch die militärischen Niederlagen gegen Israel verstärkten die Wahrnehmung, dass das Entwicklungsmodell des säkularen Nationalstaats gescheitert war.

Dies führte seit Mitte der 1970er Jahre zu einer zunehmenden Popularität islamischer Ordnungsvorstellungen unter oppositionellen Gruppen. Teilweise gelang es den säkularen politischen Eliten, eine konservative Interpretation der islamischen Tradition in ihre nationalstaatliche Legitimation einzubinden (etwa in Ägypten oder der Türkei), häufig avancierte der Islam allerdings zum zentralen Identifikationspunkt für eine grundsätzlich alternative politische Ordnung, die in Abgrenzung zu »westlichen« Ideologien als »authentisch« wahrgenommen wurde. Die Revolution in Iran 1979 und die Etablierung einer Islamischen Republik durch Ruhollah Chomeini symbolisieren diesen Paradigmenwechsel, ebenso die Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch radikale Islamisten (1979), der Militärputsch in der Türkei (1980), die Bildung einer »islamischen« Widerstandsbewegung gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans (seit 1979) oder die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat 1982.

Die Islamisierung sowie die kontinuierliche Radikalisierung politischer Diskurse und Ideologien führten zu einem zunehmenden Auflösungsprozess der politischen Öffentlichkeiten im Nahen und Mittleren Osten, der sich durch die Interventionen der USA und ihrer Verbündeten (1990/91 Zweiter Golfkrieg, 2003 Dritter Golfkrieg) dramatisch verschärfte. Der Zerfall der UdSSR und der darauf einsetzende wirtschaftliche Globalisierungsschub der 1990er Jahre erfasste auch die Staaten des Nahen Ostens und führte zunächst zu einer stärkeren wirtschaftlichen Integration der Region. Allerdings wurde die ökonomische Globalisierung nicht durch eine politische Transformation begleitet, sodass die wachsende soziale Ungleichheit und politische Repression den autoritären Systemen die Legitimationsbasis entzogen. Der »Arabische Frühling«, aber auch die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei sowie im Iran (2009) stehen im Kontext dieser Entwicklungen.

Fallbeispiel Ägypten

Der bevölkerungsreichste und kulturell einflussreichste arabische Staat der Region, Ägypten, steht paradigmatisch für die hier skizzierten Entwicklungen: Formal hatte sich Ägypten 1922 als Königreich für unabhängig erklärt, die Kolonialmacht Großbritannien behielt sich aber aufgrund der strategischen Bedeutung des Suezkanals umfangreiche Interventionsrechte vor (dies zeigte sich deutlich während des Zweiten Weltkrieges). Aber erst die Ägyptische Revolution Gamal Abdel Nassers im Jahre 1952 führte zum Sturz der unpopulären Monarchie der Khediven, der mit Großbritannien kooperierenden Herrscherdynastie, und der Etablierung einer Volksrepublik. Mit der Verstaatlichung des Suezkanals 1956 und der nachfolgenden militärischen Auseinandersetzung mit Großbritannien, Frankreich und Israel, die Ägypten vor allem durch die diplomatische Intervention der USA und der UdSSR gewann, etablierte sich Nasser, der das Land bis zu seinem Tod 1970 regierte, als charismatische Führungspersönlichkeit über Ägypten hinaus, die eine Konfrontation mit den ehemaligen Kolonialmächten nicht scheute.

Intern verfolgte Nasser eine autoritäre Modernisierungspolitik, die einen tiefgreifenden sozialen Wandel nach sich zog. Ein starkes Bevölkerungswachstum aufgrund besserer medizinischer Versorgung und staatlicher Familienpolitik sowie eine planwirtschaftlich organisierte Industrialisierung führten zu einer rapiden Urbanisierung vor allem des Großraums Kairo (heute ca. 20 Millionen Einwohner in der Metropolregion). Die ehrgeizigen Entwicklungsprojekte, etwa der bereits erwähnte Assuan-Staudamm, sowie die Ausweitung der staatlichen Verwaltung hielten jedoch mit der Bevölkerungsentwicklung nicht Schritt. Der gescheiterte Zusammenschluss mit Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik sowie die verheerende Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 markierten das Scheitern des ägyptischen Entwicklungsmodells unter Nasser. Dessen Nachfolger Sadat (1970–1981) sah sich gezwungen, einen politischen Richtungswechsel einzuleiten. Er verordnete Ägypten die Abkehr von der Planwirtschaft und verfolgte eine Annäherung an die USA. Nach dem für Ägypten glimpflichen Ausgang des Jom-Kippur-Krieges 1973 handelte Sadat einen Separatfrieden

Die erste Auslandsreise nach dem Tod seines Vaters führte den neuen syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad nach Kairo zu Husni Mubarak, 1. Oktober 2000.



mit Israel aus, der durch das Camp-David-Abkommen 1978 besiegelt wurde. Der Friedensschluss mit Israel isolierte Ägypten allerdings in der arabischen bzw. islamischen Welt bis in die späten 1980er Jahre hinein, was beispielsweise in der Suspendierung der Mitgliedschaft in der Arabischen Liga zum Ausdruck kam.

Nach der Ermordung Sadats durch islamistische Kräfte 1982 setzte sein Nachfolger Husni Mubarak zwar die politisch-ökonomische Westorientierung Ägyptens fort, unterband allerdings ebenfalls alle Bestrebungen einer politischen Öffnung und Demokratisierung. Die zunehmende soziale Ungleichheit und politische Repression führten im Rahmen des »Arabischen Frühlings« 2011 zur Revolte gegen Mubarak und zu Wahlen, die der islamistische Politiker Mohammad Mursi 2012 für sich entschied. Die islamistische Regierung Mursis verzichtete in der Folge ebenfalls auf eine Demokratisierung des Landes, auch hatte sie kein Rezept für die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise. Zunehmende Gewalt und öffentliche Proteste führten schließlich zur Staatskrise und zum Militärputsch unter dem Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee Abd al-Fattah Sisi im Juli 2013. Zwar inszenierte Sisi die Armee als Garanten der formal demokratischen konstitutionellen Ordnung Ägyptens, tatsächlich verfolgt er heute eine weitaus repressivere Politik als dies unter seinem Vorgänger Mubarak der Fall gewesen war. Europa und die USA halten sich mit dem Verweis auf »Stabilität« und »Sicherheit« in einer volatilen Region mit Kritik an Sisi weitgehend zurück.

Tim Epkenhans



pal/opa

In den 1950er und 1960er Jahren kam es in Irak und Syrien infolge der vielen widerstreitenden Lager immer wieder zu Putschen, in denen auch die Baath-Partei, explizit als arabisch-sozialistische Einigungskraft gegründet, innerlich gespalten wurde und schwere Niederlagen einstecken musste. Hier im Bild sind irakische Studenten bei der Besetzung der irakischen Botschaft in London am 20. November 1963 zu sehen, die gegen die kurz zuvor erfolgte Absetzung der zivilen Baath-Regierung durch Abd as-Salam Arif und irakische Militärs protestieren. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Syrien und Irak endeten erst nach Errichtung der Diktaturen durch Hafiz al-Assad und Saddam Hussein. Letztlich kehrten aber auch danach nicht wirklich Ruhe und Stabilität ein.

Zwischen Nation und Panarabismus: Die innenpolitische Entwicklung in Syrien und Irak von der Unabhängigkeit bis zum Jahr 2000

Die Geschichte Iraks und Syriens nach der Unabhängigkeit ist geprägt von ungelösten Konflikten, Gewalt, Krieg, gleichzeitig aber auch von Modernisierungsschüben. Hervorgegangen aus unterschiedlichen Imperien, gleichzeitig aber verbunden durch die gemeinsame arabische Kultur, schwankten die Gesellschaften zwischen panarabischer Vereinigung und nationaler Ausrichtung. Letztere behielt klar die Oberhand.

Eine besondere Rolle in diesem Prozess spielte die Baath-Partei. Vorläufer entstanden bereits in der kolonialen Zeit seit 1940, offiziell gegründet wurde sie 1947 in Syrien. Die Arabische Sozialistische Baath-Partei (arab. *ba'th* = »Wiedererweckung«) war drei Grundprinzipien verpflichtet: 1. der arabischen Einheit, 2. Freiheit und Antikolonialismus, 3. dem arabischen Sozialismus. Stark beeinflusst durch den »demokratischen« Zentralismus des sozialistischen Lagers, unterlag sie allerdings auch dem Einfluss des westlichen Modernismus. Verkörpert wurde dies u.a. durch die wichtigsten Gründer der Partei, den arabischen Christen Michel Aflaq und den Sunniten Salah ad-Din al-Bitar. Der Islam rangierte eher in der zweiten Reihe, wurde aber auch als Gegner gesehen, da die Baath-Partei sich explizit als laizistische Vereinigung verstand.

Entsprechend der panarabischen Ausrichtung stand an der Spitze der Organisation das »Nationalkomitee«, ein übernationales Gremium, das den Anspruch der Vereinigung aller Araber über die bestehenden Grenzen hinweg deutlich machen sollte. Die Ableger in den einzelnen Staaten, u.a. im Irak, im Libanon, in Palästina und in Jordanien, wurden »Regionalkomitees« genannt.

Syrien bis 1961: Zwischen Unabhängigkeit und Diktatur

1946, im Jahr der Unabhängigkeit, war die Idee von Syrien als arabischem Nationalstaat nicht einmal hundert Jahre alt. Der säkulare Nationalismus war für die sunnitischen Muslime, die vorherrschende Gruppe der Gesellschaft, wenig attraktiv. Zwar hatte die Opposition zu den Franzosen dazu beigetragen, die Schaffung eines syrischen Staates zu befördern, doch konzentrierten sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen weiterhin auf die Familie, den Klan, den Stamm und die konfessionelle Zugehörigkeit. Zwischen 1946 und 1949 wurde deutlich, dass sich auf dieser Basis kein stabiler Staat gründen konnte. Das Scheitern im Krieg gegen die Zionisten (Palästinakrieg oder Israelischer Unabhängigkeitskrieg, 1947–1949) stärkte die arabische nationalistische Opposition gegen die seit 1943 im Amt befindliche erste zivile Regierung nach der Unabhängigkeit unter Präsident Schukri al-Quwatli (Nationalpartei). Vielleicht noch wichtiger ist, dass die sunnitischen Eliten, die vorwiegend Grundbesitzer waren, noch einem vorindustriellen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem verhaftet waren – zu einer Zeit, in der allgemein Einigkeit über die Notwendigkeit einer Industrialisierung herrschte.

Im März 1949 führte eine Lähmung der zivilen Regierung Quwatli und die Ablehnung des Baus einer transarabischen Pipeline durch das Parlament zu einem Militärputsch unter Führung von General Husni al-Zaim, der von der CIA und der Syrischen Sozial-Nationalistischen Partei (SSNP) unterstützt wurde. Der Staatsstreich von Zaim löste weitere Putsche aus, in deren Folge General Adib bin Hassan asch-Schischakli eine Militärdiktatur errichtete. 1954 scheiterte auch er. Es wurden neue Parteien tätig, vor allem die Baath-Partei, die in halbfreien Wahlen 22 Prozent der Wählerstimmen gewann und zum Schlüssel für die Regierungsbildung wurde.

Der Aufstieg von Gamal Abdel Nasser in Ägypten und die damit verbundenen Hoffnungen auf ein Wiedererstarken der arabischen Sache stärkte ihre Glaubwürdigkeit als explizit laizistische, gesamtarabisch ausgerichtete Kraft. Auch aus Furcht

vor kommunistischen Einflüssen und externen Drohungen des Westens forderte die Baath-Partei Ende 1957 die Vereinigung mit Ägypten als einen ersten Schritt hin zu einem panarabischen Staat. Am 1. Februar 1958 wurde die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) bekanntgegeben. Die Baath-Partei und ihre Führung hatten erwartet, die Macht zu teilen, doch Nasser, der glaubte, die Syrer seien »unregierbar«, behielt die totale Kontrolle mittels eines rigiden zentralistischen Herrschaftsapparates. Forderungen nach Vereinigung und wirtschaftlichen und politischen Reformen verbreiteten sich in der Region und führten zu umfassenden, vom Volk ausgehenden Unruhen. Binnen kurzer Zeit empfanden die Syrer die ägyptische Zentralisierung als erdrückend. Im September 1961 rebellierten Einheiten der syrischen Armee und erklärten das Ende der VAR. Mit Unterstützung des Militärs wurde dann Nazim al-Qudsi, ein Politiker der Nationalpartei, Präsident eines wiederum instabilen Regimes.

Die infolgedessen zunächst diskreditierte Baath-Partei suchte nach neuen Lösungen. Eine Baathisten-Zelle, bestehend aus Militäroffizieren syrischer Minderheiten – Muhammad Umran, Salah Dschadid, Hafiz al-Assad (alle Angehörige der Alawiten) sowie Abd-al-Karim Jundi und Ahmad al-Mir (beide Ismailiten, d.h. sogenannte Siebener-Schiiten) – bildete ein »Militärkomitee«, das sich nach 1961 zu einem entscheidenden Machtzentrum entwickelte. Die Alawiten und andere Minderheiten dominierten das Militär und fanden eine nützliche säkulare Ideologie im Programm der Baath-Partei, die sich gegen die sunnitische Mehrheit instrumentalisieren ließ. Die Baath-Partei war zunehmend vom Militär abhängig und daher wiederum auf die Minderheiten, vor allem die Alawiten, angewiesen.

Der Irak vom Aufstieg der Baath-Partei bis zur Diktatur

Parallel zu den Ereignissen in Syrien vernichtete am 14. Juli 1958 ein nationalistischer Staatsstreich die von den Briten gestützte haschemitische Monarchie im Irak. Seit Februar 1958 hatten Nasser und seine syrischen Verbündeten versucht, die irakische

Regierung zu schwächen, doch der schnelle, gewaltsame und überzeugende Staatsstreich überraschte alle. Der Anführer, Brigadegeneral Abd al-Karim Qasim, ließ die Führungsspitze des Regimes von Faisal II. töten. Am 18. Juli flog Nasser nach Damaskus und traf sich dort mit Abd as-Salam Arif, dem ägyptenfreundlichen Stellvertreter Qasims, und unterzeichnete einen letztlich wirkungslosen Pakt über gegenseitigen Beistand und Freundschaft, das letzte formelle Abkommen zwischen Ägypten und dem Irak überhaupt. Qasim hatte keineswegs die Absicht, sich Ägypten oder Syrien anzuschließen und Iraks Ölreichtum zu teilen.

Um den Forderungen der Anhänger Nassers und der Baath-Partei nach einer Einheit mit der VAR entgegenzutreten, verbündete sich Qasim mit den Kommunisten (IKP), die der VAR feindlich gegenüberstanden. Die militärischen Verschwörer waren nicht wirklich als Exponenten des sozialistischen Klassenkampfes zu bezeichnen. Qasim seinerseits strebte durchaus Reformen für die Arbeiter und die Mittelschicht an, doch ihm fehlte eine echte politische Basis. Die Kommunisten wiederum hatten jahrzehntelang in der Illegalität zugebracht und brauchten Qasim, um Legitimität zu erreichen.

Unter diesen Bedingungen war eine Vereinigung auch nur der syrischen mit der 1952 gegründeten irakischen Baath-Partei unmöglich. Das innere Machtgefüge war nicht zuletzt wegen der vielen, teils im Konflikt stehenden beteiligten Gruppen und dem schon jetzt auftretenden Gegensatz zwischen panarabischen und nationalistischen Ansätzen bereits zu unterschiedlich. Um einen machtpolitischen Wechsel zu erzwingen, unternahm Nasser im März 1959 mit seinem Sicherheitschef in Syrien Abd al-Hamid as-Sarradsch in Mossul einen Putschversuch gegen Qasim. Dieser scheiterte und endete in einem Blutbad. Die Kommunisten forderten nun eine Beteiligung an der Macht und die Schaffung einer Volksmiliz. Qasim griff die Kommunisten wegen angeblicher Exzesse an und demonitierte die Infrastruktur der Partei durch Verhaftungen und Einschüchterung. Im Oktober 1959 überlebte Qasim einen Mordanschlag, in den der damals 23-jährige Saddam Hussein verwickelt war.

Eine stagnierende Wirtschaft, ein Erstarken der schiitischen Opposition, Krieg in Kurdistan und ein Versuch, Kuwait zu anne-

Der syrische Christ Michel Aflaq,
Gründer der Baath-Partei.



SZ Photo

tieren, schwächten Qasims Regime. Im Februar 1963 wurde er durch Nasser ergebene Militäroffiziere und die irakische Baath-Partei gestürzt und kurzerhand hingerichtet. Die Kommunisten erlitten dasselbe Schicksal wie die jungen Anhänger Nassers, die sie 1959 in Mosul an Laternenpfählen aufgehängt hatten.

Sofort nach dem Putsch richteten sich die Augen der neuen irakischen Regierung nach Syrien. Am 8. März 1963 erfolgte dann auch tatsächlich ein Staatsstreich der syrischen Baath-Partei gegen die Regierung Syriens. Dies bedeutete jedoch keineswegs einen panarabischen Aufbruch. Baath-Gründer und Vorsitzender Michel Aflaq initiierte zwar eine ganze Reihe von Einheitstreffen zwischen den verschiedenen Flügeln und Gruppierungen, jedoch war nicht er der wahre Machthaber, sondern der faktische Befehlshaber der Luftstreitkräfte, Hafiz al-Assad, der Vorsitzende des Militärkomitees der Baath-Partei. Von 1963 bis 1970 wurden zahlreiche sunnitische Offiziere entlassen und durch drusische, ismailitische und alawitische Offiziere ersetzt, wodurch die sektiererischen Offiziere der Baath-Partei unter Führung von Assad die Kontrolle behielten.

Die Einheitsfrage

Am 14. März 1963 gab es einen weiteren Versuch, eine »Dreierunion« zwischen VAR, Syrien und dem Irak herzustellen. Dieser scheiterte jedoch infolge der massiven Konflikte der vergangenen Jahre, die noch durch einen fehlgeschlagenen Putsch der syrischen Nasser-Anhänger am 18. Juli 1963 entscheidend verschärft wurden. Trotz einer kurzzeitigen Annäherung ver-



Rue des Archives/Tallandier/SZ Photo

Machtfaktor Militär: Hafiz al-Assad als Luftwaffengeneral beim Frontbesuch während des Sechstagekrieges 1967.

schlechterten sich dann auch die Beziehungen zwischen dem irakischen und syrischen Ableger der Baath-Partei zusehends. Im Hintergrund entwickelte sich in beiden Ländern ein undurchsichtiges Spiel zwischen Militär (innerhalb und außerhalb der Baath-Partei), Baath-Führern und anderen Zivilpolitikern. Irakische Nationalisten und Offiziere mit Baath-Parteibuch stürzten am 18. November 1963 die bis dato maßgebliche zivile Baath-Partei in Bagdad. Die amtierende syrische Regierung, der Nationalrat für das Revolutionskommando (NCRC), kündigte daraufhin bestehende Vereinbarungen mit dem Irak. Arif, der die Kämpfe seit Kassim überlebt hatte und sich jetzt anschickte, die Macht zu übernehmen, erklärte die irakische Baath-Partei für illegal und bildete eine überparteiliche Führung, die letztlich eine Militärdiktatur war.

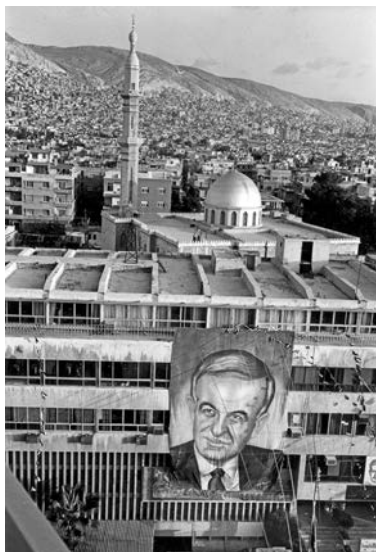
Sowohl im Irak als auch in Syrien war das Militär, nicht die Baath-Partei die dominierende Kraft, die in der Lage war, politische Grundsätze sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzusetzen. Arif ernannte deshalb auch seinen Bruder Abd al-Rahman zum Stabschef. Als Arif im April 1966 bei einem Hubschrauberabsturz um Leben kam, wurde sein Bruder Abd al-Rahman Präsident.

Die Errichtung der Diktaturen

Am 17. Juli 1968 kehrte im Irak die Baath-Partei durch einen Staatsstreich an die Macht zurück. Sie hatte ihre Lektion von 1963 gut gelernt. Ihr Führer, Ahmad Hasan al-Bakr, setzte etwa skrupellos Saddam Hussein, der inzwischen einen sehr effektiven Sicherheitsapparat aufgebaut hatte, ein, um Machtzentren, die nicht zur Baath-Partei gehörten, zu eliminieren. Al-Bakr wurde Präsident. Die Sicherung der Macht und der Aufbau entsprechender staatlicher Strukturen wurden dann durch einen wirtschaftlichen Boom abgestützt. Die irakischen Öleinnahmen flossen nach der Verstaatlichung der Ölindustrie durch Enteignung der westlichen Unternehmen seit 1972 zu 100 Prozent in die irakische Staatskasse. Die Ölkrise 1973 vervielfachte die Gewinne sogar.

1970 übernahm Assad die Macht in Damaskus, nachdem er eine entscheidende Sitzung der zivilen Baath-Partei unter Salah Dschadid, dem Machthaber des baathistischen Syriens und faktischen Führer des Landes in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, durch ihm ergebene Truppen und Panzer gesprengt hatte. Die Baath-Partei wurde gesäubert und damit zum Werkzeug des Assad-Regimes. Michel Aflaq trat empört zurück und fuhr nach Bagdad, wo er sich über die Abweichungen der syrischen Baath-Partei ausließ. Es war der Beginn der alawitischen Diktatur, gewissermaßen auch die Wiederbelebung der französischen Mandatspolitik, die schon die alawitische und drusische Minderheit begünstigt hatte. Diese Entwicklung belebte allerdings auch den Widerstandswillen der Muslimbruderschaft, die panislamischen Ideale und den religiösen Eifer der Sunniten der Mittel- und Unterschicht neu.

Herrschen in Syrien wurde zu einer Übung in kontrollierter Teilhabe. Im Grundsatz war Assad von seinem Familienclan, weiteren Alawiten und anderen Minderheiten abhängig, die dementsprechend auch die Schlüsselpositionen einnahmen. Andere Kräfte, vor allem auch Vertreter der sunnitischen Mehrheit, erhielten durchaus bedeutende, aber letztlich nicht wirklich entscheidende Funktionen und Posten, so etwa in der von der Baath-Partei dominierten Nationalen Progressiven Front (NPF).



Ubiquitäre Propaganda als Klammer für prekäre Herrschaft: Großplakat von Hafiz al-Assad.

Die Beziehungen zum Irak verschlechterten sich nicht nur durch diese innenpolitischen Entwicklungen. Das Ergebnis des Oktoberkrieges von 1973 (auch Ramadan-Krieg bzw. Jom-Kippur-Krieg genannt) führte zu irakischer Kritik an Assads Waffenstillstandsabkommen mit Israel. Die bilateralen Beziehungen wurden erschwert durch die von der Sowjetunion geförderte Errichtung von Dämmen am

Euphrat in Syrien, wodurch das Wasser für die Landwirtschaft im Irak stark beschränkt wurde. 1975 brach im Libanon ein großangelegter Bürgerkrieg aus, der direkte Auswirkungen auf das Sektenwesen in Syrien hatte. 1976 entfachte er einen sechs Jahre andauernden Sunnitenaufstand in Syrien.

Ende der 1970er Jahre war die Baath-Partei sowohl in Syrien als auch im Irak in der einen oder anderen Weise zum persönlichen Werkzeug der Diktatoren geworden. In Syrien sorgte die säkulare Ideologie der Baath-Partei faktisch für die Legitimierung der autoritären Herrschaft der alawitischen Minderheit über die sunnitische Mehrheit. Im Irak wurde die Säkularität der Baath-Partei die wichtigste Rechtfertigung für die Herrschaft der Sunniten. Gleichzeitig waren die »Regionalkomitees« der Baath-Partei in Syrien und Irak zumindest zeitweise sich gegenseitig die größte Bedrohung. Der von Sunniten dominierte Irak mit seinen Stammes- und Sektenverbindungen zur sunnitischen Mehrheit in Syrien sorgte im von Alawiten beherrschten Damascus für große Verunsicherungen. Im Irak stellte das baathistische Syrien mit seinen alawitischen Verbindungen zur schiitischen

Mehrheit im Südirak eine existenzielle Bedrohung für das sunnitische Regime in Bagdad dar. Innenpolitisch benötigten die Diktaturen Verbündete außerhalb ihres engen Herrscherkreises. Im Fall von Syrien war die Verbindung zwischen den herrschenden Alawiten und den anderen Minderheiten von entscheidender Bedeutung. Das Assad-Regime nutzte auch die sozialen und wirtschaftlichen Differenzen aus, indem es wohlhabende Sunniten vereinnahmte und ihren Einfluss nutzte, um die Opposition in der sunnitischen Gemeinschaft zu untergraben. Im Irak stützte sich Saddams Regime zunächst auf die Tikriti-Stammesklans, ein Gemeinwesen, dem er selbst angehörte, und dann auf die breitere sunnitische Gemeinschaft. Das Regime konnte auf Christen, Turkmenen und Jesiden zählen und zog namhafte Schiiten auf seine Seite; außerdem rekrutierte es junge säkulare Schiiten.

Dabei gab es durchaus noch Spielraum für eine Annäherung. Der irakische Präsident al-Bakr war einer Zusammenarbeit mit den Syrern auf Basis der beiden Baath-Ableger nicht abgeneigt. Gleichzeitig war Syrien nicht zuletzt nach dem Ende des Experiments mit Ägypten und der Machtübernahme durch Anwar as-Sadat in Kairo international zunehmend in die Isolation geraten. So wurde am 26. Oktober 1978 von Irak und Syrien eine »Charta für die gemeinsame nationale Zusammenarbeit« unterzeichnet.

Alle Hoffnung, real oder nicht real, zerschlug sich dann aber Mitte Juli 1979, als der irakische Revolutionäre Kommandorat (RCC) den inzwischen gesundheitlich angeschlagenen und pensionsreifen al-Bakr absetzte und Saddam Hussein unter Eliminierung aller ernsthaften baathistischen Gegner als Alleinherrscher bestätigte. Saddam errichtete nach diesem von ihm inszenierten Putsch eine Diktatur, die totalitären Anstrich gewann. Die Kooperation mit Syrien, die auch ein Projekt zur Vereinigung beider Staaten beinhaltete, wurde von ihm rasch beendet, da aus seiner Sicht nur eine Vereinnahmung und Unterwerfung Syriens in Frage kam, was für Damaskus unannehmbar war.

Als dann im Iran die Pahlavi-Diktatur gestürzt wurde, war Saddam überzeugt, es wäre nur eine Frage der Zeit, bis der Ajatollah Ruhollah Chomeini gegen den Irak vorgehen würde. Nachdem er seine Opposition eliminiert hatte, war Saddam Hussein nun der absolute Herrscher des Irak. Doch ganz gleich



ap/dpa/SZ Photo

Saddam Hussein im Ersten Golfkrieg bei einem Frontbesuch im südlichen Sektor des Kampfgeschehens, 11. Januar 1981.

wie mächtig er auch war, Saddam wusste, dass er trotz totalitärer Kontrolle bis hinunter zur Dorfebene einen fragilen Staat mit einer unruhigen schiitischen Mehrheit im Süden und den auf Unabhängigkeit zielenden Kurden im Norden regierte. 1979 initiierten dann verschiedene schiitische Untergrundorganisationen – Dawa, Jund al-Imam, die Islamische Einsatzorganisation und andere, die von Jama'at al-Ulama (Gesellschaft der Religionsgelehrten) unterstützt wurden – eine Kampagne gegen die Regierung. Es gab Bombenanschläge und Attentatsversuchs gegen die Führung. Zur Vergeltung wurden der schiitische Ajatollah Baqir as-Sadr und seine Schwester Bint al-Huda verhaftet und hingerichtet. Danach kam es jedoch zu weiteren Unruhen und entsprechendem Vorgehen der Sicherheitskräfte. Im September 1980 entschloss sich Saddam aus diesen und anderen Gründen zu handeln und marschierte im Iran ein. Der nachfolgende Krieg sollte sich jedoch als Desaster erweisen (siehe den Beitrag von Henner Fürtig).

Syrien bis 1990: Prekäre Diktatur

Die Revolution im Iran in Verbindung mit der irakischen Invasion war für Damaskus ein unglaublicher Glücksfall, da der Iran, der vor einer Phalanx von Feinden stand, verzweifelt Unterstüt-

zung benötigte und sich mit Assad verbündete. Assads neuer Bündnispartner war nicht nur in einen Krieg mit dem inzwischen unerbittlichen irakischen Feind verwickelt, sondern hatte schon 1973 einem Urteil von Musa al-Sadr, einem der einflussreichsten libanesischen schiitischen Juristen zugestimmt, dem zufolge die Alawiten ein »legitimer Nebenzweig« der im Iran maßgeblichen Zwölferschia seien (zum religiösen Hintergrund siehe den Artikel von Nushin Atmaca). Die Herrschenden im Iran unterstützten die Rechtmäßigkeit des Alawiten-Regimes, das seine sunnitische fundamentalistische Opposition zu Abtrünnigen erklärt hatte.

Ohne den Iran-Irak-Krieg wäre Syrien möglicherweise von seinen Feinden überwältigt worden. *Vor* dem Krieg konnte der Zusammenbruch der Kooperation mit dem Tikriti-Regime zu keinem schlechteren Zeitpunkt kommen. Die Rebellion der Sunniten nahm zu, ebenso verschlechterte sich die Lage im Libanon weiter. Israel war mächtiger denn je, Saudi-Arabien kürzte seine Unterstützung und näherte sich in seiner Politik mehr an die Vereinigten Staaten an. *Jetzt* war der Irak, das Regime, das am besten in der Lage war, die Schwäche Syriens auszunutzen, in einen erschöpfenden Krieg verwickelt. Außerdem stieg der »politische Marktwert« Syriens.

Zwischen 1982 und 1984 erreichte allerdings die innere Krise in Syrien ihren Höhepunkt. Um ein Zeichen gegen die Unterdrückung der Sunniten durch das Regime zu setzen, massakrierte im Juni 1979 ein Ausbilder an der Artillerieschule der syrischen Armee in Aleppo mehr als 50 Kadetten. Nach dem Massaker beschuldigte Syrien die syrische Muslimbruderschaft (al-Ikhwan al Muslimun) und das irakische Regime der Tat. Die Ikhwan wiesen die Verantwortung von sich. Assad indessen akzeptierte das nicht und ließ jegliche Opposition in Aleppo, Hama und Homs durch Regierungstruppen zerschlagen. Im Februar 1982 geriet dann ein Zwischenfall zwischen Sicherheitseinheiten der Regierung und der Bruderschaft in Hama zu einem groß angelegten Angriff durch das Regime, der 30 000 Menschenleben kostete. Hama ist bis heute das wohl grausamste historische Symbol für die Brutalität des Assad-Regimes und diente schon vor dem Arabischen Frühling als Warnung, wie weit der Assad-Clan gehen würde, um seine Macht zu erhalten. Für die Assad-Anhänger

sind derlei Szenarien Kriege ums Überleben gegen Terroristen, denen man kein Pardon geben durfte.

Das Regime in Damaskus stand noch vor einer anderen bedrohlichen Herausforderung. Man hatte infolge des Bürgerkrieges im Libanon 1976, der auch eine Gefahr für die innere Stabilität Syriens in sich barg, dort militärisch interveniert und konnte von einer gewissen Beruhigung in dem Nachbarland profitieren (der Bürgerkrieg im Libanon dauerte bis 1990). Jedoch starteten im Juni 1982 die Israelis die Operation »Frieden in Galiläa«, um die Machtverhältnisse grundlegend zu ihren Gunsten zu ändern. Indes scheiterte diese Aktion, die zu den weltweit bekannt gewordenen Massakern in den Palästinenserlagern »Sabra« und »Shatila« in Beirut führten. Es begann sich eine Zusammenarbeit zwischen Iran, Syrien und der islamistischen Terrororganisation Hisbollah anzubahnen.

Ende 1983 schien es, dass Assad politisch überlebt hatte – doch hatte er das wirklich? Seit 1970 war die eine Konstante des Regimes die Familien- und Klanloyalität. Im November 1983 erlitt Hafiz al-Assad einen Herzinfarkt. Während seiner Arbeitsunfähigkeit versuchte sich sein jüngerer Bruder und Thronfolger Rifat al-Assad, Kommandeur über die fähigsten Militäreinheiten in Syrien, als starker Mann zu profilieren. Der Verstoß gegen den Führungsanspruch von Hafiz al-Assad und seit Langem schwelende politische Differenzen führten zu einer Konfrontation zwischen Rifat und Assad ergebenden Truppen in Damaskus. Rifat lenkte im Interesse der Familiensolidarität ein und wurde für zehn Jahre ins Exil geschickt.

Schlussfolgernd kann man sagen, dass in Syrien Rechtmäßigkeit vergänglich und Stabilität eine Illusion war und ist. Das Regime befahl alle Zwangsinstrumente des Staates und überlebte dennoch gerade so den Sunnitenaufstand. Die Zentrifugalkräfte von Politik und Gesellschaft ließen das Vorgehen der Regierung zu einem immer währenden Spiel von teile und herrsche werden. Die Verzweiflung, den Westmächten, Israel und seinen arabischen Feinden 1982/83 entgegenzutreten, ließen ihn zum stärksten Machthaber in der Region werden. Doch alte Risse zwischen Zivil und Militär in der Partei und Familienkonflikte machten seine Errungenschaften beinahe zunichte. Trotz aller Ressourcen, die er besaß, und der Unterstützung durch den

Iran und die Sowjetunion war es unmöglich, im angespannten Syrien ohne Zwang zu herrschen – und selbst das war heikel.

Krise und Überleben in Bagdad

Irakische Rückschläge auf dem Schlachtfeld ermutigten Gruppen, die unter der Diktatur Bagdads litten. Die Kurden begannen mit iranischer Unterstützung eine Operation, um die Regierungskontrolle in Kurdistan zu beenden. Im Februar 1987 hatten die wichtigsten kurdischen Parteien vereinbart, gegen die Regierung zusammenzuarbeiten. Saddam entsandte seinen Vetter, den irakischen General Ali Hasan al-Madschid, auch bekannt als Chemie-Ali, der in der sogenannten Anfal-Operation, wie der Genozid des Regimes 1988/89 gegen die nordirakischen Kurden genannt wird, chemische und konventionelle Waffen gegen Kombattanten und Zivilpersonen einsetzte, um den Widerstand zu brechen.

Für Saddam erwies es sich als Glück, dass der Iran ziemlich erschöpft war und der Krieg beendet werden konnte. Obwohl der Irak diese acht Jahre mit weniger physischen Schäden überlebte, hatte der Krieg zusätzliche Keile in das politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge getrieben. Die massiven Schulden und der Einbruch des Ölpreises schränkten das Klientelsystem ein. Politisch wurde die herrschende Elite stark eingeengt. Familienangehörige bzw. Mitglieder des Tikriti-Klans kontrollierten jetzt alle Schlüsselemente in den Sicherheits- und Militärstrukturen. Diese Situation ist direkt mit dem vergleichbar, was nach den Unruhen zwischen 1980 und 1984 auch in Syrien geschah. Eine von oben nach unten verlaufende administrative und militärische Kontrolle mit einem rigoros vorgehenden Sicherheitsapparat war die einzige Möglichkeit, den Zusammenhalt des Staates zu gewährleisten.

Nichtsdestoweniger hinterließ der Krieg im Irak ein mächtiges, gut ausgerüstetes Militär und die Bereitschaft, es erneut einzusetzen. Der Einmarsch in Kuwait 1990, die darauffolgende Operation unter Führung der USA (»Desert Storm«) und die Befreiung Kuwaits brachten dann eine sichtbare Niederlage (siehe den Artikel von Henner Fürtig). Angesichts des Ausmaßes der



Teutopress/SZ Photo

Mobilisierung der Massen zur Stabilisierung der Diktatur: Demonstration in Bagdad am 17. Juli 1988 zum 20. Jahrestag der Machtübernahme der Baath-Partei.

Niederlage konnte das Regime nur durch die Entschlossenheit von Saddam Hussein und der sunnitischen Basis überleben. Durch Konzentration auf die vier »weißen Provinzen« – al-Anbar, Diyala, Ninive und Salah ad-Din, die während des Krieges und der darauffolgenden Rebellionen loyal geblieben waren – und die Nutzung tribaler Strukturen (»Saddams Stammesystem«) bewahrte man ein Kerngebiet, hatte sich jedoch damit faktisch vom Nationalstaatsprinzip verabschiedet. Damit begann spätestens zu diesem Zeitpunkt der Zerfall der alten Staatenordnung in dieser Region.

1995 waren 60 Prozent der Delegierten der Nationalversammlung Stammesführer oder wurden von Stämmen unterstützt. Das Regime war mit andauernden inneren und äußeren Problemen konfrontiert. Die Probleme mit den Kurden und Schiiten gingen weiter. Es gab Putschversuche der Republikanischen Garde und Stammesaufstände in sunnitischen Gebieten wie etwa in Ramadi. Familiäre Spannungen führten dazu, dass Saddams Schwiegersöhne Hussein und Saddam Kamel nach Jordanien flohen. Zwischen Saddams Söhnen Udai, dem Erstgeborenen, und Qusai kam es zu Rivalitäten, da Saddam wegen der Gewaltexzesse Udais den jüngeren Bruder als Nachfolger aus-

ersehen hatte. Durch westliche Wirtschaftssanktionen schrumpfte der Klientelkreis des Regimes. 2001 war das Militär nur noch ein Schatten dessen, was es früher war, und die Infrastruktur zerbröckelte. Mit einem wesentlich stärkeren religiösen Anstrich vermischte Saddam panarabische und panislamische Themen zu einem neuen politischen Diskurs des »Überlebens«. Der Irak war zu seinen konfessionellen Wurzeln, mit denen er einst gebrochen hatte, zurückgekehrt, um zu überleben.

Die syrische Nachfolge

1990 wandten sich die Vereinigten Staaten an Syrien, ob es sich der Koalition gegen Saddam Hussein anschließen würde als Gegenleistung für eine freie Hand im Libanon. Unter der Bedingung, dass Israel keinerlei offensive Militäraktion gegen irgendjemanden führt, beteiligte sich Assads Regierung an der militärischen Operation und der Multilateralen Nahostfriedenskonferenz in Madrid im Oktober 1991 und profitierte dabei wieder von einem großen Konflikt um den Irak. Nachdem er die Geschicke seines Regimes in der Region offensichtlich wiederhergestellt hatte, begann Assad, dessen Gesundheitszustand sich verschlechterte, sich auf die nächste Phase der alawitischen Herrschaft zu konzentrieren – seine Nachfolge. Zehn Jahre lang war Assads ältester Sohn Basil al-Assad der Vertraute und engste Weggefährte seines Vaters gewesen. 1994 kam er bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Baschar al-Assad, der zweite Sohn, wurde von seinem Medizinstudium in London zurückbeordert und sechs Jahre lang auf seine kommenden (Regierungs-)Aufgaben vorbereitet. Überall im Land erschienen Bilder mit den drei Assads unter dem Titel: »Der Führer, das Beispiel und die Hoffnung«. Wissend, dass die Zeit knapp war, führte Hafiz al-Assad im Militär eine Säuberungsaktion gegen eine mögliche Opposition durch. Am 10. Juni 2000 starb Hafiz al-Assad, der 30 Jahre in Syrien geherrscht hatte; am darauffolgenden Tag nominierte die Baath-Partei einstimmig Baschar als seinen Nachfolger.

Roby C. Barrett



Während in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die großen zwischenstaatlichen Kriege im Nahen Osten fast ausnahmslos zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten stattfanden, verlagerte sich das Kriegsgeschehen am Ende der 1970er Jahre in die Golfregion. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Iranischen Revolution, die aus Iran nach 1979 einen erbitterten Gegner der USA machte und die arabischen Nachbarn einen »Export« der Revolution befürchten ließ. Auch deswegen führte der Irak von 1980 bis 1988 einen Krieg gegen den Iran. Kurz nach der Entfesselung des Krieges nahm die irakische Armee im November 1980 Khorramshar am Schatt al-Arab ein (im Bild irakische Truppen bei Khorramshar). Die bedeutende iranische Hafenstadt wurde im Zuge von Kampfhandlungen und der bis Juni 1982 dauernden Besatzung fast vollständig zerstört.

Der Erste und der Zweite Golfkrieg

Vor allem Irak und sein Staatspräsident Saddam Hussein, der am 11. Juli 1979 die Macht in Bagdad übernommen hatte, sahen sich im Visier des iranischen Revolutionsführers Ruhollah Chomeini, denn etwa 60 Prozent der Iraker bekennen sich zur Schia, die in Iran Staatsreligion ist. Iranische Aufwiegelungsversuche der irakischen Schiiten fanden 1979/80 auch prompt statt und ließen Saddam Hussein später argumentieren, er habe sich im Sommer 1980 quasi in einer »Notwehrsituation« befunden und keine andere Wahl gehabt, als Iran »präventiv« anzugreifen; eine dürftige Erklärung, die nicht kaschieren konnte, dass es ihm im Kern darum ging, die aus seiner Sicht einmalige Chance zu nutzen, das Kräfteverhältnis in der Region radikal zu seinen Gunsten zu ändern.

Der irakisch-iranische Krieg (Erster Golfkrieg)

Aus drei Gründen erachtete Saddam Hussein die Aussicht für die Erringung einer Vormachtstellung als günstig. Erstens verfügte der Irak seit der Nationalisierung seiner umfangreichen Erdölvorkommen zu Beginn der 1970er Jahre über enorme Finanzmittel. Allein 1980 verbuchte er Rekordeinnahmen von 21,3 Mrd. US-Dollar und besaß zu diesem Zeitpunkt Devisenreserven in Höhe von über 35 Mrd. US-Dollar. Zweitens hatte sich die bis dahin unangefochtene arabische Führungsmacht Ägypten durch den Friedensschluss mit Israel regional isoliert. Und drittens wähnte der irakische Staatschef den Iran – ungeachtet der Drohungen, seine Revolution zu exportieren – durch ebenjene Revolution geschwächt.

Als Hussein am 22. September 1980 seinen Streitkräften den Befehl erteilte, die Grenze nach Iran zu überschreiten, war er quasi auf einen »Spaziergang« eingestellt. Wider Erwarten verlief der Angriff jedoch von Anfang an äußerst mühsam. Ende 1980 befanden sich erst etwa 14 000 Quadratkilometer iranischen Territoriums in irakischem Besitz. Das lag weit unter den erstreb-

ten Zielen, markierte aber gleichzeitig schon den Höhepunkt der irakischen Eroberungen im gesamten Kriegsverlauf.

Hussein hatte sich mehrere kleine und eine entscheidende große Fehlkalkulation geleistet. Zu den kleineren gehörte zum Beispiel seine Fixierung auf die reguläre Armee Irans. Chomeini hatte aber bereits im April 1979 damit begonnen, mit den »Revolutionswächtern« (Pasdaran) eine Parallelstreitmacht aufzubauen, um sich vor Umsturzversuchen der Regulären zu schützen. Schon im September 1980 hatten sich 125 000 Revolutionswächter den Angreifern entgegengeworfen, bis Ende November wuchs ihre Zahl auf 200 000. Damit schufen sie ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis, denn ihre mangelnde Kampfpraxis machten sie durch hohe Motivation wett. Die größte Fehlkalkulation unterlief Saddam durch die Missachtung historischer Erfahrungen. Alle großen Massenrevolutionen der Neuzeit hatten, wenn von außen angegriffen, eine enorme Widerstandskraft entwickelt. Auch in Iran vereinigte sich das ganze Land zu seiner Verteidigung. Kurzum, der militärisch halbherzig vorbereitete, auf diesen Widerstand in keiner Weise eingestellte irakische Kriegsplan scheiterte. Kleinlaut bot Saddam Hussein deshalb schon am 25. Dezember 1980 einen Waffenstillstand an, den Teheran umgehend ablehnte.

Im Gegenteil, nach einjähriger Vorbereitung begann im Februar 1982 die iranische Gegenoffensive, die die irakischen Truppen bis Juni 1982 wieder hinter die Ausgangslinien von 1980 zurückwarf. Von diesem Zeitpunkt an sorgte ausschließlich Iran für die Verlängerung des Krieges, weil Chomeini und seine Getreuen glaubten, ihre Revolution nun endlich aktiv exportieren zu können. Jetzt mussten sie aber die gleichen Erfahrungen machen, wie vordem ihre irakischen Gegner: Alle Versuche, Bagdad zu erobern, ließen die Iraker zusammenrücken und erlaubten den iranischen Angreifern nur minimale, unter hohen Verlusten erkaufte Geländegewinne. Zwischen Juni 1982 und 1987 entwickelte sich aus dieser Konstellation ein erbitterter Stellungskrieg. Trotzdem blieb Bagdad besorgt, der iranischen Überlegenheit an menschlichen Ressourcen und Sendungsbewusstsein auf Dauer nicht gewachsen zu sein. Die irakische Führung setzte deshalb zwei neue Kampfformen in dem Abnutzungskrieg ein: den »Krieg der Städte« – das heißt Raketenangriffe auf grenznahe

Städte, um die iranische Bevölkerung zu demoralisieren – und den »Krieg der Tanker«.

Vor allem der Tankerkrieg leitete eine Entwicklung ein, die schließlich in einen für Irak vorteilhaften Waffenstillstand mündete. In Ermangelung irakischer Schiffe im Golf antwortete Iran auf Angriffe gegen seine Tankschiffe ab 1985 immer häufiger mit Attacken gegen Schiffe irakischer Verbündeter: im wesentlichen Tanker der sechs Mitgliedsländer des Golf-Kooperationsrates (GKR). Diese wiederum transportierten den Löwenanteil des im Westen benötigten Erdöls. Die Importeure waren deshalb nur zu bereit, den Tankerverkehr im Golf zu schützen. So gingen die USA 1987 auf ein Ersuchen der kuwaitischen Regierung ein, große Teile ihrer Tankerflotte unter den Schutz der US-Flagge zu stellen. Im Ergebnis dessen wurden nicht nur kuwaitische Tanker neu beflaggt, sondern es mussten auch Kriegsschiffe bereitgestellt werden, um diese Tanker zu schützen. Angesichts der offenen Parteinahme Kuwaits für Irak war es somit nur eine Frage der Zeit, bis es in dieser Konstellation zu ersten direkten Konfrontationen zwischen den USA und Iran kam. Die US-Marine griff iranische Bohrinseln an, beide Parteien beschossen sich mit Raketen und Kanonen. Die Konfrontation fand erst am 3. Juli 1988 mit dem irrtümlichen Abschuss eines Linienflugzeuges der Iran Air durch die USS Vincennes ihren blutigen Abschluss.

Iran stand 1988 – per Saldo selbst verschuldet – praktisch »gegen den Rest der Welt«, Vom Krieg ermattet und von fast allen wichtigen äußeren Bezugsquellen abgeschnitten, musste die iranische Führung ihr Sträuben aufgeben. Am 18. Juli 1988 stimmte Chomeini der am 20. Juli 1987 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Waffenstillstandsresolution Nr. 598 zu (Saddam Hussein hatte das wohlweislich umgehend getan). Am 20. August 1988 trat der Waffenstillstand in Kraft; einer der mit acht Jahren längsten und mit ca. einer Million Toten blutigsten zwischenstaatlichen Kriege seit 1945 war zu Ende.

Die irakische Annexion Kuwaits (Zweiter Golfkrieg)

Auf den ersten Blick haben Erster und Zweiter Golfkrieg nicht viel miteinander gemein. Zwar fanden sie – wie schon der Name suggeriert – in der gleichen Region statt und beide sahen Irak in einer Hauptrolle, aber die internationalen Rahmenbedingungen der Kriege hatten sich fundamental geändert. Der irakisch-iranische Krieg stand in seinem gesamten Verlauf im Zeichen der Spätphase des Ost-West-Konflikts, während der Kuwaitkonflikt 1990/91 – zeitlich eher zufällig – mit dem Ende des Kalten Krieges und der Verkündung einer »Neuen Weltordnung« durch US-Präsident Bush zusammenfiel. Auf den zweiten Blick offenbaren beide Golfkriege aber mindestens drei Zusammenhänge.

Erstens beschlossen die GKR-Staaten (Bahrain, Qatar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) nach dem Waffenstillstand, ihre während des Ersten Golfkriegs vitale finanzielle Unterstützung Iraks einzustellen. Sie begannen stattdessen, ihre Erdölproduktion zu steigern und teilweise weit über die in der OPEC vereinbarten Quoten hinaus zu exportieren. Der damit einhergehende Druck auf die Preise schien angesichts der gewaltigen Produktions- und Exportkapazitäten tolerierbar.

Zum Zweiten war Irak durch den Ausgang des Ersten Golfkriegs ein militärischer Koloss geworden. Nahezu eine Million Soldaten standen in 55 Divisionen unter Waffen. Saddam Hussein begann angesichts dieser Zahlen Überlegungen anzustellen, ob die bisher missglückte Erreichung einer regionalen Führungsrolle nicht anders zu erlangen wäre. Die irakische Propaganda tönte nun, Irak habe unter enormen menschlichen Opfern die östliche Grenze der arabischen Welt vor Iran geschützt und damit die arabischen Golfanrainerstaaten, vor allem Kuwait, vor dem sicheren Untergang gerettet. Die Monarchen am Golf stünden daher in tiefer materieller und moralischer Schuld. Gleichzeitig habe diese »übermenschliche Leistung« Iraks Fähigkeit zur Übernahme der arabischen Führerschaft bestätigt. Nötig sei nun eine Art arabischer »Marshallplan«, mit dem die reichen »Nutznießer des irakischen Schutzschildes gegen Chomeini« ihre moralische Schuld abtragen könnten.

Zum Dritten zeigte diese kaum verhohlene »aggressive Bettelei«, auf welch tönernen wirtschaftlichen Füßen der militärische Koloss stand. Hatte Irak vor dem Einmarsch in Iran noch über erhebliche Währungsreserven verfügt, so war das Land im Verlauf des Krieges vollständig von den Zuschüssen der GKR-Staaten abhängig geworden: Zwischen 1980 und 1988 waren Auslandsschulden in Höhe von 80 Mrd. US-\$ entstanden.

Die neue GKR-Politik erhöhter Ölförderung ruinierte zwangsläufig die Preise. Angesichts seiner zerstörten Förderanlagen und Infrastruktur war Irak aber auf hohe Preise für niedrige Fördermengen angewiesen. Der damit manifestierte »Undank« seitens der Golfmonarchien ging aus Sicht Saddam Husseins aber noch weiter: Anstatt den geforderten »Marshallplan« anzubieten, kamen erste Anfragen, wie Irak gedenke, seinen Schulden abzutragen. Leere Kassen und wachsender Unmut in der Bevölkerung ließen Hussein über eine neue Taktik nachdenken. Anstatt auf Dankbarkeit zu setzen, sollte Hilfe nun erzwungen werden.

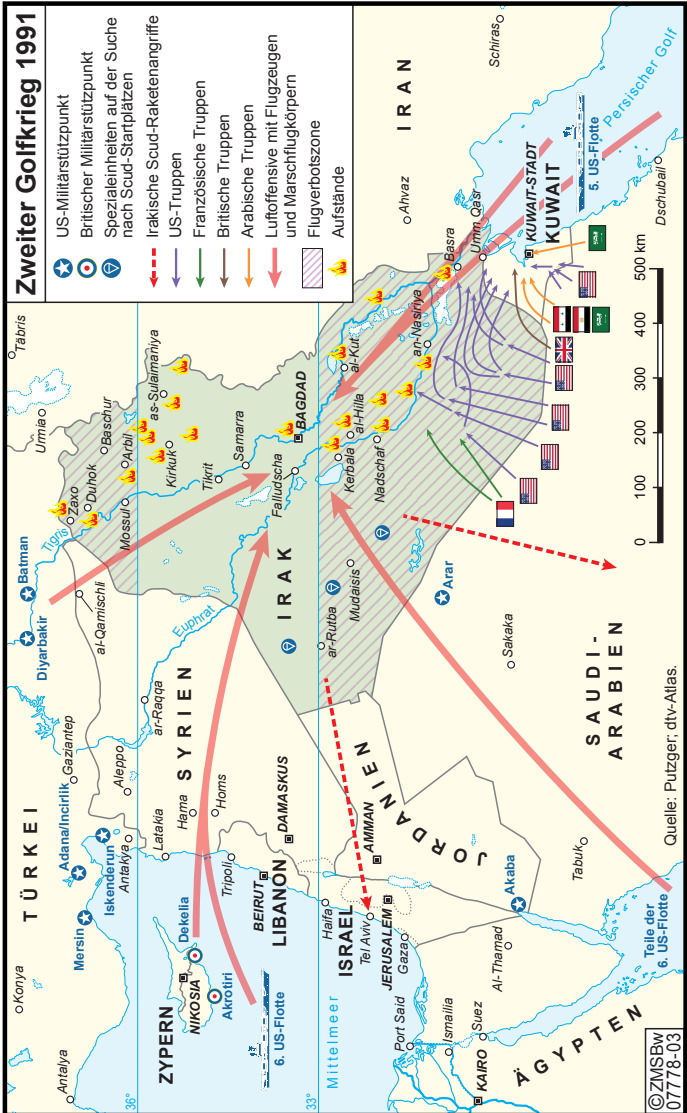
In den folgenden Wochen »schoss« sich Saddam Hussein deshalb auf Kuwait ein. Er warf dem Emirat vor, am eifrigsten für die Dumpingpreise auf dem Rohölmarkt zu sorgen. Gleichzeitig behauptete er, Kuwait habe während des Ersten Golfkriegs Öl aus dem grenznahen Rumailah-Erdölfeld gestohlen. Der Zugriff auf die erheblichen finanziellen Rücklagen Kuwaits (allein 100–120 Mrd. US-\$ Auslandsinvestitionen) eröffnete die faszinierende Möglichkeit, umgehend alle Kriegsschulden tilgen und danach immer noch über genügend freie Mittel verfügen zu können. Die Eroberung Kuwaits versprach darüber hinaus den Besitz von 195 Mrd. Barrel Erdöl, was 20 Prozent der damals prospektierten Weltreserven entsprach. Der irakische Diktator sah sich bereits als zweitgrößten Erdöleigner der Welt, der ein Viertel der Erdölförderung im Nahen und Mittleren Osten kontrollieren würde. Damit hätte er das irakische Vormachtstreben auch wirtschaftlich eindrucksvoll unterlegen können. Am 2. August 1990 setzte er seine Truppen in Bewegung.

Die Eroberung Kuwaits vollzog sich innerhalb weniger Stunden. Einerseits war die militärische Überlegenheit Iraks erdrückend, andererseits brach der schwache reguläre Widerstand endgültig zusammen, als der kuwaitische Emir und seine Fami-

lie über die Grenze nach Saudi-Arabien flohen. Kuwait wurde am 8. August offiziell als 19. irakische Provinz annektiert. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Annexion umgehend (Resolution Nr. 660) und forderte Irak auf, seine Truppen zurückzuziehen und die Souveränität Kuwaits wiederherzustellen. Die Folgeresolution Nr. 661 drohte im Weigerungsfall Sanktionen an. Spätere Resolutionen forderten sinngemäß das gleiche, spezifizierten aber das Sanktionsregime. Saddam Hussein lehnte alle Resolutionen in Bausch und Bogen ab, vor allem weil er sich der Zustimmung für sein Vorgehen seitens der USA sicher wähnte.

Wenige Tage vor der Invasion, am 25. Juli 1990, hatte ihm US-Botschafterin April Glaspie versichert, dass ihre Regierung keine dezidierte Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie etwa dem Streit zwischen Irak und Kuwait, habe. Der irakische Präsident zeigte sich wenig überrascht und wertete die Aussage Glaspies als Freibrief; immerhin waren die Amerikaner während des Ersten Golfkriegs auf seiner Seite gewesen. Das sollte sich als folgenreiche Fehlkalkulation herausstellen, denn die einmalige Bedeutung des Rohstoffs Erdöl für die Weltwirtschaft schloss aus der Sicht der USA aus, Saddam Hussein eine Schlüsselposition in der globalen Erdölversorgung zuzugestehen.

Auch die konservativen Monarchien auf der Arabischen Halbinsel hatten Saddam Hussein im Ersten Golfkrieg nur gegen die als existenziell empfundene Bedrohung durch den Iran unterstützt; sie zeigten keine Neigung, Irak als neue Führungsmacht anzuerkennen. Die meisten anderen arabischen Staaten teilten diese Meinung. Außerdem missbilligten sie den Tabubruch, den die militärische Annexion eines arabischen »Bruderlands« bedeutete. Nur Jordanien und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) blieben effektiv an der Seite Iraks. Die Nagelprobe für die Haltung der arabischen Staaten ergab sich aber erst ab dem 29. November 1990, als der Sicherheitsrat Resolution Nr. 678 verabschiedete, die Irak ultimativ aufforderte, den *status quo ante* bis zum 15. Januar 1991 wiederherzustellen. Im Weigerungsfall wurde die Durchsetzung der Resolution mit Waffengewalt angedroht. Mit diesem Mandat ausgestattet, formierte sich eine internationale Anti-Irak-Allianz unter Führung der USA. Die meisten arabischen Länder beschlossen, sich sowohl wegen des Tabubruchs als auch der sich zunehmend ab-





US-Schützenpanzer vor einer brennenden Ölquelle an der irakisch-kuwaitischen Grenze, 2. März 1991.

zeichnenden US-Dominanz in der »Neuen Weltordnung« direkt oder indirekt an »Wüstenschild« (Operation »Desert Shield«) zu beteiligen. Ägypten stellte mit 30 000 Mann das größte arabische Kontingent. Danach folgten die GKR-Staaten, angeführt von Saudi-Arabien. Selbst Syriens antiirakischer Impetus blieb trotz des Zwangs, sich mit den USA verbünden zu müssen, verlässlich: 4000 syrische Soldaten schlossen sich den Alliierten an. Marokko schickte 1200 Mann Spezialeinheiten.

Saddam Hussein ließ das Ultimatum verstreichen. Folgerichtig begann am 16. Januar 1991 das Unternehmen »Wüstensturm« (»Desert Storm«), die gewaltsame Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait. Die alliierte Operation bestand zunächst nur aus Luftangriffen, doch trotz des Einsatzes angeblicher Präzisionswaffen starben Zehntausende Zivilisten, wurden Schulen und Krankenhäuser getroffen. Iraks Führung versuchte zu retten, was zu retten war. Am 15. Februar verkündete sie die Annahme der Resolution Nr. 660 des UN-Sicherheitsrates vom August 1990. Präsident Bush setzte daraufhin mit dem 23. Februar 1991 ein letztes Ultimatum für den irakischen Truppenrückzug und setzte nach dessen Verstreichen am nächsten Tag die Bo-

dentruppen in Marsch. Es begann ein extrem ungleicher Kampf; schon am 28. Februar musste Saddam Hussein kapitulieren, der zweite Golfkrieg war beendet.

Die Folgen der beiden Golfkriege

Umgekehrt proportional zur Kürze der Kampfhandlungen im Zweiten Golfkrieg zeigte sich die Zahl der Opfer aufseiten der Unterlegenen. Unterschiedliche Quellen (Greenpeace, Arabische Organisation für Menschenrechte, US-Oberbefehlshaber Norman Schwarzkopf u.a.) bezifferten die irakischen Verluste mit bis zu 250 000 Toten, davon 150 000 Militärs. Neben den menschlichen Opfern war Irak durch die eklatante Niederlage aber auch materiell hart getroffen. Schon im Ersten Golfkrieg waren dem Land Schäden und Verluste in Höhe von 450 Mrd. US-\$ entstanden.

Mit seiner Resolution Nr. 687 vom 3. April 1991, die Sanktionen gegen Irak bis zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden und der verifizierbaren Vernichtung seiner Massenvernichtungswaffen verhängte, verschärfte der UN-Sicherheitsrat die soziale Misere. Obwohl von Beginn an Medikamente und bestimmte Lebensmittel für die Bevölkerung von den Sanktionen ausgenommen waren, nutzte Saddam Hussein das Embargo massiv für die Disziplinierung der Bevölkerung und die Kanalisierung des »Volkszorns« gegen den Westen, insbesondere die USA. Das ruinierte Land litt entsetzlich. Letztlich stand die gesamte irakische Bevölkerung seit 1980 entweder im Krieg oder hatte dessen Folgen zu tragen. Präsident Bush schreckte 1991 davor zurück, den durch die UN-Resolution Nr. 678 vom 29. November 1990 nicht gedeckten Sturz Saddam Husseins gewaltsam zu betreiben. In den folgenden Jahren zerstritten sich die ständigen Sicherheitsratsmitglieder über die Durchsetzung des Irak-Embargos heftig. Der dadurch entstehende rechtsfreie Raum und die wachsende politische Ungewissheit legten die Grundlagen für die US-geführte Invasion in den Irak im Jahre 2003, den Dritten Golfkrieg (siehe hierzu den Infokasten von Bernd Lemke und die Karte im Beitrag von Hauke Feickert).

Henner Fürtig



Sowohl der Nahe und der Mittlere Osten als auch die Gemeinschaft der Muslime gelten im Westen vielfach als relativ homogen. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen: Im heutigen Irak und Syrien existieren unterschiedliche Religionen und mit jeweils unterschiedlichen Strömungen und Ausprägungen. Auch unter Arabern, die in der westlichen Vorstellung oftmals ausschließlich mit dem Islam in Verbindung gebracht werden, gibt es nicht nur sunnitische und schiitische Muslime sowie Alawiten, sondern ebenso Drusen und Christen unterschiedlicher Bekenntnisse (zum Beispiel griechisch-orthodox, syrisch-orthodox, syrisch-katholisch, maronitisch, armenisch). Ein Kristallisationspunkt der Vielfalt ist die Umayyadenmoschee in Damaskus (hier im Bild), an deren Stelle zuvor römische, christliche und muslimische Gotteshäuser errichtet worden waren. Sie enthält u.a. Heiligtümer der Christen (Schrein Johannes des Täufers) und der Schiiten (Schrein von Husain ibn Ali). In der Nähe befindet sich die Moschee mit dem Grab von Rukayya, der Tochter von Husain, dem jüngeren Sohn Alis.

Der Islam und seine Ausprägungen im Mittleren Osten

Der Islam ist als letzte der drei großen monotheistischen Religionen (Judentum, Christentum und Islam) im 7. Jahrhundert n.Chr. im Westen der arabischen Halbinsel entstanden. Diese Region, der Hedschas, in der sich auch die beiden heiligen Stätten des Islam, Mekka und Medina, befinden, ist heute eine der Provinzen des Königreichs Saudi-Arabien. Allerdings geht das Islamverständnis, das gegenwärtig in Saudi-Arabien vorherrschend ist und auch staatlicherseits gefördert wird, auf eine Reformbewegung des 18. Jahrhunderts zurück, sodass diese Interpretation nicht mit »dem Islam« gleichgesetzt werden kann.

Die Ursprünge des Islam

Die historische Person, die den Beginn der islamischen Geschichte markiert, ist Mohammed, den die Muslime als Propheten verehren und der um das Jahr 570 in Mekka geboren wurde. Seine erste Offenbarung durch den Engel Gabriel, der ihm nach islamischer Tradition Gottes Wort überbrachte, erhielt Mohammed, der seinen Zeitgenossen als Gottsuchender (arab. *hanif*) bekannt war, nach der Überlieferung im Jahre 610. Mit der Anzahl der Offenbarungen und der Verkündung ihres Inhalts stieg jedoch Mohammeds Gegnerschaft in Mekka, denn die von Mohammed verkündete Botschaft stellte mehrere für das damalige Mekka identitätsstiftende Glaubensinhalte und Konventionen in Frage: Zum einen strebte Mohammed danach, den damals vorherrschenden Polytheismus durch ein monotheistisches Glaubensverständnis, den Glauben an einen einzigen Gott, zu ersetzen. Zum anderen versuchte er, die Tradition der Vorväter, die im damaligen Mekka als Richtschnur für Verhalten und soziale Beziehungen galt, durch religiöse Gebote und Verbote abzulösen. Dementsprechend stellte die Botschaft des Islam, wie sie von Mohammed verkörpert wurde, das bestehende soziale Gefüge in Frage, das bisher auf Familien- und Stammesloyalität basierte, nun aber auf Basis einer religiösen Gemeinschaft errich-

tet werden sollte. Hinzu kam, dass der neue Glaube die Stellung der Frau erheblich verbesserte und auch Sklaven als vollwertige Glaubensbrüder anerkannte. Da Mekka eine bedeutende Handelsstadt war, fürchteten die Einwohner, dass durch die Konflikte um die neue Religion der Handel zurückgehen würde. Dieser florierte insbesondere dank der Pilger, welche die heute noch von den Muslimen verehrte Kaaba besuchten, in der zu damaliger Zeit Statuen verschiedener vorislamischer Gottheiten aufbewahrt wurden.

Es lässt sich also festhalten, dass ein beträchtlicher Teil der Mekkaner sich und ihr gewohntes Umfeld durch Mohammed und seine Offenbarung bedroht sah. Dementsprechend wurde die Lage in Mekka für die Muslime immer gefährlicher, sodass sie sich entschlossen, in das ca. 400 km entfernte Medina auszuwandern. Dieser Auszug, genannt *hidschra*, fand 622 statt und markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung. Als Topos spielt die *hidschra* bis heute in manchen muslimischen Kreisen eine wichtige Rolle. So begründen einige Unterstützer des »Islamischen Staates« ihre Reise nach Syrien in das Gebiet des IS damit, die *hidschra* durchzuführen. In diesen Fällen wird *hidschra*, angelehnt an die Definition einiger Rechtsgelehrter, als Auswanderung aus einem von Ungläubigen beherrschten und geprägten Gebiet in einen Staat der Gläubigen verstanden.

In Medina wurden Mohammed und seine Anhänger von bereits zum Islam konvertierten Medinensern empfangen und unterstützt. Trotz der Konflikte, die es auch in Medina gab, war Mohammed dort nicht nur der Anführer seiner religiösen Gemeinde, sondern auch das politische Oberhaupt. Auch die Auseinandersetzungen mit den Mekkanern setzten sich fort und gipfelten in bewaffneten Kämpfen. Im Jahre 630 gelang es Mohammed und seinen Anhängern jedoch, Mekka kampflos einzunehmen.

Nach Mohammeds Tod im Jahre 632, als bereits große Teile der Arabischen Halbinsel unter muslimischer Herrschaft standen, herrschte keine Einigkeit darüber, wer ihm in seiner Funktion als religiöses und politisches Oberhaupt der Gemeinde nachfolgen sollte. Es bildeten sich verschiedene Gruppierungen, die unterschiedliche Kriterien für die Nachfolgewahl anführten. Letztlich setzten sich diejenigen durch, die Abu Bakr, einen

frühen Muslim und Schwiegervater des Propheten, unterstützten. Auf Abu Bakr (632–634) folgten Umar (634–644), Uthman (644–656) und Ali (656–661). Diese vier werden im sunnitischen Islam, der sich auf die Gruppe der Unterstützer Abu Bakrs zurückführt, als die vier »rechtgeleiteten Kalifen« bezeichnet (das Wort Kalif leitet sich vom arabischen Wort *khalifa* ab und bedeutet Nachfolger, Stellvertreter). Die Sunniten stellen heute die Mehrheit der Muslime: ca. 85 bis 90 Prozent der ca. 1,6 Milliarden Muslime weltweit zählen sich zu ihnen. Auch die Mehrheit der Muslime in Syrien (74 Prozent) ist sunnitisch, während im Irak 60 bis 65 Prozent der Muslime Schiiten sind.

Die schiitische Strömung des Islam ging aus einer konkurrierenden Gruppe von Gläubigen hervor, der »Partei Alis« (arab. *shi'at Ali*). Diese vertrat nach dem Tod Mohammeds die Auffassung, dass der einzig rechtmäßige Kalif sein Cousin und Schwiegersohn Ali sei. Diese Meinung basierte auf dem Glauben, Mohammed selbst habe Ali als seinen Nachfolger benannt. Die Unterstützer Alis konnten sich jedoch nicht gegen ihre Konkurrenten durchsetzen. Nach fortgesetzten Konflikten wurde er erst 24 Jahre nach dem Tod Mohammeds Kalif.

Die Säulen des Islam

Obwohl dieser Spaltung anfangs ein politischer Konflikt zugrunde lag, bildeten sich im Laufe der Zeit auch unterschiedliche theologische Konzepte heraus. Dennoch finden sich die Inhalte der sogenannten fünf Säulen, die sich im sunnitischen Islam herausgebildet haben, auch in der schiitischen Lehre. Zu diesen Säulen zählen:

Das Glaubensbekenntnis (arab. *schahada*), mit dem ein Gläubiger bekennt, dass es nur einen Gott gebe und Mohammed sein Prophet sei. Durch das Aussprechen der *schahada* vor mindestens zwei männlichen Zeugen konvertieren Nichtmuslime zum Islam. Das schiitische Glaubensbekenntnis betont in einem Zusatz die besondere Rolle Alis als Freund Gottes.

Das Gebet (arab. *salat*). Es wird fünfmal am Tag (morgens, mittags, nachmittags, abends, spätabends/nachts) nach einem festgelegten Ritus verrichtet. Sowohl zwischen Sunniten und

Schiiten als auch unter den Sunniten gibt es jedoch Unterschiede. Gemeinsam ist ihnen, dass zu Beginn jeder Gebetszeit durch den Muezzin zum Gebet gerufen wird. Je höher die Anzahl der Moscheen in einer Stadt oder einem Dorf, desto vielfältiger ist auch das Stimmgewirr, sobald der Gebetsruf ertönt. Manche bezeichnen es als ›Kakophonie‹, andere empfinden diese Momente als besonders spirituell und erhebend. Jedes Gebet kann sowohl zuhause, alleine oder in Gemeinschaft, als auch in der Moschee verrichtet werden. Einzige Ausnahme bildet das Gebet an Freitagen zur Mittagszeit: Hier wird der Moscheebesuch für Männer als verpflichtend betrachtet. Neben dem rituellen Gebet gibt es das Bittgebet (arab. *du'a*), das der Gläubige zu jeder Zeit und in freier Form an Gott richten kann.

Die Vermögensabgabe (arab. *zakat*). Ab einer bestimmten Vermögenshöhe wird es als Pflicht eines Muslims betrachtet, jährlich 2,5 Prozent seines Vermögens an Bedürftige bzw. an zum Empfang dieser Abgabe berechnigte Personen zu spenden. Die Bedingungen für diesen Vorgang wurden genau definiert, ebenso der mögliche Empfängerkreis. Allerdings treiben heute nur noch wenige Staaten diese Abgabe ein und verwalten sie. Zudem gibt es gerade in der Diaspora Diskussionen darüber, inwieweit moderne Steuersysteme an die Stelle der islamischen Vermögensabgabe treten können.

Das Fasten (arab. *saum*). Der Ramadan, der neunte Monat des islamischen Mondkalenders, ist der Fastenmonat in der islamischen Welt, in dem das Fasten jedem gesunden Gläubigen ab Eintritt in die Pubertät vorgeschrieben ist. Von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang nehmen die Gläubigen weder Nahrung noch Flüssigkeit zu sich, verzichten auf Genussmittel und üben sexuelle Enthaltsamkeit. Da das Mondjahr ca. zehn Tage kürzer ist als das Sonnenjahr, beginnt der Ramadan nach dem gregorianischen Kalender in jedem Jahr ca. zehn Tage früher als im vorangegangenen; so wandert dieser Monat durch die Jahreszeiten. Gerade in den heißen Monaten sind daher die Straßen der Städte des Mittleren Ostens wie ausgestorben; je näher der Abend rückt, desto ungeduldiger werden die meisten Menschen. Abends kommen viele mit ihren Familien und Freunden zusammen, es wird geschlemmt und sich vergnügt, sodass der Ramadan nicht mehr nur eine Zeit der Enthaltsamkeit, sondern ebenso

des Überflusses ist. Ähnlich wie die Adventszeit in Mitteleuropa ist der Fastenmonat in der arabischen Welt inzwischen kommerzialisiert: Es gibt nicht nur bestimmte Speisen und Süßigkeiten, die vor allem im Fastenmonat konsumiert werden, sondern es werden eigens für den Ramadan produzierte Popsongs, Fernsehserien und Comedy-Sendungen ausgestrahlt. Kritiker dieser Entwicklung merken an, dass damit der Ursprungsgedanke des Fastens verlorengehe. Begründet wird die Pflicht des Fastens meist entweder damit, dass sich durch die Enthaltensamkeit eine Gleichheit zwischen den Menschen einstelle, die es außerhalb des Ramadans nicht gebe. Zudem würde der Hunger Mitgefühl für die Armen und Bedürftigen lehren. Eine andere Begründung konzentriert sich demgegenüber auf die innere und spirituelle Entwicklung des Menschen: Das Fasten gebe die Möglichkeit, sich mit sich selbst und seinen Schwächen auseinanderzusetzen und damit auch Gott näher zu kommen.

Die Pilgerfahrt (arab. *hadsch*). Jeder Gläubige, der es sich finanziell leisten kann und gesundheitlich dazu in der Lage ist, ist verpflichtet, einmal in seinem Leben nach Mekka zu fahren und dort die islamische Wallfahrt zu vollziehen. Bereits in vorislamischer Zeit war Mekka ein Pilgerzentrum; diese gottesdienstliche Handlung wurde also in veränderter Form in die neue Religion aufgenommen.

Es ist wahrscheinlich nicht zu viel gesagt, dass die fünf Säulen, insbesondere das Gebet und das Fasten, aber auch die Pilgerfahrt in islamisch geprägten Gesellschaften das Leben sichtbar strukturieren. Das bedeutet nicht, dass jeder Muslim diese Handlungen auch vornimmt; sie bilden jedoch oft einen Bezugspunkt: Sei es, dass man ihnen folgt, sie für sich ablehnt oder aber eine individuelle Glaubenspraxis findet.

Gleichzeitig bildeten sich – wie in anderen Religionen auch – neben gottesdienstlichen Handlungen religiöse Wissenschaften heraus, die sich mit Fragen von Glaubensinhalten, dem Wesen und der Existenz Gottes, der Theodizee, dem Widerspruch zwischen menschlicher Handlungsfreiheit und göttlichem Willen oder der Bedeutung und Beschaffenheit von Paradies und Hölle beschäftigt haben. Daraus hervorgehend haben sich im sunnitischen Islam sechs Glaubensgrundsätze etabliert: Glaube an den einen Gott, Glaube an die Engel, Glaube an die Offenbarungen

(Thora, Psalmen, Evangelium, Koran), Glaube an die Propheten (auch an diejenigen, die Mohammed vorausgingen, so z.B. Moses und Jesus), Glaube an den Tag des Jüngsten Gerichts und Glaube an die Vorherbestimmung.

Ausprägungen des Islam im Mittleren Osten

Während der sunnitische Islam zwar unterschiedliche Interpretationen kennt, meist initiiert durch reformatorische oder reaktionäre Bewegungen, hat sich der schiitische Islam in weitere Untergruppen aufgespalten. Die größte Gruppe bilden die *Zwölfer-Schiiten/imamitischen Schiiten*; weitere wichtige Gruppen sind die *Siebener-Schiiten/ismailitischen Schiiten* und die *Fünfer-Schiiten/zaiditischen Schiiten*. Im Irak dominieren – sowohl religiös als auch politisch – heute die imamitischen Schiiten, die, obwohl in der Mehrheit, jahrzehntelang vom Regime Saddam Husseins unterdrückt und marginalisiert wurden. Der Irak beherbergt auch bedeutende schiitische Pilger- und Ausbildungsstätten: So soll Ali in Nadschaf, einer bedeutenden Gelehrtenstadt im Irak südlich von Bagdad, begraben sein. Das Grab seines Sohnes Husain, der zugleich Enkel des Propheten Mohammed ist, befindet sich in Kerbala, ebenfalls ein Zentrum zwölferschiitischer Gelehrsamkeit im Irak.

Die Bedeutung der beiden genannten Gräber erklärt sich aus der imamitischen Lehre: Nach zwölferschiitischer Auffassung folgten auf Mohammed zwölf Imame (arab.; dt. Vorsteher, Anführer), die alle Nachkommen des Propheten waren. Nach dem Glauben der Schiiten war Ali der erste Imam, der genau wie seine Nachfolger als unfehlbar und sündenlos gilt. Der zwölfte Imam sei allerdings schon als Kind in die Verborgenheit entrückt, lebe daher für die Gläubigen nicht sichtbar weiter und werde kurz vor dem Tag des Jüngsten Gerichts zurückkehren. Bis auf Ali hatte keiner der ihm nachfolgenden schiitischen Imame je politische Macht – oft wurden sie von sunnitischen Herrschern verfolgt und drangsaliert.

Das Märtyrer-Narrativ, das zu einem Teil der zwölferschiitischen Identität geworden ist, hat dabei nicht nur in der Biografie Alis ihren Ursprung. Noch prägender war das Schicksal



Selbstgeißelung schiitischer Männer zur Erinnerung an den Märtyrertod des Prophetenenkels und dritten Imams Husain, Bagdad, Dezember 2009.

des Prophetenenkels und dritten Imams Husain (der zweite Sohn Alis), der mit einer nur kleinen Gruppe von Getreuen im Jahre 680 gegen die damals herrschenden Umayyaden auszog und vor Kerbala eine vernichtende Niederlage erlitt, bei der er getötet wurde. Im Monat Muharram (dem ersten Monat des islamischen Mondjahres) wird seiner gedacht, vor allem am zehnten Tag. In diesem Zusammenhang wird Husains Leben in Passionsspielen nachempfunden. Wohl bekannter sind aber die Selbstgeißelungen schiitischer Männer, die damit die Erinnerung an Husain und die mangelnde Unterstützung durch seine Gemeinde, weswegen er die entscheidende Schlacht verlor, wachhalten möchten und stellvertretend für diese Buße tun.

Im Gegensatz zur sunnitischen Ausprägung hat sich in der imamitischen Spielart des schiitischen Islam eine klerikale Schicht herausbilden können, die teilweise – wie in der Islamischen Republik Iran – über große politische Macht verfügt. Im sunnitischen Islam findet sich eine solche Entwicklung nicht. Hier sind vier kanonische Rechtsschulen entstanden, die sich in umfassenden Werken zu Fragen des Glaubens und des religiösen Rechts äußern, welche von den jeweiligen Anhängern oft als

Richtschnur im religiösen Leben betrachtet werden. Eine Bindung an einen lebenden Gelehrten wie im zwölferschiitischen Islam gibt es jedoch nicht.

Wie im Irak finden sich auch in Syrien schiitische Einflüsse: So gibt es einen Bereich der Umayyaden-Moschee in Damaskus, der als schiitischer Pilgerort bezeichnet werden kann, denn an dieser Stelle soll der abgeschlagene Kopf des Prophetenenkels Husain dem Umayyaden-Kalifen Yazid präsentiert worden sein, bevor er in Kerbala beigelegt wurde. Die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenfalls in Damaskus erbaute Rukayya-Moschee wurde um das Grab von Rukayya, der Tochter Husains, errichtet. In einem Damaszener Vorort befindet sich dann noch das Grab von Zainab, der Schwester Husains, ebenfalls in einem Moscheekomplex, der aufgrund der Auffälligkeit des alten neu errichtet wurde. Beide Moscheen wurden im persischen Stil erbaut und mit iranischem Geld finanziert. Sie unterscheiden sich damit von anderen Damaszener Moscheen.

Weitere schiitische Elemente spiegeln sich in den Glaubensgemeinschaften der Alawiten – nicht zu verwechseln mit den in der Türkei lebenden Aleviten – sowie der Drusen wider. Beide haben sich aus der ismailitischen Strömung der Schia (Siebener-Schiiten) entwickelt. Während bei den Drusen von einer eigenständigen, nicht-islamischen Religionsgemeinschaft gesprochen werden kann, betrachten sich die Alawiten, die Syrien jahrzehntelang als politische Elite beherrschten, als Muslime, auch wenn ihnen diese Eigenschaft von sehr konservativen muslimischen Sunniten abgesprochen werden mag. Zentrales Element des alawitischen Glaubens, in dessen Details auch innerhalb der alawitischen Gemeinde nur wenige eingeweiht werden, ist die Vorstellung, dass Gott sich nicht nur Mohammed offenbart habe, sondern auch Ali sowie Salman, der als der erste zum Islam übergetretene Perser gilt. Dabei wird die Offenbarung Gottes gegenüber Ali als die bedeutendste betrachtet. Damit weichen die Alawiten erheblich von klassischen islamischen Glaubensvorstellungen ab. Auch in der Glaubenspraxis lassen sich Unterschiede verzeichnen: Einige der fünf Säulen, wie das fünfmalige tägliche Gebet, das Fasten im Ramadan und die Pilgerfahrt, betrachten Alawiten nicht als verpflichtend.

Innerhalb des Islam gab und gibt es eine Vielfalt unterschiedlicher Entwicklungen und Strömungen, die sich in der religiösen Zusammensetzung des Mittleren Ostens widerspiegelt. Wichtig dabei ist zu beachten, dass Glaubenslehre und die tatsächliche Ausübung sich oftmals unterscheiden mögen; dass die Menschen auch im Mittleren Osten nicht nur durch ihre Religion, sondern durch Einflüsse und Faktoren unterschiedlichster Art geprägt sind. Gleichzeitig ist sowohl in Syrien als auch im Irak zu beobachten, dass Religion und religiöse Ressentiments genutzt und befeuert werden, um Kräfte zu mobilisieren und Konflikte zu legitimieren.

Nushin Atmaca



Die Ereignisse in Syrien und im Irak haben keineswegs nur regionale, etwa auf die Auswirkungen des Kolonialismus oder die Handlungen der nachfolgenden Regime zurückgehende Ursachen. Die Entstehung islamistischer Terrororganisationen ist ohne das globale Vorgehen des Westens, insbesondere der USA nicht denkbar. Dies gilt nicht nur für die grundsätzliche Motivation, sondern auch für Kampf und Terror an sich, deren öffentliche Präsentation, die Organisation und das Verhalten gegenüber der Bevölkerung. Der »Islamische Staat« beispielsweise (im Bild IS-Kämpfer vor Raqqa, Syrien, im November 2015) inszeniert sich bewusst als radikale, religionsgeleitete, dabei aber auch auf moderne Technik und Kommunikationsmittel zurückgreifende Alternative zu allen anderen Modellen, etwa den westlichen Vorstellungen, den »alten« Diktaturen und auch den Idealen des Arabischen Frühlings. Die Islamisten bauen auf das Scheitern möglicher Zusammenarbeit westlicher Demokratien mit arabischen Freiheitsbewegungen und die Etablierung eines allumfassenden Gottesstaates auf Basis des Kalifats. Dass dabei historische Differenzierungen und Widersprüche ausgeblendet und durch bewusst inszenierte, brutale Gewalt überdeckt werden, ist kein grundlegendes Problem, sondern gehört zum Programm. Die weltweite Verbreitung von Angst und Schrecken, überhaupt globale Präsenz und Zielrichtung sind beabsichtigt. Dem Westen soll dadurch gezeigt werden, dass seine angebliche Überlegenheit gar nicht existiert.

Politische Konflikte in der Region und ihre Auswirkungen

Die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten wurden im 21. Jahrhundert bislang vor allem durch zwei Ereignisse geprägt: einmal von den Terrorangriffen des 11. September 2001 und den Reaktionen der USA darauf, zweitens vom Scheitern des sogenannten Arabischen Frühlings. Auch der Aufstieg des »Islamischen Staates« speiste sich letztlich aus diesen beiden Quellen.

Der 11. September und der »Krieg gegen den Terrorismus«

Die dramatischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon demonstrierten, dass die Terrorgruppe Al-Qaida in der Lage war, die USA auch auf dem eigenen Staatsgebiet anzugreifen. Noch mehr als um den beträchtlichen Schaden und die extrem hohe Opferzahl (fast 3000 Tote) ging es ihr um die symbolische Bedeutung: Die USA sollten nun nicht einmal mehr zuhause sicher sein – und die amerikanische Wirtschaftsmacht und ihre militärische Kommandozentrale waren zu Angriffszielen geworden. Politisch dienten die Anschläge aber auch dem strategischen Zweck, die Welt in zwei feindliche Lager zu spalten: den US-geführten Westen und die von Al-Qaida geführte muslimische Welt. Die Terroranschläge sollten den ideologischen Führungsanspruch von Al-Qaida auf der muslimischen Seite untermauern: Nicht die Regierungen der Muslime traten dem Machtanspruch der USA wirklich entgegen, sondern nur die selbst ernannte Vorhut, die eine historische Mission beanspruchte. Und je heftiger die Konfrontation zwischen dem Westen und »dem Islam« wurde, umso stärker musste Al-Qaida werden, so die Kalkulation der Täter. Durch das »Fanal« des 11. September meldete eine von der politischen Basis und der militärischen Stärke her gesehen relativ schwache, aber fanatisch entschlossene Terrororganisation den Führungsanspruch in der muslimischen Welt an.



pa/AP Photo/Khalid Mohammed

Demonstration in Bagdad gegen George W. Bush wegen der unzureichenden Sicherheitslage im Irak. Unmittelbarer Anlass für die Demonstration war ein Anschlag auf eine Polizeistation in Bagdad im September 2004, bei dem 47 Menschen zu Tode kamen und 114 verwundet wurden.

Die US-Regierung unter George Bush jr. schluckte diesen Köder: Sie reagierte auf den 11. September mit den Kriegen in Afghanistan und dem Irak und ernsthaften Diskussionen, ob man danach auch Syrien und den Iran angreifen solle. Damit schien sich die Weltsicht Al-Qaidas zu bestätigen. Bei der Reaktion Washingtons handelte es sich allerdings nicht einfach um einen »Fehler«, um eine unangebrachte Antwort auf den 11. September bzw. um ungerichtete Vergeltung an Unbeteiligten. Die afghanischen Taliban hatten Al-Qaida zwar in einer Vernunfttheke zum wechselseitigen Nutzen beherbergt, aber mit den Angriffen von New York und Washington nichts zu tun. Bezüglich des säkularen irakischen Diktators Saddam Hussein konnte von einer Zusammenarbeit mit Al-Qaida ohnehin keine Rede sein. Vielmehr passten die Anschläge und deren unmittelbare Folgen in die Vorstellungen und die Perspektive der US-Regierung. Die gerade ins Amt gelangte US-Regierung Bush verfügte über einen starken neo-konservativen Flügel, der öffentlich bereits seit etwa

1996 massiv für einen Krieg gegen den Irak geworben hatte. Die kriegsrische Antwort der USA erfolgte – mindestens im Fall des Irak – deswegen kaum *wegen* des 11. September, sondern vor allem aus strategischen Gründen, die sich nun aber plausibler begründen ließen.

Die Kriege in Afghanistan und Irak erwiesen sich als Fehlschläge, zumindest wenn man die *erklärten* Absichten und Kriegsziele zum Maßstab nimmt, etwa die Etablierung demokratischer, stabiler, pro-westlicher Regierungssysteme. Darüber hinaus wirkten die beiden Kriege, insbesondere der Irakkrieg, wie ein Brandbeschleuniger für den internationalen Dschihadismus. Extremistische islamische Ideologen und ihre militanten Ableger konnten sich bestätigt fühlen, da in der muslimisch geprägten Welt nicht nur die Frommen den Kampf gegen die ausländischen Besatzer für gerechtfertigt hielten. Beide Kriege zogen religiöse Extremisten an, verschafften ihnen eine militärische Ausbildung und Kampferfahrung, legitimierten das Töten und erlaubten den Dschihadisten, sich in manchen Gesellschaften zu verankern. In beiden Fällen gelang es den US- und westlichen Truppen nicht, diese Kriege militärisch für sich zu entscheiden, und dies bedeutete trotz überwältigender militärischer Überlegenheit eine politische Niederlage. Die Dschihadisten konnten sich bestätigt fühlen, da sie von den militärisch stärksten westlichen Mächten nicht geschlagen werden konnten.

Der »Arabische Frühling« und die Folgen seines Scheiterns

Als im Dezember 2010 der »Arabische Frühling« in Tunesien begann, kam es in der arabischen Welt schnell zu einer Welle der Euphorie. Was den Dschihadisten in Jahrzehnten des gewaltsamen Kampfes nicht gelungen war, der Sturz der Diktatoren, erreichten friedliche Demonstrationen und Proteste in wenigen Monaten: Die tunesischen und ägyptischen Diktaturen brachen zusammen. In Libyen, Syrien und Jemen schien der Fall der Diktatoren ebenfalls nur eine Frage der Zeit. Das ganze Jahr 2011 war von dieser Hoffnung geprägt, und die versteinerten politi-

schen Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten kamen dramatisch in Bewegung.

Allerdings war die Zeit der leichten und schnellen Siege der Bevölkerung bald vorüber. Zuerst in Libyen, bald auch in Syrien weigerten sich die Regime, die Macht abzugeben, stattdessen entschieden sie sich für den Weg der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste. In Libyen kam es sehr schnell zum Bürgerkrieg, weil ein großer Teil der Bevölkerung im Besitz von Waffen war und sich fast sofort gewaltsam verteidigte, als die Einheiten Muammar al-Gaddafis auf Unbewaffnete schossen. In Syrien dauerte die Eskalation deutlich länger, weil dort die Bevölkerung über keine Waffen verfügte und erst durch Deserteure ein militärisches Potenzial geschaffen werden musste.

Libyen

Die libysche Diktatur war brutal, aber untypisch. Die Herrschaft Gaddafis beruhte nicht wie die Diktaturen in Tunesien oder Ägypten auf einem übermächtigen Staatsapparat, sondern auf drei miteinander verbundenen Säulen: (i) auf einer fragmentierten Staatlichkeit, bei der manche Teilbereiche gut, andere kaum funktionierten; (ii) einer faktisch dem Staat übergeordneten persönlichen Machtstruktur, die um den Führer Gaddafi, seine Familie und enge Vertraute gruppiert war; und (iii) auf der Manipulation der libyschen Stämme, die zum Teil auch mit quasisstaatlichen Funktionen betraut waren (etwa der Grenzsicherung), ansonsten zum Teil kooptiert, zum Teil gegeneinander ausgespielt wurden. Gaddafi und seine Klientel regierten am Staat vorbei oder in den Staat hinein, auch wenn sie zum Teil über keine staatliche Funktionen verfügten.

Der NATO-Luftkrieg brachte dieses fragile Machtgleichgewicht zum Einsturz. Die Machtsäule der persönlichen Herrschaft, die als Klammer zwischen den staatlichen Institutionen und den Stämmen gedient hatte, wurde durch den Sturz der Diktatur liquidiert. Staatliche Institutionen konnten sich dadurch kurzzeitig verselbstständigen, bis sie bald zur Beute unterschiedlicher Stämme, Milizen und Kommandanten wurden. Die nichtstaatlichen Gewaltakteure – wiederum Stämme, Milizen,

dann auch islamistische und dschihadistische Gruppen – wurden nicht mehr durch den ohnehin schwachen Staat, aber auch nicht durch die Clique um Gaddafi diszipliniert und kontrolliert, sondern begannen einen brutalen Kampf um Macht, Ressourcen und Posten, der zum Zerfall des Staates führte. Inzwischen ist in diesem Zustand des gesellschaftlichen Zusammenbruchs der sogenannte Islamische Staat zu einem wichtigen Machtfaktor geworden.

Syrien

In Syrien hatte der Konflikt als friedlicher Protest gegen die Korruption, Stagnation und Brutalität des Staates begonnen. Die Gewalt ging zuerst allein von der Diktatur aus, bis desertierte Soldaten und Teile der Bevölkerung zur Selbstverteidigung übergingen und so einen Bürgerkrieg auslösten. Vonseiten des Regimes und eingesickerter Dschihadisten wurde eine Konfessionalisierung des Krieges betrieben (Sunniten gegen Alawiten und Christen), um sich eine soziale Basis zu schaffen und zu sichern. Anschließend kam es zu einer weitgehenden Fragmentierung des militärischen Widerstandes, bei dem die »gemäßigten«, die islamistischen und die dschihadistischen Gruppen auch miteinander und gegeneinander Krieg führten; dazu kamen die kurdischen Einheiten und bewaffnete Banden, denen es vor allem um Raub, persönliche Bereicherung oder Schutzgelderpressung ging. Inzwischen kämpfen in Syrien Hunderte bewaffneter Gruppen in oft wechselnden Allianzen. Dazu kommen ausländische Akteure, die zum Teil auch mit bewaffneten Einheiten vertreten sind (die schiitische Hisbollah aus dem Libanon, der Iran und Russland aufseiten des Regimes, sunnitische und dschihadistische Milizen sowie ausländische Kämpfer aufseiten der Aufständischen). Länder wie Saudi-Arabien, Qatar, die Türkei sowie in geringerem Maße auch westliche Länder unterstützen verschiedene, oft konkurrierende aufständische Gruppen.

Der »Islamische Staat«

Der »Islamische Staat« war – unter anderem Namen – noch Anfang des Jahrhunderts eine eher unbedeutende Terrorgruppe, die im Westen Afghanistans über Ausbildungslager verfügte. Nach dem Einmarsch der USA im Irak 2003 siedelte sie dorthin über und nahm – unter weiter wechselnden Namen – bald eine zentrale Rolle im Aufstand der sunnitischen Araber gegen die US-Besatzung und die irakische Regierung ein. Als der damalige »Islamische Staat im Irak« (2004 bis 2014 ein Zweig von Al-Qaida) sich auch gegenüber den Sunniten extrem brutal verhielt, betrachteten diese die Dschihadisten nicht mehr als das kleinere Übel, sondern als schlimmer als die US-Truppen und die eigene Regierung. Sie begannen eine gewaltsame Liquidierungskampagne, die die IS-Vorgängerorganisation um etwa 90 Prozent dezimierte. Erst als der damalige irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki eine massive antisunnitische Kampagne durchsetzte, gewann die Gruppe wieder politischen Spielraum und Unterstützung. Als dann der Bürgerkrieg in Syrien eskalierte, entstanden geradezu ideale Bedingungen für dschihadistische Gruppen insgesamt – und auch für die Organisation, die sich seit 2014 »Islamischer Staat« nennt. Die Erklärung eines »Kalifats« durch den IS, also einer Herrschaft eines Stellvertreters Mohammeds, des Gesandten Gottes, entsprang einer Konfrontation mit der Al-Nusra-Front in Syrien (eine regionale Al-Qaida-Organisation) und der Al-Qaida-Zentrale. Diese Erklärung zielte darauf, sich als das zentrale dschihadistische Projekt noch vor Al-Qaida zu positionieren. Um diesen Vormachtanspruch zu untermauern, marschierte der IS im Sommer 2014 von Syrien in den Irak ein und eroberte große Teile des Nordens und Westens. Möglich wurde das unter anderem auch deshalb, weil die demoralisierten Truppen des delegitimierten irakischen Staates desertierten.

Perspektiven der Gesamtregion

Die Gewaltkonflikte der Region entspringen sehr unterschiedlichen Quellen: den schweren und chronischen Governance-Problemen, etwa der Korruption, den diktatorischen Verhältnissen

und dem räuberischen Charakter der staatlichen Eliten; der US-Besetzung des Irak und der verfehlten Besatzungspolitik, die zur Fragmentierung der irakischen Gesellschaft und Politik beitrugen; den destabilisierenden Wirkungen infolge des Scheiterns des »Arabischen Frühlings«, das alte Machtstrukturen untergrub, ohne neue an deren Stelle zu setzen; und schließlich der Instrumentalisierung dieser Faktoren und der ethno-konfessionellen Fragmentierung durch den internationalen Dschihadismus.

Letztlich werden sich diese Konflikte nicht durch militärische Mittel lösen lassen. Langfristig werden sich im Nahen und Mittleren Osten nur stabile und friedliche Zustände durchsetzen, wenn es gelingt, in den betroffenen Ländern zugleich legitime und funktionierende staatliche Systeme zu schaffen. Alles andere sollte diesem Ziel untergeordnet werden.

Jochen Hippler



Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten werden häufig als Opfer oder aber als Übeltäter dargestellt. Entweder sind sie als Unterdrückte oder Verfolgte Drohungen ausgesetzt, die sowohl vom Staat als auch von der »Mehrheit« ausgehen können. Oder es handelt sich bei ihnen selbst um Unterdrückte: etwa als Kollaborateure bzw. als Helfer von Kolonialherren in der Vergangenheit oder als Anhänger – wenn nicht sogar Führer – autoritärer Regime in der Gegenwart. Für Irak und Syrien gibt es Beispiele, die beide Interpretationen zulassen. So fand 1941 in Bagdad ein Pogrom gegen die große jüdische Gemeinde statt, deren Angehörige innerhalb eines Jahrzehnts en masse ausgewiesen wurden, während Kurden wegen ihres Autonomiestrebens in beiden Ländern nach der Unabhängigkeit durch arabisch-nationalistische Regime diskriminiert und bekämpft wurden (im Bild wehrbereite irakische Kurden 1974). Aus dem Lager der »Übeltäter« stammt eine Familie einer religiösen Minderheit, der Alawiten, die, stillschweigend oder aktiv unterstützt durch andere, das repressive Baath-Regime in Syrien nicht nur betrieb, sondern auch verkörperte bzw. noch heute verkörpert. Weniger offensichtlich wurde der Irak von seiner Unabhängigkeit im Jahr 1932 über die Jahre der Baath-Regierung bis zur US-Invasion im Jahr 2003 von einer Minderheit sunnitisch-muslimischer Araber regiert. Jedoch wird die Baath-Partei unter Saddam Hussein selten als ein Minderheitenregime angesehen.

Minderheiten in beiden Ländern

Generell stellt sich die wichtige Frage: Was *ist* eine »Minderheit«? Wenn überhaupt, gibt es für das Konzept der »Minderheit« häufig nur eine vage Definition. Schiitische Araber im Irak vor 2003 wurden manchmal als »Minderheit« bezeichnet, obwohl sie wohl etwa 60 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Sunnitische Araber, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, galten jedoch nicht als »Minderheit«. Dieses Kapitel bietet einen Überblick über die Entstehung der modernen Nationalstaaten Irak und Syrien und die Wege von »Minderheiten« (und Mehrheiten) in der politischen Geschichte dieser Staaten.

Osmanischer Kontext

Sowohl der Irak als auch Syrien gingen aus den arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches hervor, eines langlebigen dynastischen Reiches, das über eine sehr heterogene Bevölkerung regierte. In der Geschichte des Osmanischen Reichs verfügte zu fast keiner Zeit eine einzelne, auf religiösen oder sprachlichen Grundlagen definierte Gruppe über eine zahlenmäßige Mehrheit. Religiöse Gemeinschaften, ob sunnitische Muslime, orthodoxe Christen, Juden oder andere, sprachen viele unterschiedliche Sprachen. Menschen mit derselben Sprache (Türkisch, Griechisch, Arabisch) gehörten vielen unterschiedlichen religiösen Traditionen an. In einem Reich, das weder den Anspruch erhob, eine »Mehrheit« der Menschen zu vertreten, über die es herrschte, noch ihre nationale Identität zu teilen, war diese Vielfalt eher eine Quelle seiner Stärke als eine Schwäche. Die Trennung zwischen Herrschern und Untertanen war ein wichtiger Grundsatz des Regierens, und die Vielfalt der Religionen und Ethnien in dem Reich machte es möglich, beim Regieren unterschiedliche Maßstäbe, allein etwa mit Blick auf die Besteuerung, anzulegen. Auch spielten religiöse Autoritäten, speziell für Christen und Juden, als staatliche Instrumente eine wichtige Rolle.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts sah sich das Osmanische Reich dem wachsendem Druck durch seine europäischen Rivalen ausgesetzt, die militärisch und wirtschaftlich im Vorteil waren. Gleichzeitig stellten Gruppen innerhalb des Reichs – insbesondere Christen – unabhängig von Regierungsstellen neue Verbindungen nach Europa her. Sie tendierten zunehmend dazu, die Regierung herauszufordern und wurden dabei oft von Europa unterstützt.

Das Reich blieb bis 1914 jedoch intakt und trat an der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg ein, der den osmanischen Staat in eine existenzielle Krise stürzte. Aus Angst vor den nach wie vor bedeutsamen christlichen Bevölkerungsteilen initiierte die jungtürkische Regierung Repressions- und Deportationskampagnen, die in dem Genozid an den Armeniern in Ostanatolien gipfelten. Das Osmanische Reich kämpfte an vier Fronten und hatte Schwierigkeiten, zivile Lebensstandards aufrechtzuerhalten. In den arabischen Provinzen waren die Kriegsjahre durch politische Repression und soziale Katastrophen wie Hungersnöte, Epidemien und Entbehrungen gekennzeichnet. Als schließlich der Waffenstillstand zustande kam, hatte das Osmanische Reich viel von seiner verbliebenen Legitimität eingebüßt.

Noch während des Krieges wurden mit dem Sykes-Picot-Abkommen die Grundlagen für die beiden modernen *territorialen Nationalstaaten* Irak und Syrien gelegt, zweier politischer Gebilde mit jeweils klar definiertem Hoheitsgebiet, dessen Legitimation nicht auf dynastischen oder religiösen Grundsätzen basiert, sondern auf der Idee, dass der Staat existiert, um sein Volk zu repräsentieren, und dass dieses Volk sozusagen einer gemeinsamen »Nation« angehört.

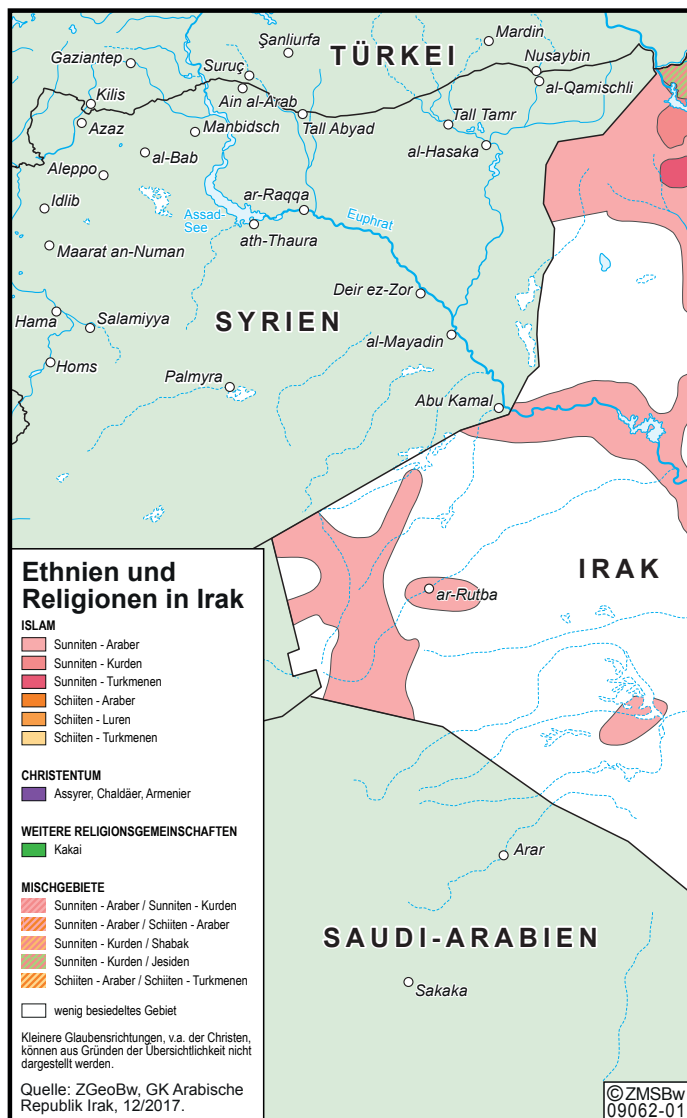
Entwicklung des Irak vom britischen Mandat zur »Unabhängigkeit«

Großbritannien errichtete den Irak als Monarchie, über die ein von den Briten mehr oder weniger importierter König herrschte: Faisal, der 1920 von den Franzosen aus Syrien ausgewiesen wor-

den war, nachdem sie seinen Anspruch auf Gründung eines gesamtarabischen Staates zerschlagen hatten. Das neue Königreich hatte eine religiös und sprachlich sehr vielfältige Bevölkerung: Neben vielen kleineren Gruppen lebten in der Provinz Mossul hauptsächlich Kurden und im Süden, in den Provinzen Bagdad und Basra, hauptsächlich (schiitische) Araber. In sprachlicher Hinsicht gab es eine deutliche Mehrheit von arabischsprachigen Menschen, jedoch sollte man bei der Verwendung des Begriffes »Mehrheit« vorsichtig sein. Mehr als die Hälfte der Araber im Irak waren schiitische Muslime. Faisal aber war ein Sunnit, genau wie die Mitglieder der osmanischen militärischen und bürokratischen Elite (einige selbst zugewandert wie er), von denen seine Herrschaft abhing.

Damit erwuchs diese Regierung eigentlich aus einer Minderheit. Da diese jedoch die ursprünglich herrschende Gruppe zu Zeiten des Osmanischen Reiches gebildet hatte, wurde sie selten als Minderheit gesehen. Dabei bildeten sunnitische Araber keineswegs eine einheitliche Gemeinschaft: Es gab Klassenunterschiede zwischen den sunnitischen Arabern in Bagdad und den Städten und Dörfern im Zentralirak, ganz zu schweigen von der sozialen Spaltung zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung im Allgemeinen sowie den Beduinen. Die neue irakische Monarchie musste sich die Unterstützung der sunnitischen Araber erhalten, aber auch ihre Autorität gegenüber den anderen beiden Hauptgruppen innerhalb der Bevölkerung des Landes wahren, den Kurden im Norden und den schiitischen Arabern im Süden. Gleichzeitig musste sie ihre Unabhängigkeit gegenüber den Briten demonstrieren, die letztlich immer noch über die Geschicke des Landes bestimmten, auch nachdem der Irak 1932 offiziell unabhängig geworden war. Diese Problematik beeinflusste die Haltung der Regierung gegenüber wesentlich kleineren Bevölkerungsgruppen, so etwa den kurz zuvor eingewanderten assyrischen Flüchtlingen und der bereits lange bestehenden großen jüdischen Gemeinschaft von Bagdad.

Im Ersten Weltkrieg waren in nördliche Richtung nach Mesopotamien vorrückende britische Truppen auf christliche Flüchtlinge aus dem Südosten Anatoliens und dem Kaukasus getroffen, die in Richtung Süden flohen. Einige waren osmanische Armenier; eine größere Anzahl waren Mitglieder der as-







ulstein bild – Heritage Images/Jewish Chronicle

Jüdische Familie in Bagdad, ca. 1910.

syrischen und chaldäischen Kirchen. Von 1918 bis 1920 lebten Anhänger der beiden letztgenannten Kirchen vorübergehend im Flüchtlingslager bei Baquba, knapp 50 Kilometer außerhalb von Bagdad, in dem ca. 50 000 Menschen untergebracht wurden – zwei Drittel von ihnen Assyrier. Versuche, die Assyrier in ihre vor dem Krieg bewohnten Gebiete zurückzuführen, waren erfolglos, und in den frühen 1920er Jahren wurden sie längerfristig im Norden Iraks angesiedelt. Assyrische Männer wurden durch die Briten auch als Hilfstruppe (»Levies«) bei Aufständen aus der irakischen Bevölkerung eingesetzt, hier insbesondere gegen Kurden. Im Jahr 1933, kurz nachdem der Irak unabhängig geworden war, eskalierte eine Meinungsverschiedenheit über die Registrierung assyrischer Männer für den Wehrdienst bei der irakischen Armee in gewalttätige Auseinandersetzungen und militärische Unterdrückung, in deren Rahmen es zu regelrechten Massakern kam (in Semile, siehe dazu auch den Beitrag von Bernd Lemke zum Sykes-Picot-Abkommen).

Die irakischen Juden bildeten dagegen einen bereits seit Langem bestehenden Teil der Bevölkerung, die in vielen Städten, jedoch insbesondere in Bagdad ansässig waren. Sie hatten in der

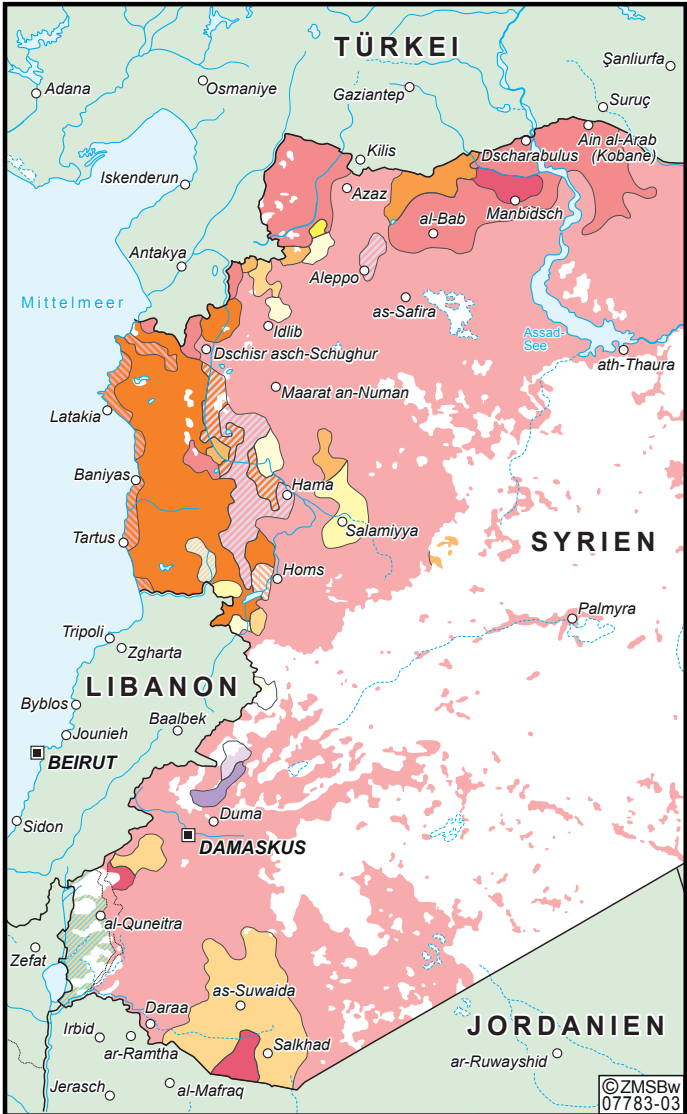
Gesetzgebung und Politik des Osmanischen Reiches ihren festen Platz. Ihre Stellung wurde allerdings ebenfalls erschüttert: durch den Ersten Weltkrieg, das Ende des Osmanischen Reichs und den Übergang zum Nationalstaat.

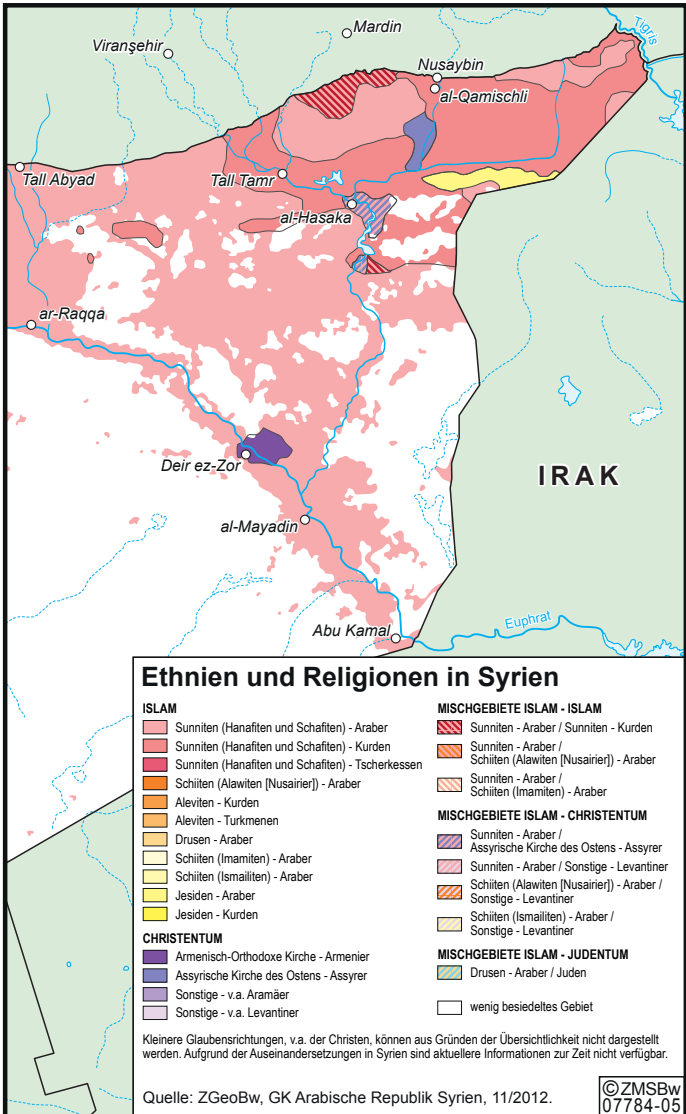
Unter britischer Herrschaft folgten viele ältere Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bagdad ihrem politischen Instinkt und setzten die herkömmliche osmanische Tradition fort, sich im Hinblick auf die Sicherung ihrer rechtlichen und sozialen Stellung auf das Imperium, jetzt eben das britische, zu verlassen. Jedoch hatte der osmanische Staat seine Legitimität in Mesopotamien nicht zuletzt auch aus religiösen Gründen bis zum Ende weitgehend beibehalten können, während die britische Herrschaft von Anfang an unpopulär war. Es entstand der Eindruck, dass die irakischen Juden eine besondere Beziehung zu den Briten hatten, was sie zum Ziel für nationalistische Feindseligkeiten werden ließ, dies insbesondere, weil Großbritannien in Palästina, einem weiteren Gebiet unter britischem Mandat, die zionistische Einwanderung unterstützte. Darüber hinaus sympathisierten arabische Nationalisten mit faschistischen Parteien in Europa und übernahmen auch die antisemitische Haltung der Nationalsozialisten in Deutschland. Als Großbritannien 1941 in die Politik Iraks eingriff, um die pro-deutsche Regierung abzusetzen (siehe dazu den Infokasten zum Zweiten Weltkrieg, S. 60 f.), gab es tagelange anti-jüdische Ausschreitungen (*Farhud*).

Indes wurde die Situation der Juden im Irak erst nach der Gründung des Staates Israel und dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 unhaltbar. Nicht nur der Irak, sondern auch Israel war daran interessiert, die irakischen Juden nach Israel zu transferieren. Dies geschah zwischen 1949 und 1952. So wurde ein historischer Teil der Bevölkerung insbesondere Bagdads zunächst als »Minderheit« und dann als ein unerwünschtes, fremdes Element wahrgenommen.

Syrien unter französischem Mandat

In Syrien gab es nach Beginn der französischen Mandatszeit eine Vielzahl weiterer territorialer Aufteilungen: die dauerhafte Etablierung eines eigenen Staates Libanon; einen speziellen Verwal-





tungsbezirk um Antiochia im Nordwesten, wo viele türkischsprachige Menschen lebten; autonome Kleinststaaten im Westen und Süden, in denen sich die Mitglieder zweier kleiner muslimischer Gemeinschaften, der Alawiten und Drusen, konzentrierten; eine separate Verwaltung für die Beduinen der Wüste; und schließlich eine kurzzeitige Aufteilung des restlichen Gebietes in die »Staaten« Aleppo und Damaskus.

Sowohl in Syrien, diesem nunmehr kleinteilig gestalteten Gebiet, als auch im Irak gab es keine klare »Mehrheit« mit gemeinsamer Religion und Sprache. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sprach Arabisch, jedoch gehörten sie einer Vielzahl von unterschiedlichen religiösen Gemeinschaften an. Der Großteil der Bevölkerung waren sunnitische Muslime, in der aber eine Vielzahl von Sprachen und Ethnien vertreten waren, unter anderem auch Kurden und Türken.

Trotz dieser vielfältigen Unterschiede mussten die Franzosen als Fremdherrscher von Anfang an um ihre Macht fürchten. Um der Bedrohung durch eine geschlossene Opposition entgegenzuwirken, taten die Franzosen ihr Möglichstes, um die Teilung innerhalb der syrischen Gesellschaft zu strukturieren und zu verstärken. Sie bedienten sich dabei nicht nur territorialer Mittel. So vergaben sie etwa Sitze in wichtigen Beratungs- und Entscheidungsgremien wie Stadträten nach Zugehörigkeit zu religiösen Gemeinschaften, rekrutierten Männer aus kleineren religiösen oder sprachlichen Gruppen überproportional für das syrische Militär und arbeiteten eng mit religiösen Verbänden in jeder Gemeinde zusammen, sei sie christlich, jüdisch oder muslimisch – mit Ausnahme jedoch der sunnitischen Gemeinden. Dadurch sollte der soziale und politische Einfluss der Kolonialmacht maximiert und gesetzlich verankert werden. Dennoch konnten Aufstände nicht verhindert werden; der größte wurde 1925 von den Drusen initiiert und weitete sich schnell über das ganze Land aus.

Als das französische Mandat 1946 endete, war der moderne syrische Nationalstaat in seinen Grenzen für seine Bevölkerung zur gelebten Realität geworden, nicht zuletzt auch durch die gemeinsame Erfahrung aller Bewohner mit der französischen Kolonialherrschaft. Jedoch sollten sich die Erfahrungen mit manipulierten Wahlen, einer oftmals brutalen Herrschaft sowie

vielfachen inneren Zerwürfnissen und Spaltungen fortsetzen, die sowohl formell als auch informell in die Struktur des Staates eingearbeitet worden waren.

Unabhängigkeit, Diktatur und Krieg

Trotz der formellen Unabhängigkeit seit 1933 blieb der Irak unter dem bestimmenden Einfluss Großbritanniens, bis die Monarchie 1958 durch einen Militärputsch gestürzt wurde. Sowohl in Syrien als auch im Irak begann mit der vollständigen Unabhängigkeit indes auch eine Zeit der politischen Instabilität, auf die erst in den späten 1960ern eine schrittweise Stabilisierung folgte. Am Ende standen die langjährigen Einparteienregime der nationalen Ableger der Baath-Partei.

Die »Arabische Sozialistische Partei der Wiedererweckung« wurde gegründet, bevor Syrien unabhängig wurde. Sie war eine von mehreren populistischen arabisch-nationalistischen Parteien, die in dieser Epoche entstanden. Sie versprach eine gerechtere Politik als die der Kolonialherrschaft sowie einen radikalen sozioökonomischen Wandel.

In der Praxis entwickelten sich jedoch Einparteienstaaten mit einem repressiven Sicherheitsapparat. Dabei spielte auch die Minderheitenfrage eine wesentliche Rolle. Im Jahr 1970 war Hafiz al-Assad zur dominanten Figur der syrischen Baath-Partei geworden. Zum Ende des Jahrzehnts hatte Saddam Hussein im Irak die vollständige Kontrolle übernommen. Beide Männer stammten von Minderheiten ab: Assads Vorfahren waren Alawiten (ein traditionell ländlicher Ableger des schiitischen Islam) in einem Land, in dem die meisten Menschen Sunniten waren. Und Saddam Hussein war dort sunnitischer Muslim, wo Schiiten vorherrschten.

Durch die Baath-Partei konnten sie und ihre Klientel nun in gewisser Weise zur Mehrheit werden. Die Baath-Partei war eine säkulare, nationalistische Partei, deren Definition der Nation auf der arabischen Sprache basierte. Assad, der aus armen ländlichen Verhältnissen stammte, war besonders stolz auf seinen förmlichen Gebrauch der arabischen Sprache. Nachdem sie die Macht erlangt hatten, blieb es jedoch vonseiten der syrischen



pa/AP Photo/Bassem Telawi

Syrische Drusen (hier sogenannte Eingeweihte, arab. 'Uqqāl) aus den israelisch kontrollierten Golanhöhen, wo ca. 20 000 Angehörige dieser religiösen Minderheit leben, werden auf ihrer alljährlichen Pilgerreise in Syrien von Glaubensbrüdern willkommen geheißen, September 2004.

und irakischen Ableger der Baath-Partei bei rhetorischen Lippenbekenntnissen zur arabischen Einheit. Die Herrschaft über den Staat hatte stets Vorrang. Damit spielte die Religion in der Staatspolitik eine eher zweitrangige Rolle, während die nachhaltig auf der Sprache aufbauende arabisch-nationalistische Ideologie ein Schlüsselmerkmal bildete.

In Syrien bedeutete dies, dass der Staat offiziell proklamierte, die übergreifende Identität der arabischen Mehrheitsbevölkerung gebe den allseits bestimmenden Rahmen ab. Die religiösen Minderheiten behandelte er jedoch abweichend davon grundsätzlich gesondert, d.h. mittels Klientelherrschaft wurden spezielle Arrangements getroffen, die insbesondere den Arabern zum Nachteil gereichten. Für Christen beinhaltete dies die Zuwendung von Gefälligkeiten und die Unterstützung der Kirchenhierarchien, die Einsetzung von Christen in Regierungsämter, die nominell wichtig waren (praktisch aber ohne Macht), und die Garantie religiöser, jedoch nicht politischer Freiheit innerhalb bestimmter Grenzen. Es bedeutete aber auch, dass man sich die Ängste der Minderheiten vor muslimischer Dominanz und Un-

terdrückung zunutze machte und diese gezielt verstärkte, u.a. indem man zu erkennen gab, dass die Wohltaten der Regierung auch wieder rückgängig gemacht bzw. sogar ins Gegenteil gewendet werden konnten. Die Kontinuitäten zur französischen Kolonialherrschaft sind deutlich erkennbar.

Dagegen bildete sich vor allem in den späten 1970er Jahren eine islamistische Opposition, die sich als Vertreter einer muslimischen Mehrheit gegen die als unrechtmäßig definierte Minderheitenregierung präsentierte. Dies führte dann in den 1980er Jahren zu bewaffneten Aufständen, die brutal unterdrückt wurden (siehe dazu den Beitrag von Roby Barrett).

Der größten sprachlichen Minderheit Syriens, den Kurden, wurde seitens des Assad-Regimes besonderes Misstrauen entgegengebracht. Bereits in den frühen 1960er Jahren hatte die syrische Regierung auf der Grundlage einer speziellen Volkszählung im Nordosten der Provinz Dschazira, wo die meisten Kurden lebten, einem großen Teil der syrischen Kurden die Staatsangehörigkeit entzogen. Diese Provinz wurde danach einer Politik der Arabisierung unterzogen. In anderen Teilen des Landes hatten Kurden unter kleinteiliger Alltagsdiskriminierung zu leiden. Aber auch bei den Kurden etablierte das Regime Klientilismus neben der Unterdrückung. So ernannte Hafiz al-Assad beispielsweise einen Kurden zum Großmufti, also zum höchsten sunnitisch-muslimischen Geistlichen des Staates.

Im Irak wiederum setzte Saddam trotz der demografischen Dominanz der Schiiten eine langjährige Tradition sunnitisch-muslimischer Herrschaft fort. Insbesondere eine gemeinsame politische Bewegung der Schiiten wurde brutal unterdrückt, vor allem nachdem die Islamische Revolution im Iran, des regionalen Rivalen Iraks, schiitische Geistliche an die Macht gebracht hatte. Als Saddam Hussein jedoch einen opportunistischen Krieg gegen den Iran begann, der sich über acht Jahre hinziehen sollte (1980–1988), blieben die irakischen Schiiten weitgehend loyal. Sie boten sogar die meisten Wehrdienstleistenden auf, die im Krieg kämpften und starben – wie später erneut im Golfkrieg 1990/91. Die kleineren religiösen Minderheiten (Christen, Mandaer) wie auch die kleineren sprachlichen Minderheiten (etwa die Turkmenen) lebten in einer Kombination aus Unterdrückung und Klientilismus, vergleichbar mit der Situation in Syrien.

Die Jesiden

Die Jesiden stellen unter den religiösen Minderheiten im Irak und in Syrien wohl eines der deutlichsten Beispiele für Gefährdung und Verfolgung dar. Sie leben unter besonders prekären Verhältnissen, da ihr Glaube Eigentümlichkeiten aufweist (u.a. Endogamie, das ist die Eheschließung nur innerhalb der eigenen sozialen Gruppe), die ihn von allen anderen Religionen deutlich unterscheiden.

Die Jesiden hängen einem monotheistischen Glauben an, der zugleich Bestandteile aus anderen Religionen und Philosophien enthält (Synkretismus). Ihr Schöpfungsmythos ist nicht durch eine zentrale Schrift belegt, sondern durch mündliche Überlieferung weitergegeben worden. Er besagt, dass Gott die Welt aus einer Perle schuf, aus der dann Erde und Himmelskörper entstanden. Das wichtigste Wesen außer Gott sei der blaue Pfau (Melek Taus). Er ist die spirituelle Zentralfigur, ein Engel, der sechs weiteren Engeln vorsteht. Dieser Pfau gilt den Jesiden als markante Lichtgestalt, vielen Anhängern anderer Religionen indes als Teufel. Deshalb wurden und werden die Jesiden auch als »Teufelsanbeter« denunziert und verfolgt.

Eine zentrale Persönlichkeit des religiösen Lebens ist Scheich Adi (ibn Musafir, ca. 1073–1163), ein Reformator aus dem 13. Jahrhundert und angeblich die Reinkarnation des Melek Tau. Das Grab des Scheichs im Lalisch-Tal im Nordirak bildet das zentrale Heiligtum der Jesiden, das jedes Jahr im Herbst mit einer siebentägigen Wallfahrt bedacht wird.

Es kann bei den Jesiden ohne Weiteres von einer Kontinuität, ja sogar Tradition der Verfolgung gesprochen werden, die schon im Osmanischen Reich begann. In der postkolonialen Zeit setzten sich die Ausschreitungen und Diskriminierungen fort, so etwa 1965 im Zuge der irakischen Arabisierungspolitik, als Hunderte von Dörfern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Anders als die großen Buchreligionen, etwa Judentum und Christentum, genossen die Jesiden keinen besonderen Schutz seitens der jeweiligen Herrschaft. So konnten sie in jüngster Zeit auch bequeme Ziele für al-Qaida und den IS werden. Es kam in den letzten Jahrzehnten zu einer großen Flucht- und Auswanderungswelle. Die Verfolgung der Jesiden ist also nicht nur ein besonderes, einzigartiges Verbrechen des IS. Die Staaten und Gesellschaften der vorigen Epochen tragen für das Schicksal der Jesiden erhebliche Mitverantwortung. bl

Im Vergleich zu den anderen religiösen und ethnischen Minderheiten in Syrien gestaltete sich die Situation der Kurden im Irak und auch in Syrien unterschiedlich. Dabei waren die syrischen Kurden noch in einer erheblich besseren Lage als die irakischen. Die irakischen Kurden dominierten den Norden, einschließlich der wichtigen Stadt Mossul, und der größte Teil der Ölressourcen Iraks befand sich im Norden. Da sie zahlenmäßig sehr bedeutend waren und strategisch wichtige Gebiete bewohnten, kam es zu einer repressiveren staatlichen Arabisierungspolitik und einer stärkeren Unterdrückung, als dies in Syrien der Fall war (siehe dazu den Beitrag von Eva Savelsberg/Siamend Hajo/Andrea Fischer-Tahir).

Die Vergangenheit in der Gegenwart

Diese Dynamik zur Zeit der Einparteienregime erklärt die Entwicklung beider Länder im 21. Jahrhundert. Durch die direkte oder indirekte Einwirkung des Westens (US-Invasion im Jahr 2003 bzw. Arabischer Frühling 2011) wurden die alten Regime beseitigt oder stark geschwächt, ohne die religiösen Unterschiede und deren Sprengkraft abzumildern. Die Regime in Bagdad und Syrien trugen dabei nicht die alleinige Verantwortung für die Konfessionalisierung des Konflikts, als sich die Protestbewegungen durch die Unterdrückung zu einem Aufstand entwickelten, jedoch waren sie die treibende Kraft. In beiden Ländern sehen größere Gruppen ihre politische Zukunft nur durch die völlige Dominanz durch den am besten von ihnen selbst weitgehend kontrollierten Staat gewährleistet. Eine solche Entwicklung wird dadurch wahrscheinlicher, dass externe Mächte eine Einigung auf der Basis territorialer Aufteilung befürworten und fördern (Balkanisierung); eine »Lösung«, die sicherlich das Trauma einer massenhaften Umsiedlung und die Schaffung neuer langwieriger Probleme beinhaltet. Die Aussichten für kleinere Gemeinschaften wie die Jesiden und die Assyrer sind noch finsterner: von allen Seiten belagert und langfristig mit wenig anderen Optionen als auszuwandern.

Benjamin Thomas White



Der biblische Glaube hat einen Teil seiner Wurzeln in Syrien und dem Irak (siehe etwa das babylonische Exil im Alten Testament oder die Bekehrung des Paulus in Damaskus im Neuen Testament). Die Christen hier gehören zudem zu den ältesten Repräsentanten des Christentums weltweit (im Bild eine chaldäische Messe in Mossul, 24. Dezember 2009). Ihnen kam vor allem in den ersten Jahrhunderten des Bestehens ihrer Religion eine bedeutende Rolle zu. Nach 1945 entwickelten sich die Bedingungen für die Christen in beiden Ländern unterschiedlich, doch gibt es zahlreiche Berührungspunkte: So brachten sich die Christen verstärkt ein, um die religiöse Zersplitterung in Syrien und Irak zu überwinden und eine Einigung unter den Prämissen Panarabismus, nationale Einigung und Sozialismus – alles Hauptziele der Baath-Partei – herbeizuführen.

Die Lage der Christen

Einer der Chefideologen der Gründungsphase der Baath-Partei war der syrische Christ Michel Aflaq. Syrien hatte einen christlichen Ministerpräsidenten, der Irak christliche Vizepräsidenten. Gleichzeitig waren Christen Impulsgeber bei Fragen der Erneuerung und oft gefährdet, weil sie im Verdacht standen, mit dem Westen zu konspirieren. Nicht zuletzt die Epoche der Kolonialherrschaft der Franzosen in Syrien und der Engländer im Irak und deren Zusammenarbeit mit den Christen wirkt bis heute nach, da in dieser Zeit bewusst Konflikte zwischen religiösen und ethnischen Gruppen bestehen gelassen, insbesondere auch die Christen auf Kosten der Muslime bevorzugt wurden. Die Geschichte der ein bis zwei Dutzend kirchlicher Gemeinschaften in diesen beiden Ländern ist weit verzweigt. Prägend neben den jeweiligen Unterschieden in Lehre und Tradition sind vor allem auch ethnische und sprachliche Besonderheiten. Die Kirchen in der Region unterstehen in der Regel jeweils einem Patriarchen als Bezeichnung für den obersten Hierarchen innerhalb einer Kirche – am ehesten vergleichbar mit dem Rang des Papstes in der römisch-katholischen Kirche.

Syrien

Von den 19,4 Millionen Einwohnern Syriens im Jahr 2008 waren 14,6 Millionen Sunniten, 2,4 Millionen Alawiten und Schiiten, 0,5 Millionen Drusen und 1,9 Millionen Christen.

Zum *rum-orthodoxen Patriarchat von Antiochia* (»rum«: arabisch für »Rom«, d.h. Konstantinopel, das »neue Rom« nach dem Niedergang des alten im Jahre 476) gehörten vor Ausbruch des Bürgerkrieges 1 000 000 Gläubige in Syrien (diese Zahl hatte sich gegenüber 1970 – damals 450 000 – mehr als verdoppelt). Die Theologische Fakultät der rum-orthodoxen Universität zu Balamand liegt im Libanon. Sitz des Patriarchates (offiziell: Antiochia am Orontes, heutiger Name: Antakya, Türkei) ist heute Damaskus. Das Patriarchat war eines der Zentren der altkirchlichen Christenheit. Hier lehrten einige bis heute das Leben und

die Lehre der Orthodoxie prägende Theologen (u.a. Johannes Chrysostomus, Johannes von Damaskus).

Auch nach der Eroberung Syriens durch die Araber blieb die Mehrheit der Bevölkerung Syriens noch über Jahrhunderte christlich. Die Kreuzzüge strapazierten in der Folge nicht nur die Beziehungen zwischen westlichem Christentum und Islam, sondern auch zwischen lateinischem Katholizismus und griechischer Orthodoxie. Seit 1899 leiten Araber die Kirche. Bis dahin hatte der griechische Klerus die Kirchenleitung inne. Weltweit gehören 2,7 Millionen Gläubige zu dieser Kirche. Ihre Jugendbewegung strahlte auf die Erneuerung der gesamten Orthodoxie aus und ist eine vitale Quelle gegenwärtiger Religiosität. Zahlreiche Schulen, karitative Einrichtungen und neu besiedelte Klöster erwuchsen aus diesem Impuls. Wichtige Wallfahrtszentren sind das Marienkloster von Saydnaya (6. Jahrhundert) und das Kloster der Heiligen Thekla von Maalula. Beide Stätten sind vom syrischen Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen worden.

Durch Zuwanderung von Überlebenden des Armeniergenozids aus dem türkischen Raum des Osmanischen Reiches war die Gemeinschaft der *Armenisch Apostolischen Kirche* in Syrien erheblich angewachsen. Zu Beginn des Bürgerkrieges im Jahre 2011 war sie mit 200 000 Mitgliedern die drittgrößte christliche Kirche des Landes (seit 1970 hatte sich ihre Zahl somit verdoppelt). Sie ist weithin Teil des armenischen Patriarchats von Antelias (dem großen Haus von Kilikien, dessen ursprünglicher Sitz in Sis in der heutigen Osttürkei war). Allerdings gehört der in Damaskus residierende Bischof zum Katholikos-Patriarchat von Etschmiadsin (Armenien). Die armenische Kirche war die erste Staatskirche der Welt. Ihre Geschichte ist von steter Bedrückung und einer Zerstreuung über die ganze Welt gekennzeichnet. Die armenischen Christen pflegen die armenische Sprache sowohl in der Liturgie als auch im täglichen Leben.

Weniger auffällig ist die zahlenmäßige Entwicklung bei der *Syrisch-Orthodoxen Kirche* (1999: 150 000; 1995: 89 400; 1970: 80 000). Infolge der weitgehenden Vernichtung der Syrisch-Orthodoxen Kirche durch genozidale Gewalt im Osmanischen Reich 1915/16 siedelten viele Überlebende aus der Südosttürkei nach Syrien über. 1923 wurde der in Mardin befindliche Patriarchatssitz zunächst nach Homs und 1959 nach Damaskus

verlegt. 1996 wurde das Kloster Saydnaya nördlich von Damaskus als neues Zentrum gegründet. Die Kirche kann auf das frühe Christentum im Königreich Edessa als Ursprungszentrum verweisen und hatte sich im Kampf mit der byzantinischen Reichskirche zu behaupten. Ihre Gläubigen sprechen Syrisch (eine aus dem ostaramäischen Dialekt von Edessa entstandene Sprache) und verwenden dessen klassische Form auch in der Liturgie.

Zur *Assyrischen Apostolischen Kirche des Ostens* werden heute schätzungsweise nur noch 15 000 bis 20 000 Personen gezählt. Ihre Gläubigen, die, nicht immer widerspruchsfrei, seit dem 17. Jahrhundert als »Assyrer« bezeichnet werden (nicht zu verwechseln mit der frühgeschichtlichen Hochkultur), waren zumeist unter erheblichen Opfern grausamen Verfolgungen entronnen. Sie siedeln vorrangig in der Khabur-Region im Osten Syriens, wo sie gezielt Opfer von Übergriffen des IS wurden. Zahllose Dörfer sind heute praktisch verlassen, hunderte Assyrer gerieten in Gefangenschaft, einige wurden öffentlich angesichts der gegen den IS einsetzenden Bombardements hingerichtet. Viele wanderten aus.

Zur katholischen Kirchenfamilie gehören die *Melkiten*, die zweitgrößte christliche Gemeinschaft in Syrien (2008: 284 000; 1970: 100 000; mit Rom unierte Rum-Orthodoxe; Spaltung der Rum-Orthodoxen im 18. Jahrhundert in einen griechisch-orthodoxen Teil und in einen Teil, der sich dem Papst in Rom unterstellte und seither allein die Bezeichnung »Melkiten« trägt), die *Maroniten* (2008: 49 000, 1970: 25 000; die einzige Ostkirche, die als Ganze mit Rom unierte ist, seit 1860 aufgrund von Massakern in Syrien/Damaskus stark dezimiert), die *Syrianer* (2008: 62 000, 1970: 20 000; mit Rom unierte Syrisch-Orthodoxe), die *Armenisch-Katholischen* (2008: 21 500; 1970: 22 000; mit Rom unierte Armenier) und die *Chaldäer* (2007: 15 000, 1970: 6000; mit Rom unierte Ostsyrer) und *Lateiner* (ca. 15 000). Alle Unionskirchen entstanden aufgrund der Bemühungen der römisch-katholischen Kirche, die Kirchen des Ostens mit Rom zu vereinigen.

Die Zahl der *Protestanten* ist nur für die etablierten Großkirchen halbwegs zu erheben (Armenisch-Evangelische Union, Assyrisch-Evangelische Gemeinde, Nationale Evangelische Synode). Protestantische Gemeinschaften in Syrien haben ihre Wurzeln vorrangig in der Missionsarbeit amerikanischer Presbyteri-

aner. Ihre Zahl dürfte bei 25 000 liegen. Die charismatischen und pfingstlerischen Kirchen (missionarische, die Gaben des Heiligen Geistes besonders ausdrucksstark betonende Gemeinden) werden nicht erfasst. Noch kurz vor Ausbruch des Bürgerkriegs wurden Hauskirchen durch die Regierung verboten. Seit Mitte der 1970er Jahre sind die Adventisten (eine aus den USA stammende christliche Denomination, für welche die Erwartung der zweiten Wiederkunft Christi eine zentrale Rolle spielt) verboten, deren erste Gemeinde 1893 in Aleppo gegründet worden war. Ihr Gemeindezentrum in Damaskus wurde geschlossen, zahlreiche Pastoren und Gemeindeglieder verhaftet.

Irak

Die Christen sind die älteste und abgesehen von den Muslimen auch die größte religiöse Gemeinschaft, die *durchgängig* im Irak siedelt. In der Zeit der Sassaniden war der Irak nicht nur das Machtzentrum des Persischen Reiches, sondern es residierte dort neben dem sassanidischen Großkönig auch das Oberhaupt der *Assyrischen Apostolischen Kirche des Ostens* in der Hauptstadt Seleukia-Ktesiphon. Die Anfänge der Kirche liegen im Dunkeln, aber seit dem 2./3. Jahrhundert gab es hier Gemeinden. Das Oberhaupt dieser Weltkirche residierte im 8. Jahrhundert in dem von den Arabern neugegründeten Bagdad. Die syrischsprachigen Christen dieser Kirche leisteten durch Übersetzungen einen wesentlichen Beitrag zur Rezeption der griechischen Philosophie im Islam.

Nach dem Fall Bagdads und der Ermordung des letzten Kalifen durch die Mongolen 1258 übergaben die Mongolen den Palast des Kalifen dem Patriarchen der Kirche des Ostens als Residenz. Im 15. Jahrhundert begann der Niedergang aufgrund der besonders das Christentum in Mitleidenschaft ziehenden Verheerungen durch den Mongolenherrscher Timur Lenk. Mitte des 19. Jahrhunderts war die Kirche erstmals gezielten Pogromen ausgesetzt, dann massiv im Jahr 1915.

Im Ersten Weltkrieg waren im Irak siedelnde Assyrier Verbündete der Russen und Engländer. Die erneuten Massaker in

den 1930er Jahren vonseiten des irakischen Militärs führten zur Ansiedlung der überlebenden Flüchtlinge in der Khabur-Region.

Im 16. Jahrhundert gelang Rom die Union einer Gruppe von Gläubigen, was den Grundstein zur heute mit Rom unierten *Chaldäischen Kirche* legte. Aufgrund weiterer Erfolge bei der Gewinnung von Gläubigen aus der Assyrischen Kirche wurde die mit Rom unierte Kirche schließlich zur bedeutendsten Kirche des Irak, während die Mutterkirche aufgrund der Kalenderfrage sich erneut spaltete (Altkalendarier, die Spaltung hat stark tribale Gründe). Die Chaldäer bilden ihre Theologen im Babel-College aus.

Seit dem 7. Jahrhundert gibt es Inseln Syrisch-Orthodoxen Christentums im Land, besonders das Kloster Mar Mattai, dazu Erzdiözesen in Mossul und Bagdad mit Basra, von denen sich wieder ein Teil mit Rom unierte und die Syrisch-Katholische Kirche im Irak bildet, neben der die Gemeinden der Armenier, der Armenisch-Katholischen und eine kleine lateinisch-römisch-katholische bestehen.

Mit der Revolution und dem später anschließenden Sieg der Baath-Partei setzte eine Phase der Zurückdrängung der Religion ein. Christen waren von Saddam Husseins Kampf im Norden öfters mitbetroffen, sie wurden aber nicht systematisch verfolgt. Der Islamische Staat verfolgt gezielt Christen, greift christliche Regionen an, zerstört christliches Kulturgut. Häuser von Christen wurden gekennzeichnet. Mossul wurde mit der Eroberung durch den IS »christenfrei«.

Von den einst ca. 750 000–1 500 000 Christen dürften nach Verdrängung und Flucht nur noch 250 000 im Lande sein. Mit der Landung der Amerikaner im Irak begann eine verstärkte Missionstätigkeit protestantischer Freikirchen. Der Patriarch der Assyrischen Apostolischen Kirche des Ostens residiert seit 2015 in Arbil. Die Gewalt gegen religiöse Minderheiten im Irak ist außergewöhnlich hoch und gefährdet Christen, Jesiden und Mandäer gleichermaßen.

Martin Tamcke



Die Kurden sind die größte ethnisch-nationale Gruppe in der Region ohne eigenen Staat. Zwar entwickelte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine kurdische Nationalbewegung, die sich historisch auf kurdische Emirate beziehen konnte. Allerdings definierten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges mit den Abkommen von Sèvres (1920) und Lausanne (1923) die Grenzen zukünftiger Staaten auf dem Gebiet des früheren Osmanischen Reiches derart, dass das Siedlungsgebiet der osmanischen Kurden zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak aufgeteilt wurde. Kurdische Emirate, die auf persischem Gebiet lagen, waren damals bereits in das Staatsgebiet des Iran integriert.

Politische Verfolgung sowie die Suche nach besseren Lebensperspektiven trieben seit den 1980er Jahren Hunderttausende Kurden nach Europa und Nordamerika, wo sie heterogene Diaspora-Gemeinden bilden. Allein in der Bundesrepublik lebt derzeit etwa eine Million Kurden aus allen Herkunftsstaaten.

Die Kurden gerieten bei Kriegen oft zwischen die Fronten, versuchten aber auch aus der Schwäche der jeweiligen Zentralregierung Kapital zu schlagen. Hier im Bild zu sehen sind bewaffnete kurdische Aufständische im Nordirak am 27. März 1991. Nach dem Ende des Kuwait-Irak-Krieges (Zweiter Golfkrieg) rebellierten Kurden im Norden und Schiiten im Süden des Landes gegen das Regime von Saddam Hussein.

Die Kurden: Minderheit in allen Staaten der Region

Kurdisch und seine Dialekte gehören zum nordwestlichen Zweig der iranischen Sprachen. Mangels einer kurdischen Hochsprache und aufgrund der Zersplitterung über mehrere Staaten verstehen die Sprecher unterschiedlicher Dialekte einander nur teilweise, und es gibt keine einheitliche Schriftsprache. So werden das nördliche Kurmandschi (gesprochen in der Türkei und Syrien) und Zazaki (gesprochen in der Türkei) in lateinischer, das östliche und südliche Kurmandschi, Sorani und Hawrami (Gorani, gesprochen im Irak und im Iran) hingegen in arabischer Schrift mit Zusatzzeichen geschrieben. Die kurdische Minderheit in Armenien spricht ebenfalls Kurmandschi, benutzen aber das kyrillische Alphabet.

Kurden sind mehrheitlich muslimische Sunniten. Zu den Minderheiten gehören weitere ethno-konfessionelle Gruppen: schiitische Kurden (Faili), Jesiden, Schabak, Ahl-e Haqq und Kakai sowie Aleviten. Allerdings grenzen sich Vertreter dieser Gruppen je nach historischer Erfahrung und Diskurslage manchmal auch von anderen Kurden ab. Spezifische politische, rechtliche und kulturelle Rahmenbedingungen in der Türkei, dem Iran, Syrien und dem Irak führten zu unterschiedlichen Entwicklungen kurdischer Politik und Kultur. Allen Teilen gemein ist jedoch eine Geschichte der Unterdrückung: von Marginalisierung und Exklusion über Assimilation bis hin zu genozidaler Verfolgung. Gleichzeitig strebten kurdische Akteure immer wieder nach mehr Eigenständigkeit – in Form von regionaler Autonomie, föderaler Eigenständigkeit oder nationaler Selbstbestimmung.

Türkei

Mit ca. fünfzehn Millionen lebt die größte Gruppe der Kurden in der Türkei, wo sie wiederum die größte Minderheit stellt. Ihre Existenz wurde seit Gründung der Republik Türkei 1923 gelehnet. Mit der Abschaffung des Kalifats 1924 erließ die Regierung

unter Kemal Atatürk mehrere Gesetze, mit denen religiöse Schulen (Medresen) und Bruderschaften wie die der Naqschbandi, die im religiösen Leben der Kurden eine zentrale Rolle spielten, verboten wurden. Türkisch wurde zur einzigen Sprache der Republik erhoben, die Kurden wurden zu »Bergtürken« (dağ türkleri) erklärt, die ihre ursprüngliche Sprache vergessen hätten. Gegen ihre Integration in den neuen Staat sowie ihre Marginalisierung wehrten sich die Kurden in den 1920er und 1930er Jahren in einer Serie von Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden – so der Scheich-Said-Aufstand 1925, die Ararat-Aufstände von 1927 bis 1930 und der Dersim-Aufstand 1937. In den folgenden Jahrzehnten erlebten die Kurden eine systematische Vertreibungs- und Assimilationspolitik.

Lebten um die Mitte des letzten Jahrhunderts die meisten Kurden in ländlichen Gebieten in der Südosttürkei, mit mittelgroßen Städten wie Diyarbakir, Urfa oder Dersim, so hat sich dieses Verhältnis heute umgekehrt. Urfa zählt inzwischen mehr als eine halbe Million Einwohner, Diyarbakir fast eine Million, und leicht ironisch wird gelegentlich konstatiert, dass Istanbul mit über drei Million Kurden die »größte kurdische Stadt« sei. Die Land-Stadt-Migration ist nicht nur Ergebnis ungleicher Entwicklung, sondern auch Resultat von mit Vertreibung verbundenen Staudammprojekten sowie in jüngster Zeit der Privatisierung von Land und Wasser. Vor allen Dingen aber ist die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten eine Folge des Krieges zwischen dem türkischen Staat und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die 1984 den bewaffneten Kampf aufnahm. Mehr als zweitausend kurdische Dörfer wurden vom türkischen Militär systematisch zerstört. Gleichzeitig zwang die PKK Dorfbewohner mit Waffengewalt zur »Kooperation« und ging radikal gegen interne Kritiker vor.

Mit der Gefangennahme Abdullah Öcalans 1999 und der Amtszeit von Bülent Ecevit 1999–2002, vor allem aber unter dem Druck der EU, in die die Türkei Aufnahme erhoffte, begann eine Reform der Kurdenpolitik, die von der AKP-Regierung (AKP = Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) unter Recep Erdogan fortgesetzt wurde. Der Staat toleriert heute Literatur und Musik in kurdischer Sprache und betreibt eigene kurdischsprachige Fernseh- und Radiosender. Von März 2013, als Abdullah Öcalan



Kurden in Diyarbakir feiern das kurdische Neujahrsfest Nawroz, 21. März 2008. Auf der Flagge in der Bildmitte ist PKK-Führer Abdullah Öcalan zu sehen.

einen Waffenstillstand ausrief, bis Juli 2015 fanden Friedensgespräche zwischen PKK und türkischer Regierung statt, die zu einem wenn auch eingeschränkten Rückzug von PKK-Kämpfern aus der Türkei führten.

Dieser hoffnungsvolle Prozess endete jedoch im Sommer 2015. Die PKK-nahe Demokratische Partei der Völker (HDP) erreichte bei den türkischen Parlamentswahlen im Juni deutlich über zehn Prozent der Stimmen, auch linke Türken gehörten zu ihren Wählern. Politisch fruchtbar werden sollte dieser Erfolg jedoch nicht. Im Juli kündigte die PKK den Waffenstillstand auf, erste Opfer waren am 24. Juli 2016 zwei Polizisten in Diyarbakir. Vermutlich fühlte sich die PKK-Führung nach ihrem Sieg über den Islamischen Staat (IS) im syrisch-kurdischen Kobane im Januar 2015 sowie im syrischen Tall Abyad im Juni 2015 stark genug, die offene Konfrontation mit der Türkei wieder aufzunehmen. Schließlich hatten diese Siege erheblich zu ihrer internationalen Anerkennung beigetragen. Der AKP kam dies gerade gelegen, hoffte sie doch, durch eine härtere Kurdenpolitik verlorene Stimmen zurückzugewinnen und nach den für November angesetzten Neuwahlen wieder alleine regieren zu können. Am 26. Juli begann die türkische Armee mit der Bombardierung von

PKK-Zielen in Türkisch- und Irakisch-Kurdistan. Ab Dezember 2015 eskalierte die Situation, allein bis Mitte März 2016 wurden bei Kampfhandlungen in den kurdischen Gebieten der Türkei 350 000 Menschen vertrieben und mindestens 250 Zivilisten getötet. Presse- und Meinungsfreiheit werden mehr und mehr eingeschränkt, gerade in der kurdischen Frage wird politischer Dissens in der Türkei kaum noch toleriert. Der Bürgerkrieg ist zurück und ein Ende der Gewalt nicht in Sicht.

Syrien

Die rund zwei Millionen Kurden sind nach den Arabern die zweitgrößte ethnische Gruppe in Syrien. Ihre Hauptsiedlungsgebiete liegen in drei Enklaven entlang der Grenze zur Türkei: Afrin (Dschabal al-Akrad), Ain al-Arab (Kobane) und das als Dschazira bekannte Gebiet in der Provinz Hasaka (siehe die Karte von Syrien im Beitrag von Benjamin White).

Ab 1920 flohen vermehrt kurdische Stämme vor der türkischen Armee nach Syrien, das nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Unabhängigkeit 1946 unter französischem Mandat stand. Diese Fluchtbewegung steigerte sich insbesondere nach der Niederschlagung des Scheich-Said-Aufstands (1925) und der Deportation kurdischer Stämme aus der Grenzregion in den Westen der Türkei. Viele von ihnen ließen sich mit Unterstützung der Franzosen in der Dschazira nieder. Die landwirtschaftliche Erschließung der fruchtbaren Region erfolgte in den Jahren 1920 bis 1930. Sie erforderte eine umfangreiche Besiedlung des Gebietes, die Gründung neuer Handelszentren eingeschlossen: Die traditionellen Markttorte der Region lagen inzwischen auf türkischem Staatsgebiet. Die Städte Hasaka und Qamischli, die sich zu den kommerziellen Zentren der Region entwickelten, waren Neugründungen der französischen Militärverwaltung. Qamischli, direkt an der syrisch-türkischen Grenze und gegenüber dem türkisch-kurdischen Nusaybin gelegen, ist heute die größte syrisch-kurdische Stadt.

Auch die Kurden Syriens blicken auf eine Geschichte der Verfolgung durch den Zentralstaat zurück. So beschloss die syrische Regierung am 23. August 1962 eine außerordentliche Volkszäh-

lung für die Provinz Hasaka, in deren Folge ca. 120 000 Kurden unter dem Vorwand, sie hätten sich illegal in Syrien niedergelassen, ausgebürgert und enteignet wurden. Hintergrund waren die militärischen Erfolge der irakisch-kurdischen Revolte unter Führung von Mulla Mustafa Barzanis im selben Jahr. Damaskus befürchtete, der dortige Aufstand könnte kurdische Nationalisten in Syrien radikalisieren.

Zwischen 1965 und 1973 versuchte Damaskus, einen »arabischen Gürtel« entlang der türkischen und irakischen Grenze zu schaffen; 140 000 Kurden aus 332 Dörfern sollten deportiert und durch arabische Siedler ersetzt werden. Ziel war die räumliche Trennung der syrischen Kurden von denen in der Türkei und dem Irak. Bis 1976 wurden rund 25 000 arabische Familien in der Provinz Hasaka angesiedelt.

Die erste syrisch-kurdische Partei, die Kurdische Demokratischen Partei in Syrien (KDPS), wurde 1957 gegründet. Sie trat für die Anerkennung der Kurden als eigenständige Gruppe mit kulturellen Rechten ein und kritisierte die ökonomische Unterentwicklung der kurdischen Gebiete. Fast alle der mehr als ein Dutzend heute in Syrisch-Kurdistan existierenden Parteien haben sich durch Spaltungen bzw. Zusammenschlüsse aus der KDPS entwickelt. Im Oktober 2011 wurde der »Kurdische Nationalrat in Syrien« gegründet, ein Zusammenschluss, dem aktuell elf syrisch-kurdische Parteien sowie der Jesidische Nationalrat angehören und der sich als Opposition zur derzeit in den kurdischen Gebieten herrschenden Partei der Demokratischen Union (PYD), dem syrischen Arm der PKK, versteht. Der Kurdische Nationalrat ist Teil der syrischen Opposition und vertritt die kurdische Bevölkerung Syriens bei den Friedensverhandlungen in Genf. Er tritt für ein föderales Syrien ein, das politische Entscheidungskompetenzen zwischen zentraler, regionaler und lokaler Ebene verteilt und so eine Machtbalance schafft.

In Syrien hat es nie eine bewaffnete kurdische Bewegung gegeben. Vielmehr schlossen sich syrische Kurden den Bewegungen im Irak und in der Türkei an. Erst in der jüngsten Vergangenheit kam es zu einer genuin syrischen Widerstandserfahrung, die zum Referenzpunkt syrisch-kurdischer Identität geworden ist: der Aufstand von Qamischli im März 2004. Im Anschluss an ein Spiel der syrischen Fußballliga kam es im Stadion von Qamischli



pa/dpa/AFP

Kurdische Flüchtlinge an der Grenze zum Iran, 12. September 1996. Kurz zuvor war der kurdische Bürgerkrieg wieder aufgeflammt.

zu Unruhen, die auf die Bevölkerung übergriffen. Mehrere Personen starben. Es folgten tagelange, anti-syrische Massendemonstrationen. Entsprechend harsch fiel die Reaktion des Staates aus – über dreißig Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt.

Im März 2011 waren die Bilder des Aufstands von 2004 noch so präsent, dass die syrische Regierung fürchtete, die Kurden könnten eine entscheidende Rolle in der gegen sie gerichteten Erhebung spielen. Um dies zu verhindern, schloss die Regierung einen Pakt mit der 2003 von Osman Öcalan, dem Bruder von PKK-Führer Abdullah Öcalan, gegründeten PYD. Die syrische Armee zog sich kampfflos aus weiten Teilen der kurdischen Gebiete zurück und überließ der PYD und ihrer Miliz, den Volksverteidigungseinheiten (YPG), die Verwaltung. Als Gegenleistung unterdrückten diese regimekritische Demonstrationen.

Anfang 2014 setzte die PYD ohne Absprache mit anderen Parteien drei »Übergangsregierungen« in den »Kantonen« Dschazira, Kobane und Afrin ein. Im März 2016 wurden diese ebenso eigenmächtig wieder aufgelöst, der Norden Syriens wurde einseitig zum Föderalstaat erklärt. Unabhängig vom gerade ausgerufenen politischen System werden Andersdenkende konsequent verfolgt. So wurden seit 2012 rund 450 Personen

willkürlich festgenommen, vor allem unabhängige Aktivisten, Journalisten und Mitglieder der Parteien des Kurdischen Nationalrats. Mehr als dreißig Personen wurden getötet. Meinungs- und Versammlungsfreiheit existieren nicht. Darüber wurde 2014 ein Gesetz verabschiedet, demzufolge alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren in der YPG Militärdienst leisten müssen. Schätzungen zufolge sind bis zu 80 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe inzwischen geflohen. Ein weiteres Problem ist die Rekrutierung von Kindern.

Unabhängig davon gelten YPG und PYD als wichtigste Verbündete des Westens gegen den Islamischen Staat, seit es ihnen und der PKK mit Hilfe von Luftschlägen der US-geführten Koalition im Januar 2015 gelungen ist, den IS aus der kurdischen Stadt Kobane zu vertreiben. Inzwischen erhalten die YPG und ihre Verbündeten direkte Waffenhilfe aus den USA.

Iran

Im Iran leben etwa acht Millionen Kurden, vornehmlich in den westlichen Provinzen des Landes sowie als Enklave in der nordöstlichen Provinz Chorasán. Urbane Zentren der zumeist sunnischen Kurden im Westiran sind Kermanschan, Sinne, Mahabad, Seqiz, Meriwan und Bane. Wie andere Minderheitensprachen wird Kurdisch toleriert. Die iranische Verfassung erlaubt zudem, dass an Schulen in von Kurden mehrheitlich besiedelten Gebieten Kurdisch als Sprache unterrichtet wird.

Im kurdischen Geschichtsdiskurs verbindet sich Iranisch-Kurdistan ganz besonders mit der Stadt Mahabad. Ermuntert durch die Nähe sowjetischer Truppen, die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges vorübergehend Teile des nordwestlichen Iran besetzten, gründete eine Allianz aus kurdischen Offizieren, Gelehrten, Intellektuellen und tribalen Führern am 15. Dezember 1945 die Republik Mahabad. Unter Führung der im selben Jahr gegründeten Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) wurde ein Parlament gebildet und der aus einer religiösen Gelehrtenfamilie stammende Qazi Mohammed zum Präsidenten gewählt. Als die Rote Armee abzog, konnten sich die Kurden nicht gegen die ira-



pa/dpa/epa/Alf Abbas

Kurden in einem Café in Duhok, 28. Oktober 2007.

nische Armee behaupten. Die Republik endete am 16. Dezember 1946, Qazi Mohammed wurde öffentlich gehängt.

Die Republik von Mahabad steht nicht nur für den Willen der Kurden zur Staatsgründung, sondern auch für politisches Handeln über die von den Kolonialmächten fixierten Grenzen hinweg. So unterstützte der aus dem irakisch-kurdischen Gebiet Bahdinan stammende Mulla Mustafa Barzani, die wohl einflussreichste kurdische Führungsperson des 20. Jahrhundert, die Republik von Mahabad als militärischer Führer. Nach deren Scheitern floh er mit mehreren hundert Anhängern in die Sowjetunion. Während der Republik wurde es üblich, die kurdischen Kämpfer Peschmerga (*pêş-merc-e*: »vor dem Tode sein«) zu nennen. Außerdem wurde der Prototyp der kurdischen Nationalflagge entworfen und das Kampflied »Ey Reqîb« (Oh Feind!) geschrieben, das bis heute vielen Kurden als Nationalhymne gilt. Die KDP diente in allen Teilen Kurdistans als Vorbild für eine moderne Partei. Kurdische Parteien im Iran führten insbesondere in den 1980er Jahren den Kampf um einen autonomen Status kurdischer Provinzen im Irak fort. Neben der KDP war dies vor allem die marxistisch-leninistische Komala (gegr. 1967).

In den letzten zwei Jahrzehnten diente der Nordirak diesen Gruppen als Rückzugsgebiet. Inzwischen haben sich viele der ehemaligen Guerillakämpferinnen und -kämpfer samt ihrer Familien in das irakisch-kurdische Leben integriert.

Infolge einer im Herbst 2011 ausgehandelten Vereinbarung zwischen dem iranischen Regime, der syrischen Regierung und der PKK hat der iranische Arm der PKK, die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK), ihren bewaffneten Kampf im Iran eingestellt. Stattdessen entsandte die PKK mehrere hundert Kader nach Syrien, die dort die YPG aufbauten.

Irak

Im Irak machen fünf Millionen Kurden etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Vor allem in den nördlichen Provinzen Duhok, Arbil, Sulaimaniya und Kirkuk lebend, gelten sie im Irak offiziell nicht als Minderheit. Vielmehr definierte schon die vom Baath-Regime 1970 verabschiedete Verfassung Kurden als »zweite Hauptnation« neben den Arabern.

Die genozidalen Anfal-Offensiven, mit denen im Jahre 1988 das Baath-Regime unter Einsatz von chemischen Kampfstoffen mehrere tausend Dörfer zerstörte und über 182 000 Menschen verschleppte und ermordete, sowie das Giftgasmassaker von Halabdscha am 16. März 1988, das ca. 5000 Menschen das Leben kostete, gelten als die größten Katastrophen in der Geschichte Irakisch-Kurdistans.

Rechtlich gesehen ist die Kurdistan-Region (»Kurdische Autonome Region«), die aus den Provinzen Duhok, Arbil und Sulaimaniya besteht, seit der Verabschiedung einer neuen irakischen Verfassung infolge der US-geführten Invasion 2003 ein Bundesstaat, vergleichbar einem Bundesland in Deutschland, faktisch ist sie schon lange eigenständig: Unter dem Schutz der Alliierten des Golfkriegs von 1991 (»Operation Provide Comfort«) hatten die Kurden im Mai 1992 Parlamentswahlen abgehalten und eine Regionalregierung gebildet.

Das im September 2013 zuletzt gewählte Parlament hat 110 Abgeordnete; elf davon quotierte Vertreter ethnischer und religiöser Minderheiten. Zudem regelt eine Quote, dass drei-



Bernd Lemke

Hoffnung auf Stabilität und Aufschwung: die Kurdische Autonome Region. Straßenszene Arbil, Nordirak, Juni 2013.

ßig Prozent der Mandate von Frauen wahrgenommen werden, eine Regelung, die von der gut organisierten Frauenbewegung erkämpft wurde. Das derzeitige Kabinett ist eine Koalition aus den einflussreichsten Parteien: KDP (gegr. 1946) und PUK (gegr. 1975), ferner die Bewegung Change (*Goran*, 2009 von der PUK abgespalten), die Islamische Union in Kurdistan-Irak (IUKI, gegr. 1994) und die Islamische Gruppe in Kurdistan-Irak (IGKI, gegr. 2001). Präsident der Region ist Masud Barzani, Mulla Mustafa Barzanis Sohn (Parteivorsitzender KDP). Staatspräsident des Irak war seit 2005 PUK-Generalsekretär Dschalal Talabani; seit Juli 2014 hat Fuad Masum, ebenfalls PUK, das irakische Amt inne. Von 1992 bis 2003 hatten KDP und PUK in der Kurdistan-Region allein regiert. Diese Regierung repräsentierte einen Kompromiss zwischen Gruppen, die auf eine lange Geschichte gewaltsamer Konflikte untereinander blicken. Zu nennen ist hier etwa der Bürgerkrieg zwischen KDP und PUK Mitte der 1990er Jahren. Bis heute ist die Region faktisch zwischen KDP und PUK aufgeteilt – wobei die PUK in den letzten Jahren Einfluss an

Goran abgeben musste. Die bewaffneten Kämpfer von KDP und PUK wurden nie zusammengelegt.

Wirtschaftlich gesehen wandelte sich die Kurdistan-Region in den vergangenen Jahren von einer Peripherie zu einem Zentrum von Kapitalinvestition und Konsum. Ausschlaggebend dafür waren mehrere Faktoren: Erstens wurde Kurdistan nach 2003 wieder an das irakische Erdölrentier-System angeschlossen und erhält 17 Prozent der irakischen Öleinnahmen, was die Lebenssituation vor allem der Mittelklasse enorm verbesserte. Zweitens machte der anhaltende Krieg im Rest des Irak das bis Juni 2014 stabile Kurdistan zu einem attraktiveren Ort für ausländische Investoren. Drittens lebt der wirtschaftliche Aufschwung von Geldern, die kurdische Warlords in vergangenen Jahrzehnten akkumuliert hatten, sowie von Investitionen durch aus der Diaspora als global vernetzte Unternehmer zurückkehrende Kurden. Viertens begann die kurdische Regierung mit der Erschließung neuer Erdgas- und Erdölfelder und verfolgt Strategien der eigenständigen Vermarktung, was allerdings einen der Gründe für zunehmende Spannungen mit den arabisch-schiitischen Politeliten in Bagdad darstellt. Darüber hinaus besteht Uneinigkeit über die sogenannten »umstrittenen Gebiete«, arabisch besiedelte Regionen mit hohem kurdischen Bevölkerungsanteil wie beispielsweise Kirkuk, auf die sowohl Bagdad als auch die Kurdische Regionalregierung Anspruch erheben.

Im Syrienkonflikt versuchte Masud Barzani lange, einen Kompromiss zwischen der PYD und dem Kurdischen Nationalrat in Syrien zu vermitteln – vergeblich. Gleichzeitig hat die KDP-Irak selbst erhebliche Probleme mit der PKK, deren Kämpfer sich seit August 2014 in den Bergen des Sindschar festgesetzt haben. Damals war ein Großteil der jesidischen Bevölkerung der Region von Kämpfern des Islamischen Staates getötet oder entführt worden bzw. vor diesen in die Berge geflüchtet. Nachdem die Peschmerga der KDP zunächst selbst vor der islamischen Übermacht flohen, gelang es ihnen später, die Jesiden mit Unterstützung der PKK zu befreien. Seither werden die irakischen Kurden mit internationalen Waffenlieferungen und weiteren Hilfs- bzw. Ausbildungsleistungen gegen den Islamischen Staat unterstützt.



Obwohl der Irak in der medialen Berichterstattung aktuell gegenüber Syrien eher in die zweite Reihe getreten ist, bleibt die Situation dort sehr bedrohlich. Trotz der westlichen Intervention und vielfältigen Bemühungen, ein stabiles Staatswesen zu schaffen, ist das Land weit von Ruhe und Sicherheit entfernt. Innenpolitische Zerwürfnisse, massive Konflikte zwischen politischen, religiösen und ethnischen Gruppen und immer wieder aufflammende Kämpfe und Terroranschläge sorgen für einen Kreislauf der Destabilisierung, der nur schwer durchbrochen werden kann. Im Bild ist beispielsweise eine irakische Menge zu sehen, die nach dem Bombenanschlag vom 22. Februar 2006 auf den Schrein des Imams Ali al-Hadi in der Moschee von Samarra, einem der wichtigsten Heiligtümer der Schiiten, plündernd und johlend vorgeht. Danach kam es im ganzen Land zu anhaltenden Ausschreitungen zwischen Schiiten und Sunniten. Dennoch wäre es verfehlt, alle Probleme nur auf den konfessionellen Aspekt zu reduzieren. Viele Faktoren, die sich meist gegenseitig bedingen, spielen hierbei eine Rolle, auch wirtschaftliche.

Staatlicher Zerfall und Bürgerkrieg im Irak: Von Saddam Hussein zu Nuri al-Maliki

Im Sommer 2014 fiel die irakische Großstadt Mossul in die Hände einiger Hundert Kämpfer des Islamischen Staates. Die Verteidiger der Metropole hatten nur kurz Widerstand geleistet: Das überraschende und aggressive Vorgehen der Dschihadisten hatte die zahlenmäßig weit überlegenen Armee- und Polizeieinheiten, zusammen rund 30 000 Mann, völlig überrumpelt. Die unklare Lage, widersprüchliche Befehle und Rückzugsgerüchte führten nach wenigen Stunden zur Panik. In der folgenden wilden Flucht ging zusammen mit Mossul auch die Kontrolle über den gesamten Nordwesten des Landes verloren. Nach Jahren einer scheinbaren Stabilität war der Irak abrupt in den Zustand eines gescheiterten Staates (Failed State) zurückgefallen.

In der Öffentlichkeit wurde der Schock über dieses Desaster dadurch verstärkt, dass der irakische Premier, Nuri al-Maliki, noch kurz zuvor das Ende des IS versprochen hatte. Nun wurde Maliki persönlich für das Versagen des Militärs verantwortlich gemacht. Seine politischen Konkurrenten warfen dem Premier überdies vor, die aktuelle Krise selbst herbeigeführt zu haben. Hatte der schiitische Premier die sunnitische Bevölkerung in Mossul und andernorts nicht jahrelang politisch ausgegrenzt und drangsaliert? Zum Jahreswechsel 2013/14 habe er doch selbst den Aufstand losgetreten, als er Protestcamps von gemäßigten Sunniten, die monatelang gegen seinen autoritären Regierungsstil demonstriert hatten, gewaltsam räumen ließ. Doch so einfach ist die Wahrheit nicht. Trotz der Verantwortung des Premiers lässt sich der Staatszerfall im Irak besser als Gesamtversagen der politischen Elite verstehen.

Innenpolitische Bruchkanten

Als Nuri al-Maliki 2005 zum Regierungschef gewählt wurde, hatten ethnisch-religiöse Parteien den Staat bereits untereinander aufgeteilt und lahmgelegt. Politiker warben damit, eine der



Nuri al-Maliki, irakischer Ministerpräsident von 2006 bis 2014.

drei dominierenden Bevölkerungsgruppen zu repräsentieren – die rund 60 Prozent arabischen Schiiten, die 15 Prozent arabischen Sunniten oder die 15 Prozent sunnitischen Kurden. Dabei befeuerten sie bereits vorhandene Ressentiments zwischen den Gruppen und empfahlen sich ihren Wählern als Beschützer. Einmal an der Macht, nutzten die Parteien die staatlichen Ressourcen für Klientelismus und den Aufbau ihrer Mili-

zen – eine fatale Entwicklung, denn die Wahlen gingen einseitig zugunsten der Sunniten: Die ehemalige Funktionärselite aus ihren Reihen verlor ihre Position an Schiiten und Kurden. Ein unvermeidlicher Nebeneffekt aus dieser Machtverschiebung war der Zerfall einer effektiven Verwaltung, die Schwächung des Rechtsstaats und die Stärkung der Korruption.

In diesem Kontext erhielt Maliki zunächst viel und auch internationalen Zuspruch, als er sich bemühte, die Autorität einer überparteilichen Staatsgewalt durch den Einsatz des Militärs und die Restauration einer zentralistischen Exekutive wiederherzustellen. Dass Maliki hierbei in großem Stil Verfassungsrechte und Koalitionsabsprachen brach, ging demgegenüber eher unter. Maliki, ein geschickter Machtpolitiker, verteidigte seinen Kurs zudem als notwendige Folge von Inkompetenz und Korruption seiner Koalitionspartner. Im schiitischen Süden wurde er dafür als »starker Mann« immer beliebter – ein Populismus, der seine direkten schiitischen Konkurrenten Muqtada al-Sadr und Ammar al-Hakim eher neidisch machte, als dass sie sich um den fairen Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen oder um die Demokratie sorgten. Im Gegenteil: Mit einer landesweiten Stimmungsmache, in der sunnitische Amtsträger

pauschal als Terrorsympathisanten diffamiert wurden, versuchten sie sich bei ihren Wählern zu profilieren.

Im sunnitischen Nordwesten lehnten die Herausforderer des Premiers dessen autoritäre Restauration ebenfalls nicht prinzipiell ab. Was pro-sunnitische Politiker wie Ayad Allawi und Saleh al-Mutlak aufbrachte, war nicht Malikis autoritär-zentralistischer Kurs, sondern vielmehr, dass sie als Repräsentanten der ehemaligen Staatselite daran keinen Anteil haben sollten. Entsprechend zeigten sie sich durchaus kompromissbereit, als der Premier 2009 und 2010 den Sunniten neue Partizipationsmöglichkeiten in den Sicherheitskräften anbot. Selbst eine geeinte arabische Front gegen die Kurden schien nun möglich: Für Sunniten wie Schiiten waren die kurdischen Bemühungen, die Ölmetropole Kirkuk in ihre autonome Region einzugliedern und ohne Zwischenhandel über Bagdad direkt den Weltölmarkt zu beliefern, eine gemeinsame Bedrohung. Ihrerseits hatten die kurdischen Parteiführer Masud Barzani und Dschalal Talabani auch keine Anstalten gemacht, die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten zu entschärfen.

Die Rolle der historischen Gemengelage

Der Schlüssel zum Verständnis für diese internen Konfliktlinien liegt in der Vergangenheit. Bis zum Dritten Golfkrieg 2003 hatten sunnitische Araber die zentralen Machtpositionen innegehabt. Ihre Identität hatte dem Land seit der Gründung in den 1920er Jahren als Leitkultur gedient. Die Kurden wurden als nationale Minderheit ähnlich wie in der Türkei von Anfang an politisch diskriminiert und kulturell unterdrückt. Auch die arabischen Schiiten mit ihrer religiösen Verbindung zum Iran und ihrer kulturellen Ausrichtung auf den Persischen Golf entsprachen nicht dem Ideal: Der Staat der arabisch-sunnitischen Nationalisten war nach Westen ausgerichtet, auf Nassers Ägypten und letztlich auf die »modernen« Vorbilder in Europa. Den Höhepunkt erreichte diese Ausrichtung unter Saddam Hussein, der zumindest technisch-kulturell Anschluss an den Westen gewinnen wollte, gleichzeitig aber die multiethnische Identität seines Landes mit stalinistischen Methoden zu überwinden versuchte. Doch die



pa/dpa

Während einer Anschlagsserie am 25. August 2010 in 13 irakischen Städten waren mehr als 50 Todesopfer und über 270 Verletzte zu beklagen; hier im Bild der Anschlagsort mit einem mit Sprengstoff gefüllten Kleinbus in Basra.

Massenmorde seines Regimes brachten die Gegensätze nur umso stärker an die Oberfläche: Ab den 1990er Jahren organisierte sich fast die gesamte politische Opposition auf der Basis ethnisch-religiöser Zugehörigkeiten. Diese trennenden Identitäten wurden nach 2003 erneut verstärkt, als sunnitische Untergrundkämpfer und schiitische Milizen die Bevölkerung wechselseitig terrorisierten. Der stillschweigende Waffenstillstand drei Jahre später brachte zwar eine Besinnung auf den politischen Kompromiss – eine Entwicklung, die von der amerikanischen Surge-Strategie (siehe dazu den folgenden Infokasten, S. 176) gestützt wurde –, doch das Vertrauen zwischen Sunniten und Schiiten konnte nicht wieder hergestellt werden: Die Stimmung in den Regierungsjahren Nuri al-Malikis blieb geprägt von Verdächtigungen und Vergeltungsdrohungen.

Klientelismus, Spaltung und Bürgerkrieg

Angesichts des Unvermögens der politischen Elite, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzuwirken, lag 2010 eine neue Eskalation bereits seit Längerem in der Luft. Dass sie sich

noch bis zur Jahreswende 2013/14 verzögerte, war vor allem der Verhandlungsbereitschaft gemäßigter Sunniten zu verdanken, die ein Ende der Ent-Baathifizierung und des Antiterrorkampfes verlangten. Doch im Wettbewerb um ihre Wählerklientel waren weder schiitische noch kurdische Parteiführer zu einer politischen Normalisierung bereit. Stattdessen überboten sie sich vor den Provinzwahlen 2013 und den Parlamentswahlen 2014 mit Rufen nach einer harten Linie.

In dieser Dynamik zwischen Kalkül und Angst ließ Premierminister Maliki Hunderte Terrorverdächtige und Exfunktionäre des Saddam-Regimes ohne Richterspruch verhaften. Zum Jahreswechsel 2011 – die letzten US-Soldaten verließen gerade das Land – erhob der Premier sogar Anklage gegen den sunnitischen Vizepräsidenten Tarek al-Haschimi und beschuldigte ihn der Unterstützung von Terroristen. Noch einmal riefen gemäßigte Sunniten, die sich in dem großen Parteienbündnis Irakiya zusammengeschlossen hatten, zu einem fairen Miteinander auf. Sie forderten ein Ende der gezielten Verfolgungen durch die Regierung in Bagdad. Doch ihr Appell an schiitische und kurdische Parlamentarier, den Premierminister in einem Misstrauensvotum zu stürzen, ging ins Leere. Was übrig blieb, war die außerparlamentarische Opposition, Massenproteste und schließlich, nach der Diskreditierung der gemäßigten Kräfte, der Aufstand unter Führung der Dschihadisten.

Für Nuri al-Maliki bedeutete der folgende, erneute Bürgerkrieg das Ende als Premierminister. Doch sein Rücktritt änderte wenig an den grundsätzlichen Machtverhältnissen, die sich seit 2003 herausgebildet hatten: Wie sein Vorgänger stützt sich auch der neue Premier, Haider al-Abadi, auf die parlamentarische Mehrheit der wenig kompromissbereiten, schiitischen Islamisten und nationalistischen Kurden. Eine Abkehr vom Klientelismus und eine Beruhigung der Ängste sind unter Abadi, trotz guter Ansätze, bislang nicht gelungen. Der Irak bleibt daher bis auf Weiteres gespalten und in einem Zerfallsprozess gefangen, der zuzeiten der Diktatur Saddam Husseins begann und sich in der neuen Republik fortsetzt.

Hauke Feickert

Der Dritte Golfkrieg (2003–2011)

Der Dritte Golfkrieg war der bisherige Höhepunkt einer Serie von Konflikten, die sich über 30 Jahre hinzogen und in deren Mittelpunkt stets der Irak stand. Den unmittelbaren Anlass boten die Angriffe vom 9. September 2001 auf die Twin Towers in New York, die Ursachen reichen aber viel weiter. Die Regierung von George W. Bush, die von überaus offensiv denkenden Konservativen (»Neocons«) dominiert wurde, hatte schon zu einem frühen Zeitpunkt beschlossen, die Herrschaft des irakischen Diktators Saddam Hussein ein für alle mal zu beenden und durch einen demokratischen Musterstaat zu ersetzen. Dahinter stand auch die Unzufriedenheit mit den Arrangements nach dem Zweiten Golfkrieg von 1991, die Saddam an der Regierung belassen hatten, wenn auch mit erheblich eingeschränktem Machtbereich. Entsprechende Resolutionen der Vereinten Nationen mit Sanktionen und Inspektoren genügten trotz der Vernichtung entsprechender Kampfstoffe und Raketen bis 1998 aus der Sicht der Bush-Regierung nicht.

Offenbar in der Absicht, der Wahrheit ein wenig nachzuhelfen und eine Legitimation für ein Eingreifen zu bieten, präsentierte die US-Regierung am 5. Februar 2003 angebliche Beweise für die weitere Existenz von Massenvernichtungswaffen in der Hand von Saddam Hussein. Dies erwies sich in der Folge als falsch. Aus diesen und anderen Gründen beteiligten sich dann einige wichtige Staaten, z.B. Frankreich, nicht an dem militärischen Eingreifen. Deutschland nahm ebenfalls nicht teil, da die Regierung Schröder auch aus innenpolitischen Erwägungen diesen Krieg ablehnte, den Amerikanern aber Überflugrechte und die Nutzung von Standorten in Deutschland etwa für Kampfflugzeuge gewährte.

Der Krieg selbst lässt sich in zwei Abschnitte unterteilen. In der ersten Phase, die am 20. März 2003 begann, griffen die USA und ihre Verbündeten (»Coalition of the Willing«) den Irak wie schon die Briten in den beiden Weltkriegen von Süden, diesmal aus Kuwait, mit militärischen Großverbänden und Marschflugkörpern an. Der Angriff erfolgte, gedeckt durch flexible Luftunterstützung, in Form von großangelegten Operationen unter strategischer Einbeziehung etwa auch der 6. US-Flotte im Mittelmeer. Die militärische und militärtechnische Überlegenheit der USA erwies sich als derart groß, dass die irakische

Armee innerhalb kürzester Zeit besiegt werden konnte. Gezielte Präzisionsangriffe zerschlugen einen irakischen Verband nach dem anderen. Der Krieg (»Operation Iraqi Freedom«) endete am 14. April, nachdem Tikrit, die Heimatstadt Saddams und seines Clans, eingenommen worden war. Erneut manifestierte sich, dass gegen eine gut ausgebildete und ausgerüstete Truppe des Westens in einem konventionellen Krieg kaum Erfolgchancen bestanden.

Genau hier aber begannen sich die Grenzen der westlichen Überlegenheit abzuzeichnen. In der zweiten, viel längeren Phase des Dritten Golfkrieges gerieten Amerikaner und auch Briten, die Basra und die südlichen Provinzen kontrollierten, in massive Schwierigkeiten. Es war eine Sache, eine unterlegene Armee eines Landes wegzufügen, aber eine andere, ein Volk von 26 Millionen Menschen, das teils nach ganz anderen kulturellen Prinzipien als der Westen lebte, auf den Weg der Stabilität und Demokratie nach westlichen Standards zu bringen.

Die Amerikaner, die sich auf derlei Probleme nicht wirklich vorbereitet hatten, machten in der Folge eine Reihe von Fehlern, die sich massiv auswirkten. Der von Bush in den Irak entsandte Chef der Zivilverwaltung (»Coalition Provisional Authority«, CPA), Paul Bremer, besaß wie die meisten seiner Mitarbeiter kaum Kenntnisse über den Irak und begann das Land nach den Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland umzugestalten. Er beseitigte rasch die totalitäre Baath-Partei, löste die Armee auf und privatisierte die bestehenden Wirtschaftsbetriebe. Dadurch wurde das System von Saddam Hussein, der am 13. Dezember 2003 in einem Versteck entdeckt und am 30. Dezember 2006 hingerichtet wurde, zwar zerstört, gleichzeitig aber die entscheidenden Pfeiler der inneren Stabilität beseitigt.

Insbesondere viele Sunniten, die den stärksten Rückhalt für Saddam gebildet und daher auch die größten Privilegien genossen hatten, verloren ihre Posten und Vorteile und gingen daher in den Untergrund. Dort wurden auch zunehmend radikale Islamisten tätig. Es entwickelte sich ein erbitterter Bürger- und Guerillakrieg, der sich nicht nur gegen die Amerikaner, sondern auch gegen die jeweils andere Konfession oder feindliche Interessengruppen richtete. Die Amerikaner, die alsbald als verhasste Besatzungsmacht galten (u.a. durch die unmenschliche Behandlung irakischer Häftlinge im Gefängnis Abu Ghraib), standen in Gefahr, die Kontrolle über das Land zu verlieren.

Den Briten glitt im Süden zeitweise tatsächlich das Heft aus der Hand, als die Gewalt in Basra und im Umland eskalierte.

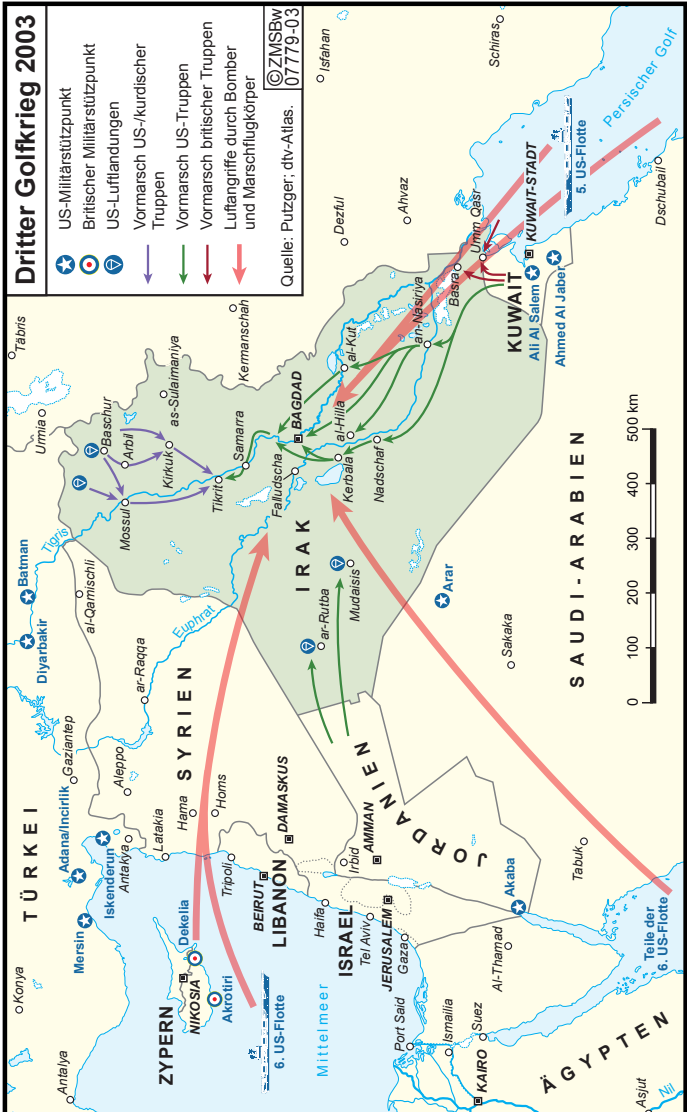
Verschärft wurde die Lage durch die Etablierung von ehemaligen Exilanten als Politiker. Diese waren seit Jahren nicht mehr im Land gewesen, sie kannten die aktuelle Situation nicht und waren zudem teils hochkorrupt, was alles dazu beitrug, dass sich auch die konfessionellen Konflikte noch erheblich ausweiteten.

In dieser Situation entschloss sich Washington zu einem Kurswechsel und entsandte im Februar 2007 den General David Petraeus als Oberkommandierenden in den Irak. Petraeus erkannte rasch, dass eine Stabilisierung ohne den Rückhalt der Iraker oder zumindest eines wesentlichen Teiles von ihnen nicht möglich sein würde. Unter Rückgriff auf historische Erfahrungen mit Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency, Field Manual FM 3-24), die er dann auch später in Afghanistan einbringen sollte, nutzte er u.a. sunnitische Milizen (»Söhne des Irak«, Sahwa-Bewegung), die für Ordnung sorgten und dafür anfangs Unterstützung und Sold von den Amerikanern erhielten. Im Verein mit anderen Maßnahmen, vor allem der zusätzlichen Entsendung von 30 000 US-Soldaten und deren Einsatz für die innere Stabilisierung des Irak (Surge-Strategie) gelang so die Gewährleistung einer minimalen Stabilität, die den Abzug der amerikanischen Hauptverbände erlaubte. Dieser war Ende 2011 weitgehend abgeschlossen.

Die Wiederherstellung umfassender, auch regionaler Stabilität gelang indes nicht, da im allgemeinen Chaos und angesichts der strukturellen Brüche inzwischen islamistische Terrororganisationen, die dem Regime Saddam Husseins, entgegen den Annahmen der Bush-Regierung, keineswegs positiv gegenüberstanden, Fuß fassen konnten. Es war dies zunächst Al-Qaida, dann aber vor allem der sogenannte Islamische Staat.

In gewisser Weise hatte man damit erst das geschaffen, was man eigentlich mit dem Krieg hatte bekämpfen wollen. Allgemein zeigte sich, dass gerade in islamischen Ländern eine Umgestaltung oder Stabilisierung nach westlichen Prinzipien, wenn überhaupt, nur sehr schwer zu bewerkstelligen ist. Sobald gewisse – beileibe nicht generell definierbare – Grenzen des Eingreifens überschritten sind, betrachten die Bewohner westliches Engagement nicht als Hilfe, sondern als Gefahr.

bl





Lange Zeit galt Syrien, etwa im Gegensatz zum Irak, als stabil. Das Land diente auch als sicherer Hafen für Flüchtlinge. Dies lag unter anderem an der Politik des Regimes unter Familie Assad, die mit einer Mischung aus Wohlfahrts- und Unterdrückungsapparat regierte. Die langfristigen Folgen der Zeitenwende von 1990 und die zunehmende Korruption und Inflexibilität schufen indes sozialen Sprengstoff, der sich im Gefolge des Arabischen Frühlings 2011 entlud. Das Bild zeigt eine Gruppe von Demonstranten in Damaskus im August 2015, die gegen die vollständige Abschnürung ihres Stadtteils durch das Assad-Regime protestiert.

Staatlicher Zerfall und Bürgerkrieg in Syrien seit 1990

Nach über zwei Jahrzehnten permanenter Machtwechsel putschte sich der Alawit Hafiz al-Assad am 16. November 1970 vom Posten des Verteidigungsministers an die Spitze des Staates.

Syrien unter Hafiz al-Assad

Die Alawiten in Syrien hatten sich seit der De-facto-Unabhängigkeit von Frankreich 1946 stets am Rande der syrischen Gesellschaft bewegt, wurden sie doch von der sunnitischen Mehrheit nicht als Muslime anerkannt. Mangels beruflicher Alternativen drängten viele von ihnen in die syrische Armee – so auch Hafiz. Drei Jahre später wurde die »Baath-Partei«, die »Arabische Sozialistische Partei der Wiedererweckung«, per Verfassung zur »führenden Partei in Gesellschaft und Staat« erklärt und ihr Schicksal mit dem des Staates untrennbar verbunden. Die alawitische Vorherrschaft innerhalb des Militärs schuf die Grundlage für Assads Aufstieg. Doch es war die Partei, die seine Herrschaft entscheidend festigte. Sie dominierte den gesamten Staatsapparat und trieb die Verschmelzung des syrischen Staates mit dem Assad-Regime voran. Nicht umsonst hieß es bald: »Suriya al-Asad« – Assads Syrien.

Als Diktator arabischen Zuschnitts, aber pragmatisch und politisch erfolgreich, steuerte Hafiz »sein Syrien« durch die außenpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Ungeachtet der regionalen Konflikte der 1970er und 1980er Jahre stabilisierten und konsolidierten sich die staatlichen Strukturen im zuvor putschreichsten arabischen Land.

Partei, Militär, Sicherheitsapparat und Bürokratie entwickelten sich zu den Grundpfeilern des Systems Assad. Die inneren Strukturen glichen zunehmend denen eines autoritären Sicherheitsstaates und über die Jahre etablierte sich eine Diktatur mit Führerkult, die, wie in Hama 1982, mit zügelloser Brutalität gegen jegliche Form erstzunehmender Opposition vorging (siehe den Beitrag von Roby Barrett). Jenseits dieser Politik der

»starken Hand« war und ist für viele Syrer die Regierungszeit Hafiz' als Phase der Stabilität und des Aufschwungs im Gedächtnis geblieben. Ähnlich wie der Irak erlebte das Land einen enormen Entwicklungssprung: Grundständige staatliche Strukturen und Leistungen wurden auf ganz Syrien ausgedehnt, ein flächendeckendes Gesundheitssystem eingeführt, die allgemeine Schulpflicht in allen Dörfern des Landes umgesetzt und die ländlichen Gebiete an geteerte Straßen und das Elektrizitätsnetz angeschlossen.

Nach 1990 verstärkte sich jedoch die bereits zuvor bestehende Verkrustung des politischen Systems Syriens noch. Durch sichtbare Korruption und Vetternwirtschaft und die extreme Zentralisierung auf die Person des Präsidenten und seinen engsten Beraterkreis wurden Staat und Gesellschaft ineffizient und unflexibel. Der sich stetig verschlechternde Gesundheitszustand des Präsidenten machte dabei den schrittweisen Übergang der Macht auf einen Nachfolger unausweichlich.

Baschar al-Assad: Vom »Reformer« zum neuen Diktator

»Präsident Assad ist tot. Lang lebe Präsident Assad!« So pointiert fasste die Middle East International im Juni 2000 den einer Erbmonarchie gleichenden Machtwechsel in Syrien zusammen. Noch zu Lebzeiten hatte Hafiz al-Assad zunächst seinen Sohn Basil, nach dessen Unfalltod dann seinen Sohn Baschar aufwändig durch Militärposten und diplomatische Aufträge auf seine Nachfolge vorbereitet.

Die Hoffnung auf Wandel und Reform in Verbindung mit dem Wechsel zum »jungen Löwen« war entsprechend groß. Baschar war nicht nur jung, sondern auch gut ausgebildet und hatte lange Zeit im Westen gelebt. In seiner Antrittsrede versprach er, Syrien zu modernisieren. Mit der so geschürten Hoffnung auf Veränderung schossen politische Diskussionsforen wie Pilze aus dem Boden. Forderungen nach Mitsprache, politischem Mitmachen wurden laut. Als linke Intellektuelle in einem Reformpapier öffentlich die Aufhebung des seit 1963 gültigen Ausnahmezu-

stands forderten, wurde jedoch schnell deutlich, dass politische Öffnung die Sache des »jungen Löwen« nicht war. Mit Polizeigewalt antwortete Assad auf die zaghaften Versuche politischer Organisation des »Damaszener Frühlings« von 2001. In bewährter Staatsmanier wurden die Diskussionsgruppen aufgelöst, die Wortführer verhaftet. Baschar hatte nicht nur den Stuhl seines Vaters geerbt, sondern auch das von ihm mitgestaltete politische System übernommen – Status und Schwachstellen des Regimes innerhalb dieses Systems inbegriffen. Zuviel der politischen Öffnung hätte Baschar wohl schnell sein Amt und somit auch seine Machtposition gekostet. Zudem erwies sich das gesamte System als äußerst resistent gegen Reformen. Die anfänglichen Versuche des neuen Präsidenten, sich gegen die Wünsche des Sicherheitsapparates und die »alte Garde« zu behaupten, machten schnell alten Mustern von Verhaftungen und Einschüchterung Platz und Baschar blieb nur wenig anderes übrig, als sich innerhalb der alten Strukturen neuer Loyalitäten zu versichern.

Politisch verfolgte Baschar seinen eigenen Aussagen nach das »chinesische Modell«, wie es sich nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang der kommunistischen bzw. maoistischen Ideologien entwickelt hatte: Neoliberale Wirtschaftsreformen sollten vor politischem Wandel stehen. Doch von Privatisierung, freier Marktwirtschaft und Wohlstand konnte in der Wirklichkeit keine Rede sein. Im Gegenteil, die Schere zwischen arm und reich ging noch weiter auseinander als bisher. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung rasant und wurde im Durchschnitt stetig jünger. Ohne politische Beteiligung, Aussicht auf einen Arbeitsplatz oder zumindest die Hoffnung auf Besserung stieg die Unzufriedenheit. Mehr und mehr fühlte sich der Großteil der Bevölkerung abgehängt. Der Hoffnungsträger Assad wurde damit zum Verwalter der Stagnation: Wie sein Vater liebte Baschar die Macht, war ein kühler Stratege und verstand es, aus verteilten Gefälligkeiten Allianzen zu schmieden. Für die meisten Syrer galt bereits jetzt die Parole: »Weder Brot noch Freiheit« (Aalan George). Die Syrienkenner und Analysten waren sich einig: Um seine Macht, seine Partei und somit das Syrien zu erhalten, wie die Familie Assad es über die Jahrzehnte geprägt hatte, musste der junge Assad zumindest »Brot« und ein Mindestmaß an »Freiheit« heranschaffen – und das bald!

Nusra-Front und Islamischer Staat

Neben der dschihadistisch-salafistischen Terrormiliz »Islamischer Staat« (im Folgenden auch »Daesh« genannt, ein Akronym aus den Anfangsbuchstaben der arabischen Bezeichnung für »Der Islamische Staat im Irak und in Syrien« mit gleichzeitiger Nähe zum arabischen Wort für »Zertreter« bzw. »Zerstörer«) haben sich in den letzten Jahren weitere Gruppen dschihadistischer Kämpfer in Syrien formiert: Ahrar al-Sham, die »Freien Männer Syriens«, und Jaish al-Islam, das »Heer des Islam«, handeln häufig als Verbündete und verfolgen vergleichbare Ziele wie Daesh. In der Region operieren noch andere Gruppierungen, so die Ansar al-Islam, die »Unterstützer des Islam«, oder die Jaish al-Mujaheddin, die »Armee der Mujaheddin«, die sich in Konkurrenz zum IS definieren. Die beiden einflussreichsten Terrororganisationen, Nusra-Front und IS, werden hier ausführlicher vorgestellt.

Im Dezember 2012 erklärten die USA die Jabhat al-Nusra, die »Unterstützungsfront für die Angehörigen al-Shams« (kurz: Nusra-Front), also Syriens, zur Terrororganisation. Erst im Januar 2012 hatte ihr Anführer Abu Muhammad al-Jaulani im ersten offiziellen Video die Formierung des Kampfverbandes verkündet. 2011 war die Organisation von Mitgliedern von »Al-Qaida im Irak« bzw. dem »Islamischen Staat im Irak« gegründet worden, um Al-Qaida auch in Syrien zu etablieren. Innerhalb kürzester Zeit konkurrierten Nusra-Front und IS: Im April 2013 leistete Jaulani den Treueid auf Aiman al-Zawahiri, eine der entscheidenden Figuren des globalen Al-Qaida-Netzwerkes. Im Juni 2014 unterstützte Al-Qaida die Nusra-Front erstmals öffentlich gegen die Bewegung »Islamischer Staat«. Trotz der Niederlagen gegen Daesh stieg die Nusra-Front zur bedeutendsten Regionalorganisation Al-Qaidas auf. Sie umfasst eine geschätzte Mitgliederzahl von über 5000. Am stärksten etabliert ist die Front heute in den syrischen Provinzen Aleppo, Idlib, Hama, Homs, Daraa und Damaskus.

Die aggressive Propaganda des IS erinnert an das Terrornetzwerk Al-Qaida, auf das die organisatorischen Ursprünge der Bewegung letztlich zurückgehen. Personell ist die Geschichte Daeshs eng mit dem für seine Grausamkeit bekannten Jordanier Abu Musab az-Zarqawi verbunden. Im Herbst 2004 schloss sich Zarqawis Gruppe im Irak »Monothismus und Jihad« als »Al-Qaida im Zweistromland« offiziell an die Mutterorganisation an. Kein Jahr später wurde Zarqawi erstmals

öffentlich vom damaligen zweiten Mann Al-Qaidas, Zawahiri, wegen seiner Brutalität gegenüber den Schiiten im Irak zurechtgewiesen – der spätere Bruch ist hier bereits vorgezeichnet: Al-Qaida will den Westen bekämpfen, nicht etwa auch »abtrünnige« Muslime, wie sich dies der IS bis heute auf die Fahnen schreibt. Nach dem Tod Zarqawis 2006 durch einen gezielten Angriff einer US-Spezialtruppe wurde Abu Umar al-Baghdadi neuer Führer der Gruppe. Danach erfolgte die symbolträchtige Umbenennung in »Islamischer Staat im Irak«. Die US-Armee setzte ihren Feldzug gegen die Gruppe fort, die infolgedessen zunächst in der Bedeutungslosigkeit versank. Nach dem Tode Abu Umars 2010, dessen wahre Identität nie wirklich geklärt werden konnte, übernahm Abdullah Ibrahim al-Samarra, später bekannt als Kalif Abu Bakr al-Baghdadi, die Führung. Infolge der schrittweisen Auflösung staatlicher Ordnung in Syrien gelang es der Bewegung, sich neu zu formieren. Im April 2013 erklärte der »Islamische Staat in Irak und Syrien« (ISIS) das eroberte ar-Raqqa zu seiner »Hauptstadt«.

2014 erfolgte der offene Bruch zwischen Daesh und Al-Qaida. Nach der Einnahme Mossuls rief der IS am 28. Juni 2014 ein eigenes Kalifat aus und erklärte seinen Führer Samarra zum »Kalifen«.

Der entscheidende Unterschied zwischen Daesh und den zahlreichen anderen salafistisch-dschihadistischen Gruppierungen liegt, abgesehen vom offensiven Kampf auch gegen »abtrünnige« Muslime, in der Kontrolle nennenswerten Territoriums. Ein Kalifat für die salafistischen Bewegungen war bislang ein rein theoretisches Konstrukt. Deswegen Verwirklichung durch Daesh entfaltete nun große Symbolwirkung im globalen dschihadistischen Netzwerk. Das Kalifat ist vor allem auch für junge, entwurzelte Menschen aus Europa als Gegenmodell zur »westlichen Welt« und ihrem Lebensstil attraktiv.

Inzwischen ist das eroberte Gebiet des IS in Irak und Syrien infolge der Gegenangriffe der kurdischen Peschmerga sowie der irakischen und inzwischen auch der syrischen Armee merklich geschrumpft. Dennoch ist die Bedrohung durch die Terrororganisation noch lange nicht gebannt: Verluste an Territorium stehen bislang erfahrungsgemäß in engem Zusammenhang mit verstärkten Anstrengungen der Organisation, terroristische Anschläge im Westen zu organisieren. Zudem kann Daesh noch immer ein weitläufiges zusammenhängendes Gebiet für sich beanspruchen. Zentren der Organisation sind das Dreieck

zwischen Aleppo, Kobane und Raqqa sowie das Dreieck Mossul, Kirkuk und Deir ez-Zor. Die Zahl der Kämpfer in Irak und Syrien wurde Anfang 2016 auf 20 000 bis 30 000 geschätzt. Eine zukünftig womöglich noch akutere Bedrohung in der Region geht zudem von den zuvor völlig autonomen und dann durch einen Treueschwur auf Baghdadi an den »Islamischen Staat« angebundenen dschihadistisch-salafistischen Gruppen aus.

»Arabischer Winter«: Syrien am Scheideweg

Sein Vater hatte ihm eine zutiefst gesplante Gesellschaft hinterlassen – Gräben, die Baschar trotz aller Versprechen wohl nie wirklich zuschütten wollte. Die wirtschaftlichen Reformversuche brachten der Gesellschaft ebenfalls nicht den ersehnten Wandel. Als sich dann im Dezember 2010 der junge Gemüsehändler Mohamed Bouazizi in Tunesien aus Protest selbst entzündete, saß Baschar al-Assad in seinem Staat bereits auf einem Berg ungelöster Probleme und im Grunde auf einem sozialen Pulverfass.

Doch zunächst blieb es auffällig ruhig auf den Straßen Damaskus' und Aleppos. Während die Massen von Libyen über Ägypten bis in den Jemen auf die Plätze der arabischen Staaten strömten, verharrte die syrische Bevölkerung im Privaten. Erst als Jugendliche in der Stadt Daraa den revolutionären Slogan des Arabischen Frühlings »Das Volk will den Sturz des Regimes« auf die Wände ihrer Schule sprühten, kam es zum Flächenbrand: Achtzehn Jungen wurden verhaftet, befragt und gefoltert. Als die Polizei den grausam entstellten Leichnam des 13-jährigen Hamza Ali al-Khateb seiner Familie übergab, war die Botschaft klar: Gegen Staat und Geheimpolizei seid ihr machtlos. Doch die Familie schwieg nicht, sondern verbreitete die Bilder ihres Sohnes. Das syrische Volk strömte auf die Straßen.

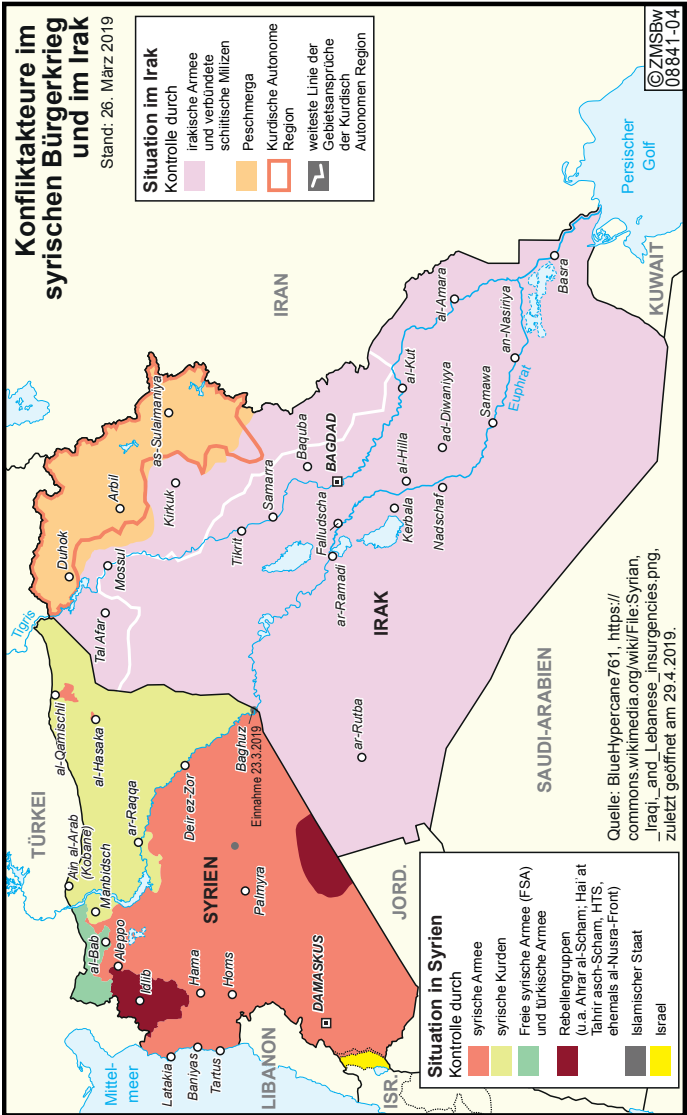
Schon bald verbanden sich die Proteste mit den Forderungen des »Damaszener Frühlings« von 2001 – nach Aufhebung des Ausnahmezustands, Bekämpfung der Korruption und politischer Reform. Der Wucht der Massenproteste setzte Baschar eine Doppelstrategie aus neuen Reformversprechen und schwe-

rem Gerät entgegen – der Beginn einer Abwärtsspirale von Gewalt und Gegengewalt. Im August 2011 gründeten Deserteure die Freie Syrische Armee (FSA) – auch um dem Militäreinsatz des Regimes gegen seine Bevölkerung etwas entgegenzusetzen. In der Folge formierte sich die Rebellenallianz als Sammelbecken der unterschiedlichsten oppositionellen Kräfte, islamistische Gruppierungen eingeschlossen. Politisch bildeten sich auf lokaler Ebene »Koordinationskomitees« des Widerstands, und im September trat in Istanbul der »Syrische Nationalrat« als eine Art alternative Exilregierung zusammen.

Ein Staat zerfällt

Unterdessen entglitt Assad nicht nur seine Bevölkerung, sondern auch sein Land – genauer gesagt die Kontrolle über das Territorium des syrischen Staates. Schnell machte der Begriff vom »Staatszerfall« die Runde. Gemeint war damit der endgültige Verlust des Gewalt- und Vermittlungsmonopols, d.h. die Unfähigkeit der staatlichen Vertreter, Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Gruppen im Land einzuhegen und das Einhalten von Grundregeln durchzusetzen. Wie auch im Irak war die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bereits im Vorfeld nur durch politische und gewaltsame Unterdrückung gegen die eigenen Bürger möglich gewesen. Damit wurde umgekehrt eine wesentliche Aufgabe des Staates, Gewaltfreiheit und Sicherheit für die Bürger zu garantieren, nicht erfüllt.

Zudem eröffneten sich durch den verbissenen Willen des Assad-Regimes Handlungsräume für terroristische und staatsgefährdende Organisationen. Insbesondere durch die unnachgiebige Haltung und brutale Gewalt des Regimes eskalierte während des Jahres 2011 die Konfrontation zwischen Regime und Zivilbevölkerung. Der Alltag der Menschen war nun von Gewalt, Willkür und Unwägbarkeiten geprägt, die ein normales Leben unmöglich machten. Dass in dieser Phase des Konfliktes zwischen Regime und Oppositionellen insbesondere die islamistischen Verbände erstarkten, allen voran der sogenannte Islamische Staat, ist kein Zufall. Die Unfähigkeit des syrischen Staates wurde für diese nichtstaatlichen, bewaffneten Gruppierungen



zum »window of opportunity«. Im Chaos der Konfrontation konnten sich Gruppen, wie etwa die Hamas im Gazastreifen und die Hisbollah im Libanon, lokal als Garanten von Sicherheit und Stabilität profilieren und so Unterstützung in der Bevölkerung für sich mobilisieren. Darüber hinaus schien Assad zumindest gegenüber den Verbänden des Islamischen Staates bis zum Sommer 2014 eine Art Nichtangriffspolitik zu verfolgen. Im eskalierenden Konflikt nahmen die erstarkten dschihadistisch-salafistischen Gruppen den Aufständischen unter der Führung der Freien Syrischen Armee Stadt um Stadt ab. Die Opposition wurde und wird nach und nach zwischen den beiden Fronten »Islamischer Staat« und Assad-Regime zerrieben.

Mit der Intervention Russlands aufseiten des Regimes bekam Assad Anfang 2016 wieder Aufwind – zumindest eine Übergangszeit können sich nun die meisten der externen Beteiligten wieder mit Assad vorstellen. Nach vier Jahren Krieg gegen sein eigenes Land ist allerdings zu bezweifeln, ob Assad noch das Personal und die Mittel zur Verfügung stehen, um das zerstörte Syrien wieder aufzubauen. Ihre politische und vor allem moralische Legitimation haben Assad und seine Getreuen zudem aus Sicht von weiten Teilen der syrischen Gesellschaft verspielt: Der Krieg, an dem das Regime durch seine massiven Bombardements und Artillerieangriffe wesentlichen Anteil nimmt, hat die syrische Staatlichkeit, die Infrastruktur, die Verwaltung und die Versorgung weitgehend zerstört und hunderttausende Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Bis Anfang 2016 stieg die Zahl der Opfer des Konfliktes auf eine halbe Million, mindestens fünf Millionen Menschen sind auf der Flucht. In den vom Regime kontrollierten Gebieten kann sich Assad heute nur noch auf eine begrenzte Anzahl an Getreuen stützen, eine mafiöse Schattenwirtschaft hat seine geplanten Wirtschaftsreformen abgelöst. Die Zukunft Syriens ist heute mehr als ungewiss. Eine Lösung ganz ohne Assad erscheint angesichts der Bedrohung des Islamischen Staates und insbesondere mit Blick auf die Wünsche Moskaus nur schwer umsetzbar. Dennoch ist bereits jetzt zweifelsfrei festzustellen, dass Assads Festhalten an der Macht einen entscheidenden Anteil an der Eskalation der Gewalt und somit der Zerstörung des Landes trägt.

Miriam M. Müller



Die arabische Welt ist von drastischen Wohlstandsunterschieden geprägt. Unter den arabischen Ländern befinden sich derzeit sowohl die reichsten als auch die ärmsten Staaten der Erde. Im internationalen Vergleich der Bruttonationaleinkommen (BNE) und Pro-Kopf-Einkommen liegen Irak und Syrien heute im unteren Mittelfeld. Für 2010 wurde das Jahreseinkommen pro Kopf für Irak mit ca. 7000 US-Dollar beziffert und für Syrien mit ca. 4000, wohingegen – zum Vergleich – das BNE pro Kopf für Deutschland 2010 ca. 45 000 US-Dollar betrug. Solche Ranglisten basieren auf statistischen Mittelwerten und erlauben einen zwischenstaatlichen Vergleich; allerdings können damit keine Aussagen über die innerstaatliche Einkommensverteilung oder soziale Entwicklungen getroffen werden (im Bild eine der nach wie vor wichtigsten wirtschaftlichen Einrichtungen: ein Straßenbasar, hier im Irak 1988).

■ Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Die Staaten Irak und Syrien wurden beide um 1920 unter Federführung Großbritanniens und Frankreichs als Völkerbundsmandate definiert. Sie umfassten das Territorium von insgesamt sieben osmanischen Provinzen mit sehr unterschiedlichem sozialem und wirtschaftlichem Profil. Allen diesen Provinzen war gemeinsam, dass die Bewohner ihr Einkommen überwiegend aus landwirtschaftlicher Produktion und Handel bezogen.

Osmanisches Erbe

Zum Erbe der osmanischen Herrschaft gehören ein geringer Industrialisierungsgrad und die Spezialisierung großer Teile der Landwirtschaft auf Exporterzeugnisse (*cash crops*) wie Getreide, Baum- und Schafwolle. Trotz Abhängigkeit von der Einfuhr von europäischen industriell erzeugten Gütern sorgte der erfolgreiche Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse aber im Allgemeinen für eine ausgeglichene Zahlungsbilanz.

Die osmanische Regierung hatte in den 1850er Jahren das Bodenrecht reformiert und erstmals verbriefte Rechtstitel auf privaten Landbesitz geschaffen. Sie hatte damit ein doppeltes Ziel verfolgt: Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung und Erhöhung der Steuereinnahmen. Es waren vor allem die bereits etablierten Eliten, die Nutzen daraus zogen. Dadurch konzentrierte sich bis 1920 ein Großteil der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in den Händen weniger Familien von wohlhabenden Händlern, tribalen Scheichs, Verwaltungsfunktionären und Offizieren der Armee.

Die später zu Irak und Syrien zusammengeschlossenen Gebiete waren bereits zu diesem Zeitpunkt von starken regionalen Diskrepanzen geprägt. Urbanisierte und an moderne Verkehrsinfrastruktur angeschlossene Regionen wie Aleppo und Damaskus in Syrien und Bagdad im Irak kontrastierten mit weitläufigen und dünnbesiedelten ländlichen Räumen und Wüstengebieten. Auch die regionale Orientierung dieser Einheiten war sehr un-

terschiedlich. Während zum Beispiel Aleppo wirtschaftlich und sozial eng mit Anatolien verbunden war, pflegte Damaskus enge Beziehungen mit der südlich gelegenen Kornkammer der Landschaft Hauran.

Im Zuge der osmanischen Reformanstrengungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts und durch das Engagement christlicher und jüdischer Missionswerke wurden zahlreiche moderne Gesundheitseinrichtungen errichtet. Mit ihrer Hilfe sowie mit Hygienemaßnahmen und einem strikten Quarantäneregime bekam man Epidemien weitgehend in den Griff. Ein schnell wachsender Anteil der Bevölkerung verfügte über grundlegende Kenntnisse in Lesen und Rechnen und ein ebenfalls wachsender Anteil erwarb höhere Bildung.

Die Absolventen der modernen Bildungsreinrichtungen stammten vermehrt aus Haushalten der Mittelschichten. Sie konnten u.a. als Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Verwaltungsbeamte, Juristen und Offiziere Karriere machen, die Großgrundbesitzerfamilien erhielten sich aber weitgehend das Monopol auf politisch einflussreiche Positionen. Fortschritte in den Feldern Gesundheit und Bildung waren auf die städtischen Zentren konzentriert. Frauen kamen in erheblich geringerem Maße in den Genuss von moderner Bildung als Männer, Muslime weniger als Christen und Juden.

Auch wenn die durch die osmanische Herrschaft angestoßene wirtschaftliche und soziale Entwicklung sozial unausgewogen war, ermöglichte sie in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ein Ausmaß an politischer Stabilität, Liberalität und gesellschaftlicher Teilhabe für unterschiedliche ethnische und religiöse Gruppen, das in beiden Ländern seitdem nur noch selten erreicht wurde.

Mandatszeit und Dekolonisierung

Die britische Regierung im Irak und die französische Regierung in Syrien nach 1920 verfügten beide nur über sehr begrenzte finanzielle Mittel. Sie waren bestrebt, möglichst wenig in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Länder unter ihrem Mandat einzugreifen. Somit wurden während der Mandatszeit

die Trends der spätoomanischen Zeit weitgehend fortgeschrieben, einschließlich weiterer moderater Fortschritte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. In beiden Ländern ermutigten die hohen Preise zur Zeit des Zweiten Weltkriegs einige Händler, in Industrieunternehmen zu investieren, speziell in den Bereichen Textilien, Lebensmittelverarbeitung, Baumaterial und Konsumgüter. Diese Unternehmen wurden bald so erfolgreich, dass die Weltbank 1954 speziell Syrien gute Chancen einräumte, zu einer wettbewerbsfähigen Industrienation zu werden.

Zu den langfristigen Trends gehörte aber auch das Entwicklungsgefälle zwischen Stadt und Land. Fortgeschrieben wurde ebenso das fast ungebrochene Monopol der Großgrundbesitzer-schicht auf politische Ämter und die immer stärkere Konzentration des Landbesitzes in wenigen Händen. Besonders drastisch verlief diese Entwicklung im Irak. Zum Beispiel besaßen um 1950 in der Provinz Amara im Südosten des Irak nur acht Scheichfamilien zusammen 53 Prozent des Bodens der Provinz; 19 Prozent waren in den Händen von weiteren 18 Einzelpersonen. Die führenden einheimischen Politiker vertraten die Interessen der Großgrundbesitzer. Sie starteten zwar Kampagnen für die nationale Selbstbestimmung und waren zumindest zum Teil liberalen und demokratischen Werten verpflichtet. Sie hatten aber kein Interesse daran, den Status quo in Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend zu verändern.

Die jüngere Generation von irakischen und syrischen Intellektuellen, Militär- und Verwaltungseliten, die zu einem großen Teil den städtischen und ländlichen Mittelschichten entstammten, nahm all dies und zusätzlich insbesondere die Fremdherrschaft mit Frustration und wachsender Ungeduld zur Kenntnis. Ab den 1940er Jahren sammelten sich viele von ihnen in der Baath-Partei (mit vollem Namen ›Arabische Sozialistische Partei der Wiedererweckung‹), die 1940 in Damaskus gegründet worden war und wenig später auch im Irak Fuß fasste. Ihre säkulare und panarabische Ausrichtung drückte sich aus in dem Motto: »Einheit, Freiheit, Sozialismus«.



palopa/Karim Sahib

Öl ist im Irak seit Jahrzehnten die wichtigste Einnahmequelle: Öltraffinerie in Basra, November 1999.

Die Jahre nach der Unabhängigkeit

Die formale Unabhängigkeit des Königreiches Irak im Jahr 1932 und der Republik Syrien im Jahr 1946 brachte in beiden Ländern zunächst keinen Wechsel der politischen Eliten und damit auch keine grundlegenden Änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Jahr 1958 markiert den Beginn einer Phase der bis heute radikalsten wirtschaftlichen und sozialen Reformen in beiden Ländern. Auch wenn die politischen Umstände im Einzelnen unterschiedlich waren und die neuen Führungen des Irak und Syriens sogar ein feindseliges Verhältnis zueinander entwickelten, so waren sich die Entwicklungsstrategien in beiden Ländern sehr ähnlich.

Entsprechend dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm der Baath-Partei wurden die meisten Großunternehmen verstaatlicht. Landreformen, mit denen die Güter der Großgrundbesitzer enteignet und unter Kleinlandwirten aufgeteilt wurden, sicherten großen Teilen der Landbevölkerung ein besseres Auskommen. Flankiert durch Investitionen in die strukturschwa-

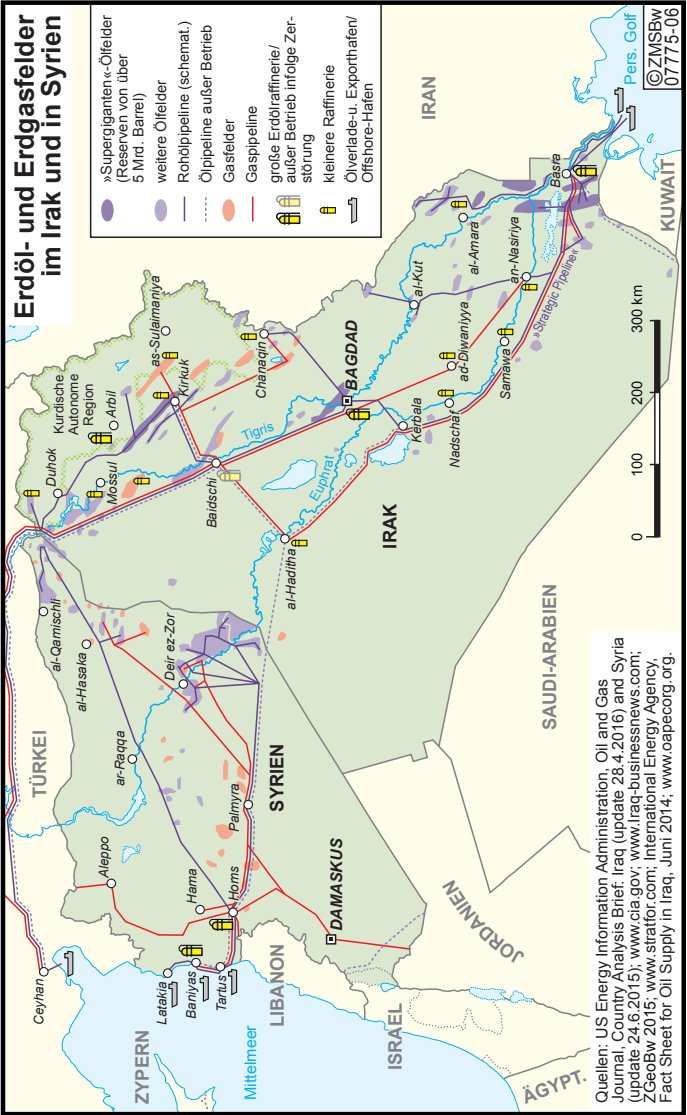
chen ländlichen Gebiete, verbesserte dies den Lebensstandard auf dem Land. Ein flächendeckendes säkulares Bildungssystem schuf die Voraussetzung für technischen und sozialen Fortschritt und eröffnete in zunehmendem Maße auch Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und auf Teilhabe am öffentlichen Leben.

Einen gewichtigen Unterschied in der Entwicklung beider Länder machte jedoch der Faktor Erdöl. Während in Syrien nur kleinere Ölvorkommen entdeckt wurden, stellte sich heraus, dass der Irak eine der größten Erdöllagerstätten weltweit besaß. So blieb Syrien ein weitgehend agrarisches Land, während sich der Irak in kurzer Zeit zu einem der international größten Erdöl-exporteure entwickelte.

Bilanz am Vorabend der Kriege von 2003 und 2011

Das Baath-Regime im Irak, seit 1979 unter der Führung Saddam Husseins, hatte von den 1970ern bis in die 1980er Jahre hinein Entwicklungserfolge vorzuweisen, die ihm im Inland – trotz Repressionen gegen Andersdenkende und trotz der gewaltsamen Unterdrückung der kurdischen und schiitischen Opposition – bei wichtigen gesellschaftlichen Gruppen Legitimität verliehen. Die Außenpolitik des Regimes machte aber viele dieser Erfolge wieder zunichte. Gerade als der Irak auf dem Weg zu einem industriellen Schwellenland zu sein schien, stürzte das Regime sich 1980 in einen verlustreichen Krieg gegen Iran, der sich schließlich bis 1988 hinzog und als Erster Golfkrieg in die Geschichte eingegangen ist (siehe den Beitrag von Henner Fürtig). Seit Ausbruch des Krieges wurden Wirtschaft und Gesellschaft immer stärker militarisiert, um den Traum Saddams und seiner Gefolgsleute zu realisieren, Irak zur Führungsmacht der Region zu machen. Rüstungs- und Militärausgaben machten in dieser Zeit mindestens 50 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus. Krieg und Gewalt sind seitdem ständige Begleiter des Alltags.

Syrien, das von 1970 bis 2000 von Hafiz al-Assad regiert wurde, erlebte in dieser Zeit einen ähnlich großen Entwicklungssprung. Allein in den 1970er Jahren wuchs die syrische Wirt-



schaft um mehr als 300 Prozent. Das Land erlebte eine öffentliche Gesundheitsreform, und selbst kleinere Dörfer erhielten Schulen und wurden an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Das wirtschaftliche Wachstum blieb allerdings, bedingt durch geringere Öleinnahmen, bescheidener als im Nachbarland Irak. Zudem erwies sich die staatlich gelenkte Wirtschaft als zunehmend ineffizient. Die 1980er Jahre waren von einer Rezession geprägt, die nach einer teilweisen Liberalisierung in den Neunzigern von einem bescheidenen Wachstum abgelöst wurde.

Als Staatspräsident Hafiz al-Assad dann im Jahr 2000 von seinem Sohn Baschar abgelöst wurde, sah es zunächst nach einem Neuanfang aus. Baschar al-Assad und seine Regierungsmannschaft legten ihre Priorität auf eine wirtschaftliche Reform und die wissenschaftlich-technische Modernisierung Syriens; sie waren bemüht, den ererbten Reformstau aufzulösen. Zu den in rascher Folge beschlossenen Maßnahmen gehörte die Wiederzulassung privater Banken, die Einrichtung einer Aktienbörse, der Abbau von bürokratischen Hemmnissen für Investoren und eine zunehmende Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit dem privaten Sektor. Wie sich in den folgenden Jahren herausstellen sollte, kam diese Politik vor allem den städtischen Mittel- und Oberschichten zugute, während der ländliche Raum in der wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend abgehängt wurde. Zusammen mit der wahrscheinlich verheerendsten Dürre der syrischen Geschichte zwischen 2006 und 2011, die Hunderttausende vom Hunger bedrohte Landbewohner auf Arbeitssuche in die Städte trieb, war dies ein Grund für einen zunehmenden Legitimitätsverlust des Regimes insbesondere im ländlichen Raum. Dies verlieh den Protesten im Frühjahr 2011 gerade in ländlichen Gebieten einen Schub, die kaum ein Beobachter für möglich gehalten hatte. Die ländliche sunnitische Bevölkerung bildete dann auch das Rückgrat der Revolutionsbewegung und des militärischen Aufstandes.

Für den Irak kam der größte Einschnitt mit dem Zweiten Golfkrieg von 1990/91. Im Februar 1991 war die irakische Armee zu großen Teilen zerstört und die zivile Infrastruktur war stark geschädigt. Die Bevölkerung litt unter dem Handelsembargo, das die Vereinten Nationen seit dem Kuwaitkrieg über das Land verhängt hatten. Im Jahr 1996 musste sich die irakische Führung

widerstrebend auf das Oil-for-Food-Programm einlassen, das es dem Land erlaubte, auf dem Weltmarkt Erdöl gegen humanitäre Güter zu tauschen.

Viele Erfolge des irakischen Staates im Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung wurden seit dem ersten Golfkrieg schrittweise rückgängig gemacht. Innerirakische militärische Auseinandersetzungen (u.a. die Kampagne gegen die Kurden nach 1986), dann der Zweite und Dritte Golfkrieg, der Aufstand gegen die US-Besatzungstruppen sowie seit 2015 die Auseinandersetzung zwischen der Zentralregierung und der Miliz »Islamischer Staat« verstärkten diese Entwicklung.

Eine Ausnahme bildet die Kurdische Autonome Region, die durch eigene Öleinnahmen und relative politische Stabilität erheblich günstigere Bedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung schaffen konnte als der Rest des Landes. So konnte die Bildungsinfrastruktur in Irakisch-Kurdistan in wesentlich größerem Ausmaß wieder aufgebaut werden als in den anderen Landesteilen, insbesondere den zentralen und südlichen Provinzen.

Während der Irak nach 1990 Schritt für Schritt in Armut und Chaos versank, erschien Syrien lange Zeit als eine Insel relativer Stabilität. In den Jahren vor 2011 verwiesen Vertreter des Regimes oft auf die Volksrepublik China als Vorbild für das Land. Von China könne man lernen, so war man offensichtlich überzeugt, wie erfolgreiche wirtschaftliche Transformation ohne politische Liberalisierung möglich sei. Diese Rechnung ging nicht auf (vgl. dazu den Beitrag von Miriam M. Müller).

Rückentwicklung seit den Kriegen

Im Irak und, mit Verzögerung, in Syrien zeitigten die Militarisierung der Gesellschaft sowie innenpolitische Konflikte – ethnisch und religiös untermauert und durch internationale Interventionen oft noch verschlimmert – eine massive gesellschaftliche Rückentwicklung. Nach fünf Jahren Bürgerkrieg in Syrien wird geschätzt, dass 80 Prozent der Bevölkerung in Armut leben und die durchschnittliche Lebenserwartung um 20 Jahre gesunken ist. Auch im Irak wachsen die Armutszahlen. Nach Angaben der Weltbank leben 28 Prozent der Bevölkerung unter der Armuts-

grenze. Interne Massenvertreibungen im Zusammenhang mit dem Konflikt mit der IS-Miliz, der globale Verfall des Ölpreises und mangelnde Erwerbsmöglichkeiten gehen dabei Hand in Hand.

Irak und Syrien sind, unabhängig von der katastrophalen Situation infolge der Kriege und Bürgerkriege, wie die meisten Länder des Nahen Ostens generell auf den Import von Grundnahrungsmitteln angewiesen. Die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung ist damit ein Hauptproblem für beide Länder. Gleichzeitig wird das landwirtschaftliche Potenzial zunehmend begrenzt durch Wassermangel und Bodendegradation (siehe dazu den Beitrag von Jörg Barandat).

Bei anhaltend hohen Geburtenraten steigt indessen die Nachfrage nach Nahrungsmitteln stetig weiter. In beiden Ländern liegt das Bevölkerungswachstum bei knapp drei Prozent. Wie hoch der Zuwachs durch die Geburtenrate ist, lässt sich daran ermessen, dass die syrische Bevölkerung bis 2015 trotz der Abwanderung von etwa vier Millionen Menschen nur um 0,1 Prozent geschrumpft war; damit war der Bevölkerungsrückgang immer noch schwächer als der der deutschen Bevölkerung im gleichen Zeitraum.

Irak und Syrien sind Länder mit einem großen Anteil junger Menschen. Aus ihnen kann, je nach Umständen, ein großes Potenzial für die Zukunft erwachsen, aber es können auch »verlorene Generationen« daraus hervorgehen. Die Bevölkerungsgruppe im Alter von 0 bis 14 Jahren macht gegenwärtig im Irak etwa 40, in Syrien etwa 33 Prozent aus. In der durch die bewaffneten Konflikte hervorgerufenen akuten Notlage sind die Kinder in beiden Ländern ein besonders verwundbarer Teil der Gesellschaft.

Die Kosten der Rückentwicklung dürften immens sein – nicht nur für die Gesellschaften Iraks und Syriens, auch für Europa und die internationale Gemeinschaft. Selbst großzügige Wiederaufbauhilfen würden den Verlust an menschlichen Ressourcen wohl über Jahrzehnte nicht ausgleichen können. Ein weiteres Andauern von Krieg und humanitärer Notlage dürfte diese Kosten weiter erhöhen.

Johann Büssow

Länderinformation Syrien	
Landesname:	Arabische Republik Syrien / Al-Dschumhuriya al-Arabiya as-Suriya
Hauptstadt:	Damaskus, 1,7 Mio. Einwohner (2015), im Großraum 4 Mio.
Unabhängigkeit:	1.1.1944 (nominell)
Staats- und Regierungsform:	Sozialistische Republik, Präsidialregime, Verfassung 2012
Amtssprache (Nationalsprache):	Arabisch (Tscherkessisch, Armenisch, Kurdisch)
Staatspräsident:	Dr. Baschar al-Assad (seit 2000)
Landesfläche:	185 180 km ² , im Vergleich: BRD 357 000 km ²
Bevölkerung:	17,1 Mio. Einwohner (2015)
Städtische Bevölkerung	58 % (2015)
Bevölkerungswachstum:	- 9,7 % (2014)
Lebenserwartung:	68 Jahre (2014)
Größte Ethnien:	90 % Araber, 6 % Kurden, 2 % Armenier, 2 % Sonstige
Religionen:	72 % Sunniten, 12 % Drusen, 4 % Alawiten, 1 % Ismailiten, 10 % Christen, 1 % Sonstige
Alphabetisierungsrate:	85,5 % (2014)
Unterhalb der Armutsgrenze:	30 % (2015)
Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar:	60,5 Mrd. (2010), im Vergleich: BRD 2497 Mrd.
Pro Kopf-Einkommen in US-Dollar:	2 808 (2010), 1 000 (2012)
Wachstum BIP jährlich:	3,4 % (2010)
Arbeitslosenquote:	8,4 % (2010), 10,8 % (2014)
Erwerbsfähige Bevölkerung:	5,8 Mio. (2010)
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	15,2 % (2010)
Beschäftigte im Dienstleistungssektor:	53 % (2010)
Beschäftigte in der Industrie:	32,9 % (2010)
Abhängig Beschäftigte:	63,2 % (2010)
Selbständige:	33 % (2010)
Arbeitgeber:	4,2 % (2010)
Flüchtlinge im Land:	1,66 Mio. (2010)
Exportgüter:	Erdöl, Mineralien, Nahrungsmittel, Vieh, Baumwolle, Textilien
Importgüter:	Maschinen, Nahrungsmittel, Vieh, Eisen/Stahl, chemische Erzeugnisse
Wichtigste Handelspartner:	Saudi-Arabien, Irak, Vereinigte Arabische Emirate, Iran, China
Bemerkung: Die Angaben, insbesondere zur sozio-ökonomischen Lage der Bevölkerung, sind vor allem für die Zeit nach 2011 eher Schätzungen. Die Angaben der einzelnen Quellen weichen teils voneinander ab.	
Quellen: Wirtschaftskammer Österreich, Länderprofil Syrien; Statistisches Bundesamt; Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Mena_online.pdf; Auswärtiges Amt (2016); Weltbank (2016); Geoinformationsdienst der Bundeswehr, Aktuelle Geo-Information (2016).	

 Länderinformation Irak	
Landesname:	Republik Irak / Jumhuriyyat Al-Iraq
Hauptstadt:	Bagdad, 7,6 Mio. Einwohner (2016)
Unabhängigkeit:	3.10.1932 (Aufnahme in den Völkerbund und Aufhebung des britischen Mandats)
Staats- und Regierungsform:	Parlamentarische Republik mit föderalistischer Verfassung 2005
Amtssprache (Nationalsprache):	Arabisch (Kurdisch, Assyrisch, Armenisch, Persisch)
Staatspräsident:	Fouad Ma'soum (seit Juli 2014), Kurdische Autonome Region: Masud Barzani (seit 2005)
Landesfläche:	435 520 km ² , im Vergleich: BRD 357 000 km ²
Bevölkerung:	35,87 Mio. Einwohner (2015)
Städtische Bevölkerung	70 % (2015)
Bevölkerungswachstum:	2,9 % (2015)
Lebenserwartung:	71 Jahre (2014)
Größte Ethnien:	80 % Araber, 17 % Kurden, 3 % Sonstige
Religionen:	60 % Schiiten, 35% Sunniten, 5 % Sonstige
Alphabetisierungsrate:	79,3 % (Personen über 15 Jahre)
Unterhalb der Armutsgrenze:	23 % (2014)
Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar:	223,5 Mrd. (2014), im Vergleich: BRD 2916 Mrd.
Pro Kopf-Einkommen in US-Dollar:	6 420 (2014)
Wachstum BIP jährlich:	7,1 % (Prognose für 2016, IWF; Weltbank: 3,1 %)
Arbeitslosenquote:	16,4 % (2014)
Erwerbsfähige Bevölkerung:	8,38 Mio.
Erwerbstätige Bevölkerung:	7,03 Mio.
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	23,4 %
Beschäftigte im Dienstleistungssektor:	58,3 %
Beschäftigte in der Industrie:	18,2 %
Flüchtlinge im Land:	641 047
Exportgüter:	Erdöl (84% Exportanteil), Rohstoffe
Importgüter:	Nahrungsmittel, Medizin, Handwerksprodukte
Wichtigste Handelspartner:	China, Indien, Südkorea, Griechenland, Italien, Türkei, Syrien, USA
Bemerkung:	Die Angaben der einzelnen Quellen weichen teils voneinander ab.
Quellen: Wirtschaftskammer Österreich, Länderprofil Irak; Statistisches Bundesamt; Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Mena_online.pdf; Auswärtiges Amt (2016); Weltbank (2016); Geoinformationsdienst der Bundeswehr, Aktuelle Geo-Information (2016).	
©ZMSBw 07786-03	



Wer vor dem Bürgerkrieg die ländlichen Gebiete Syriens östlich des regenreichen und grünen Küstenstreifens besuchte, erfuhr große Unterschiede in Wohlstand und Lebensstil. Dennoch fühlten sich die meisten Bewohner dieser Gebiete durch einige Gemeinsamkeiten vereint. Dazu zählte die Verbundenheit mit jenen Regionen, die im Arabischen als »offenes Land«, *bādiya*, bezeichnet werden und von denen sich das Wort *badû*, »Beduinen«, ableitet. So bedeutet Beduine im eigentlichen Wortsinne: »Bewohner des offenen Landes«. Das Bild oben zeigt syrische Beduinen im Jahr 1946, die den Empfang von Gästen vorbereiten.

Alltagsleben, Krieg und Politik im ›offenen Land‹: Tribale Kultur in Irak und Syrien

Das ›offene Land‹ sind jene halbtrockenen oder trockenen ländlichen Räume Syriens und Iraks, wo Landwirtschaft nur mit künstlicher Bewässerung oder unter großen Risiken betrieben werden kann und wo der Staat seit jeher sehr viel weniger präsent ist als in den Städten. Dort, wo die im 20. Jahrhundert festgelegten nationalstaatlichen Grenzen das ›offene Land‹ durchschneiden, ist bis heute von staatlichen Hoheitszeichen meist nur wenig zu erkennen. Im ›offenen Land‹ bietet die Staatsmacht weniger Schutz und Dienstleistungen als anderswo. Dafür ist man aber auch staatlicher Kontrolle weniger ausgesetzt. Lange Zeit konnte man hier Steuerzahlungen und Militärdienst weitgehend vermeiden und auch heute blüht dort der zollfreie Handel – also das, was staatliche Behörden Schmuggel nennen.

Kulturelles Orientierungswissen

Wohnadressen zählen in Syrien und Irak generell weniger als in Europa, und im ›offenen Land‹ gilt dies umso mehr. Was hier Orientierung schafft, sind in erster Linie Verwandtschaftsgruppen und übergeordnete tribale Verbände. Zugleich definiert das Gewohnheitsrecht (arab. *'urf*) Solidaritätsgruppen, deren Mitglieder füreinander haften. Da es ständig zu klären gilt, wer zu wem gehört, haben Genealogie, arabisch *nasab*, und Erzählungen über Stammesgeschichte eine besondere Bedeutung. Beides sind heute beliebte Gesprächsthemen und der Stoff von Büchern und Online-Diskussionsforen. An manchen Universitäten kann *nasab* sogar als Studienfach belegt werden. Orientierung im moralischen Sinne stiften Werte, die aus dem Stammesleben abgeleitet werden, darunter Mut, Freiheitsliebe, Stolz, Großzügigkeit und Gastfreundschaft. Von Menschen, die sich tribalen Traditionen verbunden fühlen, wird dies oft in nostalgischer Sichtweise mit einem vergangenem ›Zeitalter der Scheichs‹ verbunden, in dem

diese Werte das Handeln der tribalen Führer und Repräsentanten geleitet haben sollen.

Demgegenüber gibt es unter der urbanen Bevölkerung negative Stereotype gegenüber der ländlichen Bevölkerung im Allgemeinen sowie Beduinen und Tribalismus im Besonderen. Das Bild, das sich aus diesen Stereotypen ergibt, ist ambivalent. Die Landbevölkerung gilt demnach seit alters her als unzivilisiert, unzuverlässig und religiös ungebildet. In der Moderne kommen dazu die Kampfbegriffe ›Rückständigkeit‹ und ›Korruption‹. Andererseits gibt es speziell in Bezug auf die Beduinen das positive Klischee, sie seien – mindestens zum Teil – von den negativen Aspekten städtischer Zivilisation unberührt und hätten Tugenden bewahrt, die auch die frühen Muslime ausgezeichnet hätten.

Stamm und Tribalismus

In Syrien und Irak, wie im modernen Nahen Osten insgesamt, bezeichnet »Stamm« eine lockere Organisation von Menschen, die sich auf einen gemeinsamen männlichen Vorfahren berufen. Dieser ist oft der Namensgeber dieser Gruppe, nach dem Muster »Die Söhne von XY« (arab. *Banû XY*). An ihrer Spitze stehen männliche Repräsentanten, die gewöhnlich als ›Scheich‹ bezeichnet werden. Die Mitgliederzahl von tribalen Gruppen schwankt zwischen einigen Hundert und einer halben Million Menschen.

Stammeskonföderationen können eine Art Dachverband mehrerer Einzelstämme bilden. Sie berufen sich nicht notwendigerweise auf einen gemeinsamen Vorfahren und haben meist mehr als einen Scheich.

Jeder Stamm untergliedert sich in Segmente, das heißt kleinere Gruppierungen, die sich ebenfalls zumeist durch Abstammung (*nasab*) definieren. Das Stammes- und Clanwesen wird übergreifend als ›Tribalismus‹ bezeichnet.

Entgegen weitverbreiteter Klischees sind tribale Gruppen nicht mit arabischsprachigen Nomaden gleichzusetzen. Tribal organisierte Bevölkerungsteile finden sich auch in Dörfern und Städten. Zudem sind tribale Organisationsprinzipien nicht auf

die arabische Bevölkerung beschränkt, sondern finden sich z.B. auch unter der kurdischen Bevölkerung.

In Irak und Syrien gibt es einen recht zuverlässigen Konsens darüber, wer als ›tribal‹ gelten kann, auch wenn die Verwaltungen in beiden Staaten keine Statistiken führen, die den Anteil tribaler Bevölkerung ausweist. Die groben demografischen Proportionen lassen sich wie folgt umreißen: In Syrien gelten gegenwärtig 43 Prozent der Bevölkerung als »ländlich«, im Irak etwa 30 Prozent. Der Anteil der tribal organisierten Bevölkerung wird für Syrien allgemein auf etwa 15 Prozent, für Irak auf 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung geschätzt.

Darüber hinaus gibt es aber weitere Aspekte der nationalen Kulturen, die mit Tribalismus in Verbindung gebracht werden. Gewohnheitsrecht und insbesondere gewohnheitsrechtliche Praktiken der Schlichtung von Streitfällen sind weit verbreitet. Dasselbe gilt für die Praxis der Cousinenheirat, die ein zentrales Merkmal tribaler Organisation ist, aber auch in der nicht-tribalen Bevölkerung dominiert.

Stämme sind, ähnlich wie Nationen, zunächst eine gedachte Ordnung, die je nach Kontext sehr unterschiedlich mit Leben gefüllt wird. Aufgrund von Erfahrungen in ehemaligen Kolonialgebieten, insbesondere in Afrika, in denen ›Stämme‹ oft von den Kolonialverwaltungen eingeführte Verwaltungseinheiten waren, die mit dem Selbstverständnis lokaler Bevölkerungen kaum oder gar nicht korrespondierten, ist der Begriff heute umstritten. In den arabischen Ländern gibt es jedoch eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Sprachgebrauch der Wissenschaft und dem der lokalen Bevölkerung, weshalb der Stammesbegriff für diese Länder kaum in Frage gestellt wird. Allerdings werden Begriffe wie ›Stamm‹, ›Unterstamm‹, ›Clan‹ usw. in der Praxis völlig uneinheitlich verwendet, weswegen es sich anbietet, im Zweifelsfall neutral von einer ›tribalen Gruppe‹ zu sprechen.

Politische Geschichte des ländlichen Raumes

Für alle Staatswesen, die sich in der Geschichte auf dem Territorium der heutigen Staaten Syrien und Irak etablieren konnten, ist das ›offene Land‹ eine Herausforderung gewesen. Eine vollstän-

dige Beherrschung der weiten Räume und ihrer großteils mobilen Bevölkerung ließ sich nur mit sehr hohen Kosten bewerkstelligen – Kosten, die durch die Steuereinnahmen aus diesen Gebieten nicht zu decken waren. Daher waren Repräsentanten tribaler Gruppen schon für die frühen Staatswesen der Region bevorzugte Ansprechpartner. In Kooperation mit ihnen war eine relativ kostensparende Kontrolle dieser Gebiete möglich.

Auch das Osmanische Reich nutzte diese Art von Stellvertreterherrschaft, »Indirektes Regieren« (engl. *indirect rule*) genannt, vielfach und fortgesetzt. Führende Scheichs erhielten staatliche Subsidien und Landgeschenke. Infolgedessen kam es zu einer zunehmenden Stabilisierung von Scheich-Dynastien. Von der osmanischen Herrschaftsstrategie im ›offenen Land‹ profitierten insbesondere einige große Stammeskonföderationen, die zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert von der Arabischen Halbinsel eingewandert waren. Die Angehörigen dieser Stammeskonföderationen waren zumeist wehrhafte und hochmobile Kamelzüchter. Die wichtigsten unter ihnen waren die Anaza und Shammar. Sie hatten andere, zumeist schafzüchtende Gruppen verdrängt und in der syrischen und irakischen Steppe die militärische Oberhand gewonnen. Damit wurden die Scheichs der Anaza und Shammar auch für die osmanische Regierung zu bevorzugten Partnern. Der Gegensatz zwischen den eingewanderten Stammeskonföderationen und den lokalen Schafzüchtern ist bedeutsam, weil er im 20. Jahrhundert weiter politisiert wurde und im syrischen Bürgerkrieg seit 2011 die politische Lagerbildung mitbestimmt.

Im 19. Jahrhundert konzentrierten sich Landbesitz und politischer Einfluss in der Hand von Großgrundbesitzern und tribalen Scheichs, auch wenn die osmanischen Reformer (siehe Beitrag Steinbach, Das Osmanische Reich) ursprünglich vor allem Landwirte mit kleinerem und mittlerem Besitz fördern wollten. Zur gleichen Zeit begannen Städte und Dörfer zu expandieren, da die Produktion für den europäischen und amerikanischen Markt anlief und Neusiedler, vor allem muslimische Kriegsflüchtlinge aus dem Kaukasus und vom Balkan, systematisch in ländlichen Gebieten angesiedelt wurden.

Die politische und soziale Ordnung auf dem Land, die sich seit der osmanischen Reformzeit allmählich stabilisiert hatte,

blieb nach dem Ersten Weltkrieg zunächst erhalten. In den 1930er Jahren setzten dann tiefgreifende Veränderungen ein. Insbesondere wurde das Transportmittel Kamel vom Automobil abgelöst, was das Ende des Kamelnomadismus bedeutete. Damit einher ging das Ende tribaler militärischer Autonomie. Unsachgemäß durchgeführte landwirtschaftliche Großprojekte führten zu Versalzung und Überweidung großer Teile der Steppe.

Zugleich kam es zu einer politischen Polarisierung der Landbevölkerung entlang sozialer und ethnischer Kategorien. Arabische Nationalisten, insbesondere die ›Arabische Sozialistische Partei der Wiedererweckung‹, kurz Baath-Partei, propagierten eine radikale Abwertung des Tribalismus als ›rückschrittlich‹. Gleichzeitig schlossen nationalistische Politiker aber Allianzen mit den sogenannten Schafzüchter-Gruppen, die dadurch einen Vorteil in der Konkurrenz gegenüber den dominanten großen Stammeskonföderationen wie Anaza und Shammar erhielten. Die Scheichs der Anaza und Shammar selbst suchten zu großen Teilen ihr Heil in Allianzen mit den Mandatsmächten und, ab den 1940er Jahren, mit dem saudischen Königshaus.

Die postkolonialen Regierungen in Syrien und im Irak betrieben ihrerseits die gezielte Ansiedlung loyaler tribaler Gruppen zur ›Arabisierung‹ der mehrheitlich kurdischen Gebiete. Im Irak wurden zusätzlich sunnitische tribale Gruppen als Milizen gegen die aufbegehrende schiitische Bevölkerung im Süden des Landes rekrutiert. Loyale Stämme erhielten eine besondere politische Repräsentanz, beispielsweise durch Quoten für Stammesmitglieder in den nationalen Parlamenten. Die Regierungen in Damaskus und Bagdad nutzten zudem Landreformen als Mittel, um die Macht der Großgrundbesitzer und tribalen Scheichs zu brechen und ihre eigene Machtbasis auf dem Land zu vergrößern. Infrastrukturmaßnahmen, darunter Dammbauprojekte an Euphrat und Tigris und die Förderung moderner Agrartechnologie, verbesserten die Lebensbedingungen der Landbevölkerung teils erheblich.

Das ›offene Land‹ in der Gegenwart: Rückzug des Staates, Konfessionalisierung, militärische Mobilisierung

Die in Syrien und Irak in den 1970er Jahren einsetzende Politik der wirtschaftliche Liberalisierung (arab. *infitâh*) schuf wiederum neue Rahmenbedingungen. Ländliche Infrastrukturmaßnahmen wurden seitdem vernachlässigt, was zu wachsender Armut und Unzufriedenheit in den peripheren ländlichen Regionen führte.

Seit den 1970er Jahren gingen die Regierungen von Hafiz al-Assad in Syrien und von Saddam Hussein im Irak verstärkt Klientelbeziehungen mit einzelnen tribalen Gruppen ein, die auch militärische Zusammenarbeit einschloss. In Syrien zeigte sich dies bei der Zusammenarbeit des Regimes mit dem Stamm der Hadidiyin bei der Belagerung islamistischer Aufständischer in Hama 1982 und bei der Besetzung prominenter Regierungsposten mit Vertretern loyaler Stämme. Im Irak wurden unter Saddam Hussein in den 1990er Jahren sogar Elemente einer tribalen Autonomie wieder eingeführt, wie sie zuletzt bis in die 1950er Jahre bestanden hatte: Scheichs erhielten Waffen, und tribales Gewohnheitsrecht wurde offiziell anerkannt (siehe den Beitrag von Roby Barrett). Im Nordirak wurden regimetreue tribale Milizen geschaffen, um die kurdische Opposition zu bekämpfen.

Parallel dazu kam es seit den 1980er Jahren zu einem allgemeinen Aufleben tribaler Kultur im arabischen Nahen Osten. Beispiele dafür sind die Ausstrahlung populärer TV-Unterhaltungsserien zu beduinischen Themen, die Veranstaltung eines jährlichen Kamelrennens bei Palmyra in Syrien sowie eine große Zahl von Neuerscheinungen zu Genealogie und Geschichte tribaler Gruppen auf dem arabischen Buchmarkt.

Nach dem Irakkrieg von 2003 verstanden es die US-amerikanischen Besatzungstruppen im Irak ihrerseits, einzelne Stämme für sich zu mobilisieren. Die von den Amerikanern finanziell geförderte sogenannte Sahwa-Bewegung (arab. *sahwa*, »Erwachen«, »Erwecken«) vereinte nach 2005 sunnitische Stämme im Nordwesten des Irak gegen islamistische Rebellen, die zu dieser Zeit die größte Herausforderung für die amerikanischen Truppen im Land darstellten. Die Zusammenarbeit mit tribalen Mili-



Irakische Scheichs auf der Konferenz der irakischen Stämme zur nationalen Versöhnung am 26. August 2006.

zen galt als ein Eckpfeiler der Counterinsurgency-Strategie, die den Irak wenigstens oberflächlich befriedete und als Legitimationsgrund für den amerikanischen Abzug im Jahr 2010 diente.

Bis 2013 lösten sich die Sahwa-Milizen jedoch fast vollständig auf, nachdem die irakische Regierung unter Nuri al-Maliki nur eine Minderheit von ihnen in den Staatsdienst übernehmen wollte. Danach wechselten viele Milizionäre unerwartet schnell die Seite und wurden zu Partnern und Gastgebern der Dschihadisten von Al-Qaida im Irak und später auch des Islamischen Staates.

Seit 2014 ist die Grenzzone zwischen Syrien und Irak zum Rückgrat des IS-kontrollierten Territoriums geworden. Wie sich das Verhältnis zwischen lokaler Bevölkerung und IS-Milizionären darstellt, ist bisher nur in Umrissen bekannt. Die verfügbaren Informationen legen nahe, dass die lokale Bevölkerung nur eine Minderheit der IS-Kämpfer stellt. Auch die Zustimmung zu der extremistischen Ideologie des IS dürfte begrenzt sein. Allerdings scheint es ein gewisses Maß an Empathie zu geben, das sich aus dem Gefühl speist, in einer wirtschaftlich abgehängten, kulturell abgewerteten Region zu leben. Der IS und andere sunnitische

Dschihadisten erscheinen zudem als glaubwürdige Beschützer vor der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak, der nachgesagt wird, sie wollte mit Hilfe des Iran das Land unter ihre Kontrolle bringen und die sunnitische Bevölkerung systematisch aus allen Machtpositionen verdrängen.

In Syrien kann unterdessen beobachtet werden, wie die arabischen Stämme im Bürgerkrieg seit 2011 fast alle denkbaren Positionen einnehmen: Teils kooperieren sie mit Oppositionsgruppen, teils mit der Regierung, teils bleiben sie neutral, und oft geht die Kluft mitten durch einen Stammesverband hindurch. In keinem Fall sind die eingenommenen Positionen aber beliebig. Sie beruhen vielmehr auf internen Abstimmungsprozessen und Festlegungen, die oft weit vor den Ausbruch des Krieges zurückgehen. So finden sich im Regierungslager vor allem jene sogenannten Schafzüchter-Gruppen (arab. *shawâya*), die bereits seit den 1940er Jahren mit der Baath-Partei verbunden waren, während Angehörige der großen Stammeskonföderationen Anaza und Shammar zumeist im Lager der Aufständischen zu finden sind und ihre transnationalen Verbindungen dazu nutzen, um Aufständische mit Geld und Waffen aus den Nachbarländern zu versorgen. Werden Mitglieder einer tribalen Gruppe von Gewaltakten eines verfeindeten Lagers betroffen, wird immer wieder erfolgreich die tribale Solidarität beschworen, sodass Demonstrationen, Vergeltungsschläge und materielle Unterstützung oft über tribale Kanäle organisiert werden.

Resümee

Im Irak und in Syrien stellen Stämme wichtige Solidaritäts- und Haftungsverbände dar; ihre politische und militärische Bedeutung ist aber über die Geschichte hinweg sehr unterschiedlich ausgeprägt gewesen. Häufig sind Stämme mit bestimmten Territorien verbunden; gelegentlich machen sie kollektive Rechtsansprüche auf ein bestimmtes Gebiet oder bestimmte Ressourcen geltend, z.B. auf Wasser oder in der Gegenwart auch Bauland.

Die politische und militärische Bedeutung von tribalen Gruppen ist stark abhängig vom staatlichen Kontext, während Genealogie und Gewohnheitsrecht sehr viel stabilere Konstanten

des sozialen Lebens darstellen. Einige Elemente des Tribalismus können daher in den Hintergrund rücken, aber unter geeigneten Bedingungen wieder aktualisiert werden. Obwohl tribale Gruppen sich gern als homogene Einheiten mit flachen Hierarchien darstellen, ist die Rolle von internen Differenzierungen und Hierarchien innerhalb eines jeden tribalen Segments kaum zu unterschätzen. Konflikte innerhalb *eines* Stammes können damit ebenso scharf ausgetragen werden wie solche zwischen Teilen unterschiedlicher Stämme.

Unter den Bedingungen des modernen Staates haben Stämme ihre militärische Bedeutung weitgehend eingebüßt, und auch ihre politische Bedeutung ist zurückgegangen. Sie sind aber vielerorts weiterhin wichtig als Organisationen, die Identität stiften und Zugang zu bestimmten Gütern wie Wohnraum oder Arbeitsplätzen gewährleisten. Verschiedene Regierungen und Oppositionsbewegungen im Nahen Osten nutzen Stämme als Instrument zur Mobilisierung der Bürger für bestimmte Zwecke, etwa in Form von tribalen Milizen.

Johann Büssow



Sowohl die syrische als auch die irakische Gesellschaft sind in ethnischer, religiöser und konfessioneller Hinsicht äußerst heterogen. Die überwiegende Mehrheit der Menschen sind aber arabisch und muslimischen Glaubens. Trotz der Vielzahl an religiösen Minderheiten kann daher in beiden Staaten von einer islamisch geprägten Gesellschaft gesprochen werden.

Die Stellung der Frau in einer Gesellschaft ist stets beeinflusst von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren. So stellt im Nahen bzw. Mittleren Osten die Religion zwar einen wichtigen, aber dennoch nur einen von mehreren Faktoren dar. Auch außerreligiöse Traditionen spielen eine Rolle. Das Bild, aufgenommen in Bagdad im August 1983, bietet ein gutes Beispiel für unterschiedliche Lebenshaltungen. Teilweise werden entsprechende Traditionen in gleicher Weise auch von anderen Religionsgemeinschaften derselben Herkunftsregion praktiziert, dies kann z.B. den Kleidungsstil, das Arrangieren von Ehen oder auch die Praxis von Ehrenmorden betreffen.

Zur Rolle der Frau in den islamisch geprägten Gesellschaften Syriens und Iraks

Bestimmend für die Stellung der Frauen in islamischen Ländern ist wie in anderen Ländern auch das sozioökonomische Gefüge der Gesellschaft. Das Leben einer Frau in Damaskus oder Bagdad unterscheidet sich grundlegend vom Leben einer Frau im ländlichen Raum Iraks und Syriens. Ausschlaggebend sind hier etwa der Zugang zu Bildung und die soziale Schicht, ebenso die Familie bzw. Großfamilie. Natürlich kommt Normen, die auf den Koran und andere islamische Überlieferungen zurückgehen, besondere Bedeutung zu.

Festlegungen gemäß Koran und islamischer Überlieferung

Quelle für das islamische Normensystem ist zum einen der Koran. Als unveränderliches Wort Gottes ist er die wichtigste Quelle islamischer Theologie und gilt jedem Gläubigen als höchste Autorität in Glaubensfragen.

Die zweite wichtige Quelle sind die Überlieferungen der Prophetentradition (»Sunna des Propheten«). Der Prophet Mohammed gilt als Vorbild für alle Gläubigen, sodass seine Aussprüche, die »Hadithe«, aber auch Berichte seiner Zeitgenossen über seine Verhaltensweisen und Handlungen, Vorlieben und Abneigungen den Gläubigen als Richtschnur für deren eigenes Handeln dienen. Diese beiden wichtigsten Quellen für islamisches Glaubensleben haben in allen Strömungen des Islam einen gleich hohen Stellenwert.

Die grundsätzlichen Normensysteme der unterschiedlichen Rechtschulen und Strömungen im Islam in Bezug auf das Familienrecht sind überwiegend deckungsgleich, da beide Quellen zahlreiche eindeutige Verweise und Festlegungen zu diesem Rechtsbereich enthalten.

Was ist dem Koran und der Prophetentradition in Bezug auf die Frau in der Gesellschaft zu entnehmen?

- Die Gleichwertigkeit von Mann und Frau vor Gott.
- Mann und Frau sind bei allen physischen Unterschieden als Gläubige gleichberechtigt und haben somit auch grundsätzlich die gleichen Pflichten.
- Die Ehe ist ein wichtiges Gut und eine erstrebenswerte Lebensform.
- Die Forderung an den Ehemann nach der guten Behandlung der Ehefrau.
- Mütter erhalten eine besondere Wertschätzung.

Diese Rechtsgrundsätze bieten gleichzeitig Raum für Auslegung und Interpretation, was in der Praxis zu stark voneinander abweichenden Vorstellungen von einer islamkonformen Stellung bzw. einer islamkonformen Behandlung der Frau in der Gesellschaft führt. De facto bieten sowohl Koran als auch Prophetentradition Grundlagen für eine Ungleichbehandlung bzw. eine Schlechterstellung der Frau. Zwar existiert ein innerislamischer Diskurs darüber, wie die entsprechenden Koranverse und Überlieferungen zu verstehen und mit den Vorstellungen einer Gesellschaft im 21. Jahrhundert und der Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft in Einklang zu bringen sind, in der Praxis sind sie aber nach wie vor Grundlage für eine Dominanz von Männern über Frauen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Lebensbereich:

- Laut Koran stehen die Männer »über den Frauen, weil Gott sie (von Natur vor diesen) ausgezeichnet hat [...] Und wenn ihr fürchtet, dass (irgendwelche) Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie!« (Vers 4:34, Übersetzung nach Rudi Paret).
- In Fragen des Erbrechts und des Gerichtswesens besitzen Männer und Frauen nicht die gleichen Rechte. In der Literatur wird immer wieder der Sachverhalt zitiert, dass männliche Nachkommen den doppelten Teil erben und bei Gerichtsverhandlungen die Zeugenaussagen von zwei Frauen die Aussage eines Mannes ersetzen kann. Beide Regelungen basieren auf Festlegungen im Koran (Verse 4:11 und 2:282).

- Laut Überlieferung hat der Mann die Pflicht, die Familie zu versorgen und ihr Schutz zu gewähren, die Frau kümmert sich dagegen um das Haus. Hiermit wird eine klare Trennung zwischen den jeweiligen Verantwortungsbereichen beider Geschlechter begründet. Für den öffentlichen Raum ist der Mann zuständig, für den privaten die Frau.

Traditionelles Ehrverständnis

Neben den religiösen Normen sind es auch weitere traditionelle Wertvorstellungen, die die Stellung der Frau in den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens maßgeblich beeinflussen. So ist das vorherrschende Ehrverständnis ursächlich für eine grundsätzliche Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Dies gilt ethnien- und konfessionsübergreifend. Die Frauen bestimmen traditionell mit ihrem normengerechten Verhalten Ansehen und Stellung der gesamten Familie. Obwohl religiöse Vorschriften auch von den Männern ein ebenso normengerechtes, als tugendhaft wahrgenommenes Verhalten verlangen wie von den Frauen, führt eine Missachtung dieser Normen durch Männer nicht automatisch zu einem Ehrverlust. Die Aufgabe der Männer besteht vielmehr darin, über die weiblichen Familienmitglieder zu wachen und diese zu schützen, denn die Ehre einer Familie wird durch das Fehlverhalten einer Frau beschädigt bzw. geht verloren. Dadurch sind Mädchen und Frauen einer wesentlich umfassenderen sozialen Kontrolle ausgesetzt als Jungen und Männer. Ferner wird der Bewegungsspielraum für Mädchen und Frauen oftmals sehr viel stärker eingeschränkt; aus Furcht vor den Konsequenzen wird ein selbstbestimmtes Leben nicht selten unmöglich. Das aus diesem Rollenverständnis heraus resultierende Phänomen der Ehrenmorde kommt auch in Irak und Syrien vor, und zwar sowohl in der islamischen als auch der christlichen Bevölkerung sowie anderen Religionsgemeinschaften. Insgesamt macht sich all dies in beiden Staaten auch im Rechtssystem, im ökonomischen Bereich sowie in der politischen Partizipation bemerkbar.

Frauen in der syrischen und irakischen Gesellschaft

Mitunter bestehen auch erhebliche Widersprüche zur laizistischen Grundausrichtung Syriens und des Irak. In beiden Staaten entspricht die gesellschaftliche Realität nicht dem verfassungsmäßigen Anspruch auf Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie dem damit verbundenen Anspruch auf eine vergleichbare Beteiligung von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben.

Der syrische Staat garantiert Frauen nach Artikel 45 der seit 1973 gültigen Verfassung »alle Möglichkeiten, am politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben vollständig und effektiv teilzuhaben.« Die seit 2005 gültige irakische Verfassung verbietet laut Artikel 14 grundsätzlich jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Außerdem haben sowohl der Irak als auch Syrien die 1981 in Kraft getretene »Frauenkonvention« der Vereinten Nationen (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) in den Jahren 1986 bzw. 2003 ratifiziert.

Dennoch liegen beide Staaten im »Global Gender Gap Report 2015« des World Economic Forum bzw. in dem auf OECD-Daten basierenden »Social Institutions & Gender Index« auf den unteren Rängen. In allen vier Kategorien Familienrecht, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Recht auf Zugang zu ökonomischen Ressourcen sowie bürgerliche Rechte sind Frauen in Syrien und Irak der OECD nach stark oder sehr stark benachteiligt: Letztlich basiert das Familienrecht in beiden Staaten auf den religiösen Normen der jeweiligen Religionsgemeinschaften. Ein ziviles, allgemein für alle Staatsbürger gleichermaßen gültiges Familienrecht konnte bislang noch nicht etabliert werden. In Fragen des Eheschließungsrechts, des Erziehungsrechts, des Scheidungsrechts und des Erbrechts bleiben die Frauen weiterhin erheblich benachteiligt. Verheiratete Frauen benötigen z.B. das Einverständnis ihres Ehemannes, um außer Landes zu reisen oder eine Berufstätigkeit aufzunehmen. Im Irak sind Frauen per Gesetz zum Gehorsam gegenüber ihrem Ehemann verpflichtet. Häusliche Gewalt gegen Frauen wird in der bestehenden Rechtspraxis

nicht oder kaum geahndet. Die Eheschließung mit dem Opfer nach einer Vergewaltigung hat für den Täter laut Gesetz strafmildernde Wirkung und wird vielfach selbst von der Familie der betroffenen Frau zur Erhaltung der Familienehre eingefordert.

Im Irak ermöglichte das Baath-Regime zwischen 1960 und 1980 eine stärkere Beteiligung von Frauen an Bildung, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft, in der Konsequenz auch im politischen Bereich. Gerade im Bereich der Bildungsbeteiligung konnten im Irak, aber auch in Syrien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhebliche Fortschritte erzielt und die Bildungsbeteiligung von Frauen insgesamt angehoben werden. Inzwischen liegt die Alphabetisierungsrate bei Frauen zwischen 15 und 24 Jahren nur noch wenige Prozentpunkte unter jener der Männer (Irak: 81 zu 83 Prozent; Syrien: 95 zu 97 Prozent). Diese stärkere Bildungsbeteiligung von Frauen spiegelt sich jedoch nicht in einer stärkeren Partizipation von Frauen am Erwerbsleben wider. Der Anteil von Frauen an der Gesamterwerbsbevölkerung beträgt in Syrien laut Daten der Weltbank lediglich 14 Prozent, im Irak mit 16 Prozent kaum darüber.

Die Chancen für eine Aufwertung der Frauen, die aufgrund der laizistischen Grundstrukturen in Syrien und Irak durchaus gegeben waren, sind infolge der Kriegshandlungen seit den 1980er Jahren deutlich zurückgegangen. In Syrien wird aktuell die Rolle der Frau in der Gesellschaft vornehmlich bestimmt durch den seit 2011 andauernden Bürgerkrieg – mit all seinen negativen Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung. Wie bei allen kriegerischen Konflikten gibt es auch hier geschlechtsspezifische Auswirkungen, die das Rollenverständnis nachhaltig verändern können. Ein Krieg zieht generell die Aufwertung männlicher Eigenschaften nach sich, wie z.B. Körperkraft, nicht nur wegen der herrschenden Kampfsituation inklusive Tötung und Verrohung, sondern auch wegen der Auflösung der zivilen Bindungen durch Rekrutierung und Bewaffnung der Männer. Diese verlieren für die Zeit des Kampfes ihre Funktionen im Familienverbund als Ehemänner, Väter, Söhne und Brüder. Eine Reintegration in familiäre, zivile Strukturen bedeutet auch nach Beendigung des Kampfes eine gesellschaftliche Anstrengung, die umso größer ist, je länger diese Entkoppelung gedauert hat.

Tina Grotefend



ullstein bild-Reuters/Youssef Boudlal

Wasser ist heute einer der zentralen Konfliktgegenstände in Syrien und Irak, ja im gesamten Nahen und Mittleren Osten, wie der Kampf um dem Mossul-Staudamm zwischen dem Islamischen Staat (IS) und den kurdischen Peschmerga zeigt (im Bild sichern Peschmerga-Kämpfer den hart umkämpften Staudamm nach dessen Rückeroberung aus den Händen des IS Mitte August 2014). Welche Ursachen hat dies? Klimatisch zählt die Region zu den Subtropen. Mit Teilen liegt sie schon im nördlichen Wüstengürtel und ist ganzjährig semiarid (halbtrocken) bis arid (trocken). Unter dem günstigen Einfluss des milden Mittelmeerklimas gibt es aber auch ausgiebige Winterniederschläge. Flüsse führen dann periodisch reichlich Wasser und die Aquifere (Grundwasserleiter) füllen sich regelmäßig wieder auf. So ist das Land im Flussgebiet des Orontes (Länge 571 km, entspringt im Libanon, durchfließt Syrien und mündet in der Türkei ins Mittelmeer) wasserreich, die Böden in den Talsenken sind fruchtbar, bis an die Küstenlinie des Mittelmeeres (Levante) war das Land ursprünglich auch bewaldet. Diese Situation bot ideale Siedlungsbedingungen, indes führte die Rodung dieser Waldgebiete für den Siedlungs- und Schiffbau schon früh zu Störungen der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Regen, Vegetation, Boden und Verdunstung. Ein stabiles System im natürlichen Wasserkreislauf ist aber der Garant für die Leistungsfähigkeit sich selbst erneuernder Wasservorkommen.

■ Wasser – Lebensspender und politisches Konfliktthema

Im »Zweistromland« (Mesopotamien) des Euphrat (Länge 2736 km) und Tigris (Länge 1900 km) bedurfte es bereits in vor- und frühgeschichtlicher Zeit besonders sachkundiger Menschen, die die stark schwankende Wasserfracht im Jahreslauf vorhersagen, tief liegende Ackerflächen mit Dämmen schützen und die Flutwellen in Senken umleiten oder aufstauen konnten, um das so gesammelte Wasser in trockenen Zeiten an die Nachfrager zu verteilen. Dazu entwarfen sie Entwicklungsstrategien, die dann von einer Obrigkeit und ihrer Verwaltung realisiert wurden. Im engen Zusammenhang mit dieser Entwicklung entstanden städtische Machtzentren und regionale Herrschaften, die sich in der griechisch-römischen Antike und der arabisch-islamischen Zeit weiter zu städtischen Hochkulturen entwickelten. Regulierung und Versorgung mit Wasser blieb über Jahrhunderte eine permanente und herausfordernde Aufgabe der Regierungen. Dabei folgten sie zunächst vor allem einer – später auch im Koran begründeten – Rechtsauffassung von Wasser als öffentlichem Gut (Gemeineigentum, Allmende), zu dem jeder gleichberechtigten Zugang haben sollte. Wer anderen den Zugang zu Wasser verwehrt oder es sogar als Waffe einsetzt, stellt sich gegen Gottes Willen und damit auch außerhalb der islamischen Gemeinschaft. Dies änderte sich grundlegend mit der Säkularisierung politischer Herrschaft nach dem Ersten Weltkrieg. Die neu gegründeten Nationalstaaten übernahmen auch Politik-, Rechts- und Wirtschaftsmodelle aus Europa und Nordamerika. So wurde Wasser zum privaten oder staatlichen Eigentum und damit zu einem eigenständigen Produktions- und Machtfaktor. Auch eigneten sich autoritäre Regime das Wasser an und nutzen es zur Machtausübung durch großzügige Zuteilung an ihre Anhänger und Einschränkungen bei der Opposition.

Wasser in der Moderne

Mit dem Eintritt der Region in die Moderne änderte sich fast alles – auch beim Wasser. War es bisher weitgehend auf seine Rolle als das wichtigste Lebensmittel und als Verkehrsfläche (Euphrat–Tigris) begrenzt, wurde es nun ein zunehmend begehrter Rohstoff und zentrales Produktionsmittel in der Landwirtschaft sowie Antriebs- und ›Kraftstoff‹ für die neu entstehende Industrie und die Energieerzeugung.

In Syrien entwickelte sich im Flussgebiet des Orontes erstmalig eine Industrieregion. Unter intensiver Nutzung seines Wassers wurden dort 25 Prozent der gesamten Agrarerträge und 30 Prozent der Industrieproduktion erwirtschaftet. Die Landwirtschaft stellte – trotz großer Verdunstungsverluste – auf großflächige Bewässerungswirtschaft nach westlichem bzw. sowjetischem Vorbild um. Traditionelle Anbauweisen wie Trockenfeldbau und die Gewinnung von Bewässerungswasser aus Regen und Luftfeuchtigkeit wurden verdrängt, das Wissen darum ging verloren.

Als nicht unproblematisch erwies sich die Hinwendung zum Export von Agrarprodukten. So verlassen bei Orangen 560 Liter/kg, bei Kartoffeln 250–300 Liter/kg, bei Getreide 1300 Liter/kg und bei einer Baumwollhose 6000–11 000 Liter als »virtuelles Wasser« die Erzeugerregion.

Auch im Zuge des Bevölkerungswachstums stieg die Wassernachfrage rapide an. Wie überall erhöhten zudem wachsende Siedlungen und Städte die Pro-Kopf-Nachfrage durch den Anschluss der Haushalte an die öffentliche Wasserversorgung (in Syrien vor dem Bürgerkrieg 89 bis 95 Prozent). Dies bedeutete zweifellos einen notwendigen Schritt hin zu mehr Lebensqualität und höheren Gesundheitsstandards, erfordert aber in trockenen und halbtrockenen Regionen eine besonders effiziente Nutzung sowie einen verantwortungsvollen Umgang bei der Klärung von Siedlungs-, Industrie- und Drainageabwässern, soll auch die Nachhaltigkeit abgesichert werden. Weiter veränderten sich mit dem Einzug von Wohlstand auch die Lebens- und Ernährungsweisen. War es bisher Geflügelfleisch mit 3900 Liter/kg oder Ziegenfleisch mit 5500 Liter/kg, kam nun auch Rindfleisch mit 15 500 Liter/kg »virtuellem Wasser« auf den Tisch.



Improvisierte Wasserleitung aus Blechtonnen, Irak 1976.

Da aber in trockenen und halbtrockenen Gebieten Wasser – im Gegensatz zu niederschlagsreichen Regionen wie Nord- und Mitteleuropa – nicht »unbegrenzt« verfügbar und auch nur durch den energieaufwändigen Einsatz von Entsalzungs- und Wasseraufbereitungsanlagen »vermehrbar« ist, wird es zu einem knappen Gut, um das Nutzer und Verbraucher hart konkurrieren. Um möglichen Verteilungskonflikten auszuweichen, betrieben Syrien und Irak eine systematische Ausbeutung der vorhandenen Wasserressourcen mit der Folge substanzieller Schädigung der Grundlagen zur Selbsterneuerung im natürlichen Wasserkreislauf. Die eintretende Umweltzerstörung musste unweigerlich zu einem gesamtgesellschaftlichen Zustand von »Wasserstress« und »Wasserarmut« führen. Im Irak hat sich zwischen 1992 und 2011 die pro Kopf verfügbare Wassermenge halbiert, gegenüber 1958 sind es nur noch 25 Prozent der ursprünglichen Menge. Setzt sich diese Entwicklung fort, wird dort in zehn bis fünfzehn Jahren »Wasserarmut« eintreten. In Syrien beträgt die pro Kopf verfügbare Wassermenge gegenüber 1958 nur noch 20 Prozent, und für das Land besteht bereits heute die Gefahr, in die »Wasserarmut« abzurutschen. Ein Zustand, der – wenn überhaupt – nur sehr aufwändig umgekehrt werden kann. »Umweltstress« wirkt sich aber äußerst negativ auf die Anpassungsfähigkeit von

Gesellschaften und damit auch auf deren Fähigkeit zur friedlichen Konfliktbewältigung aus.

Für Irak und Syrien verschärfte sich die Wassersituation noch dadurch, dass Nachbarstaaten – insbesondere die Türkei, aber auch der Iran – ihren »Rechtsanspruch« auf souveräne Nutzung ihrer Wasserressourcen einseitig realisierten und dadurch den grenzüberschreitenden Zufluss verringerten. So gibt es im Nahen und Mittleren Osten eigentlich keine grenzüberschreitenden Flussgebiete und Grundwasservorkommen, über die nicht gestritten und verhandelt wurde und wird. Um einige wurden auch schon militärische Auseinandersetzungen ausgetragen, etwa durch die Besetzung von Wassereinzugsgebieten und die Bombardierung von Kanalbaustellen; Wasserbauwerke werden militärisch gesichert und viele Wasserdaten unterliegen der Geheimhaltung. So gehören die 22 Staudämme, 19 Wasserkraftwerke und Bewässerungsanlagen des von der Türkei in den 1980er Jahren in Gang gesetzten Südostanatolien-Projekts (Güneydoğu Anadolu Projesi, GAP) am Oberlauf von Euphrat und Tigris zu den am stärksten bewachten und auch mit Flugabwehrraketen geschützten Objekten ihrer Art. GAP ging weit über die reine Wasserversorgung im engeren Sinne hinaus und beinhaltete auch ein groß angelegtes Entwicklungsprogramm, mit dem die Türkei einige ihrer Kernprobleme lösen wollte:

- den Stopp der Binnenmigration infolge des rasanten Bevölkerungswachstums in Ostanatolien,
- die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage für Kurden und arabische Minderheiten, um dadurch deren Zukunftschancen und Integration zu verbessern,
- die Gewinnung von Energie durch Wasserkraft, wodurch ein Ausgleich des Mangels an eigenen fossilen Brennstoffen geschaffen werden sollte,
- die Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft im internationalen Vergleich.

Konflikte mit den Nachbarn infolge des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft, der Industrie und der Verdunstungsverluste durch die großen Wasserflächen von Stauseen und Wasserkanälen, die zusammen den Wasserabfluss nach Syrien und in den Irak erheblich verringern, nimmt die Türkei hin. Die Lösung ihrer innenpolitischen Probleme hat höhere Priorität. Auch fühlt

man sich – letztendlich auch als NATO-Mitglied – militärisch stark. Zwar garantiert ein türkisch-syrisches Protokoll von 1987 einen reduzierten, aber gesicherten Wasserabfluss für die Euphrat-Unteranrainer Syrien und Irak, an das sich die Türkei grundsätzlich hält. Dennoch steht der permanente Vorwurf im Raum, sie gebärde sich als regionaler »Wasserhegemon«.

Für Syrien kommt als weiteres Problem hinzu, dass die Golanhöhen im Sechstagekrieg 1967 von Israel besetzt und 1981 annektiert wurden. Syrien hat somit seitdem keinen Zugang mehr zu diesen wichtigen Wasservorkommen. Für Israel sind die Golanhöhen nicht nur von militär-, sondern ebenso von wasserstrategischer Bedeutung. Dort entspringen wichtige Quellflüsse des Jordan, die in den See Genezareth (See von Tiberias) fließen, den größten Wasserspeicher Israels. Um den Verlust der Golanhöhen auszugleichen, wurde in Syrien nach 1970 der Euphrat die Nummer Eins in der Wasserwirtschaft, auch zu Lasten des Abflusses in den Irak. Zusätzlich findet offensichtlich eine schleichende Verringerung des oberflächennahen Grundwassers zwischen den beiden Flussgebieten Euphrat und Tigris statt. Als Ursache dafür gelten die seitens der früheren irakischen Regierung erheblich ausgeweiteten Brunnenbohrprogramme, um weitere »Reserven« aus dem Boden zu saugen.

Obwohl die Wassernachfrage in der Region stetig ansteigt, ja in weiten Teilen bereits die Belastbarkeit der Gewässersysteme überschreitet, verweigern sich alle Anlieger beharrlich, ihre grenzüberschreitenden Wasserressourcen mehr kooperativen Mechanismen oder einem gemeinsamen Management zu unterwerfen. Alle folgen – je nach nationaler Interessenlage – ihrer Interpretation internationaler vertrags- oder völkergewohnheitsrechtlicher Regeln.

Wasserknappheit zu Beginn des syrischen Bürgerkrieges

Der Nahe und Mittlere Osten durchlebte von 2006 bis 2010 die schlimmste Dürre seit 40 Jahren. Bauern und Viehzüchter verloren 50 bis 80 Prozent ihrer früheren Erträge. In Syrien brach 2007



Demonstration in Basra am 1. August 2015 gegen Strom und Wasserkürzungen.

die Getreideproduktion um über die Hälfte ein, sodass es – erstmals nach 15 Jahren – im Folgejahr zum Import von Weizen gezwungen war. Um die Felder überhaupt bewässern zu können, pumpten die Bauern ohne Genehmigung, aber von der Regierung toleriert immer mehr Grundwasser an die Oberfläche. Durch diese Übernutzung sank der Grundwasserspiegel, natürliche Quellen trockneten aus. 2008 starteten die Vereinten

Nationen mit sehr begrenztem Erfolg einen Hilfeaufruf, um die Folgen der Trockenheit für die Menschen zu lindern. Dass ausgerechnet zu dieser Zeit der für die Wirtschaftsreformen verordnete Abbau der Kraftstoffsubventionen wirksam wurde, hat die Situation wohl noch weiter verschärft. Der Konkurrenz- und Preiskampf um Wasser, Energie und Lebensmittel zerbrach den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, und es setzte eine politische Destabilisierung ein.

Der Aufstand gegen die Regierung begann 2011 in Behelfsiedlungen bei Damaskus, Hama und Aleppo, in die sich ein Teil der von der Dürre betroffenen Landbevölkerung geflüchtet hatte. Daher ging es nicht nur um Demokratie, Religion und Konflikte zwischen Volksgruppen, sondern darum, dass die Regierung ihrer Bevölkerung nicht effizient helfen konnte oder dies wohl auch bei den Gruppen nicht wollte, die dem Assad-Regime ablehnend gegenüberstanden. Schnell wurde in den Medien der Klimawandel verantwortlich gemacht, aber dessen Rolle und Bedeutung sind wissenschaftlich hoch umstritten. Von syrischen Politikern wurde er umgehend in Anspruch genommen, lenkte er doch von eigenen Fehlern, Missmanagement, Korruption und

Verantwortungslosigkeit bei der Ausbeutung der im Land vorhandenen Ressourcen ab.

Wasser im Bürgerkrieg

Der Barada-Fluss und die Fija-Quelle entspringen in den Bergen der östlichen Libanon-Gebirgskette, ihr Wasser fließt nach Damaskus (die wichtigsten Flüsse und Staudämme sind in der Karte Erinnerungsorte am Ende des Bandes ersichtlich). Die syrische Regierung erachtet diese Wasservorkommen als überlebenswichtig für die Hauptstadt. Nutzungseinschränkungen für die Bauern im Tal führten auch schon in der Vergangenheit zu Unruhen und Unbotmäßigkeiten gegenüber den örtlichen Vertretern des Assad-Regimes. Bereits Anfang 2012 versuchte dort die »Freie Syrische Armee« Damaskus von der Wasserversorgung abzuschneiden. Die syrische Regierungsarmee reagierte darauf mit heftigen Bombenangriffen, sodass die Rebellen ihr Vorhaben aufgaben. Ende 2014 gerieten zwei rivalisierende Dschihadistengruppen aneinander und blockierten wieder die Wasserversorgung. Durch Drohungen und Verhandlungen konnte die syrische Regierungsarmee eine Freigabe erreichen. Nahezu zeitgleich erklärte der IS das Tal zum Herrschaftsgebiet ihres »Kalifats«. Das Leben ist seitdem dort sehr schwierig geworden. Die Al-Nusra-Front und der IS kämpfen dort gegeneinander um Einfluss, die syrische Regierungsarmee gegen beide, auch zur Offenhaltung der Wasserversorgung von Damaskus.

Große Teile der Wasserinfrastruktur und -bauwerke in Syrien und im Irak sind zwischenzeitlich durch Bombardierung, Beschuss, Sprengungen, schwere Gefechtsfahrzeuge und Plünderung zerstört, Kanäle blockiert oder umgeleitet worden. Auch wird heute um und mit Wasser gekämpft. Am Euphrat erreichte der IS durch unkontrolliertes Ablassen von Wasser aus dem Falluja-Damm großflächige Überflutungen fruchtbaren Ackers. 60 000 Menschen flüchteten aus ihren unter Wasser gesetzten Siedlungen. Nachdem im August 2014 der Mossul-Staudamm am Tigris im Nordirak, ein wichtiges Reservoir für Trinkwasser, Stromerzeugung und Bewässerungswasser, von Kämpfern des IS eingenommen worden war, wurden sofort – bis



SZ Photo/Timeline Images/Czychowski

Frauen mit Eimern voller Wasser, Irak, Tal Uwainat, 1964. Die Versorgung mit Wasser war und ist teils eine zeitaufwändige, prekäre Angelegenheit, insbesondere in abgelegenen, armen oder umkämpften Gebieten.

zur Rückeroberung durch kurdische Milizen wenige Tage später – gezielt Wasser- und Strommangel herbeigeführt, um die Bevölkerung unter Stress zu setzen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der IS im Fall einer drohenden Niederlage diese Praxis als »letzte Waffe« ausweiten könnte. Ferner gibt der technische Zustand des Dammes grundsätzlich Anlass zu erheblichen Bedenken, da er zwischen 1981 und 1986 von einem italienisch-deutschen Konsortium wider besseres Wissen auf ungeeignetem Untergrund gebaut wurde. Um einen drohenden Dammbruch zu verhindern, arbeiten 450 Spezialisten der italienischen Trevi-Gruppe seit Mai 2016 an dem 3,6 km breiten Damm, um die dort zwingend notwendigen technischen Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Die Italiener arbeiten nahezu in Sichtweite zum IS-kontrollierten Gebiet und werden vor Ort durch 450 italienische Soldaten geschützt.

Wasser und militärische Operationsplanung

In Europa war die Wasserversorgung für die Kriegführung keine wirkliche logistische Herausforderung, wenn sie auch in den operativen Planungen berücksichtigt werden musste. In wasserarmen Regionen war und ist das grundlegend anders. Ähnlich der Feststellung, dass dort Wasser ein eigenständiger Produktionsfaktor mit politischer Wirkung ist, so war und ist es hier auch ein operativer Faktor mit erheblichem Eigengewicht.

Besteht keine Möglichkeit einer Nutzung von Netzwerken kommunaler Wasserversorger und gibt es keine leistungsfähige und gesicherte Verkehrsinfrastruktur für die Zuführung von Trinkwasser, muss dieses aus den örtlich vorhandenen Wasserressourcen, einschließlich des Bohrens eigener Tiefbrunnen, gewonnen werden. Das Bohren solcher Brunnen wird beispielsweise in Afghanistan von der Bundeswehr praktiziert. Der Zugang zu Trinkwasser in wasserarmen Regionen ist dabei ein sensibles Problem. Wenn Wasser bereits Konfliktstoff zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist, besteht das Risiko, dass ein deutscher Einsatzverband als zusätzlicher Wassernachfrager von der ortsansässigen Bevölkerung sehr schnell nicht mehr als Teil der Problemlösung, sondern als Problemverschärfung wahrgenommen wird: »Die trinken uns unser Wasser weg!« Alle Soldateninnen und Soldaten, die in wasserarmen Gebieten eingesetzt sind, müssen sich also im Klaren sein, dass ein verantwortungsvoller und nach außen auch sichtbar sparsamer Umgang mit Wasser ein wichtiger Beitrag zu einem stabilen Umfeld und damit zu einer erfolgreichen militärischen Auftragserfüllung ist.

Jörg Barandat

Der Autor dankt Dr. Ralf Klingbeil, United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (UN ESCWA), Beirut, für die kritische Durchsicht des Manuskripts.



pa/Artcolor/Bildarchiv Hansmann

Die Kulturgeschichte in Syrien und im Irak weist eine große Vielfalt an unterschiedlichen Epochen, Formen und Stilen auf, die auch die europäische Kunst und Kultur geprägt haben. Dazu gehören nicht nur bekannte Bauwerke, Schrift und Literatur (wie z.B. die Märchensammlung »Tausendundeine Nacht«), sondern ebenso arabische Übersetzungen antiker Klassiker, ohne die ein großer Teil etwa der antiken Philosophie verloren gegangen wäre.

Auch islamisch geprägte Gesellschaften hinterließen trotz der religiösen Gebote ein facettenreiches Erbe, wie etwa an den im Bild gezeigten Wandmalereien des wohl im frühen 8. Jahrhundert erbauten umayyadischen Wüstenschlosses Qasr Amra (heute Jordanien) ersichtlich ist. Es gab immer wieder Herrscher und vor allem auch Gelehrte, die sich kritisch mit der islamischen Theologie auseinandersetzten bzw. Forschung auf rationaler Basis betrieben. Im Laufe der Jahrhunderte verlor sich die Toleranz gegenüber liberalen Auslegungen des Glaubens vollkommen. Erst seit dem 19. Jahrhundert gab es durch die Auseinandersetzung mit westlichen Ideen wieder ernsthafte Ansätze für eine Auflockerung.

Irak, das frühere Mesopotamien, und Syrien werden zu Recht als eine der ersten uns bekannten Kulturlandschaften betrachtet. Im Südirak entstanden erste menschliche Siedlungen zwischen dem 5. und 4. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung. Hier wurden die ersten Tempel aus Lehmziegeln gebaut und die Töpferscheibe erfunden. Hier entstand mit der Keilschrift das erste Schriftsystem aus einer phonetischen Konsonantenschrift, auf der auch die moderne europäische Schrift beruht. Das Gebiet des heutigen Syrien gehört ebenfalls zu den ältesten von Menschen bewohnten Regionen der Welt.

Die Kulturgeschichte des Irak

Zwischen Euphrat und Tigris entwickelten sich die ersten staatlichen Strukturen, komplexe religiöse Vorstellungen und bürokratische Verwaltungsformen. Wirtschaftliche Basis hierfür war eine Landwirtschaft, die auf einem ausgefeilten System der künstlichen Bewässerung fußte. Die Bedeutung Mesopotamiens in sumerischer Zeit beruhte vor allem auf seiner Wirtschaftskraft. Das Land war eines der Zentren der damals existierenden Fernhandelssysteme, die von China bis Nordafrika reichten.

Mit der Errichtung der Tempelanlagen und den aufwändigen Grabbauten untrennbar verbunden ist die Entstehung früher Formen von Literatur. Am bekanntesten ist das Gilgamesch-Epos aus dem 18. Jahrhundert v.Chr. Ferner ließen in späteren Zeiten altorientalische Herrscher mit umfangreichen Inschriften ihre militärischen und politischen Erfolge festhalten. Bildhauer verewigten die Herrscher in großen Bildnissen, die als Reliefs an ihren Grabstätten angebracht wurden, oder als Teil von Stelen. Ein Beispiel hierfür ist der Stein mit dem Bild von Hammurapi I. (reg. 1792–1750 v.Chr.), unter dem der Codex Hammurapi eingemeißelt ist, die älteste vollständig erhaltene Gesetzessammlung der Menschheit. Alles in allem ist eine umfangreiche Literatur in Keilschrift erhalten geblieben, die die verschiedensten Bereiche des menschlichen Lebens behandeln, angefangen von

religiösen Texten bis hin zu Kochrezepten und Anweisungen zur Bierherstellung.

Ferner haben Archäologen bei Grabungen verschiedene Musikinstrumente wie Schlag- und Blasinstrumente gefunden, aber auch Saiteninstrumente wie eine Vorform von Laute und Harfe. Das mit diesen Instrumenten verbundene Tonsystem ist teilweise rekonstruiert worden. Es beeinflusste die Tonsysteme vieler späterer Kulturen. Zahlreiche steinerne Zeugen, die seit dem 19. Jahrhundert ausgegraben wurden, und andere Zeugnisse dieser Zeit sind im Zweiten Golfkrieg (1990/91) der Vernichtung anheim gefallen oder im Laufe der Jahre durch Grabräuber verschwunden.

Perser, Griechen und Römer hinterließen in der Region eindrückliche Zeugnisse ihrer Kultur (siehe den Beitrag von Loretana de Libero). In Mesopotamien fielen auch immer wieder Nomadengruppen aus Osten oder Süden ein und wurden dort teilweise sesshaft. So drangen um das Jahr 640 n.Chr. Stämme von der Arabischen Halbinsel bis an Euphrat und Tigris vor. Sie lösten die sassanidische (neupersische) Herrschaft ab und gründeten mit Kufa als Militärlager die erste arabische Stadt zwischen den beiden Strömen. Die besondere Stärke dieser Stämme lag in ihrer Religion, dem Islam, der nur wenige Jahre zuvor entstanden war (Prophet Mohammed, gest. 8. Juni 632).

Die erste islamische Dynastie war jene der Umayyaden von Damaskus, die aus einer Vielzahl von Auseinandersetzungen unter den Muslimen, darunter auch grundlegende religiöser Art, hervorging. Mit der Übernahme der Herrschaft durch die Dynastie der Abbasiden seit 750 entstand jene Kultur, die allgemein als die Hochblüte des Islam beschrieben wird. Am 30. Juli 762 gründete der Abbasidenkalif Abu Dschafar al-Mansur (714–775) am Tigris, nicht weit entfernt von der ehemaligen Hauptstadt des Sassanidenreiches Ctesiphon, seine Residenzstadt Bagdad, die bald zu einem nicht nur politischen und wirtschaftlichen, sondern auch zu einem kulturellen Zentrum eines Weltreichs wurde. Hier entstanden Schulen und Hochschulen, Moscheen und Krankenhäuser und ein lebhaftes theologisches, literarisches und künstlerisches Milieu, das weit über das Herrschaftsgebiet der Abbasiden hinauswirkte.

Der glänzende Hof der Abbasiden zog Künstler der verschiedensten Richtungen an. Die Kalifen, aber auch die Damen des Hofes, die Prinzen, Wesire und all die anderen einflussreichen und wohlhabenden Kreise entwickelten ein vielfältiges Mäzenatentum und förderten die zahlreichen Künstler, die nach Bagdad kamen.

Von besonderer Bedeutung war dabei die Entwicklung der arabischen Literatur. In Europa bekannt ist vor allem die Märchensammlung von »Tausendundeiner Nacht«. In der Poesie der Zeit konnten sich deren Schöpfer große Freiheiten gegenüber den Vorschriften der islamischen Religion herausnehmen, weil ihre Gönner sie vor der Kritik durch die Frommen schützten. So verfassten der Abbasidenprinz Ibn al-Mutazz (861–908) oder der berühmte Abu Nuwas (756–814) eine Vielzahl von Weingedichten, die deutlich machten, dass sie mit dem vom Islam verbotenen Getränk auch ganz praktische Erfahrungen gemacht hatten.

Von einzigartiger literarischer Qualität ist auch die Literaturgattung der Makamen. Dabei handelt es sich um eine Sammlung von kürzeren Geschichten, in deren Mittelpunkt ein Mann steht, der sich aufgrund seiner großen rhetorischen Fähigkeiten mit List und Tücke durch das Leben schlägt. Die Makame-Texte von al-Hamadhani (969–1007) oder al-Hariri (1054–1122) sind von großem Sprachwitz und einer überragenden Fähigkeit im Umgang mit der arabischen Sprache geprägt.

Unter abbasidischer Herrschaft entwickelte sich aber auch eine umfangreiche Historiografie, die nicht nur die islamische Geschichte, sondern die Geschichte aller seinerzeit bekannten Reiche zum Thema hat. Von lang andauernder Bedeutung ist ferner die Dar al-Hikma (Haus der Weisheit), eine Einrichtung, in der zahlreiche Werke der griechischen Antike aus den Bereichen Philosophie, Medizin und Naturwissenschaften ins Arabische übersetzt wurden. Vor allem blieben auf diese Weise viele Werke des Aristoteles erhalten und konnten später aus dem Arabischen ins Lateinische übersetzt werden.

Das islamische Bilderverbot hatte die schöpferische Kraft muslimischer Künstler auf die Schriftkunst, die Kaligrafie, gelenkt. Die ersten kaligrafischen Formen des Arabischen entstanden in Kufa. Sie wurden vor allem als Bauinschriften an Moscheen und öffentlichen Gebäuden, aber auch bei Koran-



Das Frühlingsgelage. Buchmalerei zu den Makamen des Abu Muhammed al-Kasim Hariri in einer Handschrift von 1237. Paris, Bibliotheque Nationale, Arabe 5847, Bl. 69. In der Übersetzung der Hariri-Makamen von Friedrich Rückert (Buchausgabe 1826; 2. Aufl. 1837) setzt das Kapitel 13, besagtes »Frühlingsgelage«, wie folgt ein: »Ich lebte in Kat'at Elrebi, als der Frühling der Welt neuen Glanz verlieh, mit einer Gesellschaft von Jünglingen, deren Angesichter heller waren als seine Lichter, und deren Sinn und Gemüte holder als seine Blum' und Blüte; deren Anmut süßer als der Morgen taute, und deren Gespräch entbehrlich machte Flöt' und Laute.« Während des Gelages taucht ein ungebetener Gast auf, der den Scharfsinn der Jünglinge, die sich gerade über die richtige Verwendung von Dativ und Akkusativ streiten, in Form von grammatikalischen Rätseln auf die Probe stellt. Der Gast erhebt das Problem, und zum Dank will die fröhliche Runde ihm den Vorsitz gewähren, doch er »entwand [...] sich, wie sich eine Schlang' entwindet, und verschwand, wie eine Sommerwolke verschwindet«.

handschriften und für Münzen verwendet. Die entsprechende Schrift, das »Kufi«, ist im Unterschied zu den modernen arabischen Schriftformen sehr stark geometrisch und plakativ. Die Schriftkünstler versuchten auch, durch florale Formen die Teile eines Schriftbildes, die frei blieben, zu füllen.

In der Folgezeit entwickelten sich noch andere Schriftformen des Arabischen. Das Kufi hat sich für repräsentative Texte aber weiter gehalten. Trotz des islamischen Bilderverbots entstand unter abbasidischer Herrschaft sogar eine Miniaturmalerei, die als Grundlage einer eigenständigen islamischen bildenden Kunst angesehen werden kann. Diese Miniaturen dienten zur Illustration von naturwissenschaftlichen und medizinischen Fachbüchern, aber auch der Makamen-Literatur und von Fabeln, die nach indischen Vorbildern entstanden waren.

Von den zahlreichen Zeugnissen der abbasidischen Baukunst blieben nur wenige Beispiele erhalten. Vieles ist schon während der mongolischen Zerstörungen Bagdads im Jahr 1258 verloren gegangen. Die Palastanlage von Ukhaidhir etwa 100 km südwestlich von Bagdad lässt einen ungefähren Eindruck von der Kompetenz der Baumeister der Abbasiden erahnen. Von der riesigen Residenzstadt Samarra, 100 km nördlich von Bagdad gelegen, von der aus die Kalifen zwischen 832 und 899 das Reich beherrschten, ist nicht viel mehr als das spiralförmige Minarett der Freitagsmoschee erhalten geblieben. Aus Resten und Rekonstruktionen kann aber auf die Pracht und den Reichtum dieser Architektur geschlossen werden.

Nach der Zerstörung von Bagdad 1258 und den verheerenden Verwüstungen durch Tamerlan 1400/01 konnte das Zweistromland nie wieder an die vorherige Blütezeit anknüpfen, obwohl auch weiterhin etwa literarische Werke erschienen, so z.B. religiöse Romane, eine vergleichsweise neue Gattung (Al-Risalah al-Kamiliyyah fil Siera al-Nabawiyyah, »Darstellung Kamils über das Leben des Propheten«, oder das Buch von Fadil ibn Natiq, im Westen auch bekannt als Theologus Autodidactus, 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts). Die Osmanen dominierten nach der Eroberung des Gebiets auch das kulturelle Geschehen, jedoch in Konkurrenz mit den schiitischen Persern. Das Zweistromland wurde zunehmend zu einer entlegenen Grenzprovinz, die erst durch die Reformen im 19. Jahrhundert wieder kulturellen Auf-

schwung erfuhr. Ende des 19. Jahrhunderts entstand schließlich eine Renaissancebewegung (*al-Nahda*), die sich die Rückbesinnung auf die arabische Kulturtradition auf die Fahnen geschrieben hatte, sich jedoch auch sehr stark auf westliche Kultur bezog und letztlich eine Modernisierung befürwortete. Diese kulturelle Mischung aus dem Erbe des antiken Zweistromlandes, der arabisch-islamischen Kultur und dem nach wie vor bedeutenden Einfluss des Osmanischen Reiches fanden die Briten vor, als sie Mesopotamien im Ersten Weltkrieg besetzten.

Seit der formalen Unabhängigkeit des Irak zu Beginn der 1930er Jahre hat sich in den großen Städten des Landes eine lebhafteste Kunst- und Literaturszene entwickelt. Irakische bildende Künstler, Musiker und Schriftsteller waren in der arabischen Welt und weit darüber hinaus bekannt. In der Folge der alliierten Invasion von 2003 und den später folgenden bürgerkriegsähnlichen Zuständen wurden viele von ihnen jedoch in die Emigration gezwungen.

Syrien

Städte wie Damaskus oder Aleppo können auf eine lange, ununterbrochene Siedlungsgeschichte zurückblicken. Durch seine geografische Lage zwischen Mesopotamien und Ägypten war Syrien den verschiedensten religiösen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einflüssen ausgesetzt. Von den altorientalischen Dynastien der Akkader, Assyrer und Perser über die großen Reiche der Antike, die byzantinische Herrschaft und die Kreuzritter bis zum Osmanischen Reich und den europäischen Kolonialmächten erfuhr das Land vielfältige Prägungen.

Aus vorislamischer Zeit blieben zahlreiche Zeugnisse einer hohen und vielfältigen Kultur erhalten. Als Beispiel können die großen Bauten der Stadt Palmyra dienen. Durch Handel reich geworden, konnte die Stadt eine gewisse Unabhängigkeit vom Römischen Reich bewahren. Die Überreste der einst glänzenden Stadtanlagen beeindruckten Besucher trotz der teils erheblichen Zerstörungen 2015 durch den »Islamischen Staat« bis heute. Hier entstand eine symbiotische Architektur aus römischen und orientalischen Elementen, die nicht ihresgleichen hatte.

Eine andere bedeutende Stadt, deren Ruinen noch bis zum Beginn des syrischen Bürgerkriegs beeindrucken konnten, war Apameia, das um Christi Geburt mehr als 100 000 Einwohner zählte. Südwestlich von Damaskus liegt die alte Stadt Bosra. Sie zeichnet sich ebenfalls durch eine Vielzahl von antiken Bauwerken aus, von denen das bedeutendste ein Amphitheater aus dem 3. Jahrhundert n.Chr. ist. Es war für 15 000 Zuschauer errichtet worden. Seine Besonderheit ist das Baumaterial. Für die zentrale Bühne, die »Orchestra« und die Ränge wurde schwarzer Basalt verbaut. Noch heute entfaltet dieser Stein in dem Theater eine besondere emotionale Wirkung.

Zu den bemerkenswertesten christlichen Orten Syriens gehört das Bergdorf Maalula, in dem nach der Tradition die älteste Kirche der Welt steht. Auf jeden Fall befindet sich in ihr ein Altar, der aus einem heidnischen Opferstein entstanden ist.

Nördlich von Aleppo liegt das Simeonskloster. Dort soll der Heilige Simeon (389–459) als erster die asketische Übung, auf einer Säule sein Leben zu verbringen, praktiziert haben. Um die Reste der Säule wurden spätantike Basiliken errichtet, von denen noch beeindruckende Reste erhalten sind. In der Nähe von Homs steht das Georgskloster aus dem 5. Jahrhundert. Zwar stammt die Klosterkirche aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In einer Ausstellung konnte man vor dem Bürgerkrieg aber eine Vielzahl von Ausstattungsstücken aus der Geschichte des Klosters besichtigen.

Von Bedeutung für die christliche Geschichte Syriens ist auch der Krak des Chevaliers, eine Burg der Kreuzfahrer aus dem Jahr 1170. Bis zur Eroberung durch die Mamluken 1271 kontrollierten die Kreuzritter von hier weite Teile Nordsyriens.

In der ersten Hälfte des siebten Jahrhunderts n.Chr. gelangte der Islam nach Syrien und die erste muslimische Dynastie der Umayyaden (661–750) machte Damaskus zur Hauptstadt ihres Reiches. Auch die Umayyaden ließen bedeutende Bauwerke errichten, von denen das eindrucksvollste die Umayyaden-Moschee in Damaskus ist (siehe dazu die Abbildung im Beitrag von Nushin Atmaca). An ihrer Stelle befanden sich zuvor ein Jupiter-Tempel und dann eine Kirche, in der nach der Überlieferung das Haupt von Johannes dem Täufer aufbewahrt wurde. Da auch die Muslime Johannes verehren, integrierten sie seinen Altar in den



Jupitertempel in Damaskus.

Bau der Moschee, für den auch byzantinische Baumeister und Mosaikkünstler hinzugezogen wurden. Aus der gleichen Zeit stammt die große Moschee von Aleppo. Das Besondere an diesen Moscheen ist die Tatsache, dass die muslimischen Eroberer es zuließen, dass Angehörige einer anderen Religion mithalfen, ihr wichtigstes Gotteshaus in ihrer neuen Hauptstadt zu bauen. Sie akzeptierten also deren kulturelle Überlegenheit. Im Übrigen waren die Muslime insgesamt zahlenmäßig in der Minderheit gegenüber Christen und Juden. Sich mit der Mehrheit

in ein gutes Einvernehmen zu setzen, gehörte zur politischen Klugheit. Interessant ist des Weiteren die Tatsache, dass sich die Muslime auf einen Dialog mit Vertretern der christlichen Kirchen einließen. Die Werke des Johannes Damascenus (676–749) berichten von diesen Debatten.

Die Umayyaden stammten aus einem Wüstengebiet. Ihnen waren Damaskus oder Aleppo zu eng. Daher ließen sie sich Schlösser in der Wüste bauen, von denen die meisten heute erhaltenen in Jordanien liegen. Auch hier waren wieder byzantinische Baumeister tätig. Die Schlösser wurden mit Wandgemälden ausgestattet, die Personen darstellten, ein Novum in der Geschichte der Muslime, denen die bildliche Darstellung von Menschen eigentlich untersagt war.

Mit dem Ende der Dynastie der Umayyaden in Damaskus wurde Syrien zu einer Provinz des abbasidischen Reiches. (In Andalusien konnten die Umayyaden ihre Herrschaft glanzvoll von 756 bis 1031 fortsetzen). Es entstanden verschiedene kleinere Fürstentümer, die zahlreiche bedeutende Künstler und Gelehrte

anzogen. Zu nennen wäre hier der bedeutende Philosoph und Staatstheoretiker al-Farabi (872–950), der mit seiner Schrift »Die vollkommene Stadt« (al-Madīna al-fāḍila) die Staatstheorien des Aristoteles weiter entwickelte und zahlreiche Werke zur Musiktheorie verfasste. Bekanntheit erlangt hat auch der muslimische Historiograf und Augenzeuge der Kreuzzüge, Usama Ibn Munqidh (1095–1188), der in teils spöttischen Anmerkungen vom Zusammenleben der Kreuzritter und der muslimischen Bevölkerung berichtet.

Nach dem Ende der Abbasidenherrschaft in Syrien übernahmen ägyptische Mamluken die Kontrolle im Land (siehe dazu den Beitrag von Anna Kollatz). Die Syrer konnten nun in vieler Hinsicht ein kulturell unabhängiges Leben führen, was nicht nur eine bedeutende arabische Literatur entstehen ließ, sondern ebenso eine einflussreiche christliche Theologie. Unter der Herrschaft der Mamluken wurden einige bedeutende Moscheen errichtet, aber auch Festungsbauten wie die Zitadelle von Aleppo ausgebaut. In Aleppo befand sich zudem der größte überdachte Basar des Nahen und Mittleren Ostens, der in dieser Form auf das 15. Jahrhundert zurückgeht. Im Jahr 2012 wurde dieses Zeugnis des Weltkulturerbes durch einen Brand zerstört.

Bedeutsam für die Rolle Deutschlands in Syrien ist der Bahnhof von Damaskus, der nach dem Vorbild deutscher Bahnhofsbauten des späten 19. bzw. des frühen 20. Jahrhunderts erbaut wurde. Er war der Ausgangspunkt der Hedschas-Bahn, die bis nach Medina im heutigen Saudi-Arabien führte (1322 Eisenbahnkilometer). Die Leitung des 1900 begonnenen Projektes oblag dem deutschen Ingenieur Heinrich August Meißner.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Syrien eine besondere Form der arabischen Belletristik entwickelt. Typische Autoren sind Hana Mina (1924–2015) oder Zakariya Tamer (geboren 1931). Sie verbinden Autobiografisches mit Kritik an den politischen Verhältnissen in Syrien und der arabischen Welt und nutzen dabei absurde und surreale Erzähltechniken. Der bedeutendste zeitgenössische Dichter Syriens ist der im Pariser Exil lebende Adonis (Ali Ahmed Said Esber, geboren 1930), der mit ebenso berührenden Gedichten wie kritischen Texten die Lage in seiner Heimat beschreibt.

Peter Heine



Das östliche Mittelmeer war seit dem Beginn der organisierten Seefahrt im größeren Stile Schauplatz maritimer Kriegshandlungen, die immer wieder zu entscheidenden historischen Richtungsweisungen beitrugen.

Seit über 200 Jahren, und dies spricht für die Bedeutung globaler Zusammenhänge, besitzen anglo-amerikanische Mächte die Seeherrschaft dort. Zunächst waren dies die Briten, nachdem sie der napoleonischen Flotte im Jahre 1798 eine vernichtende Niederlage zugefügt hatten. Als deren Empire in den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts dem Ende entgegenging, übernahmen die Amerikaner fast nahtlos ihre Rolle. Seit dieser Zeit beherrscht die 6. US-Flotte mit ihren Flugzeugträgern das Seegebiet (hier im Bild der atomgetriebene Flugzeugträger USS »George Washington« und das Kriegsschiff USS »Seattle« im Jahre 1997 im östlichen Mittelmeer).

Das maritime Operationsgebiet östliches Mittelmeer

In der Antike waren die beiden ersten Kulturen, die Seefahrt im östlichen Mittelmeer und darüber hinaus betrieben, die Ägypter und Phönizier. Doch handelte es sich bei den Ägyptern in erster Linie um eine küstennahe See- und Binnenschifffahrt. Wirklich seetaugliche Schiffe wurden erst von den Phöniziern gebaut. Ihre wichtigsten Städte Tyrus, Sidon, Beirut, Byblos, Arwat und Tartus entstanden seit 1500 v.Chr. entlang der heutigen palästinensisch-israelisch-syrischen Küste. Die Phönizier schufen ein Handelsnetz entlang der gesamten Mittelmeerküste und Kolonien, deren bedeutendste Karthago wurde. Ihre Dominanz in der Seefahrt konnten die Phönizier auch im militärischen Bereich einsetzen. Nach der Unterwerfung der Phönizier durch Alexander den Großen 332 v.Chr. stellten sie ihre nautischen Fähigkeiten den neuen Herren zur Verfügung.

Wichtige Schlachten während der Antike im östlichen Mittelmeer waren u.a. Salamis 480 v.Chr., die mithalf, die persische Westexpansion zu stoppen, und Actium 31 v.Chr., wo sich Octavian (der spätere Kaiser Augustus) gegen Marcus Antonius und Kleopatra VII. durchsetzte. Erwähnenswert ist auch die erfolgreiche Piratenbekämpfung im östlichen Mittelmeer 67 v.Chr. durch Gnaeus Pompeius. In der Folge herrschte relative Ruhe im römischen Imperium, dessen Nachfolge im östlichen Mittelmeer von 395 bis 1453 das Byzantinische Reich antrat. Aber schon im Hochmittelalter war der Levantehandel stark durch Venedig und Genua dominiert, bis nach dem Fall Konstantinopels das Osmanische Reich auch seinen maritimen Aufstieg begann.

Die erste große Niederlage der Osmanen

Eine vorläufige Manifestation der Einflussphären im Mittelmeer stellte die Seeschlacht von Lepanto am 7. Oktober 1571 dar. Hier standen sich ca. 250 osmanische und 200 Schiffe der »Heiligen Liga« gegenüber. Ihren Ursprung hatte diese Schlacht in der osmanischen Westexpansion ab der dritten Dekade des 16. Jahr-

hunderts. Gut organisierte Flotten drangen bis nach Tunis vor und eroberten sukzessive die christlich-westlichen Stützpunkte im östlichen Mittelmeer. Bis 1570 waren Rhodos und Zypern gefallen, während gleichzeitig der Orienthandel Europas zum Erliegen kam. Infolge päpstlicher Initiative formierte sich daraufhin aus italienischen Staaten, Spanien, den Maltesern und protestantischen Freiwilligen die »Heilige Liga« zur Rückeroberung der verloren gegangenen Gebiete. In der Schlacht vor der griechischen Westküste, die zugunsten der Liga entschieden wurde, verloren 30 000 osmanische Seeleute und 8000 der Liga ihr Leben. Trotz dieser Niederlage dominierte das Osmanische Reich auch in den kommenden zwei Jahrhunderten die Küsten der Levante.

Napoleons Abenteuer in Ägypten und die maritime Vorherrschaft der Briten

Erst während der napoleonischen Kriege rückte das östliche Mittelmeer erneut in den Fokus der europäischen Großmächte. Nachdem Napoleon eine Landung auf den britischen Inseln als unmöglich erschien, entschied sich das französische Direktorium 1798 dazu, eine Landung in Ägypten durchzuführen, das unter osmanischem Einfluss stand. Ziel der Franzosen waren die wirtschaftlichen Ressourcen des reichen Ägyptens; Folgeexpeditionen nach Indien sollten Großbritanniens Ökonomie und Weltmachtposition bedrohen. Der Transport der französischen Armee konnte nur auf dem Seeweg erfolgen, weshalb die Royal Navy versuchen musste, Napoleons Truppen abzufangen. Diese Aufgabe wurde Rear Admiral Horatio Nelson übertragen. Trotz der engen, gut zu kontrollierenden Passagen im Mittelmeer gelang es den Franzosen unbemerkt in Ägypten anzulanden.

Napoleon besiegte in der Folge in der Schlacht bei den Pyramiden am 21. Juli das ägyptisch-osmanische Heer und zog zwei Tage später in Kairo ein. Seine Flotte lag vor Alexandria in der Bucht von Abukir fest vor Anker, ließ dort aber eine taktische Deckungslücke. Der Royal Navy gelang es am 1. und 2. Juli, diese Lücke zu passieren, fast die gesamte französische Flotte zu erobern und Teile zu versenken. Nelson begründete seinen

glanzvollen Ruhm, während die Expeditionsarmee Napoleons in Ägypten festsaß.

1799 stieß Napoleon in das Osmanische Reich vor, wurde aber vor Akkon von osmanischen Truppen und Schiffen der Navy aufgehalten und musste daraufhin wieder nach Ägypten umkehren. Die Kontrolle der Seegebiete gestattete es den Briten, am 8. März 1801 selbst in der Bucht von Abukir anzulanden und damit Ägypten zurückzuerobern – eine entscheidende strategische Weichenstellung.

Militärisch sollte die dominante Seemacht im Mittelmeer nun für mehr als 150 Jahre bis zu ihrer Auflösung 1967 die Mediterranean Fleet Großbritanniens bleiben. Gerade das britische Empire profitierte von dieser strategischen Schlüsselstellung mit dem Aufkommen der Dampfschiffahrt und der Verkürzung einer Passage nach Indien um 30 Prozent Seemeilen durch den 1869 eröffneten Suezkanal. Nach der Besetzung Ägyptens durch Großbritannien 1882 war die maritime Präsenz der Royal Navy im östlichen Mittelmeer permanent spürbar.

Das Zeitalter der Weltkriege

Das Osmanische Reich konnte den modernen Seemächten kaum Paroli bieten. Dies wurde v.a. im italienisch-türkischen Krieg von 1911/12 und während der Balkankriege 1912/13 deutlich, als die Marinen der europäischen Großmächte fast ungehindert im Mittelmeer operierten. Am 24. Februar 1912 etwa erschien vor Beirut ein italienischer Flottenverband und verlangte die Übergabe des osmanischen Küstenpanzerschiffs »Avn-i-İllah« und eines Torpedobootes. Fast ohnmächtig musste der Gouverneur die Versenkung beider Schiffe durch die Italiener mit ansehen. Auch in der Folge konnte die italienische Marine vor der Küste zwischen Jaffa und Beirut immer wieder ungehindert ihre Macht demonstrieren.

Der Durchbruch der beiden deutschen Kriegsschiffe »Goeben« und »Breslau« durch das östliche Mittelmeer zu den Dardanellen und deren Übernahme in die osmanische Marine waren einer der Faktoren für den osmanischen Kriegseintritt aufseiten der Mittelmächte. Im Ersten Weltkrieg dominierten die Seestreitkräfte der Entente das östliche Mittelmeer dennoch fast ungehin-

dert. Sie konnten die Passage des Suezkanals gewährleisten und andererseits 1915/16 vor den Dardanellen eine große Landungsoperation durchführen. Gallipoli geriet zum Desaster, zeugte aber von der völligen osmanischen Unterlegenheit auf See. Die einzigen Erfolge Deutschlands und Österreichs bestanden in Unterseebootangriffen auf den Handel der alliierten Mächte.

Auch im Zweiten Weltkrieg war das östliche Mittelmeer lediglich ein Nebenkriegsschauplatz. Und auch hier wirkte das neue Seekriegsmittel Flugzeug, das mit seinen Reichweiten und Geschwindigkeiten von Land aus operieren konnte. Am 28. März 1941 kam es im Zuge der italienischen Offensive in Griechenland vor Kap Matapan zu einer britisch-italienischen Seeschlacht, in deren Verlauf drei Schwere Kreuzer und zwei Zerstörer der Italiener versenkt wurden. Die moralische Wirkung auf die italienische Marine war derart desaströs, dass sie von weiteren Vorstößen in das östliche Mittelmeer auch nach der Eroberung Kretas durch die Wehrmacht im Mai 1941 absah. In der Folge setzten die Achsenmächte vornehmlich Unterseeboote und Flugzeuge gegen die Royal Navy und die Versorgungslinien der Alliierten ein. Besondere Bedeutung besaß in diesem Krieg die Insel Malta im zentralen Mittelmeer als Nahtstelle zwischen den Mittelmeershälften und als größte Bedrohung für den deutschen Nachschub nach Afrika. Nach der Kapitulation des Deutschen Afrikakorps 1943 spielte das östliche Mittelmeer kaum mehr eine Rolle für den weiteren Kriegsverlauf.

Die Region im Kalten Krieg

Die mediterranen Staaten ordneten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den von den großen Machtblöcken übergeordneten Konflikt des Kalten Krieges ein. Durch die Schaffung Israels entwickelten sich mehrfach Krisen in der Region. Die Interessen der NATO wurden vor allem durch die 6. US-Flotte mit ihren Flugzeugträgern wahrgenommen, der das sowjetische 5. Geschwader (SOVMEDRON) gegenüberstand, das Mitte der 1960er Jahre auf den Plan trat und in der Folge immer stärker wurde.

Die alten Kolonialmächte verloren demgegenüber an Boden. Die Suezkrise von 1956 läutete dann deren endgültigen Nieder-

gang ein. Das sich zunehmend an der Sowjetunion orientierende Ägypten wurde von Israel sowie von Frankreich und Großbritannien in einer konzertierten Aktion angegriffen. Großbritannien beunruhigte vor allem die Verstaatlichung der Suez-Gesellschaft durch Gamal Abdel Nasser und der dadurch drohende Verlust der maritimen Schlüsselposition. Der Angriff auf Ägypten erfolgte durch Israel am 29. Oktober 1956 über die Sinai-Halbinsel. Ein ägyptischer Versuch, mit dem Zerstörer »Ibrahim el-Awal« den Hafen von Haifa zu beschießen, endete am 31. Oktober in einem Gefecht mit israelischen See- und Luftstreitkräften, in dessen Verlauf der ägyptische Zerstörer die Flagge strich und als Kriegsbeute unter dem Namen »Haifa« in die israelische Marine integriert wurde.

Großbritannien und Frankreich nutzten die Insel Zypern und den Seeraum vor Alexandria als Aufmarschraum für ihre amphibische Landung in Port Said am 5. November 1956. Bei dieser Operation wurden erstmals im größeren Umfang Hubschrauber eingesetzt, um die anlandenden Kräfte an die ägyptische Küste zu bringen. Jedoch bereits einen Tag später mussten die beiden europäischen Mächte und Israel ihre Kampfhandlungen auf amerikanischen und sowjetischen Druck einstellen und ihre gewonnenen Positionen räumen. Erst am 10. April 1957 war der Suezkanal wieder für die internationale Schifffahrt nutzbar.

1958 kam es im Libanon zur politischen Krise. Nun intervenierten die USA. Sie setzten ihre 6. Flotte ein und besetzten am 15. Juli 1958 den Hafen und Flughafen von Beirut mit ca. 14 000 Mann. Den Hintergrund bildete unter anderem die Furcht vor dem Vormarsch arabischer Revolutionäre nach dem blutigen Putsch in Bagdad, bei dem die Führer der haschemitischen Königsfamilie, die entscheidende Stütze des britischen Einflusses dort, ausgelöscht wurde.

Während des Sechstagekrieges im Juni 1967 wurde das östliche Mittelmeer erneut Schauplatz von Kampfhandlungen zwischen Israel und Ägypten, Jordanien und Syrien, die jedoch gegenüber dem Geschehen zu Lande wenig ins Gewicht fielen. Während des Krieges kam es allerdings zu einem Zwischenfall, bei dem das US-Aufklärungsschiff USS »Liberty« am 8. Juni 14 Seemeilen vor der Sinaiküste in neutralen Gewässern von israelischen See- und Luftstreitkräften angegriffen wurde, wobei



palda/Martin Athenstädt

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (l.) mit Soldaten des Minenabwehrverbandes »Südflanke« während seines Truppenbesuchs auf Kreta am 13. Februar 1991. Rund 500 Soldaten der Bundesmarine waren 1990/91 auf der Mittelmeerinsel stationiert, bevor ihr Verband in den Persischen Golf verlegt wurde.

34 Seeleute ums Leben kamen. Die Gründe für den israelischen Angriff sind bis heute ungeklärt.

Auch nach dem Krieg kam es zu maritimen Kampfhandlungen. In der Nacht vom 11. auf den 12. Juli 1967 versenkte der israelische Zerstörer »Eilat« zusammen mit den Torpedobooten »Aya« und »Daya« zwei ägyptische Torpedoboote. Am 12. Oktober wurde die »Eilat« dann selbst von ägyptischen Raketen-schnellbooten aus dem Hafen von Port Said aus angegriffen und sank nach drei Raketentreffern. Damit wurde eine neue Ära des Seekriegs eingeleitet, denn es handelte sich um die erste Versenkung eines Kriegsschiffes durch moderne Flugkörper.

1983 wurde die 6. US-Flotte vor dem Libanon und gegen Ziele in Syrien eingesetzt. Auslöser waren Angriffe mit schweren Bomben auf die US-Botschaft und auf Unterkünfte der Multi National Force im Libanon, bei denen u.a. 220 US-Marines und 58 französische Fallschirmjäger getötet wurden. Am 14. Dezember 1983 feuerte die USS »New Jersey« elf Geschosse auf Ziele in der Umgebung von Beirut. Nachdem die syrische Luftabwehr US-amerikanische Flugzeuge beschossen hatte, flogen noch im

gleichen Monat Flugzeuge von den Trägern »John F. Kennedy« und »Independence« Angriffe auf syrische Ziele im Libanon. Während des Abzuges der US-Marines aus dem Libanon kam es zu heftigen Kämpfen zwischen der libanesischen Armee und Drusenmilizen, weshalb die »New Jersey« am 8. Februar 1984 noch einmal Stellungen der syrischen Streitkräfte und der Drusenmilizen beschoss. Auch der kommandierende syrische General und Teile seines Stabes wurden getötet. Unter den zivilen Opfern durch das Langstreckenbombardement befanden sich in erster Linie Drusen und Schiiten.

Die neueste Zeit

Die deutsche Marine besaß im Kalten Krieg keinen Einsatzschwerpunkt im östlichen Mittelmeer. Im Rahmen des Golfkrieges von 1991 nutzte die damalige Bundesmarine das östliche Mittelmeer als logistische Basis für den Minenabwehrverband Südflanke, der ab September 1990 bis zum Verlegen in den Persischen Golf in der Bucht von Souda auf Kreta stationiert war. Seit 1978 stehen Blauhelmsoldaten im Libanon (UNIFIL), woran sich seit dem Libanonkrieg von 2006 auch die Deutsche Marine mit unterschiedlichsten Einheiten und Personal an der Maritime Task Force 448 und an der Ausbildung der libanesischen Seestreitkräfte beteiligt (siehe dazu auch die Wegweiser Naher Osten und Auslandseinsätze der Bundeswehr). Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 wurde der französische Flugzeugträger »Charles de Gaulle« in das östliche Mittelmeer befohlen, dann aber in den Persischen Golf zur Bekämpfung der Terrormilizen des IS verlegt. Zu dessen Schutz stellte die deutsche Marine zeitweise eine Fregatte als Eskorte (»Augsburg«, bis 23. März 2016). Ab dem 23. November flogen französische Marineflieger vom Flugzeugträger aus Angriffe auf den IS. Im Rahmen der maritimen Hilfe für die europäische Grenzschutzorganisation FRONTEX in der Ägäis leistete das deutsche Versorgungsschiff »Bonn« als Teil der »Standing NATO Maritime Group 2« Anfang 2016 Unterstützung für die dort eingesetzten Einheiten.

Christian Jentzsch



Eines der Hauptziele der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak war und ist Jordanien. Neben dem primären Anlass, der Rettung vor Verletzung, Folter und Tod, verbinden die Flüchtenden mit der Wahl dieses Landes auch die Hoffnung auf eine möglichst rasche Rückkehr in ihre Heimat nach dem Ende der Kampfhandlungen. Auf dem Bild ist das zweitgrößte jordanische Flüchtlingslager al-Asrak zu sehen (Aufnahme vom 29. Januar 2018).

Die Regierung in Amman versucht, durch moderaten Ausgleich zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln und andererseits damit die eigene Position zu stabilisieren. Ob dies dauerhaft gelingt, ist nur schwer abzuschätzen.

Jordanien: Ruhepol oder Staat zwischen allen Stühlen?

Jordanien ist einer der konfliktärmsten Staaten in der Region. Es gilt gleichzeitig als Stabilitätsanker, auf dem die Hoffnungen des Westens ruhen. Jedoch blieb es von den krisenhaften Entwicklungen nicht unberührt. Zudem weist das Land auch innenpolitisches Konfliktpotenzial auf. Da Jordanien und sein Regierungssystem weder von Revolutionen noch von Kriegen radikal umgestaltet wurden, bestehen historische Kontinuitäten, etwa in Bezug auf die koloniale Vergangenheit. So ist der einstige britische Einfluss bis heute spürbar.

Historische Entwicklung

Jordanien entstand nach dem Ersten Weltkrieg infolge politisch-strategischer Kompromisse und teils künstlicher Grenzziehungen. Aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches wurde es dem britischen Mandat Palästina zugeschlagen. Die Briten betrachteten Palästina als eigenständiges Territorium und erreichten schließlich 1922 die verwaltungsmäßige Trennung der beiden Gebiete. Infolgedessen machten die Briten aus Transjordanien eine semi-autonome Verwaltungseinheit, die als arabisches Gemeinwesen fungieren und gleichzeitig die Franzosen eindämmen sollte, welche in Syrien als Mandatsmacht agierten. Durch den britisch-jordanischen Vertrag vom 15. Mai 1923 wurde Transjordanien faktisch als eigener Staat anerkannt.

Die Einbindung in die arabische Welt ergab sich vor allem durch das Herrscherhaus, die Haschemiten. Die Haschemiten hatten als Beherrscher der Heiligen Stätten Mekka und Medina (Scherifen) – diese Funktion übten sie bis 1925 aus – beim Aufstand gegen das Osmanische Reich unter Führung von T.E. Lawrence eine zentrale Bedeutung erlangt und erwarteten nun entsprechende Gegenleistungen. Dahinter stand der Wunsch nach einem arabischen Großstaat unter ihrer Führung. Dies war durch das Sykes-Picot-Abkommen zwischen Briten und Franzosen allerdings schon vor Kriegsende unmöglich geworden (siehe dazu

den Beitrag von Bernd Lemke, S. 57–65). Den Haschemiten kam indessen eine andere Funktion zu: Unter britischer Oberhoheit begründeten sie eine Monarchie, deren Regierung mit den Briten kollaborierte. So wurde Abdullah, der Sohn von Scherif Hussein von Mekka, von den Briten 1921 zum Emir von Transjordanien ernannt, und sein Bruder Faisal wurde König im Irak, nachdem er Syrien hatte verlassen müssen.

Infolge der relativ homogenen Bevölkerungszusammensetzung verlief die Entwicklung in Jordanien, anders als im Irak, eher ruhig, was nicht zuletzt auf der 1921 gegründeten Arabischen Legion beruhte, die als Traditionselement für die Streitkräfte bis heute entscheidend ist. Das Land wurde 1946 als Königreich in die Unabhängigkeit entlassen, schwankte aber weiter zwischen Kooperation mit der alten Imperialmacht und den immer stärker werdenden arabischen Kräften, auch mit dem arabischen Nationalismus.

Eine wichtige Rolle bei der Konsolidierung der jungen Monarchie spielte zunächst der britische Brigadier John Bagot Glubb, der, auf der Basis seiner Erfahrungen im Irak bis 1930, in Transjordanien als Militärberater tätig war und die Arabische Legion und später die Armee als entscheidendes Rückgrat der Regierung aufbaute und leitete. Glubb führte die Truppe im Jahre 1941 an der Seite der Briten gegen die Putschisten unter Raschid al-Gailani in den Kampf im Irak. Die Arabische Legion setzte sich vor allem aus beduinischen Kämpfern zusammen, die eine modernen Standards verpflichtete Ausbildung erhielten. Die Beduinen und ihre Königstreue bildeten bis heute eine der wesentlichen Stützen nicht nur der jordanischen Streitkräfte, sondern der Regierung insgesamt. In Zeiten erhöhter Spannungen gerade mit islamischen bzw. islamistischen Kräften bzw. den Palästinensern im Land suchte das Königshaus immer den Schulterschluss mit den beduinischen Stämmen.

Nach dem Rückzug der Briten aus Palästina und der Gründung Israels ergaben sich zeitweise paradoxe Verhältnisse. Transjordanien nahm trotz der nach wie vor großen Verbundenheit des Königshauses mit dem Empire am Krieg der arabischen Staaten gegen Israel 1948 teil. Glubb führte die Arabische Legion gegen die jüdischen Streitkräfte ins Feld und besetzte Ostjerusalem. Gleichzeitig offenbarten sich Risse in der arabischen Front.

Die transjordanischen Streitkräfte erhielten Anweisung, sich beim militärischen Vorgehen weniger an militärischen Notwendigkeiten als an den territorialen Interessen der eigenen Regierung zu orientieren. Transjordanien annektierte dann 1950 auch das Westjordanland (Westbank), was u.a. zur Folge hatte, dass die beiden Gebiete in Jordanien umbenannt wurden.

Damit erhielten hunderttausende Palästinenser die jordanische Staatsbürgerschaft. Daraus erwuchsen Probleme von nachhaltiger Bedeutung. Die transjordanische Bevölkerung, die zu einem großen Teil die Elite des Landes stellt, verfolgt teilweise andere Interessen als die palästinensischen Bevölkerungsgruppen, was nach wie vor zu Spannungen führt. Zwar verzichtete Jordanien 1994 endgültig auf die Westbank zugunsten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA), jedoch leben weiterhin zahlreiche Palästinenser im Land.

Nach der Niederlage gegen Israel 1948 und der Besetzung des Westjordanlandes 1950 fand sich Abdullah schnell mit den neuen Verhältnissen ab und schloss entsprechende Kompromisse mit der Gegenseite. Dies bezahlte er mit dem Leben. Ein palästinensischer Attentäter erschoss ihn am 21. Juli 1951 in der al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Sein Sohn Talal litt an einem Nervenleiden und verstarb bald, sodass sein Enkel Hussein 1953 die Regierung übernahm. Dieser prägte mit seinem pragmatischen Regierungsstil zwischen Kooperation mit dem Westen, Konzessionen an Palästinenser und arabische Kräfte sowie nötigenfalls harten Maßnahmen im Innern die Geschicke des Landes bis zu seinem Tod im Jahre 1999 und weit darüber hinaus.

Die politische Entwicklung glich streckenweise einer Gratwanderung, was im Westen häufig nicht wahrgenommen wurde. So entließ Hussein 1956 den Brigadier Glubb, der nach der Suezkrise und zunehmenden Protesten im eigenen Land untragbar geworden war, und kündigte den 1948 geschlossenen Vertrag mit den Briten. Deren Nachfolge als Hegemon traten die USA an, in deren Gefolge dann auch die Briten nach einiger Zeit wieder als Unterstützer agierten.

Im Jahre 1957 kam es zu einem Putsch, den Hussein mit der Ausrufung des Kriegsrechts beendete. Der Kriegszustand wurde zwar 1958 wieder aufgehoben, doch blieben politische Parteien 30 Jahre lang verboten. Dies wiederum hatte zur Folge, dass



Hussein I., seit 1953 König von Jordanien, bei einem Staatsbesuch in Berlin am 27. November 1959 nach der Ankunft auf dem Flughafen Tempelhof, hier in Begleitung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt.

Parteien sich kaum entwickeln konnten und bis heute nur eine begrenzte Rolle in Jordanien spielen. Viel wichtiger sind klientelistische Netzwerke und tribale Strukturen, die entscheidenden Einfluss unter anderem auf das Wahlverhalten der Jordanier nehmen.

Die wohl schwerste Krise ergab sich nach der Niederlage der Araber im Sechstagekrieg von 1967, an dem Jordanien erneut im Kampf gegen Israel teilnahm. Nach diesem Misserfolg verschlechterte sich das zuvor gute Verhältnis zwischen Amman und den Palästinensern, die zehntausende Kämpfer in Jordanien stehen hatten. Die Palästinensische Befreiungsarmee, militärischer Arm der PLO, begann zunehmend, das Gewaltmonopol

des Staates zu untergraben. So warf Hussein im Jordanischen Bürgerkrieg von 1970/71 die PLO nach schweren Kämpfen aus dem Land (wegen des Höhepunkts der Auseinandersetzung im September 1970 wird der Bürgerkrieg auch als »Schwarzer September« bezeichnet). Damit wurde die Staatskrise zwar beendet, der Dauerkonflikt mit der palästinensischen Bevölkerung in Jordanien aber nicht gelöst. Aus dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 hielt sich Jordanien heraus.

Nach dem Ende des Kalten Krieges näherte sich Hussein weiter dem Westen an. Er schloss 1994 einen Friedensvertrag mit Israel, der viele Vorteile gerade auch finanzieller Art brachte, in der Bevölkerung aber umstritten war.

Jordanien heute

Diese Gemengelage prägt das Land bis heute. Die Macht des Staates stützt sich im Wesentlichen auf den Hof, die westlich gebildete und ausgerichtete Wirtschaftselite und vor allem auf die Armee. Seit 1999 herrscht König Abdullah II., der eine umfassende Ausbildung in Großbritannien genossen hat, u.a. an der Royal Military Academy in Sandhurst. Meist wird, mit Erfolg, versucht, alle wichtigen Netzwerke und Familien im Regierungsapparat zu binden und gleichzeitig keine Bevölkerungsgruppe zu verärgern. Die Regierung, der ein Ministerpräsident vorsteht, hat nur begrenztes eigenständiges Gewicht. Verfassungsrechtlich ist Jordanien eine konstitutionelle Erbmonarchie. Minderheiten, insbesondere auch Christen, werden toleriert und durch das Wahlsystem sogar relativ begünstigt.

Jene Gruppen aber, die nicht oder nur begrenzt am Wohlstand teilhaben, bilden eine kritische Masse, die erhebliches Konfliktpotenzial birgt – gerade auch, was das Verhältnis zu Israel angeht. Dies gilt nicht nur für die palästinensischen Bevölkerungssteile. Gleichzeitig sind islamistische bzw. salafistische Kräfte im Vormarsch begriffen. Eine besondere Rolle spielten die Muslimbrüder und deren Partei Islamic Action Front (IAF), die nicht mit diesen Gruppen gleichgesetzt werden dürfen. Die Muslimbrüder lehnen die westliche Orientierung der Regierung ebenfalls vehement ab und verlangen eine Ausrichtung von

Staat und Gesellschaft nach islamischen Werten. Jedoch wagen sie sich infolge des Macht- und Gewaltmonopols des Staates mit entsprechender Kritik kaum an die Öffentlichkeit, werden sie doch immer wieder von der Regierung unterstützt.

Die Balancepolitik der jordanischen Regierung kommt einem Drahtseilakt gleich, auch auf internationalem Parkett. Jordanien ist, nicht zuletzt wegen seiner relativen Rohstoffarmut und der immer noch vergleichsweise begrenzten Industrialisierung, im Wesentlichen auf westliche Geldleistungen angewiesen, die meist großzügig gewährt werden (»Rentenstaat«). Auf der anderen Seite gilt es Einvernehmen mit der arabischen Welt zu wahren. So schloss sich das Land nicht der Anti-Irak-Koalition im Zweiten Golfkrieg an (siehe den Beitrag von Henner Fürtig, v.a. S. 110–115), was dem König zwar im Land und unter den Palästinensern große Anerkennung verschaffte, aber auch zu erheblichen wirtschaftlichen Problemen führte, weil die westlichen Staaten, darunter die Garanten des Rentenstaatsystems, in der Region mit Sanktionen reagierten. Ein ähnliches Dilemma ergab sich während des Dritten Golfkrieges (siehe den Infokasten auf S. 174 f.), da der Irak gerade wegen des Öls weiterhin wichtigster Handelspartner Jordaniens blieb. Die Regierung in Amman ging auch hier pragmatisch vor: Man lehnte den Angriff gegen Saddam Hussein ab und verbat sich Luftwaffeneinsätze gegen den Irak von jordanischen Flugplätzen aus. Man erlaubte aber die Stationierung von Raketenabwehrverbänden auf jordanischem Staatsgebiet. Dadurch konnte diese Krise bewältigt werden, ohne die Unterstützung des Westens zu verlieren.

Wirtschaftlich hat sich das Land, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank, dem industriellen und digitalen Fortschritt geöffnet, was sich nur bedingt ökonomisch ausgezahlt hat und in der Bevölkerung zudem teilweise kritisch gesehen wird. Es herrscht, wie schon seit Jahrzehnten, vielerorts Armut und ein Stadt-Land-Gefälle. So kam es 2002 in Ma'an, der Verwaltungshauptstadt einer ländlich geprägten Region, die bis dahin immer eine Stütze der Regierung gewesen war, wegen erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Probleme und nach dem Tod eines Jugendlichen in Polizeigewahrsam zu Aufständen, die von Polizei und Armee unterdrückt werden mussten. Auch erreichte der islamistische Terror

das Land. Am 9. November 2005 kam es zu Selbstmordattentaten auf drei Hotels in Amman mit 58 Toten und über 100 Verletzten. Die Regierung reagierte sofort mit der Verabschiedung eines Anti-Terror-Gesetzes.

Der arabische Frühling 2011 führte auch in Jordanien zu Protesten, die sich jedoch eher gegen Korruption, Misswirtschaft und fehlende demokratische Teilhabe richteten, weniger gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Proteste ebten schnell wieder ab. Eine große Belastung erwuchs dem Land durch die inzwischen laut UNHCR über 700 000 Flüchtlinge vor allem syrischer Nationalität, die versorgt werden müssen und eine potenzielle Gefahr für den jordanischen Arbeitsmarkt darstellen. Die jordanische Kernbevölkerung, die mitunter selbst nur begrenzt Arbeit findet, kritisiert schon seit Längerem die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, die vorwiegend aus Syrien und dem Irak bzw. aus Sri Lanka und Bangladesch kommen.

Beim Kampf gegen den Islamischen Staat und andere Terrorgruppen hielt sich Jordanien eher zurück, weil die eigene Bevölkerung das aktive militärische Eingreifen in Konflikte mit Glaubensbrüdern ablehnt. Ein massiver Luftschlag gegen Einrichtungen des IS in Raqqa erfolgte jedoch, nachdem dieser ein grausames Video ins Internet gestellt hatte, auf dem die Exekution eines jordanischen Kampfpiloten zu sehen war. Offiziell ist das Land Mitglied der internationalen Koalition gegen den islamistischen Terror. Aus diesem Grund konnten die deutschen Tornados im Oktober 2017 von Incirlik (Türkei) nach al-Asrak verlegt werden.

Insgesamt hat sich Jordanien durch eine bemerkenswerte Mischung aus flexibler Balancepolitik, geschickter Machtgestaltung und Kompromissfindung bei Problemen trotz aller bedrohlichen Kriege und Konflikte als eigenständiger Staat halten können. Allerdings darf das Krisenpotenzial, gerade in innenpolitischer Hinsicht, nicht unterschätzt werden. Auf absehbare Zeit wird Jordanien weiter auf die westliche Unterstützung angewiesen bleiben.

Bernd Lemke



Mit Blick auf die Situation in Irak und Syrien haben ehrgeizige Regionalmächte seit 1990 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen (im Bild v.l.n.r.: Emir von Qatar Scheich Tamim bin Hamad al-Thani, König von Bahrain Hamad bin Isa al-Chalifa, König von Saudi-Arabien Salman bin Abd al-Aziz, König von Jordanien Abdullah II. bin al-Hussein und Scheich von Abu Dhabi Mohammed bin Zayid al-Nahyan während einer Andacht im Rahmen der Übung »Northern Thunder« im Norden Saudi-Arabiens, 11. März 2016). Ihre eigene Machtprojektion fest vor Augen, ergreifen diese Mächte für die eine oder andere Seite Partei.

Irak und Syrien agierten bis 1991 bzw. 2011 als eigenständige Machtfaktoren in der Region. Sie spielten zwar eine problematische, aber nichtsdestoweniger wichtige Rolle im regionalen Machtgefüge. Unter anderem waren sie säkular-nationalistische Bollwerke gegen den islamischen Fundamentalismus sunnitischer Prägung. Syrische Truppen agierten zum Beispiel im Libanon, während der Irak den iranischen Einfluss in der Golfregion in Schach hielt. Heutzutage kämpft das syrische Regime selbst ums Überleben und der Irak hat es schwer, unter der doppelten Bevormundung durch den Iran und die USA seine eigene Autorität im Lande wieder herzustellen, geschweige denn einen unabhängigen außenpolitischen Kurs zu steuern. Erheblich problemsteigernd ist das Auftreten unabhängiger Akteure, wie beispielsweise des Islamischen Staates (IS) oder des syrischen Al-Qaida-Ablegers Al-Nusra-Front, die sich kaum an bisher bestehende nationale Grenzziehungen gebunden fühlen.

Die regionalen Akteure: Saudi-Arabien, Iran, Türkei und die Golfstaaten

Das Ende Iraks als regionalpolitischer Akteur verschärfte insbesondere den Gegensatz zwischen Iran und Saudi-Arabien. Dieser Gegensatz ist neben dem eigentlichen Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern die wichtigste Konfliktachse in der Region. Im Prinzip handelt es sich dabei um einen klassischen Streit um die Vormacht, ein Vergleich mit der deutsch-französischen Konkurrenz im 19. Jahrhundert ist daher durchaus zulässig, wenn auch die USA bis heute ein besonderes, nicht zu unterschätzendes Gewicht besitzen, das, die Region im Ganzen betrachtet, die Bedeutung Russlands nach wie vor erheblich übersteigt. Das heißt aber auch, dass der Konflikt unabhängig von Staatsform und politischer Ideologie zu lesen ist: Selbst im Kalten Krieg, als beide Länder sich politisch deutlich nach Washington orientierten, weigerte sich Saudi-Arabien 1972, die von der Pahlavi-Dynastie ausgerichtete 2500-Jahr-Feier der iranischen Monarchie zu besuchen, da dies als Anerkennung der persischen Vorherrschaft im Golf hätte gewertet werden können.

Entscheidende Kontrahenten: Iran und Saudi-Arabien

Nach der Islamischen Revolution 1979 musste der Gegensatz aus mehreren Gründen eskalieren. In der revolutionären Phase der Islamischen Republik trachtete Teheran danach, die Golfmonarchien durch extremistische schiitische Splittergruppen zu stürzen. Erst nach dem Tod des damaligen Revolutionsführers Chomeini 1989 und dem (vorläufigen) Abtritt des Premierministers Mir Hossein Mussavis von der politischen Bühne im gleichen Jahr wurde eine gemäßigtere Politik den arabischen Nachbarstaaten gegenüber wieder möglich. Aus saudischer Sicht waren die konstruktiven Töne aus Teheran, wie man sie unter den Regierungen Rafsandschani (1990–1997) und Chatami (1997–2005) hören konnte, willkommen. Nach 1990 blieb das latente Konflikt-

potenzial zwar erhalten – Iran und Saudi-Arabien konnten ihren konfessionellen Gegensatz jederzeit wieder aufleben lassen –, gleichzeitig trugen sie aber auch dafür Sorge, dass der religiöse Aspekt in ihren bilateralen Beziehungen nicht überhandnahm. Dies fiel Teheran leichter als Riad, weil die Iraner ein System aufgebaut hatten, in welchem sie radikale schiitische Gruppen, wie zum Beispiel die libanesische Hisbollah, relativ gut unter Kontrolle halten konnten. Anders die Saudis, gegen deren Herrscherhaus sich seit Ende der 1990er Jahre eine sunnitisch-fundamentalistische Totalopposition formierte, aus deren Reihen jene radikalen Elemente stammten, die später gemeinsam mit ägyptischen Extremisten die Terrororganisation Al-Qaida gründeten und den Anschlag auf das World Trade Center 2001 verübten.

Die anschließenden westlichen Interventionen in Afghanistan 2002 und in Irak 2003 unter Führung der USA produzierten ein strategisch widersinniges Ergebnis: Einerseits gelang es tatsächlich, die afghanischen Taliban zu stürzen und Al-Qaida zurückzudrängen, andererseits eröffneten die USA dadurch dem iranischen Erzfeind Handlungsspielräume, die dieser so nicht erwartet hatte und sofort ausnutzte: Sowohl im Irak als auch in Afghanistan war der Westen bald mit einer von Teheran finanzierten Parallelstruktur konfrontiert, die sich nicht nur als äußerst widerstandsfähig erwies, sondern die auch bis weit in den Sicherheitsapparat dieser Länder hinein reichte. Teilweise konnten die Iraner dabei auf Netzwerke von Sympathisanten zurückgreifen, die sie schon in den 1980er Jahren aufgebaut hatten: Ismail Khan war ein Vertreter der iranischen Sache in Afghanistan. Und die aus schiitischen irakischen Kriegsgefangenen rekrutierte Badr-Brigade, aus der die heutigen Volksmobilisierungskräfte im Irak hervorgingen, war als militärische Einheit in den 1980er Jahren Teil der iranischen Revolutionsgarde. Riad hatte diesen paramilitärischen Verbänden und Akteuren Teherans nichts Nennenswertes entgegenzusetzen und sah sich von den USA einem expansionistischen Iran gegenüber zunehmend in Stich gelassen. Das erklärt, warum Saudi-Arabien sunnitische Extremisten zwar fürchtete, in ihnen aber das kleinere Übel als in Teheran erblickte.

Die machtpolitische Stellung des Iran verstärkte sich nach 1991, da der Irak, die bis dahin größte Bedrohung für das Land,

infolge der westlichen Intervention nicht nur als Machtfaktor ausgeschaltet wurde, sondern in der Folge fast schon eine »Transitzone« für iranische Expansionsbestrebungen in Richtung Mittelmeer wurde.

Das Kernstück der iranischen Expansionsstrategie bildete die sogenannte »Widerstandsachse«. Damit bezeichnen die Teheraner Strategen jene Kooperation von Staaten und Organisationen, deren kleinster gemeinsamer Nenner der Kampf gegen Israel und zugleich die Unterstützung der Palästinenser ist. Dazu gehören (bzw. gehörten) die libanesische Hisbollah, der Palästinensische Islamische Dschihad, die Hamas, Syrien und Iran; gelegentlich wurde der Irak auch schon dazu gerechnet. Ein richtiges Abhängigkeitsverhältnis zu Teheran besteht nur im Falle von Hisbollah und Islamischem Dschihad. Im Vergleich dazu gestaltete sich das iranische Verhältnis zur sunnitischen Hamas schwieriger.

Das Hauptelement dieser Achse bildeten die bilateralen Beziehungen zu Syrien, die während des Ersten Golfkrieges entstanden waren. Mit Kriegsende 1989 wurde die gegen Bagdad gerichtete strategische Allianz mit dem nationalistischen und sozialistischen Regime in Damaskus als Frontstellung gegen Israel umgedeutet und dadurch mit der eigenen Ideologie kompatibel gemacht. Der eigentliche Zweck der Widerstandsachse bestand darin, durch Instrumentalisierung des klassischen Nahostkonflikts die Rolle Irans in der Levante nachhaltig zu festigen. Die Saudis konterten mit einer simplen, aber effizienten Umdeutung der Widerstandsachse in einen »schiitischen Halbmond«, der von Teheran über Bagdad und Damaskus nach Beirut und in die Palästinensergebiete reichte. Damit spielten die Saudis auf die Urangst der Iraner an, nämlich als Schiiten und Perser in der Region isoliert zu sein.

Neben der Rechtfertigung des iranischen Engagements in der Levante durch die Widerstandsachse sollte Irans Regionalmachtanspruch durch das Nuklearprogramm untermauert werden, das ursprünglich vom Schah von Persien initiiert worden war. Dieses Programm wurde nach dem Iran-Irak-Krieg, dem Ersten Golfkrieg, neu aufgelegt und sollte die relative Schwäche Irans im Bereich der konventionellen Kriegführung ausgleichen. Zusätzlich, und dies gilt trotz des im Juli 2015 mit dem Westen

geschlossenen Atomvertrages zur Verhinderung der militärischen Nutzung der Kernenergie durch Teheran, muss der Iran in der Region de facto als Atommacht behandelt werden, wodurch sich der iranische Anspruch als muslimische Führungsmacht gegenüber Saudi-Arabien verstärkte.

Der Irak wurde durch diese internationalen Entwicklungen zunehmend zum Spielball, insbesondere nach dem Dritten Golfkrieg ab 2003 und dem in der Folge massiv zunehmenden innenpolitischen Terror. In gewisser Weise wurde das Land dann auch zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges zwischen den Konfessionen und den dahinter stehenden beiden großen Nachbarn. Gerade dies aber verhinderte oder erschwerte zumindest die Stabilisierung der ganzen Region.

Die Folgen des Arabischen Frühlings seit 2011 taten ein Übriges. Die Eskalation in Syrien verschob dann die Prioritäten und Bedrohungsbilder. So war Teheran, wo man jahrzehntelang mit einem starken Syrien kooperiert hatte, auf den Zusammenbruch der Lage im Land nicht vorbereitet. Die iranische Präsenz in Damaskus wurde nun als notwendiges Engagement gegen den »Extremismus« gerechtfertigt, womit die verschiedenen in Syrien aktiven Al-Qaida-Ableger und der Islamische Staat gemeint waren. Allerdings musste auch Teheran erkennen, dass es anders als im Irak, wo sich die Iraner auf die starken schiitischen Milizen der Volksverteidigungskräfte verlassen können, nur sehr schwer möglich ist, das Regime in Damaskus so zu stützen, dass es aus eigener Kraft fortbestehen kann.

Ohne die Entscheidung Russlands im September 2015, direkt militärisch in Syrien zu intervenieren, hätte das Regime trotz iranischer Hilfe wohl kaum überlebt. Teherans Hilfstruppen erlitten teils erhebliche Verluste, die geheim gehalten werden mussten. So erschien es aus iranischer Sicht klüger, die syrischen Friedensverhandlungen zu unterstützen. Dadurch wurden Russland bzw. das russisch-amerikanische Verhältnis zum bestimmenden Faktor für die zukünftige Entwicklung Syriens. Zurzeit deutet alles darauf hin, dass Iran und Saudi-Arabien im Windschatten der Syriengespräche um Deeskalation bemüht sind. Dabei kann Saudi-Arabien zu Recht argumentieren, Teheran in vielen Regionen in die Schranken gewiesen bzw. eine – vermutete oder tatsächliche – Expansion der Iraner im Keim erstickt zu haben: so in

Bahrain, das von saudischen Truppen de facto besetzt wurde; in Nigeria, wo es zu Repressionen gegen die schiitische Minderheit kam; am Horn von Afrika, im Sudan und – äußerst blutig – im Jemen. Teheran und Riad scheinen sich außerdem darüber einig zu sein, dass ein anderer muslimischer Staat kaum einen Beitrag zur Stabilisierung der Region beitragen kann: die Türkei.

Die Türkei: Zwischen Machtausdehnung und Destabilisierung

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber der arabischen Welt hat unter der »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung« (AKP) von Präsident Recep Tayyip Erdogan eine interessante Wendung genommen. Zwar wurden gewisse Prinzipien von den Kemalisten wie die strikte Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten anfangs noch beibehalten, doch wurde in der Folge zeitweilig eine romantisierende Lesart der osmanischen Vergangenheit zum Leitfaden der eigenen Außenpolitik gemacht. Demnach würden sich Vertreter der ideologisch den Führungskreisen der AKP nahestehenden Muslimbruderschaft von Ägypten über Palästina (Hamas) bis Syrien durchsetzen und die Türkei als Führungsmacht anerkennen. Den Strategen in Ankara schwebte offensichtlich vor, dass die Türkei das Verhältnis des Westens zur arabischen Welt bestimmen würde. Von dieser Perspektive musste man sich inzwischen mehr oder weniger verabschieden.

Anders verhält sich die Situation in Syrien selbst, wo Riad und Ankara gemeinsam mit Qatar den Sturz des Regimes von Baschar Hafiz al-Assad betreiben. Aber auch hier gilt, dass die Interessenskonvergenz nur für den Sturz Assads besteht. Für die Zeit danach divergieren türkisch-qatarische und saudische Ansichten, vor allem hinsichtlich der Etablierung der Muslimbruderschaft in Damaskus.

Interessant ist dabei die Vorgangsweise des kleinen, aber reichen und diplomatisch geschickten Qatars der Türkei gegenüber: Neben zahlreichen Investitionen ist Qatar auch im Bereich der Think Tanks und Medien stark vertreten und nimmt da-

durch aktiv an der Politikberatung und der Meinungsbildung in der Türkei teil. Es ist zwar noch zu früh, davon auszugehen, dass es den Qataris in absehbarer Zukunft gelingen wird, für Ankara eine türkische Arabienpolitik zu formulieren, aber jetzt schon werden die Befindlichkeiten des kleinen Inselstaates im Persischen Golf von Ankara ernst genommen. Das ist nur einer der vielen Belege dafür, dass Qatar andere Golfstaaten, wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrain, an politischer Bedeutung überragt.

Unabhängig von der Entwicklung des qatarisch-türkischen Verhältnisses und der sich abzeichnenden Konkurrenz zu Saudi-Arabien wird die türkische Syrienpolitik von der Kurdenfrage dominiert. Dabei spielen auch der Irak und die Kurdische Autonome Region eine Rolle, da die Kurden dort eigene machtpolitische Ziele verfolgen und das Verhältnis zwischen Arbil, der Hauptstadt der Autonomen Region, und Bagdad keineswegs als für alle Zeiten geklärt gelten kann.

In Syrien wiederum etablierte sich nach den militärischen Niederlagen des Assad-Regimes eine autonome, vom Regime in Damaskus der Not gehorchend nur halbherzig geduldete kurdische Regionalregierung im Nordosten des Landes. Diese wird von der Türkei strikt abgelehnt. Hintergrund dafür ist die Tatsache, dass die dort dominierenden syrischen Ableger der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK), die »Partei der Demokratischen Union« (PYD) und die »Volksverteidigungseinheiten« (YPG), der von Ankara verlangten Distanzierung von der PKK nicht nachkommen und gemeinsam mit allen andren PKK-nahen Gruppen Teil der »Union der Gemeinschaften Kurdistans« (KCK) sind, wie sich die »neue PKK« heute bezeichnet. Zwar sind PYD/YPG nicht in jenem Ausmaß wie die derzeit im Irak beheimateten Führungsorgane der KCK/PKK (Exekutivrat und Generalkommando) in die Eskalation um die Kurden in der Türkei involviert, doch die Inszenierung des Widerstands von Kobane 2014 und der dauernde Verweis aus PKK-Kreisen, wonach das Autonomiestatut in Rojava, wie die syrischen Kurdengebiete nun genannt werden, auch als Vorbild für die Lösung der Kurdenfrage in der Türkei dienen soll, bestärken Ankara in seiner feindseligen Haltung.

Die laufende Eskalation in der Türkei zwischen den türkischen Sicherheitskräften und dem Untergrund der PKK und KCK im Südosten des Landes, die Ausweitung des Bombenterrors durch PKK-nahe oder ihr zugehörige Gruppen und anderer Linksextremisten sowie die Stärkung radikal-islamistischer Netzwerke in der Türkei und die türkischen Vorbereitungen für ausgedehnte Militäraktionen gegen die PKK/KCK im Irak bringen die türkische Nahostpolitik wieder dorthin zurück, wo sie schon unter den Kemalisten war: zur Bekämpfung des kurdischen Separatismus. Davon abgesehen hat das türkische Engagement im Nahen Osten, namentlich in Syrien, das Land selbst an den Rand der Destabilisierung gebracht. Und Ankara hat aufgrund seiner Syrienpolitik relativ viel Handlungsspielraum und Prestige im Westen verloren: Die Unterstützung radikaler sunnitischer Kräfte in Syrien und die Unduldsamkeit im Umgang mit Pressefreiheit, ganz zu schweigen vom Quasi-Bürgerkrieg im Südosten des Landes irritieren Ankaras europäische Freunde und Verbündete. Schließlich hat die Türkei auch immer weniger Einfluss auf die weitere Vorgangsweise in Syrien: Dass es überhaupt zu Friedensverhandlungen kommt, geht in erster Linie auf die Initiative der Amerikaner und der Russen zurück. Iran und Saudi-Arabien haben das verstanden und verzichten weitgehend auf politische Störmanöver; anders die Türkei, die aufgrund der akuten Bedrohungslage auf ihrem Ziel, nämlich der Etablierung einer nordsyrischen exklusiven Einflusszone für Ankara, beharren muss. In dieser hochproblematischen Gemengelage bringt die Flüchtlingsfrage für Ankara keineswegs ausschließlich Vorteile. Es ist, trotz aller Vereinbarungen mit der EU, keineswegs gesichert, dass die Menschenströme gelenkt werden können. Außerdem regt sich in der türkischen Bevölkerung zunehmend Widerstand und Verärgerung über die hohe Flüchtlingszahl, die sich verschlechternde Sicherheitslage und die Konkurrenz am Arbeitsplatz. Auch lässt sich daraus nicht automatisch eine nachhaltige Unterstützung für die politischen und militärischen Ziele Ankaras in der Region ableiten. Im Gegenteil – die Türkei läuft inzwischen Gefahr, politisch und strategisch in die Defensive zu geraten.



picture alliance

Nach einem jahrelangen, besonders grausam geführten Bürgerkrieg scheint sich in Irak und Syrien ein Ende zumindest offener Kämpfe großen Stiles abzuzeichnen. Für die Entwicklung im Irak seit 2016 waren drei Elemente entscheidend: der Kampf gegen den Islamischen Staat, das kurdische Referendum vom September 2017 und die Parlamentswahl vom 12. Mai 2018. Als beherrschend erwies sich der Kampf gegen den IS, dessen ungeheure Brutalität selbst verfeindete Gruppen von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens überzeugt hatte. Die Dramatik des Geschehens ist im Bild deutlich zu erkennen: Helfer der internationalen Organisation »Global Response Management« übernehmen am 2. Juli 2017 in Mossul, kurz vor der vollständigen Rückeroberung der Stadt, erschöpfte und verletzte Zivilisten an einem Stabilisierungspunkt. In Syrien ist das Assad-Regime weiter auf dem Vormarsch.

■ Die Lage in Irak und Syrien seit 2016

Die Gesamtsituation in Syrien und im Irak hat sich noch immer nicht wirklich entspannt. Zudem sind die wesentlichen Akteure und Konfliktlinien trotz deutlicher Machtverschiebungen im Grunde immer noch die Gleichen wie zu Beginn des Jahres 2016. Konstatieren lässt sich aber immerhin, dass der »Islamische Staat«, aber auch die Freie Syrische Armee mittlerweile stark an Bedeutung verloren haben.

Irak

Unterstützt durch westliche Streitkräfte (u.a. in Form der »Operation Inherent Resolve« seit 2014), nicht zuletzt durch Aufklärungstornados der Bundeswehr, gelang es, den IS nach und nach aus allen wichtigen Positionen zu verdrängen und ihn auch weitgehend von der Ölversorgung abzuschneiden. Dadurch wurde nicht nur die taktische Beweglichkeit der IS-Kampfgruppen geschwächt, sondern insbesondere eine wichtige Finanzquelle weitgehend versiegelt.

Den Höhepunkt des Vorgehens gegen den IS bildete die »Schlacht um Mossul« von Oktober 2016 bis Juli 2017, in deren Verlauf erbitterte Straßenkämpfe tobten. Die Wiedereroberung der Stadt gilt als symbolisches Zeichen der Beendigung der Schreckensherrschaft. Doch hatten sich schon im Vorfeld neue Konflikte und Bruchkanten angekündigt. Die Streitkräfte der Kurdischen Autonomen Region (KAR), die zuvor mit westlicher Unterstützung ein Vordringen des IS in die Gegend um Arbil hatten verhindern können, hatten ihr Herrschaftsgebiet bald ausgedehnt und unter anderem Kirkuk besetzt, auf das die Kurden genauso wie auf Mossul Ansprüche erheben, da dort in früheren Zeiten mehrheitlich Kurden gelebt hatten und Araber nur durch Zwangsmaßnahmen in größerem Umfang zu siedeln begonnen hatten. Die Expansionsbestrebungen der kurdischen Regierung in Arbil riefen die Regierung in Ankara auf den Plan, die derlei Entwicklungen nicht tatenlos zuzusehen gedachte. Kurden sollten, soweit sie sunnitischen Glaubens waren, zwar wie Tür-

ken und Araber in Mossul und Umgebung leben dürfen, jedoch nicht über eigene Streitkräfte oder Milizen verfügen. Gleichzeitig begegneten sich Türken und schiitische Truppen, die durch iranische Verbände unterstützt wurden, mit Misstrauen und zunehmender Feindschaft. Die irakische Regierung wiederum lehnte einen Einsatz von kurdischen Peschmerga bei der Befreiung von Mossul ab. Es kam zu Auseinandersetzungen, welche Truppen der Anti-IS-Koalition vornehmlich an der Rückeroberung von Mossul beteiligt sein sollten. Die irakischen Truppen verlegten ihren Schwerpunkt auf die Besetzung der Stadt selbst, während sich schiitische Milizen auf das Umland konzentrierten.

Mit diesen Entwicklungen in direktem Zusammenhang standen die weiteren Bemühungen der kurdischen Regierung in Arbil um eine Loslösung vom Irak. Die Kurdische Autonome Region ist völkerrechtlich kein eigener Staat, sondern ein Teil des Irak, wenn auch mit weitgehenden Befugnissen, wie sie etwa Länderregierungen in Deutschland haben. Gestärkt durch die Unterstützung des Westens, die militärischen Erfolge und den zunehmend guten Ruf der Peschmerga als Bollwerk gegen den Islamischen Staat, glaubte die Regierung in Arbil offensichtlich, die Zeit sei gekommen, einen souveränen Kurdenstaat zu gründen. So hielt man am 25. September 2017 ein Referendum für eine Loslösung vom Irak ab, in das auch die Gebiete um das unter kurdischer Kontrolle stehende Kirkuk einbezogen wurden. Derlei war für Bagdad unannehmbar und wurde auch vom Westen nicht unterstützt. In der Folge wurden direkte Flugverbindungen von Arbil und Sulaimania in den Westen sowie in die umgekehrte Richtung gekappt, wirtschaftliche Sanktionen verhängt und militärische Maßnahmen angedroht. Sowohl die irakische Regierung als auch der Iran sandten Truppen in die Region bzw. an deren Grenzen. Kirkuk wurde bis zum 20. Oktober 2017 von den irakischen Regierungstruppen besetzt, nachdem die kurdischen Verbände weitgehend kampfflos abgezogen waren. Gegenwärtig normalisiert sich die Lage und der alte Status quo scheint sich wieder zu etablieren. Mossul und Kirkuk bleiben trotz der Ansprüche der Kurden in der Hand der irakischen Zentralregierung. Die irakische Regierung bekundete, dass sie kein Interesse an einer vollen Wiedereingliederung der Kurdischen Autonomen Region habe. So wird diese in der jetzigen Form, d.h. ohne die Gebiete



Kurden in Kirkuk am Tag des Referendums für eine Loslösung der Kurdischen Autonomen Region vom Irak, 25. September 2017.

um Mossul und Kirkuk, wohl weiterbestehen, jedoch nach wie vor im irakischen Staatsverband.

Indes gibt es für eine dauerhafte Stabilisierung keine Garantie, da sich nach den Wahlen vom 12. Mai 2018 die innenpolitische Gesamtlage im Irak verschoben hat. Die prowestliche Regierung von Haider al-Abadi, der am 8. September 2014 den glücklosen und parteiischen Nuri al-Maliki als Premierminister abgelöst hatte, erlitt eine empfindliche Niederlage. Der eigentliche Sieger der Wahlen ist der radikale schiitische Geistliche Muqtada al-Sadr, der in der Vergangenheit gegen die amerikanischen Besatzungstruppen gekämpft hatte. Al-Sadr besitzt kein eigenes Mandat, kann daher auch keiner Regierung angehören, konnte sich allerdings an die Spitze einer aus unterschiedlichen Gruppen zusammengesetzten Bürgerbewegung (u.a. auch Kommunisten) setzen, die seit Juli 2015 gegen Misswirtschaft und Korruption protestiert und breite Zustimmung genießt. Jedoch lehnt die Regierung in Teheran al-Sadr ab und setzt stattdessen auf eigene politische Kräfte im Irak, vor allem auf Hadi al-Amiri. Dieser war in der Vergangenheit in der Badr-Organisation tätig, einer von Teheran unterstützten Miliz und militärischer

Arm der wichtigsten schiitischen Partei »Oberster Islamischer Rat im Irak«. Die Sunniten sind in verschiedene Lager gespalten, sie haben auch durch den IS schwer gelitten. Einerseits fielen viele Sunniten den Gewaltakten des IS zum Opfer, andererseits schlugen sich nicht wenige, darunter führende Persönlichkeiten, auf die Seite der Terrororganisation und begingen selbst Gewalttaten. Infolgedessen kommt es derzeit im Irak zu zahllosen Prozessen gegen ehemalige Angehörige des IS und gegen andere Personen, die terroristischer Akte verdächtigt werden; die Verhandlungen enden häufig mit einem Todesurteil.

Inzwischen hat sich nach mehreren Monaten politischer Verhandlungen die Staatsspitze formiert. Am 25. Oktober wurde der Schiit Adil Abd al-Mahdi zum Premierminister ernannt, bereits am 2. Oktober erhielt der Kurde Barham Salih die Präsidentenwürde. Beide Politiker gelten als Vertreter des Ausgleichs und technokratischen Regierens. Die Macht ruht in den Händen des Premierministers. Der Präsident hat im Wesentlichen repräsentative Aufgaben.

Bemerkenswert ist die Machtverschiebung im Land. War der Iran bis 1991 militärisch massiv durch den Irak bedroht und in einen der blutigsten Kriege (Erster Golfkrieg, 1980–1988) über-



picture alliance

Irakische Schiiten, hier Anhänger des Geistlichen Muqtada al-Sadr, feiern das Ergebnis der am Tag zuvor abgehaltenen Parlamentswahl, Bagdad, 13. Mai 2018.

haupt verwickelt gewesen, so hat er inzwischen im Irak eine derart starke Stellung, dass gegen Teheran politisch kaum etwas durchgesetzt werden kann. Dies ist einer der Gründe für die Bestrebungen von US-Präsident Trump, das Atomabkommen mit dem Iran zu beenden. Im Irak wiederum bleibt einstweilen unklar, wer sich im Machtkampf um die Bildung einer neuen Regierung durchsetzt. Als konfliktverschärfend könnte sich die im Süden des Landes katastrophale Versorgungs- und Infrastruktur-lage erweisen. Die dortige Bevölkerung reagiert zunehmend zornig und beteiligt sich daher unter anderem an Demonstrationen.

Syrien

In Syrien ist die Lage nach der weitgehenden Beendigung des Bürgerkrieges zugunsten der Regierung von Baschar al-Assad ähnlich unübersichtlich und grundsätzlich mit der im Irak vergleichbar. Das Regime von Assad hatte in seinem Überlebenskampf zu brutalsten Mitteln gegen das eigene Volk gegriffen und mit Hilfe vor allem der russischen Luftwaffe das Blatt für sich wenden können. Ein großer Sieg war Ende 2016 gelungen, als Aleppo zurückerobert wurde, und im Frühjahr 2018, als Ost-Ghuta, ein Stadtteil bzw. eine Region bei Damaskus und deshalb strategisch besonders wichtig, zurück in die Hände des Regimes fiel. Inzwischen befindet sich der größte Teil des Landes unter Kontrolle der Regierungstruppen, die begonnen haben, die Rebellenkräfte an der syrisch-jordanischen Grenze zu attackieren. Große Gebiete im Nordosten befinden sich in der Hand kurdischer Verbände, u.a. auch Raqqa, das im Oktober 2017 von einer vornehmlich von den USA unterstützten Koalition, den Demokratischen Kräften Syriens (SDF), eingenommen wurde. Das Regime von Assad ist allerdings entschlossen, diese Gebiete ebenfalls wieder unter seine Kontrolle zu bringen.

Politisch-militärisch gibt es vergleichbare Bruchkanten wie im Irak. Auch in Syrien agieren schiitische Verbände, die vom Iran unterstützt werden. Diese stehen in Verbindung mit den schiitischen Hisbollah-Milizen im Libanon, was wiederum Israel auf den Plan rief, das sich zwar militärisch bis auf einige Luftschläge zurückhält, aber keine Zweifel daran lässt, dass es eine



picture alliance

Mitglieder des Syrischen Zivilschutzes, auch »Weißhelme« genannt, am 24. Februar 2018 während eines Hilfseinsatzes bei einem der zahlreichen Luftangriffe auf Ghuta, eine Vorstadt von Damaskus, durch russische und syrische Kampfflugzeuge.

iranisch-schiitische Dominanz in der Region keinesfalls tolerieren wird. In der gesamten Region übt der Iran bedeutenden Einfluss aus. Es kommt zu fortgesetzten Konfrontationen. Zuletzt hat die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem einen Aufschrei in der muslimischen Welt und blutige Proteste vor allem der Palästinenser ausgelöst.

Die Türkei wiederum betrachtet, auch aus historischen Gründen (Osmanisches Reich), Syrien ähnlich wie den Irak als direktes Interessengebiet. Türkische Truppen sind im Januar 2018 in die Region Afrin einmarschiert mit dem Ziel, den kurdischen Einfluss zurückzudrängen. Afrin wurde von der »Partei der demokratischen Union« (PYD) und ihren Volksverteidigungseinheiten kontrolliert, beides Ableger der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Unterstützt wird die türkische Armee dabei von Restverbänden der vornehmlich sunnitisch ausgerichteten Freien Syrischen Armee. Diese trug zu Beginn des Arabischen Frühlings ab 2011 die Hauptlast des militärischen Widerstandes gegen das Regime von Assad, geriet danach in die Defensive und wurde zunehmend von islamistischen Verbänden, darunter Terrorgruppen, unterwandert. Die Freie Syrische Armee existiert als eigenständiger militärischer Verband heute im Grunde nicht mehr.

Profitiert hat von der Gemengelage vor allem das Regime von Assad, das zwar ohne russische Hilfe kaum überlebt hätte, jedoch durch geschicktes Vorgehen und wechselnde, auch temporäre Koalitionen erhebliche Vorteile erzielte. Dabei kamen der Regierung in Damaskus die tradierten Erfahrungen der Machtgestaltung aus der Zeit Hafiz al-Assads zugute. Wie im Irak ist eine dauerhafte Stabilisierung in Syrien derzeit nicht abzusehen. Selbst wenn das Assad-Regime die Kontrolle über weite Teile des Staatsgebietes zurückgewinnen sollte, bleibt ein zu großen Teilen zerstörtes Land zurück, aus dem sich die regionalen und globalen Akteure zunächst vermutlich nicht zurückziehen werden. Mit stabilen Verhältnissen, wie sie noch zu Zeiten des Arabischen Frühlings oder gar des Kalten Krieges geherrscht haben, ist daher kaum zu rechnen.

Irak und Syrien bleiben trotz aller gegenteiligen Wünsche und Hoffnungen nicht zuletzt wegen des Öls erstrangige Krisen- und Konfliktstaaten. Zwar hat der Westen gegenüber Russland, Iran, Saudi-Arabien und der Türkei an Boden verloren, gleichwohl dürfte die Region für die USA ihre Bedeutung beibehalten. Gleiches gilt für Europa und Deutschland. Die Amerikaner unterhalten nach wie vor eine unbekannte Anzahl von Soldaten in Irak und Syrien, scheuten aber nach den ernüchternden Erfahrungen der Besatzungszeit nach dem Ende des Dritten Golfkrieges ein erneutes ausgedehntes Engagement. Die Angriffe etwa von Cruise Missiles gegen einen militärischen Stützpunkt der syrischen Luftwaffe (7. April 2017) und gegen Damaskus sowie Homs (14. April 2018) nach Giftgaseinsätzen des Regimes gegen das eigene Volk sind kaum mehr als punktuelle Reaktionen. Ende 2018 kündigte Präsident Trump an, das US-Truppenkontingent in Syrien vollständig abzuziehen. Wann das geschehen soll, ist jedoch unklar. Washington unterstützt politisch weiterhin Saudi-Arabien, trotz erheblicher Irritationen wegen des gewaltsamen Todes des Journalisten Jamal Khashoggi im Istanbul-Konsulat – vor allem auch deshalb, weil Saudi-Arabien der größte Feind des Iran in der Region ist. Alles hängt letztlich von der Machtbalance der internationalen Mächte in der Region ab.

Bernd Lemke

Geschichte im Überblick

Erste Hochkulturen in Mesopotamien

- ca. 3300 v.Chr. Die sumerische Keilschrift entsteht.
- um 2340 v.Chr. Die Akkader unter Sargon erobern die sumerischen Stadtstaaten.

Das Babylonische Reich

- um 1800 v.Chr. Babylon wird Hauptstadt des Reiches der eingewanderten Amurriter
- 1792–1750 v.Chr. Hammurapi I.
- ab 18. Jh. v.Chr. Wechseltvoller Aufstieg der Assyrer vom Nordirak aus
- 1284 v.Chr. Schlacht bei Homs. Die Hethiter unter König Mutwallis II. besiegen die Ägypter unter Pharao Ramses II. und beherrschen in der Folge Syrien
13. Jh.–733 v.Chr. Aramäisches Reich mit der Hauptstadt Damaskus
- bis 605 v.Chr. Neubabylonisches Reich unter Nabopolassar
- 605–562 v.Chr. Nebukadnezar II., Ausdehnung des neubabylonischen Reiches vom Persischen Golf bis Syrien und Palästina
- 587/6 v.Chr. Zerstörung Jerusalems und Beginn des »Babylonischen Exils« der Israeliten

Persische und hellenistische Zeit

- 539 v.Chr. Mesopotamien gerät unter persische Herrschaft
- 330 v.Chr. Der Feldzug Alexanders des Großen öffnet Syrien der hellenischen Kultur und trägt im Gegenzug syrische Gebräuche nach Europa
- 300–100 v.Chr. Bedeutsame Stadtgründungen in Mesopotamien (Edessa, Seleukia, ...)

Persische und hellenistische Zeit

- 312 v.Chr.** Mesopotamien wird Teil des Seleukidenreiches
- 3.–2. Jh v.Chr.** Kriege zwischen dem ptolemäischen Ägypten und den Seleukiden um Syrien
- 129 v.Chr.** Mesopotamien fällt an die Parther

Römische Herrschaft

- 63 v.Chr.** Syrien wird römische Provinz und antikes Handelszentrum
- 53 v.Chr.** Schlacht bei Carrhae: Römische Niederlage gegen die Parther in Mesopotamien. Der Euphrat entwickelt sich zur Grenze zwischen der parthischen und römischen Einflussphäre
- 1. Jh.v.– 4. Jh. n.Chr.** Römisch-Persische Kriege
- 1. Jh. n.Chr.** Blütezeit der antiken syrischen Oasenstadt Palmyra (heutiges Gebiet von Homs) als Handelsmetropole und Schnittstelle orientalischer und römischer Kultur
- 6. Jh.** Mesopotamien Teil des Reiches der Sassaniden; Christen bilden die dortige Mehrheitsbevölkerung
- 33** Saulus wendet sich in Damaskus zum christlichen Glauben und damit zu Paulus

Islamische Reiche

- ca. 636** Schlacht von al-Qadisiya: Sieg der arabischen Muslime über die Perser; Beginn der Ausbreitung des Islam in Mesopotamien
- 636** Schlacht am Jarmuk: Niederlage des oströmischen Kaisers gegen arabische Muslime; Syrien in der Folge religiöses Zentrum des Islam
- 638** Aus einem Militärlager entsteht Kufa als erste bedeutende arabische Stadtgründung in Mesopotamien
- 661** Damaskus wird Sitz des islamischen Kalifats der Umayyaden

Islamische Reiche

- 762** Bagdad wird Hauptstadt des Abbasidenkalifats und entwickelt sich zu einer der bedeutendsten Städte der islamischen Welt. In der Folgezeit Blüte auch von Kunst und Kultur
- 763–809** Harun al-Raschid, glanzvoller, vierter abbasidischer Kalif
- 1055** Die Seldschuken, turkmenische Volksgruppen aus Innerasien, erobern Bagdad und rücken in der Folge nach Syrien und Palästina vor

Zeitalter der Kreuzzüge

- 21.8.1071** Vernichtende Niederlage des byzantinischen Reiches gegen die Seldschuken bei Manzikert. Danach dauerhafte Vorstöße und Einwanderung der Seldschuken nach Anatolien. In Europa beginnt die Kreuzzugspropaganda
- 12./13. Jh.** Kreuzfahrerstaaten bilden sich im westlichen Syrien, u.a. auch infolge fehlender fester Machtzentren in Syrien und Palästina
- 1187** Eroberung Jerusalems durch den kurdischen Heerführer Saladin. Aufstieg der Dynastie der Ayyubiden (Syrien, Ägypten, Nordafrika)
- 1250** Machtübernahme in Kairo durch die Mamluken (Militärsklaven). In der Folge Aufstieg der Mamluken und Herrschaft über Ägypten und Syrien
- 1258** Bagdad wird von den Mongolen zerstört
- 1260** Schlacht von Ain Dschalut. Die Mongolen werden von den Mamluken gestoppt
- 1291** Eroberung Akkon
- 13./14. Jh.** Das Zweistromland am Euphrat und Tigris wird durch Kämpfe zwischen Mongolen und Mamluken verwüstet
- 1401** Bagdad wird vom mongolischen Eroberer Timur Lenk (Tamerlan) geplündert

- 1516** Schlacht von Mardsch Dabiq (Schlacht von Aleppo). Niederlage der Mameluken gegen das osmanische Heer. Syrien gerät unter osmanische Herrschaft
- 1514** Schlacht bei Chaldiran. Sieg der Osmanen über die persischen Safawiden. Dadurch etabliert sich eine strategisch-geografische Abgrenzung zwischen beiden Reichen. Viele Kurden wenden sich danach dem Osmanischen Reich zu und versichern dem Sultan ihre Loyalität
- 1508–1534** Bagdad unter persischer Herrschaft
- 1534–1536** Mesopotamien (Bagdad 1534) wird von den Osmanen besetzt (Süleyman der Prächtige, 1520–1566)
- 17. Jh.** Kultureller und wirtschaftlicher Niedergang Syriens unter osmanischer Herrschaft
- 18./19. Jh.** Die schiitische Bevölkerung im sunnitisch-osmanisch beherrschten Irak wird vom Zugang zu Militär und Verwaltung ausgeschlossen
- 1704–1831** Herrschaft der Mamluken in Bagdad (formal der Hohen Pforte untergeordnet, de facto unabhängig)
- 1798/99** Im Zuge seiner Ägyptenexpedition versucht Napoleon erfolglos nach Syrien vorzudringen
- 1831** Bagdad wird von den Osmanen zurückerobert. Ende der Mamlukenherrschaft
- 1831–1841** Besetzung Syriens durch Mehmet Ali, den Herrscher über Ägypten (formal osmanischer Gouverneur)
- 1860** Christenmassaker in Damaskus. Blutige Unruhen zwischen Christen und Sunniten
- Ende 19. Jh.** Zahlreiche Stämme vor allem im Süden Mesopotamiens treten zum schiitischen Glauben über
- Nov. 1914** Das Osmanische Reich tritt an der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg ein. Die Briten marschieren in Basra ein
- 1915/16** Hinrichtung arabischer Nationalisten in Damaskus und Beirut durch die jungtürkische Regierung

Osmanisches Reich

- 1915/16** Genozid an den Armeniern durch die jungtürkische Regierung. Unter anderem werden Abertausende Armenier in die syrische Wüste getrieben, wo viele umkommen
- 19.4.1916** Der deutsche General Colmar von der Goltz, der wesentlichen Einfluss auf die Kriegführung des omanischen Reiches hatte, stirbt in Bagdad am Fleckfieber
- 29.4.1916** In der südirakischen Stadt Kut-al-Amara kapituliert ein britisches Regiment vor den Truppen des Osmanischen Reiches
- 16.5.1916** Sykes-Picot-Abkommen. Entgegen voriger Zusagen gegenüber den Arabern teilen Briten und Franzosen Syrien und Mesopotamien unter sich auf
- 5.6.1916** Beginn des arabischen Aufstandes gegen das Osmanische Reich unter Leitung von T.E. Lawrence
- 1.3.1917** Die Briten besetzen Bagdad
- 1.10.1918** Die Briten und die Aufständischen aus dem Hedschas marschieren in Damaskus ein. Letztere hissen ihre Flagge auf dem Gouverneurspalast
- 30.10.1918** Waffenstillstand durch Abkommen von Mudros. Beendigung des Krieges für das Osmanische Reich
- 14.11.1918** Einnahme von Mossul. Ende der 400-jährigen Herrschaft der Osmanen in Syrien und Mesopotamien

Mandatszeit unter britischer bzw. französischer Herrschaft

- 1919/20** Pariser Vorortverträge, hier: Vertrag von Sèvres (10.8.1920). Plan zur Aufteilung des Osmanischen Reiches, u.a. auch des türkischen Stammlandes Anatolien
- 1918–1931** Wiederholte Aufstände des Kurdenführers Mahmud Barzanji. Endgültige Niederlage gegen die Briten 1931
- April 1920** Konferenz von San Remo. Festlegung der Mandate und Herrschaftsgebiet zwischen Briten und Franzosen. Teile der Bestimmungen des Friedensvertrags von Sèvres werden annulliert, v.a. die Bestimmungen hinsichtlich eines möglichen Kurdenstaates. In der Folge werden, entgegen dem Sykes-Picot-Abkommen, die Kurdenge-

- biete im Norden Mesopotamiens (auch das Gebiet um Mossul) den Briten zugeschlagen. Dafür erhalten die Franzosen 25 % der Öleinnahmen aus dem Nordirak
- 1920** Erklärung eines unabhängigen Königreichs Syrien unter Faisal I., dem Sohn des Scherifen von Mekka. Französische Truppen besetzen daraufhin das Land (Schlacht von Maysalun, Juni 1920) und beenden die Unabhängigkeit. Bis 1946 bleibt Syrien französisches Mandatsgebiet
- 1.9.1920** Abtrennung des Libanon (als »Grand Liban«) von Syrien durch die französische Kolonialmacht. Verfassung am 23.5.1926 (bis heute gültig)
- 1920** Revolte gegen die britische Kolonialmacht im Irak nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Konferenz von San Remo
- 1921** Konferenz von Kairo. Entscheidende Weichenstellung des Empire für ihre Herrschaftsgebiete im Mittleren Osten, insbesondere auch Irak. Teilnehmer u.a.: Winston Churchill, T.E. Lawrence und Gertrude Bell
- 1921** Faisal I. wird König und Staatsoberhaupt des Irak. Das Land bleibt aber unter britischer Kontrolle
- 1.11.1922** Abschaffung des Sultanats durch die türkische Nationalversammlung. Endgültiges Ende der osmanischen Herrschaft
- 24.7.1923** Vertrag von Lausanne. Weitere Revision des Vertrages von Sèvres. Endgültige Festlegung der Grenzen der Türkei und Griechenlands. Damit wird auch die Gestalt des Irak als Staat festgelegt – und zugleich das Ende der Idee eines eigenen Staates für die Kurden besiegelt (formale Bestätigung durch den Völkerbund im Dezember 1925)
- 12.7.1926** Gertrude Bell, legendäre Orientreisende, Kennerin und Mitgestalterin des Irak, stirbt in Bagdad
- 1925–1927** Große Drusenrevolte in Syrien. Der Versuch syrischer Volksgruppen, sich von der französischen Fremdherrschaft gewaltsam zu befreien, endet in einem Massaker an Angehörigen der drusischen Religionsgemeinschaft

Mandatszeit unter britischer bzw. französischer Herrschaft

- 1930** Verfassung der Republik Syrien unter französischer Oberhoheit
- 1932** Aufstand des Kurdenführers Ahmed Barzani gegen die britische Herrschaft wird niedergeschlagen
- 1932** Formelle Unabhängigkeit des Irak als konstitutionelle Monarchie. Das Land wird Mitglied des Völkerbundes, steht aber bis 1958 weiter unter britischem Einfluss
- 1933** Massaker von Semile. Hunderte bzw. Tausende im Nordirak lebende Assyrier werden von irakischen Truppen ermordet
- 1933** Ghazi I. wird König und Staatsoberhaupt des Irak
- 1937** Der irakische Premierminister Bakr Sidqi (kurdischer General und Kommandeur der irakischen Truppen während des Massakers von Semile) wird von rivalisierenden Offizieren ermordet
- 1937** Der syrische Zweig der ägyptischen, sunnitisch-islamistischen Muslimbruderschaft wird gegründet
- 1939** Nach dem umstrittenen Unfalltod von Ghazi I. wird Faisal II. König des Irak
- 1939** Abtretung der Provinz Sandschak an die Türkei durch die französische Mandatsregierung
- 1940** Syrien gelangt unter die Verwaltung der Vichy-Regierung
- 1941** Britische und freifranzösische Truppen besetzen Syrien
- Der mit dem Deutschen Reich sympathisierende Raschid Ali al-Gailani putscht unter dem Einfluss hochrangiger Militärs (»Golden Square«) und ernennt sich zum Ministerpräsidenten des Irak. Militärische Konfrontation und Krieg mit britischen Truppen. Isolierung der britischen Vertretung in Bagdad, in der sich u.a. Freya Stark befindet
- Mai 1941** Einsatz deutscher Luftwaffenverbände zur Unterstützung der irakischen Regierung endet mit Rückzug. Raschid Ali al-Gailani muss fliehen. Installierung einer neuen Regierung und Rückkehr des zuvor geflohenen Königshauses

Mandatszeit unter britischer bzw. französischer Herrschaft

- 1./2.6.1941** Pogrom gegen die Juden in Bagdad (»Farhud«), Plünderungen. Ca. 175 Juden getötet, ca. 1000 verletzt
- 16.1.1943** Der Irak erklärt den Achsenmächten den Krieg
- 1943** Wahlen in Syrien. Großer Erfolg des arabischen Nationalen Blocks. Schukri al-Quwatli wird Staatspräsident
- 1943–1945** Aufstand des Kurdenführer Mustafa Barzani (Bruder von Ahmed Barzani) wird von den Briten zurückgedrängt. Mustafa flieht in den Norden Persiens (Oktober 1945) und beteiligt sich dort zusammen mit seinem Bruder Ahmed am Aufbau der kurdischen Republik Marhabad (gegründet 22.1.1946)
- 26.2.1945** Syrien erklärt Deutschland den Krieg und wird danach Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen

Die bipolare Weltordnung

- 1946** Die letzten französischen Truppen ziehen am 14.4. aus Syrien ab. Ausrufung der syrischen Republik am 17.4.
Gründung der »Kurdischen Demokratischen Partei« (KDP). Erster Präsident: Mustafa Barzani
- 16.12.1946** Die kurdische Republik Marhabad bricht nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen von dort zusammen. Der Führer Qazi Mohammed wird gehängt. Mustafa Barzani kehrt in den Irak zurück, kämpft sich mit Gefolgsleuten in dem legendären »langen Marsch« durch die Türkei und den Iran bis in die Sowjetunion durch. Rückkehr in den Irak erst 1958
- 15.1.1948** Vertrag von Portsmouth zwischen der irakischen Regierung und Großbritannien zur Fortsetzung der informellen Herrschaft der Briten über den Irak. Heftige Proteste dagegen im Irak (*wathba*), die 1952 wieder aufflammen (*intifada*)
- 1949–1952** Nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 müssen zahlreiche Juden den Irak verlassen. Die irakische Armee, die sich in dem Krieg eher passiv verhalten hat, zieht sich im März 1949 aus Palästina zurück

Die bipolare Weltordnung

- 1955** Der Bagdadpakt wird als Verteidigungsbündnis gegen die Sowjetunion gegründet
- Okt. 1956** Suez-Krise. Gewalttätige Proteste in Bagdad, Mossul und Nadschaf. Syrien nimmt diplomatische Beziehungen zu der UdSSR auf und erhält im Gegenzug moderne Waffen
- 1949–1956** Zahlreiche Staatsstiche in Syrien mit wechselnden Regierungen
- 1957** Die erste kurdische Partei in Syrien »Demokratische Partei Kurdistan-Syrien« wird gegründet
- Die Türkei verlegt Truppen an die Grenze zu Syrien, droht für den Fall eines kommunistischen Putsches in Syrien mit einer Militärintervention und bittet den NATO-Partner USA um militärische Rückendeckung; Kurzzeitig Gefahr einer Eskalation des Kalten Krieges in der Region
- 1958** Brigadegeneral Abd al-Karim Qasim stürzt die pro-britische Monarchie Faisals II. und des Ministerpräsidenten Nuri as-Said. Tötung dieser und anderer Führungsgestalten des haschemitischen Königshauses. Der Irak tritt aus dem Bagdadpakt aus, knüpft Verbindungen nach Moskau und erhält Militär- und Wirtschaftshilfen vonseiten der Sowjetunion
- 1.2.1958** Gründung der Vereinigten Arabischen Republik (VAR), bestehend aus Syrien und Ägypten
- 1959** Umbenennung des Bagdadpaktes nach dem Austritt des Irak in Central Treaty Organization (CENTO)
- 1960** In Bagdad wird die OPEC gegründet
- 1961** Ein Putsch syrischer Offiziere beendet die kurzlebige syrisch-ägyptische Vereinigte Arabische Republik
- Juni 1961** Kuwait wird unabhängig vom britischen Empire. Irak und Qasim erheben sofort Ansprüche auf das Land. Entsendung britischer Truppen nach Kuwait, die später von arabischen Verbänden abgelöst werden

- 1962** Nach der Volkszählung in der nordsyrischen Provinz Hasaka verlieren 120 000 Kurden die syrische Staatsbürgerschaft. Hunderttausende Kurden werden staatenlos
- 1963** Ein Staatsstreich linker Offiziere in Syrien führt zur Machtübernahme der syrischen Baath-Partei unter Amin al-Hafiz
- 8.2.1963** Putsch gegen Qasim und dessen Ermordung. Der Irak hält aber weiter an seinem sowjetfreundlichen Kurs fest. Errichtung einer Regierung unter Führung der Baath-Partei
- 18.11.1963** Nach Auseinandersetzungen innerhalb der Partei um den politischen Kurs (national oder panarabisch) putscht der selbsternannte Marschall Abd as-Salam Arif mit Unterstützung u.a. von Anhängern des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und wirft die Baath-Partei aus der irakischen Regierung
- April 1964** Erster großer Aufstand der Muslimbruderschaft in Hama gegen das Baath-Regime
- Juli 1964** Verstaatlichung aller Banken und größeren Firmen im Irak. Landreform
- April 1965** Krieg in Kurdistan zwischen den Barzani-Kurden und der irakischen Armee (Kämpfe schon seit 1961). Kurdische Gruppen kämpfen aufseiten der irakischen Armee
- 1966** Die irakische Armee und die mit ihnen verbündeten Kurden erleiden eine Niederlage gegen die kurdischen Rebellen. Zugeständnisse an die Aufständischen
- 1967** Sechstagekrieg Anfang Juni. Irak entsendet nur symbolische Verbände nach Jordanien
- 1968** In einem weiteren Putsch gelangt die irakische Baath-Partei wieder an die Macht. Ahmad Hasan al-Bakr wird Präsident, Saddam Hussein wird Vizepräsident
- 1970** Hafiz al-Assad putscht sich in Syrien an die Macht. Errichtung des alawitischen Herrschaftssystems
- 11.3.1970** Autonomievertrag Kurden – Irak (wirkungslos)

Die bipolare Weltordnung

- April 1972** Vertrag über Freundschaft und Kooperation zwischen Irak und der UdSSR
- 1972** Verstaatlichung aller ausländischen Erdölgesellschaften im Irak
- Juli 1973** Putschversuch gegen al-Bakr und Saddam Hussein scheitert
- Okt. 1973** Jom-Kippur-Krieg (auch Ramadankrieg, Oktoberkrieg) zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Syrien und weiteren arab. Staaten (u.a. Irak) auf der anderen Seite
- 1973** Das Projekt »Arabischer Gürtel« aus dem Jahr 1965 zur Arabisierung der ölreichen, nordsyrischen Provinz Hasaka wird umgesetzt. Ethnische Araber werden angesiedelt und kurdische Ortsnamen entfernt. 140 000 Kurden werden enteignet und zu Staatenlosen erklärt
- 1974** Bagdad setzt das Autonomieabkommen mit den Kurden formal in Kraft. Die Kurden akzeptieren dies nicht, da keine praktischen Schritte. Bagdad bekämpft die sich widersetzenden Kurden mit militärischen Mitteln
- März 1975** Abkommen von Algier zwischen Irak und Iran. Beendigung der Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten und Übereinkunft über Einstellung jeglicher Unterstützung für die Kurden auf der jeweiligen Gegenseite. Kurdische Aufstände brechen zusammen
- 13.4.1975** Beginn des libanesischen Bürgerkrieges
- 1975** Irakisches Atomprogramm startet mit dem Versuch, Kernwaffen herzustellen (bis 1991)
- 1976** Syrien marschiert im Libanon ein und übernimmt die Kontrolle über weite Teile des Landes. Danach islamistische Aufstände und Terrorangriffe in Syrien
- Febr. 1977** *Safar intifada*: schiitische Prozession von Nadschaf nach Kerbala und Protest gegen die sunnitisch dominierte Regierung in Bagdad
- 1978** Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK wird gegründet (Vorsitzender Abdullah Öcalan)

Die bipolare Weltordnung

- 1979** Die Altstadt von Damaskus wird zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt. Massaker der Muslimbruderschaft an Kadetten der Artillerieschule in Aleppo
- Juni 1979** Nach einer Verhaftungswelle in der Türkei fliehen Abdullah Öcalan und Teile der PKK nach Syrien
- 16.7.1979** Saddam Hussein wird irakischer Staatspräsident, nachdem sein Ziehvater al-Bakr sich von der Politik zurückgezogen hat
- 1979–1982** Auseinandersetzungen zwischen KDP (Barzanis) und PUK (Talabani-Clan)
- 1979–1991** Entwicklung chemischer und (ab 1987) biologischer Waffen im Irak
- 22.2.1980–20.8.1988** Erster Golfkrieg (Irak gegen den Iran). Syrien unterstützt den schiitischen Iran gegen den sunnitisch regierten Irak
- 2.2.1982** Syrische Streitkräfte reagieren auf einen islamischen Aufstand der Muslimbrüder mit einem Massaker in der sunnitischen Hochburg Hama
- 1984** »Krieg der Brüder« in Syrien. Hafiz al-Assad, der einen Herzinfarkt erlitten hatte, muss seine Machtposition gegen seinen Bruder Rifat verteidigen und gewinnt den Machtkampf
- 1987/88** Operation Anfal: genozidales Vorgehen der irakischen Armee gegen die Kurden im eigenen Land. Giftgasangriff irakischer Truppen auf die überwiegend kurdische Stadt Halabdscha

Ende des Kalten Krieges/Auflösung alter Ordnungen

- 2.8.1990–12.4.1991** Zweiter Golfkrieg. Irakische Besetzung Kuwaits. Erstmals vereinen sich zahlreiche arabische Staaten unter einem von den USA geführten Militärbündnis gegen den Irak. Die UNO errichtet eine Schutzzone für die Kurden im Irak. Syrien beteiligt sich militärisch an der Befreiung Kuwaits
- 3.3.1991** Aufstand der Schiiten und der Kurden gegen das Regime von Saddam Hussein

Ende des Kalten Krieges/Auflösung alter Ordnungen

März 1991–Dez. 1996

»Operation Provide Comfort« (US-Streitkräfte) zum Schutz der Kurden im Nordosten des Irak, gleichzeitig Errichtung einer Flugverbotszone nördlich des 36° Breitengrades

Okt. 1991 Faktische Gründung und Unabhängigkeit der Kurdischen Autonomen Region im Norden des Irak

1997–2003 »Operation Northern Watch« als Nachfolger von »Provide Comfort«. Vor allem Errichtung einer Flugverbotszone für die irakische Luftwaffe nördlich des 36. Breitengrades durch die US Air Force und andere westliche Luftwaffen

1992–2003 »Operation Southern Watch«. Flugverbotszone für die irakische Luftwaffe südlich des 32. (ab 1996 33.) Breitengrades vor allem zum Schutz der Schiiten

1994–1998 Militärische Auseinandersetzung zwischen den führenden kurdischen Parteien im Nordirak: Demokratische Partei Kurdistans (KDP, Barzanis) und Patriotische Union Kurdistans (PUK, Talabani-Clan)

20.3.1995 Die Türkei unternimmt im Kampf gegen die PKK mehrtägige Militärexpeditionen in die UNO-Schutzzone der Kurden im Nordirak

Jan./Febr. 1996

Irak akzeptiert UN-Programm »Food for Oil«

9.9.1998 Abdullah Öcalan muss Syrien verlassen, nachdem die Türkei Syrien mit Krieg gedroht hatte (Erteilung eines internationalen Haftbefehls in Deutschland 1990)

15.2.1999 Verhaftung Abdullah Öcalans in Kenia und Anklage vor einem Gericht in Ankara. Todesstrafe, die später nach internationalen Protesten in lebenslange Haft umgewandelt wird

10.6.2000 Tod von Hafiz al-Assad. Machtantritt seines Sohnes Baschar al-Assad in Syrien

20.3.2003 Beginn des Dritten Golfkrieges

- 2003–2007** Nach rascher Beendigung der militärischen Auseinandersetzung (1. Mai 2003) beginnt ein erbitterter Bürger- und Guerillakrieg im Irak
- 2003** Die Kurden nehmen am Dritten Golfkrieg teil und erhalten erstmals verfassungsrechtliche Autonomie innerhalb des Landes
- Die der PKK nahestehende Schwesterpartei in Syrien »Partei der Demokratischen Union« (PYD) wird gegründet
- 31.3.2004** Vier Beschäftigte privater Sicherheitsfirmen werden in Falludscha getötet und deren Leichen öffentlich zur Schau gestellt. Nachfolgend massives Eingreifen der US-Armee und ihrer Verbündeten (v.a. »Operation Phantom Fury« Ende 2004). Weit über 1000 Tote auf irakischer Seite
- 12./ 13.3. 2004** In den Unruhen in Qamischli treffen überwiegend kurdische Demonstranten und syrische Sicherheitskräfte aufeinander. Zahlreiche Anhänger der PYD werden verletzt oder getötet
- 2004/2006** Die Terrororganisation Al-Qaida wird im Irak unter dem Namen Islamischer Staat bekannt und beteiligt sich 2013 länderübergreifend am syrischen Bürgerkrieg. 2014 ruft die Organisation in den von ihr besetzten Gebieten das Kalifat aus
- 26.4.2005** Nach der Ermordung des libanesischen Premierministers Rafiq Hariri zieht Syrien seine Truppen aus dem Libanon ab
- 30.1.2005** Die schiitische Vereinigte Irakische Allianz erhält bei den freien Wahlen im Irak die Mehrheit, gefolgt von der Demokratischen Patriotischen Allianz Kurdistans
- 21.11.2006** Der Irak und Syrien nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf
- 30.12.2006** Hinrichtung Saddam Husseins
- 2006–2011** Schwere Dürre in Syrien

Ende des Kalten Krieges/Auflösung alter Ordnungen

- 10.2.2007** Bürgerkrieg im Irak wird nach der Ernennung von David Petraeus als Oberkommandierender eingedämmt: Surge-Strategie (u.a. 30 000 zusätzlich US-Soldaten und Verpflichtung irakischer Milizen)
- 14.8.2007** Anschlag von Sindschar. Einer der schwersten und opferreichsten Terroranschläge in der Geschichte des Irak. Der Anschlag trifft die Volksgruppe der Jesiden
- Feb. 2011** Beginn des Arabischen Frühlings in Syrien. Proteste gegen die Regierung. Baschar al-Assad versucht mit Waffengewalt und Massenverhaftungen die Unruhen zu unterdrücken. Nach anfänglichen Reformversprechen entwickelt sich ein blutiger und lang anhaltender Bürgerkrieg. Die Auseinandersetzungen in Syrien ziehen im gesamten Nahen Osten große Auswirkungen nach sich
- 18.12.2011** Die amerikanischen Truppen ziehen aus dem Irak ab
- 25./26.5. 2012** Massaker von Hula (Syrien). Regierungstruppen und regierungstreue Milizen richten mehr als hundert Einwohner der syrischen Gemeinde hin
- 2./3.5. 2013** Regierungstruppen und regierungstreue Milizen begehen ein Massaker an rund 100 sunnitischen Bewohnern der beiden Gemeinden Bayda und Baniyas
- seit Jan. 2013** Zunehmender Kontrollverlust des Assad-Regimes über Syrien. Kurdische Gruppen im Norden Syriens stellen eine Übergangsregierung auf, die den Missständen des Krieges entgegenwirken soll.
- 21.8. 2013** Giftgasangriff von Ghuta – Einsatz von Chemiewaffen durch das Assad-Regime in Vororten von Damaskus
- Dez. 2013** Angesichts der strategischen Bedeutung der syrischen Stadt Ain al-Arab/Kobane versucht der IS, die Stadt einzunehmen. Erst 2015 wird der IS von kurdischen Einheiten und mit Hilfe von Luftangriffen der westlichen Verbündeten zurückgeschlagen
- Jan.– Juni 2013** Schlacht um Ras al-Ain. Dschihadistische Oppositionsgruppen und kurdische Milizen im Norden Syriens liefern sich zahlreiche Gefechte um die Stadt

- 18.7.2013** Kurdische Volksverteidigungseinheiten (YPG) erobern Ras al-Ain und vertreiben die islamistischen Kämpfer der Al-Nusra-Front.
- Jan. – Juni 2014** Der IS bringt im Irak die Städte Falludscha, Ramadi und Mossul unter seine Kontrolle.
- 11.6. – 15.6.2014** Massaker von Tikrit. Der IS richtet zahlreiche gefangene Soldaten der irakischen Armee hin
- Aug. – Dez. 2014** Der IS zerstört in Mossul und Tal Afar gezielt schiitische und sufistische Moscheen und Heiligtümer. Bis zu 200 000 Jesiden fliehen in das nahegelegene Sindschar-Gebirge vor anrückenden IS-Kämpfern und werden eingeschlossen. Die Schlacht zwischen den Peschmerga und dem IS um die Pilgerstätte Scharif ad-Din öffnet den Kessel und verhindert eine humanitäre Katastrophe
- 15.9.2014 – 26.1.2015** Kampf um Kobane zwischen kurdischen Verbänden und westlichen Luftwaffen einerseits und dem IS andererseits
- Okt. 2014** Anfang des Monats rücken Einheiten des IS gegen die Jesiden im Sindschar-Gebirge vor. Der IS zerstört Grenzanlagen zwischen Syrien und dem Irak, um seinen Kalifatsanspruch zu demonstrieren
- Mai – Dez. 2015** Der IS zerstört antike Stätten und Kulturgüter u.a. in Nimrud, Hatra, Dur Scharrukin und Palmyra
- 1.4.2015** Tikrit, die Hochburg des IS, wird von irakischen Truppen und verbündeten schiitischen und sunnitischen Milizen zurückerobert
- 7.5.2015** Die Türkei entsendet erstmals eigene Bodentruppen in das umkämpfte Nachbarland Syrien
- 15.5.2015** IS erobert Regierungssitz von Ramadi
- 17.6.2016** Rückeroberung von Falludscha aus den Händen des IS
- Okt. 2016 – Juli 2017** Schlacht um Mossul
- 22.12.2016** Die syrische Regierung erklärt die vollständige Rückeroberung von Aleppo nach Abzug von Rebellen und Zivilisten

Ende des Kalten Krieges/Auflösung alter Ordnungen

- 25.9.2017** Kurdisches Unabhängigkeitsreferendum
- 15.–20.10.2017** Rückeroberung von Kirkuk durch irakische Regierungstruppen, Abzug der kurdischen Peschmerga
- 20.10.2017** Rückeroberung von Raqqa aus den Händen des IS durch die vom Westen luftunterstützten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF)
- 9.12.2017** Die irakische Regierung erklärt die vollständige Befreiung des Landes vom IS
- 14.1.2018** »Operation Olivenzweig«: türkische Militäroperation zur Besetzung der Region Afrin in Nordsyrien
- 14.4.2018** Vollständige Rückeroberung von Ost-Ghuta durch das syrische Regime
- 12.5.2018** Irakische Parlamentswahlen. Niederlage des prowestlichen Premierministers Haider al-Abadi
- Juni 2018** Offensive der syrischen Armee (mit Unterstützung von iranischen Milizen und russischen Kampfflugzeugen) gegen die Provinz Daraa an der jordanischen Grenze
- 17.9.2018** Durch russische und türkische Vermittlung wird die Provinz Idlib in Syrien offiziell demilitarisiert. Rebellen- und Dschihadistengruppen in der Provinz werden durch eine türkisch-russisch kontrollierte Sicherheitszone von der syrischen Armee getrennt, die inzwischen die meisten Gebiete des Staatsgebietes zurückerobert hat
- 19.12.2018** US-Präsident Trump kündigt den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Syrien an

Syrische Geflüchtete: Aufnahmeländer (Auswahl) und Zahlen

Land	Quelle	Stand	Zahl
Türkei	UNHCR/Türk. Regierung	04.04.2019	3 630 767
Libanon	UNHCR	31.03.2019	944 613
Jordanien	UNHCR	09.04.2019	660 393
Irak	UNHCR	31.03.2019	253 672
Ägypten	UNHCR	31.03.2019	132 281
Deutschland	Mediendienst Integration	Dez. 2018	ca. 770 000

Erinnerungstage – Festtage – Feiertage (2019)

- Schwarz: Feier- bzw. Gedenktage nach dem Sonnenkalender (365 Tage)
 Rot: Christliche Feiertage (sofern von Europa abweichend)
 Blau: Jesidische Feiertage
 Grün: Feiertage nach dem islamischen Mondkalender (354 Tage) für 2016/2017. Feiertage verschieben sich pro Jahr um elf Tage nach vorn, Abweichungen vom jeweils angegebenen Datum um einen weiteren Tag nach vorn möglich.

Januar.....

1. Neujahrstag [Syrien und Irak]
4. Cejna Bêlindê – Fest zum Andenken an die Verstorbenen
- 13.–20. Batizmî yê Çolîye – Fest zu Ehren des jesidischen Heiligen Pir Ali
6. Tag der Streitkräfte [Irak regional – Kurdische Autonome Region, derzeit ausgesetzt]
6. Surb Tsnund – Geburt und Taufe Jesu Christi [Armenisch-Apostolische Kirche, Irak]

Februar.....

2. Çilê Zivistanê – Fest der vierzig Winterfastentage (Beendigung)
14. Xidiryas – Fest zu Ehren des Heiligen Khidir Elias
14. Trndez – Darstellung des Herrn (Jesu)/Reinigungsfest (Freudenfeuer) [Armenisch-Apostolische Kirche, Irak]
15. Xidirnebî – Fest zu Ehren des Heiligen Khidir Nebi

März.....

1. Trauertag für Molla Mustafa Barzani (gest. 1979), Führer der Kurdischen Demokratischen Partei [Irak regional – Kurdische Autonome Region]
5. Tag des kurdischen Aufstands [Irak regional – Kurdische Autonome Region]
7. Befreiung von Sulaimaniyya, Universitätsstadt im kurdischen Autonomiegebiet [Irak regional – Kurdische Autonome Region]
8. Revolutionstag [Syrien, Machtübernahme der Baath-Partei 1963]
11. Tag der Befreiung von Arbil [1991, gleichzeitig formale Einrichtung einer Kurdischen Autonomen Region 1970]
14. Geburtstag von Molla Mustafa Barzani (geb. 1903) [Irak regional – Kurdische Autonome Region]

20./21. Nowruz/Nouruz, Kurdisches Neujahrs- und Frühlingsfest [Syrien und Irak regional – Kurdische Autonome Region; in der Türkei gesetzlich verboten]

20. Geburtstag des Imam Ali [Schiiten, Syrien und Irak]

21. Muttertag [Syrien und Irak]

April

1. Assyrisches Neujahrsfest [Assyrische Christen, Syrien und Irak regional - Kurdische Autonome Region]

9. Tag der Befreiung (von der Herrschaft Saddam Husseins) [Kurdische Autonome Region]

17. Çarşema Sor – Jesidisches Neujahrsfest (Roter Mittwoch) zu Ehren von Tawisi-Melek

17. Unabhängigkeitstag [Syrien, Tag des Abzugs der Mandatstruppen der frz. Kolonialmacht im Jahr 1946]

28. Ostern [Orthodoxe Christen, Syrien]

Mai

1. Tag der Arbeit [Syrien und Irak]

5. Beginn des Fastenmonats Ramadan [Syrien und Irak]

06. Tag der Märtyrer [Syrien, Hinrichtung syrischer Nationalisten in Beirut und Damaskus durch Osmanen 1916]

31. Al-Quds-Tag [»Jerusalem-Tag« der Schiiten, inoffizieller antiisraelischer, antizionistischer »Feiertag«; nur im Iran offizieller Feiertag]

Juni

01. Lailat al-Qadr – Nacht der Bestimmung/Allmacht, Sendung des Koran an Mohammed

04.–06. Idul Fitr/Eid al-Fitr – Fastenbrechen/Ende des Ramadan

Juli

14. Gründungstag der Republik 1958, zugl. Tag der Republik [Irak]

17. Tag der Baath-Revolution 1958 [Syrien]

August

1. Çilê Havînê – Fest der vierzig Sommerfastentage

3. Fermana Êzîdxanê – Genozid-Gedenktag

11.–15. Eid Al-Adha-Gedenktag – Opferfest zu Ehren Abrahams/Ibrahims, der bereit war, seinen Sohn Ismael zu opfern

19. Cejna cimaya Şerfedîn – Fest zu Ehren des Heiligen Şerfedîn

30./31. Hidschra – Islamisches Neujahrsfest

- September.....
- 9./10. **Aschura-Fest/Muharram-Fest** [bei den Schiiten Trauertag, an dem des Todes von Imam Hussein in der Schlacht von Kerbela (680 n.Chr.) gedacht wird; für Aleviten ein Feiertag, aber kein Gedenktag; für die Sunniten Fastentag]
- Oktober.....
3. Unabhängigkeitstag [Irak, formale Unabhängigkeit von der britischen Mandats Herrschaft, 1932]
6. Tag der Befreiung/Veteranentag – Beginn des Oktoberkrieges gegen Israel im Jahr 1973 [Syrien]
- 6.–13. **Cejna cimaya Şêxadî – Fest zu Ehren des Heiligen Şêxadî an dessen Grabstätte in Lalisch**
- 19./20. **Arbaeen – Ende der 40-tägigen Trauerfeier um Imam Hussein; Schiiten pilgern zur Hussein-Moschee in Kerbela (rund 20 Mio. Pilger)**
- November.....
9. **Mawlid an-Nabi – Geburtstag des Propheten Mohammed**
16. Tag der Korrekturbewegung – Tag der Machtübernahme von Hafiz al-Assad 1970 [Syrien]
- Dezember.....
- 3.05. **Rojiyên Şêşims – Fastenzeit**
06. **Îda Şêşims – Fest zu Ehren des Heiligen Sheshims (Sonnenengel)**
10. Tag des Sieges über den Islamischen Staat [Irak]
13. **Îda Xwudan – Fest zu Ehren der Familienheiligen**
20. **Cejna Êzî – Hauptfest zu Ehren Gottes**
17. Tag der kurdischen Nationalflagge [Irak regional – Kurdische Autonome Region]
- 17.–19. **Rojiyên Êzîd – Fastentage zur Ehre Gottes**
20. **Îda Êzîd ç Fest zu Ehren Gottes**
25. Weihnachten [Syrien und Irak, teilweise auch bei Muslimen gefeiert]
- 29.12.–Batizimi (Torî) – Fest zu Ehren des Heiligen Pir Ali
- 5.1.2020
31. Irak-Tag [Irak regional - Kurdische Autonome Region]

Erinnerungsorte

(siehe hierzu Klappkarte am Ende des Buches)

Wie kaum eine andere Weltregion sind der Nahe und der Mittlere Osten selbst »Erinnerungsorte«. Seit dem Beginn der geschichtlichen Überlieferung birgt diese Region Plätze, die den Anhängern der drei Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam sowie anderer Religionsgemeinschaften heilig oder in anderer Weise bedeutsam sind. Diese Übersicht kann beinhaltet daher nur eine Auswahl beinhalten. Angaben zu Verlusten der Zivilbevölkerung durch Bombardierungen und sonstige Gewaltanwendung können gleichfalls nur exemplarisch gemacht werden. Eine vollständige Chronologie hierzu ist an dieser Stelle nicht möglich.

1. **Apamea am Orontes/Qal'at al-Mudik:** Eine der größten Städte Syriens bei Christi Geburt (ca. 200 000 Einwohner). 2012 von der syrischen Armee mit mehrwöchigem Artilleriefeuer belegt. Plünderung der historischen Stätten, v.a. der berühmten Säulenstraße, durch Grabräuber, die Tausende von Löchern gruben. Die Kunstwerke gelangten in den internationalen illegalen Antikenhandel.
2. **Tote Städte in Nordsyrien:** 700 Siedlungen aus spätrömischer bzw. frühbyzantinischer Zeit, 1.–7. Jh. Ab 2011 Raubgrabungen.
3. **Qal'at Sim'an (nördlich von Aleppo):** Reste des Simeonsklosters bzw. Basilika. Ort des ersten christlichen Säulenheiligen Simeon (Symeon Stylites).
4. **Hama:** 1982 Massaker nach Muslimbrüder-Aufstand (30 000 Tote).
5. **Mar-Elian-Kloster:** Kirche aus dem 5. Jh. n.Chr., eines der ältesten Bauwerke Syriens, vom IS mit Baufahrzeugen zerstört. Rückeroberung durch die syrische Armee im April 2016.
6. **Altstadt von Aleppo (UNESCO-Weltkulturerbe):** v.a. Zitadelle aus dem 13. Jh., Umayyaden-Moschee, teils auf einer christlichen Kirche erbaut, armenisch-apostolische Vierzig-Märtyrer-Kirche (Angaben Stand vor 2011, inzwischen schwere Beschädigungen, z.B. Vierzig-Märtyrer-Kirche zerstört, Omayyaden-Moschee verwüstet, Zitadelle ebenfalls betroffen). Schwere Zerstörungen im Ostteil der Stadt. Nach der Rückeroberung durch die syrische Armee im Dezember 2016 beginnen Arbeiten zum Wiederaufbau (v.a. Zitadelle).
7. **Altstadt von Damaskus (UNESCO-Weltkulturerbe):** v.a. Rukayya-Moschee (schiitischer Pilgerort: Rukayya war die Tochter des ermordeten Imams Husain ibn Ali, die angeblich mit 3 Jahren beim Anblick des aufgespießten Kopfes ihres Vaters starb), Umayyaden-Moschee (in christlicher Zeit Kirche Johannes' des Täufers; angeblich befin-

det sich dort auch dessen Haupt; schiitischer Pilgerort in Seitentrakt: Stelle, an der angeblich der abgeschlagene Kopf Husains zur Schau gestellt wurde; in römischer Zeit: Jupitertempel), Mausoleum des 1193 in Damaskus gestorbenen Saladin, Christenviertel mit Thomas-Tor, christliche Kirchen und Kapellen (z.B. des Sankt Ananias), Zitadelle aus dem 11. Jh. (ayyubisch), Sayyida-Zainab-Moschee und Schrein (Mohammeds Enkeltochter, schiitischer Pilgerort). Obwohl eine Offensive der Rebellen im Jahre 2013 nahe an die Altstadt heranführte, blieb diese in großen Teilen unversehrt.

8. **Altstadt von Bosra (UNESCO-Weltkulturerbe):** v.a. antikes Amphitheater, Überreste der römischen Stadt, Siedlung der Nabatäer (nordwestarab. Nomadenverbund), christliche Kathedrale, Moscheen (z.B. Mabrak-an-Naba-Moschee: nach dem Kamel benannt, das das erste Exemplar des Koran nach Syrien getragen haben soll). Moderate Beschädigungen, römisches Bad (Nymphaeum) zerstört. Unter Kontrolle der syrischen Armee.
9. **Krak des Chevaliers (UNESCO-Weltkulturerbe, gemeinsam mit 10):** Kreuzfahrerfestung 30 km westlich von Homs an wichtiger Handelsroute zw. Küste und Landesinnerem, urkundlich erstmals 1031 erwähnt. Die heutige Burganlage wurde ab 1170 errichtet. Zerstörungen im Bürgerkrieg 2011/12 und nochmals 2013. Moderate Beschädigungen, Rückeroberung durch die syrische Armee im März 2014. Das Assad-Regime versucht, durch Öffnung der Burg den Tourismus wieder in Gang zu bringen.
10. **Qal'at Salah ed-Din (Saladinsburg, UNESCO-Weltkulturerbe):** Burganlage seit dem 10. Jh., Belagerung und Einnahme der Burg durch Sultan Saladin im Juli 1188.
11. **Meschtaye (Bezirk Homs):** St.-Georgs-Kloster im »Tal der Christen«, in der Nähe des Krak des Chevaliers. Zentrum der griechisch-orthodoxen Kirche. Im August 2013 von Islamisten schwer beschädigt.
12. **Maalula und Saydnaya:** Al-Nusra-Rebellen (Al-Qaida-Splittergruppe) stürmten 2013 das Theklakloster in Maalula, verwüsteten die Kapelle und zerstörten Kunstwerke und Bücher bzw. verkauften diese auf dem Weltmarkt. 2013/14 wechselvolle Kämpfe mit der syrischen Armee, die auch hier inzwischen die Kontrolle hat. In Maalula steht angeblich die älteste Kirche der Welt. Saydnaya gilt als »Herz des syrischen Christentums« mit einem der ältesten Klöster der Welt, dem Ephraimkloster, das zugleich Sitz des Patriarchen von Antiochien ist, des Oberhauptes der Syrisch-Orthodoxen Kirche.
13. **Grabstätte und türkische Exklave des Sulaiman Schah in Syrien (evakuiert 2015):** Großvater des Reichsgründers Osman I.
14. **Kobane/Ain al-Arab:** strategisch wichtige Stadt wegen Grenzlage zur Türkei und großem Trinkwasservorkommen. Mehrere Versuche des

IS seit Ende 2013, die Stadt einzunehmen, sind gescheitert. Heftige Kämpfe v.a. von September 2014 bis Januar 2015. Sieg der Anti-IS-Koalition. Unter Kontrolle der Syrian Democratic Force (SDF), die von der YPG geleitet wird. Diese wiederum ist Teil der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Schwerste Zerstörungen. Wiederaufbau wird durch Türkei blockiert.

15. **Unruhen in Qamischli:** Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Gruppen und syrischen Sicherheitskräften nach einem Fußballspiel im März 2004. Ausdehnung auf andere Städte. Unter Kontrolle kurdischer Verbände. 2015/2016, wie in vielen Städten, Bombenanschläge.
16. **Schlacht um Ra's al-Ain 2013:** islamistische Gruppierungen gegen kurdische Milizen. Eroberung durch YPG-Verbände im Juli.
17. **Palmyra:** hellenistisch-römische Metropole und bis zum syrischen Bürgerkrieg eine der bedeutendsten antiken Städte. Wechselvolle Kämpfe 2015–2017. Schwere Zerstörungen und Plünderungen durch den IS. Im März 2017 Rückeroberung durch die syrische Armee.
18. **Dura Europos:** eine der ältesten archäologisch nachgewiesenen Hauskirchen (3. Jh. n.Chr.). Durch Raubgrabungen nach Besetzung durch den IS heute eine Kraterlandschaft. Museum komplett geplündert.
19. **Hula:** Massaker 2012. Regierungstruppen und Assad-treue Milizen töten u.a. auch Frauen und Kinder aus nächster Nähe.
20. **Deir ez-Zor:** Konzentrations- und Vernichtungsort des Völkermordes an den Armeniern 1915/16.
21. **Mari:** Siedlung aus der Bronzezeit mit Palästen, Tempeln und einem Tontafelarchiv (1600–300 v.Chr.). Vom IS bzw. bewaffneten Banden geplündert. 2018 wird Mari als die am stärksten von Plünderungen betroffene Kulturstätte angesehen.
22. **Mar-Behnam-Kloster:** Teile des Klosters aus dem 4. Jh. n.Chr. werden 2015 vom IS gesprengt. Im November 2016 von irakischen Sicherheitskräften zurückerobert.
23. **Tal Afar:** Zerstörung sufistischer Moscheen und Heiligtümer 2014 durch den IS, darunter das Mausoleum von Ahmed Rifai (Nachfahre Mohammeds). Rückeroberung durch irakische Streitkräfte im August 2017 nach dem Ende der Schlacht um Mossul.
24. **Nimrud:** Der erste Palast der assyrischen Hauptstadt (9. Jh. v.Chr.) wird 2015 durch den IS gesprengt und der antike Ort dem Erdboden gleichgemacht. Im Zuge der Schlacht um Mossul im November 2016 von irakischen Streitkräften zurückerobert. Die antiken Stätten sind wohl komplett zerstört.
25. **Ninive:** Spätere Hauptstadt des Neuassyrischen Reiches (ca. ab dem 7. Jh v.Chr.). Zerstörung von Statuen und Plünderungen 2014 durch

den IS. Rückeroberung im Januar 2017. Ein offenbar vom IS gegrabenes Tunnelsystem legte eine weitere antike Stätte (Tempel) frei.

26. **Berg Sindschar:** Fluchtstätte vieler Jesiden im Sommer 2014, nachdem der IS in ihre Siedlungsgebiete vorgedrungen war. Oktober bis Dezember 2014 Schlacht von Scharaf ad-Din am Fuß des Berges. Heftige Kämpfe zwischen kurdischen Milizen und dem IS, der schließlich 2015 zurückgedrängt werden konnte (auch als Schlacht von Sherfedîn bezeichnet, siehe 27).
27. **Scharaf ad-Din:** Jesidische Pilgerstätte im Irak auf dem Sindschar (siehe 26), 1274 zu Ehren des gleichnamigen Heiligen errichtet, der als General 1257 in einer Schlacht gegen die Mongolen gefallen ist.
28. **Semile:** Massaker 1933 durch die irakische Armee an Assyryern.
29. **Lalisch:** Grabstätte von Scheich Adi ibn Musafir, dem bedeutendsten Heiligen der Jesiden. Zentrales Heiligtum.
30. **Mossul:** Umfassende Plünderungen und Kunstraube im Dritten Golfkrieg 2003. Nach langjährigem Wiederaufbau wird der Großteil des Museums 2014 durch den IS zerstört. Die alte Bibliothek mit ihren antiken Handschriften wird gesprengt und dem Erdboden gleichgemacht. Weitere schwere Zerstörungen (u.a. Universität) durch den IS und im Rahmen der Schlacht von Mossul Oktober 2016–Juli 2017.
31. **Dur Scharrukin/Chorsabad:** Der IS beginnt 2015 Bauwerke und Reste der antiken Hauptstadt des Neuassyrischen Reiches (ca. 8. Jh. v.Chr.) zu vernichten.
32. **Arbil:** Zitadelle (UNESCO-Weltkulturerbe). Eines der ältesten, durchgängig bewohnten Bauwerke der Menschheit. Sinnbild für die kurdische Freiheit.
33. **Arbil:** Christenviertel Ainkawa mit drei Kirchen, u.a. chaldäisch-katholische Kathedrale St. Joseph.
34. **Hatra:** Die Hauptstadt eines Königreiches an der Seidenstraße (ab 3. Jh. v.Chr.) enthielt Kunstwerke aus der Zeit der Parther. Die Denkmäler wurden 2015 zerstört und in ein Munitions- und Ausbildungslager des IS verwandelt. Rückzug des IS im Frühjahr 2017.
35. **Operation Anfal:** Genozid der irakischen Armee an der kurdischen Bevölkerung im Nordirak (zwischen 50 000 und 100 000 Tote).
36. **Halabdscha:** Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe am 16. März 1988 auf die v.a. von Kurden bewohnte Stadt, 3200 bis 5000 Tote.
37. **Tikrit:** Massaker im Juni 2014, IS tötet Hunderte von irakischen Kadetten, Rückeroberung der Stadt aus den Händen des IS 2015.
38. **Bagdad:** al-Kazimiyya-Moschee (Bagdad Vorort), Grabstätte des 7. und des 9. Imams nach Auslegung der Zwölfer-Schiiten; ca. 60 bestehende christliche Kirchen.

39. **Samarra:** eine der bedeutendsten Städte des Abbasiden-Reiches. Aus dieser Zeit noch das Spiralminarett der großen Moschee von Samarra sichtbar. Grabstätte des 10. und 11. Imams sowie Ort der Entrückung des 12. Imams nach Auslegung der Zwölfer-Schiiten. Nach Anschlügen sunnitischer Extremisten 2005/2006 Zerstörung der legendären, weithin sichtbaren Goldenen Kuppel des al-Askari-Schreins (Grabstätte der beiden Imame, erbaut 1905) und Plünderung. 2009 wiedererrichtet.
40. **Falludscha:** eine der ältesten Städte des Irak (Babylonisches Reich), »Stadt der Moscheen«. 2004 Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen der US-Armee und Aufständischen (u.a. des radikalen Führers Abu Musab az-Zarqawi, getötet 2006), nachdem 4 Mitarbeiter amerikanischer Sicherheitsfirmen getötet und deren Leichen öffentlich geschändet worden waren. Bis Ende 2004 ca. 1000 Tote auf irakischer Seite nach durch die Angriffe der Koalitionstruppen (Operationen Vigilant Resolve und Phantom Fury).
41. **Kerbala:** Moschee und Schrein des dritten Imams al-Husain ibn Ali, Sohn Alis und Enkel Mohammeds.
42. **Nadschaf:** eine der wichtigsten Städte der Schiiten. Zentrales Heiligtum, Moschee und Grab des Imams Ali ibn Abi Talib, Schwiegersohn und Nachfolger Mohammeds.
43. **Mossul und Bagdad 2004:** mehrere Autobomben explodieren am 1.8. innerhalb weniger Minuten vor fünf christlichen Kirchen (4 in Bagdad, 1 in Mossul). 18 Tote und ca. 60 Verletzte.
44. **Mossul 2008:** schwere, aufeinanderfolgende Bombenanschläge auf christliche Kirchen von 6.1. bis 9.1. Mehrere Kirche massiv beschädigt bzw. zerstört.
45. **Bagdad 2010:** 52 Tote nach einer Geiselnahme in der christlichen Sayidat-al-Nejat-Kathedrale am 31.10.
46. **Ost-Ghuta, Februar 2018:** Durch Bombenangriffe der syrischen Armee gegen die Rebellenenklave Ost-Ghuta sterben innerhalb von 48 Stunden mehr als 200 Menschen, darunter viele Kinder.
47. **Karrada (Bagdader Stadtviertel) am 3.7.2016:** sog. Karrada-Anschlag des IS über 300 Tote.
48. **As-Suwayda und Umgebung am 25.7.2018:** Selbstmordattentate und Schusswaffeneinsatz des IS in der vornehmlich von Drusen bewohnten Stadt, über 300 Tote.

(Für Daten zum Libanon siehe auch Wegweiser zur Geschichte: Naher Osten, <http://www.zmsbw.de/html/einsatzunterstuetzung/naherosten>).

Flaggen der Akteure in der Region Syrien und Irak

Staatssymbole Irak



Nationalflagge



Staatswappen



Armeeflagge

Symbole Autonome Region Kurdistan



Flagge



Wappen

Symbole nichtstaatlicher Organisationen Irak



Demokratische Partei
Kurdistans (KDP),
v.a. Barzani-Clan



Turkmenen



Patriotische Union
Kurdistans (PUK),
v.a. Talabani-Clan



Jesiden

Staatssymbole Türkei



Nationalflagge



Staats Emblem

Symbole nichtstaatlicher Organisationen Türkei



Arbeiterpartei
Kurdistans (PKK)



Union der
Gemeinschaften
Kurdistans (KCK)

Flaggen der Akteure in der Region Syrien und Irak

Staatssymbole Syrien



Nationalflagge



Staatswappen



Flagge des Heeres



Flagge der Luftwaffe



Flagge der Marine

Symbole nichtstaatlicher Organisationen Syrien



Flagge der Nationalen
Verteidigungskräfte



Baath-Partei



Syrische Sozial-Natio-
nalistische Partei
(von der Regierung aner-
kannte Oppositionspartei)



Freie Syrische
Armee (FSA)



Syrische Opposition



(Kurdische) Volks-
verteidigungs-
einheiten
Syrien (YPG)



Rojava – Partei der
Demokratischen
Union in Syrien/
Föderation
Nordsyrien (PYD)



Rojava – Wappen

Flaggen der Akteure in der Region Syrien und Irak

Symbole nichtstaatlicher Organisationen Syrien



Demokratische Kräfte
Syriens (SDF)



Drusen



Assyrer (Syrische Christen)



Turkmenen

Islamischer Staat/Terrororganisationen



Islamischer Staat
(Kriegsflagge)



Islamischer Staat
(Verwaltungs-
flagge)



Al-Nusra-Front

AKP	Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CENTO	Central Treaty Organization
CIA	Central Intelligence Agency
FRONTEX	Frontières extérieures (europ. Grenzschutzagentur)
FSA	Freie Syrische Armee
GAP	Güneydoğu Anadolu Projesi
GKR	Golf-Kooperationsrat
HDP	Demokratische Partei der Völker
IGKI	Islamische Gruppe in Kurdistan-Irak
IKP	Irakische Kommunistische Partei
IS	Islamischer Staat
ISIS	Islamischer Staat in Irak und Syrien
IUKI	Islamische Union in Kurdistan-Irak
KAR	Kurdische Autonome Region
KCK	Union der Gemeinschaften Kurdistans
KDP	Kurdische Demokratische Partei
KDPS	Kurdische Demokratische Partei in Syrien
METO	Middle East Treaty Organization (Bagdadpakt)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NCRC	Nationalrat für das Revolutionskommando
NGOs	Non-Government-Organisationen
NPF	Nationale Progressive Front
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
PJAK	Partei für ein Freies Leben in Kurdistan
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
PUK	Talabani-Clan
PYD	Partei der Demokratischen Union
RCC	Irakischer Revolutionärer Kommandorat
SNMG	Standing NATO Maritime Group
SEATO	Southeast Asia Treaty Organization
SOVMEDRON	Soviet Mediterranean Squadron
SSNP	Syrische Sozial-Nationalistische Partei
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UNFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAR	Vereinigte Arabische Republik
YPG	Volksverteidigungseinheiten

Die hier dargebotene Literaturliste ist lediglich eine Auswahl. Soweit vorhanden, sind bei fremdsprachigen Buchtiteln die deutschen Übersetzungen aufgeführt. Bei vergriffenen Titeln wenden Sie sich bitte an Bibliotheken oder suchen nach antiquarischen Ausgaben (z.B. bei www.zvab.com).

Wissenschaftliche Literatur

- Al-Marashi, Ibrahim, and Sammy Salama, *Iraq's Armed Forces. An Analytical History*, London, New York 2008
- Allawi, Ali A., Faisal I. of Iraq, New Haven, London 2014
- Asadi, Awat, *Der Kurdistan-Irak-Konflikt. Der Weg zur Autonomie seit dem Ersten Weltkrieg*, Berlin 2007
- Baram, Amatzia, *Neo-tribalism in Iraq. Saddam Hussein's Tribal Policies 1991–96*. In: *International Journal of Middle East Studies*, 29 (1997), 1, S. 1–31
- Batatu, Hanna, *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq: A Study of Iraq's Old Landed Classes and its Communists, Ba'thists, and Free Officers*, Princeton, NJ 1978
- Bierling, Stefan, *Geschichte des Irakkrieges: Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten*, München 2010
- Bobzin, Hartmut, *Der Koran. Eine Einführung*, München 2011
- Bobzin, Hartmut, *Mohammed*, München 2011
- Böhm, Martin, *Die Royal Air Force und der Luftkrieg 1922–1945. Personelle, kognitive und konzeptionelle Kontinuitäten und Entwicklungen*, Paderborn 2015
- Bozo, Frédéric, *A History of the Iraq Crisis, France, the United States, and Iraq, 1991–2003*, Washington, DC 2016
- Browne, J. Gilbert, *Iraq Levies 1915–1932*, London 1932, www.assyrianlevies.com/gpage5.html
- Bruns, Sebastian, *Via New York nach Bagdad? Die Vereinten Nationen und die Irak-Politik der USA*, Marburg 2008
- Cobb, Paul M., *Der Kampf ums Paradies. Eine islamische Geschichte der Kreuzzüge*, Darmstadt 2015
- Cobban, Helena, *The Superpowers and the Syrian-Israeli Conflict*, New York 1991 (= *The Washington Papers/Center for Strategic and International Studies*, 149)
- Cohen, Michael, *Strategy and Politics in the Middle East 1954–1960. Defending the Northern Tier*, London, New York 2005
- Commins, David, *The Gulf States. A Modern History*, London, New York 2012
- Dodge, Toby, *Inventing Iraq. The Failure of Nation Building and a History Denied*, 2. ed., New York 2005
- Dukhan, Haian, *Tribes and Tribalism in the Syrian Uprising*. In: *Syrian Studies*, 6 (2014), 2, <https://ojs.st-andrews.ac.uk/index.php/syria/article/view/897>
- Dumbrell, John, and David Ryan, *Vietnam in Iraq. Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts*, London, New York 2007
- Eickhoff, Ekkehard, *Friedrich Barbarossa im Orient. Kreuzzug und Tod Friedrichs I.*, Tübingen 1977
- Eppel, Michael, *Iraq from Monarchy to Tyranny. From the Hashemites to the Rise of Saddam*, Gainesville 2004
- Erster Weltkrieg und Dschihad. *Die Deutschen und die Revolutionierung des Orients*. Hrsg. von Wilfried Loth und Marc Hanisch, München 2014
- Farooqi, Suraiya, *Geschichte des Osmanischen Reiches*, 6. Aufl., München 2014

- Faszination Orient: Max von Oppenheim. Forscher, Sammler, Diplomat. Hrsg. von Gabriele Teichmann und Gisela Vögler, Köln 2001
- Fieldhouse, D.K., *Western Imperialism in the Middle East 1914–1958*, Oxford 2006
- Fuccaro, Nelida, *Ethnicity, State Formation, and Conscription in Postcolonial Iraq: The Case of the Yazidi Kurds of Jabal Sinjar*. In: *International Journal of Middle East Studies*, 29 (1997), 4, S. 559–580
- Fürtig, Henner, *Geschichte des Irak: Von der Gründung 1921 bis heute*, 3. Aufl., München 2016
- Fürtig, Henner, *Der Irakisch-Iranische Krieg 1980–1988*. In: *Heiße Kriege im Kalten Krieg*. Hrsg. von Bernd Greiner u.a., Hamburg 2006, S. 376–407
- Gensicke, Klaus, *Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis*, Darmstadt 2007
- Gibson, Bryan R., *Sold out? US Foreign Policy, the Iraq, the Kurds, and the Cold War*, New York 2015
- Gieler, Wolfgang, und Sabrina Keller, *Jordanien. Eine Einführung in Politik und Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Ära Abdallah II.*, Münster 2014
- Goren, Haim, *Germany and the Middle East*, Jerusalem 2003
- Günay, Cengiz, *Die Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute*, Wien, Köln, Weimar 2012
- Günther, Christoph, *Ein zweiter Staat im Zweistromland? Genese und Ideologie des »Islamischen Staates Irak«*, Würzburg 2014
- Guest, John S., *Survival among the Kurds. A History of the Yezidis*, London 1987
- Halm, Heinz, *Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart*, München 2015
- Halm, Heinz, *Der Islam. Geschichte und Gegenwart*, München 2015
- Halm, Heinz, *Die Schiiten*, München 2015
- Handbook of US-Middle East Relations. Formative Factors and Regional Perspectives*. Ed. by Robert E. Looney, London, New York 2009
- Herf, Jeffrey, *Nazi Propaganda for the Arab World*, New Haven, London 2009
- Herzog, Christoph, *Osmanische Herrschaft und Modernisierung im Irak. Die Provinz Bagdad 1817–1917*, Bamberg 2012
- Hiro, Dilip, *The Longest War: The Iran-Iraq Military Conflict*, New York 1991
- Hourani, Albert, und Malise Ruthven, *Die Geschichte der arabischen Völker: Weitererzählt bis zum Arabischen Frühling von Malise Ruthven*, Frankfurt a.M. 2014
- Hourani, Albert, *A History of the Arab Peoples*, London 2010 [ebook-Ausgabe der Publikation von 1991]
- Husry, Khaldun S., *The Assyrian Affair of 1933, (I) + (II)*. In: *International Journal of Middle East Studies*, 5 (1974), 2, S. 161–176, und 3, S. 344–360
- The Integration of Modern Iraq*. Ed. by Abbas Kelidar, London 1979
- Irak. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Verantwortl. Red.: Asiye Öztürk. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 8/2013
- Der Islam in der Gegenwart*. Hrsg. von Werner Ende und Udo Steinbach, München 2005
- Jabbur, Jibrail S., *The Bedouins and the Desert. Aspects of Nomadic Life in the Arab East*, New York 1995 (arab. Originalausg. 1987)
- James, Barrie G., *Hitler's Gulf War. The Fight for Iraq 1941*, Barnsley 2009
- Jankrift, Kay Peter, *Europa und der Orient im Mittelalter*, Darmstadt 2007
- Jwaideh, Wadie, *The Kurdish National Movement. Its Origins and Development*, New York 2006

- Karsh, Efraim, *Soviet Policy towards Syria since 1970*, London, Basingstoke 1991
- Karsh, Efraim, *The Iran-Iraq War*, New York 2009
- Kizilhan, İlhan, »Ehrenmorde«. Der unmögliche Versuch einer Erklärung. Hintergründe – Analysen – Fallbeispiele, Berlin 2006
- Knigge, Jobst, *Deutsches Kriegsziel Irak. Der deutsche Griff auf den Nahen Osten im Zweiten Weltkrieg. Über Kaukasus und Kairo zum Öl des Orients. Pläne und Wirklichkeit*, Hamburg 2007
- Korn, Wolfgang, *Schienen für den Sultan. Die Bagdadbahn: Wilhelm II., Abenteurer und Spione*, Köln 2009
- Krämer, Gudrun, *Geschichte des Islam*, München 2005
- Kramer, Thomas, *Der Orient-Komplex. Das Nahost-Bild in Geschichte und Gegenwart*, Ostfildern 2013
- Kreiser, Klaus, *Der Osmanische Staat 1300–1922*, 2. Aufl., München 2008
- Krethlow, Carl Alexander, *Bagdad 1915/17. Weltkrieg in der Wüste*, Paderborn u.a. 2018
- Kutschera, Chris, *The Kurdish National Movement*, Paris 1979 (elektronische Ausgabe/kindle, Paris 2012)
- Lawrence von Arabien. *Genese eines Mythos*. Hrsg. von Mamoun Fansa und Detleff Hoffmann, Mainz 2010
- Lemke, Bernd, *Der Irak und Arabien aus der Sicht deutscher Kriegsteilnehmer und Orientreisender 1918 bis 1945. Aufstandsfantasien, Kriegserfahrungen, Zukunftshoffnungen, Enttäuschungen, Distanz*, Frankfurt a.M. 2012
- Lemke, Bernd, *Kolonialgeschichte als Vorläufer für modernes »Nation-Building«? Britische Pazifikationsversuche in Kurdistan und der North-West Frontier Province 1918–1947*. In: *Imperialkriege von 1500 bis heute. Strukturen – Akteure – Lernprozesse*. Hrsg. von Tanja Bühner u.a., Paderborn 2011, S. 279–301
- Leukefeld, Karin, *Flächenbrand: Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat*, 2. Aufl., Köln 2016
- Lewis, Norman, *Nomads and Settlers in Syria and Jordan 1800–1980*, Cambridge 1987
- Logan, Darren L., *Thoughts on Iraqi Kurdistan: Present Realities, Future Hope*. In: *Iran & the Caucasus*, 13 (2009), 1, S. 161–186
- Lossow, Tobias, *Wasser als Waffe: Der IS an Euphrat und Tigris*, Berlin 2015, www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A94_lsw.pdf
- Lüdke, Tilman, *Jihad Made in Germany. Ottoman and German Propaganda and Intelligence Operations in the First World War*, Münster 2005
- Lukitz, Liora, *Iraq: The Search For National Identity*, London 1995
- Lyman, Robert, *Iraq 1941. The Battles for Basra, Habbaniya, Fallujah and Baghdad*, Oxford 2006
- McDowall, David, *A Modern History of the Kurds*, 7. ed., London, New York 2013
- McHugo, John, *Syria. A Recent History*, New York 2015
- McNabb, James Brian, *A Military History of the Modern Middle East*, Santa Barbara 2017
- Majd, Mohammad Gholi, *Iraq in World War I. From Ottoman Rule to British Conquest*, Lanham 2006
- Mallmann, Klaus-Michael, und Martin Cüppers, *Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*, Darmstadt 2006
- Maltzahn, Nadia, *The Syria-Iran Axis. Cultural Diplomacy and International Relations in the Middle East*, London, New York 2013
- Marozzi, Justin, *Baghdad: City of Peace, City of Blood*, 2. ed., London 2015

- Marr, Phebe, *The Modern History of Iraq*, 2. ed., Boulder, CO, Oxford 2004
- Masters, Bruce, *The Arabs of the Ottoman Empire, 1516–1918. A Social and Cultural History*, Cambridge 2013
- Mayer, Hans Eberhard, *Geschichte der Kreuzzüge*, 8. Aufl., Stuttgart u.a. 1995
- The Middle East and the United States. History, Politics and Ideologies*. Ed. by David Lesch and Mark Has, 5. ed., Boulder 2012
- Motadel, David, *Für Prophet und Führer: Die islamische Welt und das Dritte Reich*, Stuttgart 2017 (engl. Originalausg. 2014)
- Murray, Williamson, and Kevin M. Woods, *The Iran–Iraq War. A Military and Strategic History*, Cambridge 2014
- Nakash, Yitzhak, *The Shiis of Iraq*, Princeton, NJ 1994
- Nomadic Societies in the Middle East and North Africa. Entering the 21st Century*. Ed. by Dawn Chatty, Leiden 2006 (= *Handbook of Oriental Studies*, 81)
- Oberhaus, Salvador, »Zum wilden Aufstande entflammen«. Die deutsche Propagandastrategie für den Orient im Ersten Weltkrieg am Beispiel Ägypten, Saarbrücken 2007
- Özdemir, Kadir, *Die Kurden – ein Volk in drei Nationen. Die Geschichte und die Entwicklung des Kurdenkonflikts*, Marburg 2006
- Omissi, David E., *Air Power and Colonial Control. The Royal Air Force 1919–1939*, Manchester 1990
- Oppenheim, Max von, *Die Beduinen*, 4 Bde. Unter Mitarb. von Erich Bräunlich und Werner Caskel, Leipzig, Wiesbaden 1939–1968
- O’Sullivan, Adrian, *The Baghdad Set: Iraq through the Eyes of British Intelligence, 1941–45*, London 2019
- Orhan, Mehmet, *Political Violence and Kurds in Turkey*, London 2015
- The Oxford History of the British Empire*, vol. 4: *The Twentieth Century*; vol. 5: *Historiography*, Oxford 1999
- Palmer, Michael A., *Guardians of the Gulf. A History of America’s Expanding Role in the Persian Gulf 1933–1992*, New York 1992
- Perthes, Volker, *Geheime Gärten: Die neue arabische Welt*, Bonn 2005
- Porter, Patrick, *Military Orientalism. Eastern War through Western Eyes*, London 2009
- Powell, Colin, *Mein Weg*, München 1995
- A Question of Genocide. Armenians and Turks at the End of the Ottoman Empire*. Ed. by Ronald Grigor Suny et al., Oxford 2011
- Rajaei, Farhang, *The Iran–Iraq War*, Gainesville, FL 1993
- Religiöse Minderheiten im Islam*. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Verantwortl. Red.: Hans Georg Golz. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26/2008
- Riley-Smith, Jonathan, *Illustrierte Geschichte der Kreuzzüge*, Frankfurt a.M., New York 1999
- Robinson, Francis, *The British Empire and the Muslim World*. In: *The Oxford History of the British Empire*, vol. 4, S. 398–420
- Rogan, Eugene, *Die Araber. Eine Geschichte von Unterdrückung und Aufbruch*, Berlin 2012
- Rosbeiani, Phersset, *Das Unternehmen »Mammut«. Ein politisch-militärisches Geheimdienstunternehmen in Südkurdistan in den Jahren 1942/43 und seine Vorgeschichte*; Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/rosbeiani-phersset-zuber-mohammed-2011-06-08/PDF/rosbeiani.pdf>

- Rutledge, Ian, *Enemy on the Euphrates. The British Occupation of Iraq and the Great Arab Revolt 1914–1921*, London 2014
- Sangar, Eric, *Historical Experience. Burden or Bonus in Today's Wars? The British Army and the Bundeswehr in Afghanistan*, Freiburg i.Br. 2014 (= *Neueste Militärgeschichte. Einsatz konkret*, 2)
- Schirmmacher, Christine, und Ursula Spuler-Stegemann, *Frauen und die Scharia. Die Menschenrechte im Islam*, Kreuzlingen 2004
- Schlicht, Alfred, *Geschichte der arabischen Welt*, Stuttgart 2103
- Schröder, Bernd Philipp, *Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1975
- Schröder, Bernd Philip, *Irak 1941*, Freiburg i.Br. 1980 (= *Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, 24)
- Schulze, Reinhard, *Geschichte der islamischen Welt von 1900 bis zur Gegenwart*, München [2016]
- Schweizer, Gerhard, *Syrien verstehen. Geschichte, Gesellschaft und Religion*, Stuttgart 2015
- Shemesh, Haim, *Soviet-Iraqi Relations 1968–1988. In the Shadow of the Iraq-Iran Conflict*, Boulder, CT, London 1992
- Sluglett, Peter, *Britain in Iraq: Contriving King and Country*, 2. ed., London 2007
- Sluglett, Peter, and Marion Sluglett-Farouk, *Iraq since 1958. From Revolution to Dictatorship*, 4. ed., London, New York 2003 (3. Aufl. auf Dt. u.d.T.: *Der Irak seit 1958*, Frankfurt a.M. 1991)
- Smolansky, Oles M., and Betty Smolanski, *The USSR an Iraq. The Soviet Quest for Influence*, Durham, London 1991
- Steinbach, Udo, *Die arabische Welt im 20. Jahrhundert. Aufbau – Umbruch – Perspektiven*, Stuttgart 2015
- Steininger, Rolf, *Deutschland und der Nahe Osten. Von Kaiser Wilhelms Orientkrisse 1898 bis zur Gegenwart*, Reinbek 2015
- Stewart, Frank Henderson, *Tribalism*. In: *The Princeton Encyclopedia of Islamic Political Thought*. Ed. by Gerhard Bowering et al., Princeton, NJ 2013, S. 563–567
- Strohmeier, Martin, und Lale Yalcin-Heckmann, *Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur*, 2. Aufl., München 2003
- Syrien. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Verantwortl. Red.: Anne Seibring. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 8/2013
- Syrien. *Eine Einführung in Politik und Gesellschaft*. Hrsg. von Andreas Dittmann und Wolfgang Gieler, Frankfurt a.M. 2018
- Syrien: *Ein Land im Krieg. Hintergründe, Analysen, Berichte*. Hrsg. von Fritz Edlinger und Tyma Kraitt, 3. Aufl., Wien 2016
- Thelen, Sibylle, *Die Armenierfrage in der Türkei*, Berlin 2010
- Thomas, Martin, *Empires of Intelligence, Security Services and Colonial Disorder after 1914*, Berkeley 2008
- Thorau, Peter, *Die Kreuzzüge*, München 2004
- Tillmann, Heinz, *Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Halle, Wittenberg 1965
- Townshend, Charles, *When God Made Hell. The British Invasion of Mesopotamia and the Creation of Iraq 1914–1921*, London 2010
- Tribes and State Formation in the Middle East*. Ed. by Philip S. Khoury and Joseph Kostiner, Berkley, Los Angeles 1990
- Tripp, Charles, *A History of Iraq*, 3. ed., Cambridge 2010

- Turkey-Syria Relations. Between Enmity and Amity. Ed. by Raymond Hinnebusch and Özlan Tür, Farnham 2013
- Tvedt, Terje, Wasser: Eine Reise in die Zukunft, Berlin 2013
- Unternehmen Mammut. Ein Kommandoeinsatz der Wehrmacht im Nordirak 1943. Hrsg. von Bernd Lemke und Phersed Rosbeiani, Bremen 2018
- Uyar, Mesut, and Edward J. Erickson, A Military History of the Ottomans, Santa Barbara 2009
- Vali, Abbas, Kurds and the State in Iran. The Making of Kurdish Identity, London, New York 2014
- Von Marokko bis Afghanistan. Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten. Hrsg. von Jochen Hippler, Hamburg 2008
- War in Iraq: Planning and Execution. Ed. by Thomas G. Mahnken and Thomas A. Keaney, London, New York 2007
- Wien, Peter, Iraqi Arab Nationalism. Authoritarian, Totalitarian, and Pro-Fascist Inclinations, 1932–1941, London 2006
- Wildangel, René, Zwischen Achse und Mandatsmacht: Palästina und der Nationalsozialismus, Berlin 2007
- Wolf, Klaus, Gallipoli 1915. Das deutsch-türkische Militärbündnis im Ersten Weltkrieg, Sulzbach/Ts., Bonn 2008
- Wollenberg, Anja, Medien und Demokratie im Irak. Öffentlichkeit im Kontext von Transformation und bewaffneten Konflikten, Wiesbaden 2018
- Wollschläger, Hans, Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem. Geschichte der Kreuzzüge, Zürich 1973
- Yeşilbursa, Behçet Kemal, The Baghdad Pact. Anglo-American Defence Policies in the Middle East, 1950–1959, London, New York 2005
- Yildiz, Kerim, and Tanyel B. Taysi, The Kurds in Iran. The Past, Present and Future, London 2007
- Young, Robert V.J., The History of the Iraq Levies 1915–32, London PhD 1998 (British Library)
- Zürcher, Erik J., Turkey. A Modern History, 5. ed., London et al. 2004

Atlanten

- Dupont, Anne-Laure, Atlas de l'islam dans le monde: lieux, pratiques et idéologie, Paris 2005
- Kettermann, Günter, Atlas zur Geschichte des Islam, 2. Aufl., Darmstadt 2008
- Raufer, Xavier, Atlas de l'islam radical, Paris 2007
- Robinson, Francis, Weltatlas der alten Kulturen, Bd 10: Der Islam, 4. Aufl., München 1990
- Ruthven, Malise, Historical Atlas of the Islamic World, Oxford 2004
- Sluglett, Peter, and Andrew Currie, Atlas of Islamic History, Milton Park 2014
- Tübinger Atlas des Vorderen Orients, Wiesbaden 1969–1993

Belletristik und Erinnerungsliteratur (Auswahl)

- Al-Rawi, Shahad, The Baghdad Clock, London 2018
- Anderson, Jon Lee, Die verwundete Stadt. Begegnungen in Bagdad, Berlin 2005
- Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Hrsg. von Frank Nordhausen und Thomas Schmid, Berlin 2011

- Awad-Geissler, Johanna Safia. Eine Scheichtochter kämpft für ihr Land, München 2003
- Bell, Gertrude, Amurath to Amurath, London 1911 (Nachdr. 2008)
- Bell, Gertrude, The Arab of Mesopotamia. Ed. and introd. by Paul Rich, Lanham 2008 (Original 1918)
- Bell, Gertrude, The Letters of Gertrude Bell. Ed. by Florence Bell, London 1947
- Bell, Gertrude, Das Raunen und Tuscheln der Wüste. Eine Reise durch das alte Syrien, Wiesbaden 2015 (Original: The Desert and the Sown, Travels in Palestine and Syria, London 1907)
- Bensedrine, Sihem, Besiegte Befreite, Eine arabische Journalistin erlebt den besetzten Irak, München 2004
- Bierling, Stephan, Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten, München 2010
- Bird, Christiane, Tausend Tränen, tausend Hoffnungen. Reisen durch Kurdistan, München 2004
- Blasim, Hassan, The Corpse Exhibition and other Stories of Iraq, New York 2014
- Blasim, Hassan, Der Verrückte vom Freiheitsplatz und andere Geschichten über den Irak, München 2015
- Blix, Hans, Mission Irak. Wahrheit und Lügen, München 2004
- The Book of the Jihad of 'Ali Ibn Tahir al-Sulami (d. 1106). Text, Translation and Commentary. Ed. by Niall Christie, Farnham 2015
- Boveri, Margret, Wüsten, Minarette und Moscheen. Im Auto durch den alten Orient, Berlin 2005 (Original: Ein Auto, Wüsten, Blaue Perlen, Zürich u.a. 1939)
- Buchta, Wilfried, Terror vor Europas Toren. Der Islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht, Frankfurt a.M. 2015
- Bühler, Arnold, Der Kreuzzug Friedrich Barbarossas 1187–1190. Bericht eines Augenzeugen, Stuttgart 2002
- Chandrasekaran, Rajiv, Green Zone. Imperial Life in the Emerald City. Inside Baghdad's Green Zone, London 2006
- Dickson, Harold, The Arab of the Desert, London 1983 (Original 1949)
- Diwersy, Alfred, und Gisela Wand, Irak. Land zwischen Euphrat und Tigris, Blieskastel 2001
- Fieldhouse, David Kenneth, Kurds Arabs and Britons. The Memoirs of Colonel Wallace Lyon in Iraq 1918–1944, London 2002
- Fischer, Susanne, Meine Frauen-WG im Irak oder: Die Villa am Rande des Wahnsinns, München 2006
- Fountaine, Margaret, Love Among the Butterflies. The Travels and Adventures of a Victorian Lady. Ed. by W.F. Cater, London 1982
- Fowle, Captain T.C., Travels in the Middle East. Being Impressions by the Way in Turkish Arabia, Syria, and Persia, London 1916
- Fraser, David, The Short Cut to India. The Record of a Journey along the Route of the Baghdad Railway, London 1909
- Frauen für den Dschihad. Das Manifest des Islamischen Staates. Hrsg. von Hamideh Moghagheghi, Freiburg i.Br. 2015
- el-Gawhary, Karim, Alltag auf Arabisch. Nahaufnahmen von Kairo bis Bagdad, Wien 2008
- Gerlach, Daniel, Herrschaft über Syrien. Macht und Manipulation unter Assad, Hamburg 2015
- Gleich, Gerold von, Militärisch-politische Erinnerungen an den Orient, Berlin 1921
- Glubb, John, Arabian Adventures. Ten Years of Joyful Service, London 1978

- Glubb, John B., *A Solider with the Arabs*, London 1957
- Goltz, Colmar Freiherr von der, *Denkwürdigkeiten*. Hrsg. von Friedrich Freiherr von der Goltz, Berlin 1929
- Günther, Christoph, *Ein zweiter Staat im Zweistromland? Genese und Ideologie des »Islamischen Staates Irak«*, Würzburg 2014
- Gunn, Peter, *Sailor in the Desert. The Adventures of Philip Gunn DSM, RN in the Mesopotamian Campaign 1915*, Barnsley 2013
- Hamilton, A.M., *Road through Kurdistan. The Narrative of an Engineer in Iraq*, 3. ed., London 1958
- Hay, Rupert, and Paul Rich, *A Soldier in Kurdistan. Rupert Hay's Two Years in Kurdistan*, 2. ed., San Jose 2001
- Helberg, Kristin, *Brennpunkt Syrien, Einblick in ein verschlossenes Land*, Freiburg i.Br. 2012
- Helfritz, Hans, *Unter der Sonne des Orients. Durch Arabiens Wüsten zur Kalifenstadt am Tigris*, Berlin 1931
- Hentig, Werner Otto von, *Heimritt durch Kurdistan. Ein Bericht. Ritt und Reise von Persien zur Ostfront*, Potsdam 1943
- Hentig, Werner Otto von, *Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land*, Berlin 1918
- Herbert, Aubrey, Ben Kendim. *A Record of Eastern Travel*, London 1924
- Hisslinger, Katrin, und Oswald Iten, *Bagdad-Google. Eine Vatersuche im Irak*, Zürich 2004
- Hoffmann, Andrea C., und Farida Khalaf, *Das Mädchen, das den IS besiegte. Fari-das Geschichte*, Köln 2016
- Hubbard, G.E., *From the Gulf to Ararat. An Expedition through Mesopotamia and Kurdistan*, London 1916
- Hübschen, Jürgen, *Die Zukunft des Irak – Pax Americana*, Wiesbaden 2005
- Innenansichten aus Syrien. Hrsg. von Larissa Bender, Frankfurt a.M. 2014
- Irak. *Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?* Hrsg. von Mary Kreutzer und Thomas Schmiedinger, Freiburg i.Br. 2004
- Jebb, Louisa, *By Desert Ways to Baghdad*, London 1912
- Kassir, Samir, *Das arabische Unglück*, Berlin 2006
- Kermani, Navid, *Schöner neuer Orient. Berichte von Städten und Kriegen*, München 2003
- Key, Joshua, *Ich bin ein Deserteur. Mein Leben als Soldat im Irakkrieg und meine Flucht aus der Armee*, Hamburg 2007
- Kiesling, Hans von, *Mit Feldmarschall von der Goltz Pascha in Mesopotamien und Persien*, Leipzig 1922
- Kiesling, Hans von, *Orientfahrten. Zwischen Ägeis und Zagros: Erlebtes und Er-schautes aus schwerer Zeit*, Leipzig 1921
- Klay, Phil, *Wir erschossen auch Hunde. Stories*, 2. Aufl., Berlin 2014
- Kloss, Stephan, *Mein Bagdad-Tagebuch. Als Kriegsreporter im Brennpunkt Irak*, Frankfurt a.M. 2003
- Kohlhaas, Wilhelm, *Hitler-Abenteuer im Irak. Ein Erlebnis-Bericht*, Freiburg 1989
- Kromschröder, Gerhard, *Bilder aus Bagdad. Mein Tagebuch*, Hamburg 2003
- Kurds, Arabs and Britons. *The Memoir of Wallace Lyon in Iraq 1918–44*. Ed. by Wallace Lyon and D.K. Fieldhouse, London, New York 2002
- Lawrence, Thomas Edward, *Die sieben Säulen der Weisheit: Lawrence von Arabi-en*, Berlin 2009

- Leitfaden für Amerikanische Soldaten im Irak 1943. Mit einem Nachwort von Roger Willemsen, Köln 2015 (engl. Ausgabe 2007)
- Littell, Jonathan, Notizen aus Homs, Berlin 2012
- Lühns, Hans, Gegenspieler des Obersten Lawrence, Berlin o.J. [ca. 1936]
- Lyell, Thomas, The Ins and Outs of Mesopotamia, London 1923
- Mannin, Ethel, A Lance for the Arabs. A Middle East Journey, London 1963
- Maxwell, Donald, A Dweller in Mesopotamia. Being the Adventures of an Official Artist in the Garden of Eden, London 1921
- Müller, Gottfried Johannes, Einbruch ins verschlossene Kurdistan, 4. Aufl., Saarbrücken 2005
- Mumford, Steve, Bagdad Journal. Bilder aus dem besetzten Irak, Hamburg 2006
- Myers, Walter Dean, Himmel über Falludscha, Köln 2009
- Napoleoni, Loretta, Die Rückkehr des Kalifats. Der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens, Zürich 2015
- Neudeck, Rupert, Es gibt ein Leben nach Assad. Syrisches Tagebuch, München 2013
- Nijhuis, Minka, Khalas Haus. Eine Familie überlebt in Bagdad, Freiburg i.Br. 2006
- Parfit, Joseph T., Marvellous Mesopotamia. The World's Wonderland, London 1920
- Paul, Gerhard, Der Bilderkrieg. Inszenierungen Bilder und Perspektiven der »Operation Irakische Freiheit«, Göttingen 2005
- Perthes, Volker, Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen, Berlin 2015
- Pickthall, Marmaduke, Oriental Encounters, London 1918
- Powers, Kevin, Die Sonne war der ganze Himmel, Frankfurt a.M. 2012
- Rados, Antonia, Gucci gegen Allah. Der Kampf um den neuen Nahen Osten, München 2005
- Ramsauer, Petra, Die Dschihad-Generation. Wie der apokalyptische Kult des Islamischen Staats Europa bedroht, Wien 2015
- Reuter, Christoph, Café Bagdad: Der ungeheure Alltag im neuen Irak, München 2004
- Reuter, Christoph, Die schwarze Macht. Der »Islamische Staat« und die Strategen des Terrors, München 2015
- Rutter, Eldon, The Holy Cities of Arabia, 2 vols., London 1928
- Saadawi, Ahmad, Frankenstein in Baghdad. A Novel, New York 2017
- Said, Behnam T., Islamischer Staat, IS-Miliz al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2014
- Schlieffen, Ursula Gräfin von, Briefe aus Bagdad, München 2003
- Schraudenbach, Ludwig, Muharebe. Der erlebte Roman eines Deutschen Führers im Osmanischen Heere 1916/17, München 1925
- Schulze, Jan-Andres, Der Irak-Krieg 2003 im Lichte der Wiederkehr des gerechten Krieges, Berlin 2005
- Soane, Ely Banister, To Mesopotamia and Kurdistan in Disguise, 2. ed., New York 2007 (1. Aufl. 1912)
- Sofsky, Wolfgang, Operation Freiheit. Der Krieg im Irak, Frankfurt a.M. 2003
- Sponeck, Hans von, und Andreas Zumach, Irak – Chronik eines gewollten Krieges, Köln 2003
- Stark, Freya, Beyond Euphrates. Autobiography 1928–1933, London 1951
- Stark, Freya, Dust in the Lion's Paw. Autobiography 1939–1946, London 1990
- Stark, Freya, Der Osten und der Westen. Ansichten über Arabien, Dortmund 1992 (Original 1945)
- Steinberg, Guido, Kalifat des Schreckens: IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror, München 2015
- Stevens, E.S., By Tigris and Euphrates, London 1923

- Steward, Rory, *Occupational Hazards. My Time Governing in Iraq*, London 2006
- Sykes, Mark, *Through Five Turkish Provinces*, London 1900
- Syrien. *Der schwierige Weg in die Freiheit*. Hrsg. von Larissa Bender, Bonn 2012
- Thesiger, Wilfred, *Arabian Sands*, 2. ed., London 1964
- Thesiger, Wilfred, *The Marsh Arabs*, 2. ed., London 1964
- Thomas, Bertram, *Alarms and Excursions in Arabia*, London 1931
- Thomas, Margaret, *Two Years in Palestine & Syria*, London 1900
- Thornhill, Teresa, *Sweet Tea with Cardamom. A Journey Through Iraqi Kurdistan*, London 1996
- Thurbon, Collin, *Mirror to Damascus*, 2. ed., New York 1996
- Tilgner, Ulrich, *Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten*, München 2006
- Turnipseed, Joel, *Bagdad Express. Kriegstagebuch*, Hamburg 2004
- Vowles, Alfred, *Wanderings with a Camera in Mesopotamia*, London 1920
- Wali, Najem, *Bagdad Marlboro*, München 2014
- Wali, Najem, *Bagdad: Erinnerungen an eine Weltstadt*, München 2015
- Wannous, Dima, *Dunkle Wolken über Damaskus. Erzählungen*, Hamburg 2014
- Wessel, Günther, *Das schmutzige Geschäft mit der Antike. Der globale Handel mit illegalen Kulturgütern*, Berlin 2015
- Wittmann, Bernard, *Brief aus Kurdistan 1954–1963. Zwischen Krieg und Idyll – Ein Leben im Straßenbau*. Hrsg. von Petra Krusell, Berlin 2008
- Yazbek, Samar, *Die gestohlene Revolution. Reise in mein zerstörtes Syrien*, Zürich 2015
- Yazbek, Samar, *Schrei nach Freiheit. Bericht aus dem Inneren der syrischen Revolution*, Zürich 2012
- Young, Gavin, *Iraq Land of two Rivers*, London 1980
- Young, Gavin, *Return to the Marshes*, London 1989

Filme

- Battle for Haditha*. GB 2007, Regie: Nick Broomfield [Spielfilm über das Massaker von Haditha, Irak, das 2005 von US-Soldaten an irakischen Zivilisten begangen wurde]
- Bekas – Die Geschichte von zwei Superhelden*. Schweden, Irak, Finnland 2012, Regie: Karzan Kader [Geschichte zweier kurdischer Waisenjungen, die 1990 dem Regime von Saddam Hussein in die USA entkommen wollen]
- Bravo Two Zero – Hinter feindlichen Linien*. Südafrika, GB 1999, Regie: Tom Clegg [Kriegsfilm über ein missglücktes Kommandounternehmen des britischen Special Air Service im Zweiten Golfkrieg 1991]
- A Flood in Baath Country*. Syrien 2012, Regie: Omar Amiralay [Dokumentarfilm mit engl. Untertiteln, der scharfe Kritik an der 35-jährigen Alleinherrschaft der Baath-Partei übt]
- Everyday Life in a Syrian Village*. Syrien 1974, Regie: Omar Amiralay [Dokumentarfilm mit engl. Untertiteln, der scharfe Kritik an der Politik der Baath-Partei gegenüber der ärmlichen syrischen Landbevölkerung übt. Die Ausstrahlung des Films wurde in Syrien verboten]
- Green Zone*. USA 2010, Regie: Paul Greengrass [Politthriller über die Frage nach der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak als Grundlage für den Dritten Golfkrieg]

- Hassiba. Syrien 2008, Regie: Raymond Boutros [Spielfilm (nur arabisch) über die sozialen und politischen Umstände in Syrien während der französischen Mandatszeit in den 1930er Jahren]
- Heavy Metal in Baghdad. USA, Kanada 2007, Regie: Suroosh Alvi, Eddy Moretti [Dokumentation über irakische Heavy-Metal-Band nach Ende des Regimes Hussein. Nach einem Mörserangriff fliehen die Musiker, die wie viele junge Iraker Hoffnungen und Träume auf ein freieres Leben hegen, nach Damaskus]
- Home of the Brave. USA 2006, Regie: Irwin Winkler [Spielfilm über US-Soldaten, die aus dem Dritten Golfkrieg traumatisiert zurückkehren]
- Homs. Ein zerstörter Traum. Syrien, Deutschland 2013, Regie: Talal Derki [Dokumentation des syrischen Bürgerkrieges und des Regimes von Staatspräsident Baschar al-Assad, für das der Produzent Orwa Nyrabia in Damaskus vorübergehend inhaftiert wurde und schließlich das Land verlassen musste]
- Inescapable – Entführt in Damaskus. Kanada, Südafrika 2012, Regie: Ruba Nadda [Geschichte eines syrischen Offiziers, der nach seiner Flucht in Kanada ein neues Leben aufgebaut hat, jedoch nach Damaskus zurückkehren muss, nachdem seine Tochter nach Beginn des Arabischen Frühlings spurlos verschwunden ist]
- Jarhead – Willkommen im Dreck. USA 2005, Regie: Sam Mendes [Kriegsdrama des Zweiten Golfkrieges aus der Sicht eines amerikanischen Mannschaftssoldaten]
- Kilomètre zéro. Frankreich, Irak, Finnland 2005, Regie: Hiner Saleem [Irakisch-kurdischer Film über die Zwangsrekrutierung und Flucht eines kurdischen Elektrikers im Ersten Golfkrieg]
- Die letzte Patrouille/Der vermisste Spähtrupp. USA 1934, Regie: John Ford [Kriegsepos über eine britische Patrouille in der mesopotamischen Wüste während des Ersten Weltkriegs, die von feindlich gesinnten Arabern überfallen wird und heldenhaft bis zum letzten Mann kämpft]
- Königreich der Himmel. USA, Spanien, Großbritannien, Deutschland, 2005, Regie: Ridley Scott [Monumentalfilm über die Zeit zwischen dem Zweiten und Dritten Kreuzzug. Kritik an ignoranten Glaubensfanatikern und Darstellung Saladins und eines französischen Kreuzritters als Beispiele für Toleranz und Verständigung über die Kulturgrenzen hinweg]
- Murder in Mesopotamia. GB 2001, Regie: Tom Clegg [Krimi auf der Basis eines Romans von Agatha Christie. Imperiale Sicht und touristische Perspektive]
- Nefes – Der Atemzug. Türkei 2009, Regie: Levent Semerci [Kriegsdrama über Militäroperationen gegen die PKK mit dt. Untertiteln, das in vielerlei Hinsicht dem britisch-amerikanischen Kriegsfilm »Full Metal Jacket« ähnelt. Schauplatz des Geschehens ist die türkisch-irakische Grenze]
- Redacted. USA 2007, Regie: Brian De Palma [dokumentarisches Kriegsdrama um das Massaker von Mahmudiyya, das 2006 von amerikanischen Soldaten an irakischen Zivilisten begangen wurde]
- Schildkröten können fliegen. Iran, Irak, Frankreich 2004, Regie: Bahman Ghobadi [Drama über das Schicksal kurdischer Flüchtlingskinder in der Autonomen Region Kurdistan]
- Sea Clamor. Irak 1987, Regie: Sabeeh Abdil Karim [Kriegsdrama mit frz. Untertiteln, das den deutschen Kriegsfilm »Das Boot« von 1981 teilweise als Vorlage benutzt, die irakische Marine dabei aber heroisch verklärt]
- Syriana. USA 2005, Regie: Stephen Gaghan [Politthriller mit mehreren Handlungssträngen, die sich um die Gier nach dem Öl des Nahen Ostens, Geld und Macht zusammenreihen]

- Red Lines. USA 2014, Regie: Andrea Kalin, Oliver Lukacs [Dokumentarfilm über den syrischen Bürgerkrieg und die Versuche der Aktivisten Mouaz Moustafa und Razan Shalab-al-Sham, internationale Unterstützung für den Sturz des Regimes von Baschar al-Assad zu gewinnen]
- Silvered Water. Syria Self-Portrait. Syrien 2014, Regie: Ossama Mohammed, Wiam Simav Bedirxan [im frz. Exil produzierter Dokumentarfilm über Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen im syrischen Bürgerkrieg mit Schwerpunkt der belagerten Stadt Homs]
- Triage. Belgien, Irland 2009, Regie: Danis Tanovic [Drama um zwei Kriegsreportagen im kurdischen Grenzgebiet]
- The Devil's Double. Belgien, Niederlande 2011, Regie: Lee Tamahori [Spielfilm über einen jungen Iraker, der von Saddam Husseins Sohn Uday gezwungen wird, ein Leben als dessen Doppelgänger zu führen]
- The Flamed Borders. Irak 1987, Regie: Sahed Haddad [Kriegsfilm mit frz. Untertiteln, der die irakischen Soldaten im Ersten Golfkrieg zu Helden stilisiert]
- The Heroes of Desert Storm. USA 1991, Regie: Don Ohlmeyer [Spielfilm, der den Zweiten Golfkrieg aus der Perspektive amerikanischer Teilnehmer schildert]
- Three Kings. USA 1999, Regie: David O. Russell [Satirischer Kriegsfilm, der nach Ende des Zweiten Golfkrieges spielt und von drei US-Soldaten und dem Goldschatz handelt, den Saddam Hussein von den Kuwaitis gestohlen hat]
- Tödliches Kommando – The Hurt Locker. USA 2008, Regie: Kathryn Bigelow [Kriegsdrama über die Mitglieder eines amerikanischen Bombenräumkommandos in Bagdad].

(Die inzwischen zahlreichen TV-Dokumentationen wurden aus Platzgründen in der Regel nicht aufgenommen. Siehe dazu die Programme und Websites der einschlägigen Sender, unter anderem arte, 3sat, ntv, phoenix)

Internet

- <http://www.bpb.de> [Bundeszentrale für politische Bildung; u.a. Islam-Lexikon und mehrere Themenhefte]
- <http://www.auswaertiges-amt.de>
- <http://gurukul.ucc.american.edu/maksoud/water98/present8.htm#Elver> [Private Webseite von Hilal Elver, Baruch Boxer, Jim Lee zum Thema Wasser als Konfliktstoff im Nahen Osten]
- <https://www.hrw.org/de/middle-east/n-africa> [Webseite des internationalen Human Rights Watch]
- <http://www.ict.org.il/Articles.aspx?WordID=23> [Webseite des israelischen International Institute for Counter Terrorism]
- <https://www.newsdeeply.com/syria/>
- <http://www.uniraq.org/index.php?lang=en> [Webseite der UNO zur humanitären Hilfe für den Irak]
- <https://de.qantara.de/search/overview/irak> [Internetportal der Deutschen Welle zum Dialog mit der islamischen Welt]
- <https://de.qantara.de/search/overview/syrien>
- <http://www.mei.edu/search/node/iraq> [Webseite des US-amerikanischen Middle East Institute]
- <http://www.mei.edu/search/node/syria>

<https://www.soas.ac.uk/utility/search.php?q=syria&sa=Go> [Webseite der School of Oriental and African Studies (Universität London)]

<https://www.soas.ac.uk/utility/search.php?q=iraq&more=SOAS&btnSearch.x=0&btnSearch.y=0>

<https://www.giga-hamburg.de/de/giga-institut-für-nahost-studien> [Webseite des Leibniz-Instituts für Nahoststudien]

https://www.zmo.de/publikationen/zmo_studien.html [Webseite des Zentrums Moderner Orient in Berlin]

<http://www.genderindex.org/> [Webseite der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur weltweiten Diskriminierung von Frauen durch staatliche oder gesellschaftliche Institutionen (Social Institutions & Gender Index)]

<http://www.wasserfussabdruck.org> [Webseite der niederländischen Universität Twente zum Thema Wasser, gefördert von der UNESCO]

<http://aqueduct.wri.org> [Webseite des internationalen World Resources Institute zum Thema Wasserrisiken (Knappheit und Überflutungen)]

<http://www.fao.org/nr/water/aquastat/main/index.stm> [Food and Agriculture Organisation der UNO, Schwerpunkt Thema Wasser]

<http://waterinventory.org/> [Inventory of Shared Water Resources in Westasien in Kooperation mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung]

<http://www.unesco.org/new/en/natural-sciences/environment/water/>

http://unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Wissenschaft/Weltwasserbericht_2015_zsfg_dt.pdf

<http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

<http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi> [Webseite des Human Development Report]

(Nicht aufgeführt sind Websites der gängigen Medien, Zeitungen und TV-Sender.)

Nicht aufgenommen wurden folgende Begriffe: Irak, Syrien, Türkei, Osmanisches Reich; Bagdad, Damaskus; Naher Osten, Mittlerer Osten, Orient; Saddam Hussein, Hafiz al-Assad.

- al-**Abadi**, Haider 173, 263, 284
- Abbas (Onkel Mohammeds) 25 f.
- Abbas I. (Safawiden-schah) 46
- Abdülhamid II., Sultan 53 f.
- Abdülmecid, Sultan 49
- Abdullah ibn Hussein, Emir und König von (Trans-) Jordanien 246 f.
- Abdullah II. bin al-Hussein, König von Jordanien 249, 252
- Abu Bakr (Schwie-gervater Mohammeds) 118 f.
- Abukir 238 f.
- Abu Nuwas 229
- Actium 237
- Aden 71, 73
- Adi ibn Musafir, Scheich 148
- Adonis (Ali Ahmed Said Esber) 235
- Ägäis 243
- Ägypten 16, 21 f., 27, 34–36, 43, 49–51, 60, 66–72, 75, 78 f., 82, 84–89, 92–94, 99, 107, 114, 130, 171, 184, 232, 238 f., 241, 257, 269–271, 276, 278
- Afghanistan 75, 80 f., 87, 128 f., 132, 176, 225, 254
- Aflaq, Michel 91, 95, 97, 151
- Afrin siehe Dschabal al-Akrad
- Ahl-e Haqq 157
- Ahmed Pascha al-Dschazzar 49
- Ahmed Rifai 290
- Ain al-Arab siehe Kobane
- Ain Dschalut (Goli-athsquell) 27, 38, 270
- Akkad (antikes Groß-reich) 18
- Akkon 33 f., 41, 47, 49, 239, 270
- al-Anbar 104
- al-Asrak 244, 251
- Aleppo 33, 38, 40, 45–47, 53, 101, 144, 154, 182, 184, 189 f., 222, 232–235, 265, 271, 279, 283, 288
- Aleviten 157
- Alexander der Große 15, 22, 237, 268
- Alexandrette 64
- Alexandria 47, 238, 241
- Alexios I. Komnenos 26, 30
- Algerien 66, 71, 75
- Algier 278
- Ali (Schwiegersohn Mohammeds) 119, 122–124, 292
- Allawi, Ayad 171
- Allenby, Edmund 52
- Amara 191
- al-Ameri, Hadi 263
- Amman 71, 244, 248, 250 f.
- Anatolien 18, 49, 137, 190, 270, 272
- Andalusien 234
- Anfal 103, 165, 279
- Ankara 65, 257–259, 261, 280
- Antakya 65, 151
- Antiochia 29, 31 f., 65, 144, 151
- Apamea 288
- Apameia 22, 233
- Arabische Halbinsel 47, 49, 55, 112, 118, 204, 228
- Arafat, Jassir 66, 72
- Aram-Damaskus 21
- Arbil 61, 155, 165 f., 258, 261 f., 285, 291
- Arif, Abd al-Rahman 96
- Arif, Abd as-Salam 76, 90, 94, 96, 277
- Aristoteles 229, 235
- Armenien 152, 157
- Arwat 237
- Aserbaidshan 46
- al-Assad, Baschar 89, 105, 180 f., 184, 195, 257, 265–267, 280
- al-Assad, Basil 105, 180
- al-Assad, Rifat 102, 279
- Assuan 70, 86, 88
- Assur 20 f.
- Assurbanipal 21
- As-Suwayda 292
- B**abylon 20–22, 268
- al-Baghdadi, Abu Bakr 183

- al-Baghdadi, Abu Umar 183
 Bahdinan 164
 Bahrain 110, 257 f.
 Baibars al-Bunduqdari 39–41
 al-Bakr, Ahmad Hasan 97, 99, 274, 277–279
 Balduin I., Graf von Edessa 32
 Balduin von Boulogne 31
 Bane 163
 Bangladesch 251
 Baniyas 282
 Baquba 140
 Barzani, Ahmed 274 f.
 Barzani, Masud 166 f., 171
 Barzani, Mustafa 161, 164, 166, 275
 Barzanji, Mahmud 58, 61, 272
 Basra 44, 46, 51, 53, 56, 60, 137, 155, 172, 175 f., 192, 222, 271
 Bayda 282
 Beirut 49, 64, 67, 102, 237, 239, 241 f., 255, 271
 Bell, Gertrude 273
 Berlin 52, 73, 248
 Bernhard von Clairvaux 33
 Bethlehem 32, 34
 Bilad ash-Sham (hist. Syrien) 36, 44 f., 47, 55
 Bin Laden, Osama 75
 al-Bitar, Salah ad-Din 91
 Bosphorus 31, 51
 Bosra 233, 289
 Bouazizi, Mohamed 184
 Boumedienne, Houari 66
 Brandt, Willy 248
 Bremer, Paul 175
 Bush, George H.W. 110, 114 f.
 Bush, George W. 28, 128, 174 f.
 Byblos 237
 Byzantinisches Reich 237
 Byzanz 26 f.
 Camp David 83, 89
 Carrae 269
 Carter, Jimmy 76
 Cemal Pascha 51
 Chaldiran 271
 Chatami, Mohammad 253
 China 196, 227
 Chomeini, Ruhollah 78, 81, 87, 99, 107–110, 253
 Chorasana 163
 Chruschtschow, Nikita S. 76
 Churchill, Winston 273
 Clermont 30
 Ctesiphon 228
 Damascenus, Johannes 234
 Daraa 182, 184, 284
 Dardanellen 239 f.
 Deir ez-Zor 52, 184
 Deutschland 60, 65, 141, 165, 174 f., 188, 235, 240, 262, 267, 275, 280
 Diyala 104
 Diyarbakir 158 f.
 Dorylaion 31, 33
 Dschabal al-Akrad 160, 162, 266, 284
 Dschadid, Salah 93, 97
 Dschazira 147, 160, 162
 Duhok 164 f.
 Dura Europos 22, 29
 Dur Scharrukin 283
 Ebla 17
 Ecevit, Bülent 158
 Edessa 22 f., 29, 31–33, 153, 268
 Eisenhower, Dwight D. 70
 Elam 18
 England 33
 Enver Pascha 51
 Erdogan, Recep Tayyip 158, 257
 Eridu 16
 Faisal I., König von Syrien, König des Irak 56 f., 63, 79, 94, 136 f., 246, 273
 Faisal II., König des Irak 78, 94, 274, 276
 Faisal ibn Abd al-Aziz (saud. König) 74
 Falludscha 281, 283, 292
 al-Farabi, Abu Nasr Muhammad 235
 Frankreich 30, 33 f., 44, 49, 55, 70, 78, 81, 88, 174, 179, 189, 241
 Friedrich I. Barbarossa, Kaiser 33
 Friedrich II., röm.-dt. Kaiser 34
 Friedrich, Herzog von Schwaben 33
 al-Gaddafi, Muammar 66, 68, 71, 130 f.

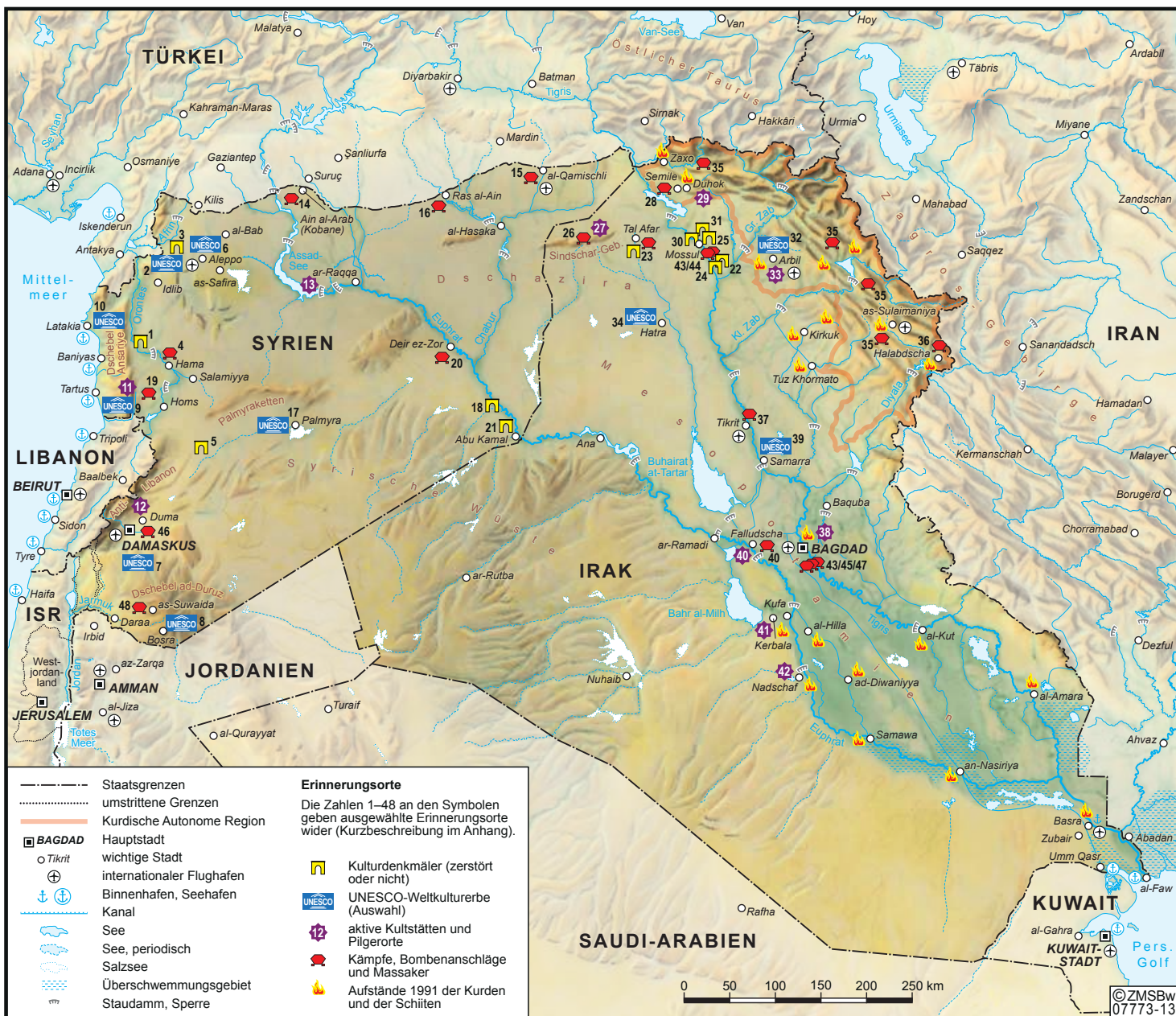
- al-Gailani, Raschid Ali 60, 63, 246, 274
 Galiläa 102
 Gallipoli 240
 Gaza 45
 Genezareth (See) 33, 221
 Genf 161
 Georges-Picot, François 55–57, 136, 272
 Ghazi I., König des Irak 274
 Ghuta 282
 Gilgamesch 17 f., 227
 Glubb, John Bagot 246 f.
 Gnaeus Pompeius 237
 Goltz, Colmar von der 272
 Gottfried von Bouillon 32
 Griechenland 240, 273
 Grobba, Fritz 60
 Großbritannien 44, 49, 50, 55, 66, 70, 77 f., 88, 136, 141, 145, 189, 238 f., 241, 246 f., 249, 275, 287
 al-Hadi, Ali 168
 al-Hafiz, Amin 277
 Haifa 241
 al-Hakim, Ammar 170
 Halabdscha 165, 279, 291
 Hama 40, 45, 101, 179, 182, 206, 222, 277, 279, 288
 Hamadan 46
 Hamad bin Isa al-Chalifa, König von Bahrain 252
 al-Hamadhani (Poet) 229
 Hammurapi I., babylon. König 20, 227, 268
 al-Hariri, Abu Muhammed al-Kasim 229 f.
 Hariri, Rafiq 281
 Harun al-Raschid 26, 270
 Hasaka 160 f., 277 f.
 al-Haschimi, Tarek 173
 al-Haschimi, Yasin 62
 Hatay 64 f.
 Hatra 283, 291
 Hattin 27, 33
 Hauran 64, 190
 Hedschas 272
 Hitler, Adolf 60
 Homs 40, 101, 152, 182, 233, 267–269, 289
 Horn von Afrika 257
 al-Huda, Bint 100
 Hula 282, 290
 Hums 45
 Husain (Enkel Mohammeds) 25, 116, 122–124, 288 f., 292
 Hussein I., König von Jordanien 22, 51, 69, 71, 80 f., 90, 94, 97, 99 f., 104 f., 107–112, 114 f., 128, 134, 145, 147, 156, 169, 171, 174 f., 206, 246–250, 252, 277–279
 Hussein, Qusai 104
 Hussein, Udai 104
 Ibrahim Pascha 49 f.
 Idlib 182, 284
 Incirlik 251
 Indien 238 f.
 Iran 18, 46, 73, 76–79, 83–87, 99–103, 106–113, 123 f., 128 f., 131, 147, 156 f., 162–165, 171, 193, 208, 220, 252–256, 259, 262–267, 275, 278 f., 286
 Isin 16
 Iskenderum 64
 Ismail Khan 254
 Israel 29, 36, 67, 70–73, 80, 82 f., 86–89, 98, 101 f., 105–107, 141, 221, 240 f., 246–249, 253, 255, 265, 278, 287
 Istanbul 39, 46, 51, 158, 185
 Jaffa 239
 Jakob I. von Aragon 41
 Jarmo 16
 Jarmuk 269
 al-Jaulani, Abu Muhammad 182
 Jemen 27, 68 f., 74, 129, 184, 257
 Jerusalem 22, 24, 27, 30–36, 45, 51 f., 68, 246 f., 266, 268, 270
 Johannes der Täufer 116, 233
 Jordanien 44, 56, 71, 82, 84, 91, 104, 112, 226, 234, 241, 244–251, 277
 Jundi, Abd-al-Karim 93
 Justinian, Kaiser 31

- Kairo** 36–39, 41–43, 46, 49, 61, 66, 69, 71, 73 f., 82, 88 f., 99, 238, 270, 273
Kalhu/Nimrud 21
Kamal, Hussein 104
Kamel, Saddam 104
al-Kamil, Sultan 34
Kap Matapan 240
Karak 40
Kardesia 23
Karl der Große 26
Karl von Anjou 41
Karrada 292
Karthago 237
Kassim 96
Kaukasus 60, 137, 204
Kenia 280
Kerbala 25, 46, 122, 123 f., 278
Kerboga, Atabeg von Mossul 31
Kermanschan 163
Khabur 153, 155
Khashoggi, Jamal 267
al-Khateb, Hamza Ali 184
Khorramshar 106
Khurasan 25
Kilikien 152
Kirkuk 56, 165, 167, 171, 184, 261–263, 284
Kisch 16
Klaudios Ptolemaios 15
Kleopatra VII. 237
Kobane 159 f., 162 f., 184, 258, 282 f.
Konia 27
Konrad III., röm.-dt. König 33
Konstantinopel 27, 30 f., 34, 45, 49, 151, 237
Konya 49
Krak des Chevaliers 32, 289
Kreta 242 f.
Kütahya 49
Kufa 228 f., 269
Kurdistan/Kurdische Autonome Region 58, 61, 94, 103, 160, 163, 165–167, 196, 258, 261 f., 277
Kut-al-Amara 272
Kuwait 73, 94, 103, 110–113, 174, 195, 276, 279
Kyros II., persischer König 22
Lagasch 16
Laodikeia 33
Lausanne 58, 156, 273
Lawrence, Thomas Edward 51 f., 55, 245, 272 f.
Lepanto 237
Levante 26, 216, 238, 255
Libanon 32, 36, 44 f., 53, 55, 64 f., 67, 71, 83 f., 86, 91, 98, 101 f., 105, 131 f., 141, 151, 187, 216, 223, 241–243, 252, 265, 273, 278, 281, 292
Libyen 68, 71, 84, 129 f., 184
London 69, 90, 105
Ludwig VII., König von Frankreich 33
Ludwig IX., König von Frankreich 34
Maalula 152, 233, 289
Ma'an 250
Madrid 105
al-Madschid, Ali Hasan 103
Mahabad 163 f.
al-Mahdi, Adil Abd 264
Mahmud II., Sultan 49
al-Maliki, Nuri 132, 169–173, 207, 263
al-Mansur, Abu Dschafar 228
Manzikert 30, 270
Mar Behnam (Kloster) 23
Marcus Antonius 237
Mardsh Dabiq (Ebene) 45, 271
Marhabad 275
Mari 17, 20, 290
Marokko 66, 73, 114
Masum, Fuad 166
Maude, Frederick Stanley 52
Maududi, Sayyid Abul Ala 74
Maysalun 273
Medina 25, 47, 117 f., 235, 245
Mehmet Ali 49 f., 271
Meißner, Heinrich August 235
Mekka 47, 51, 87, 117 f., 121, 245, 273
Melek Taus 148
Meriwan 163
Mesopotamien 15 f., 20–23, 26 f., 45, 47, 51–53, 55, 57, 137, 141, 217, 227 f., 232, 268 f., 271–273
Mina, Hana 235

- al-Mir, Ahmad 93
- Mohammed 25, 29, 39, 117–119, 122, 124, 132, 211, 228, 292
- Mohammed Ali 43
- Mohammed bin Zayid al-Nahyan, Scheich von Abu Dhabi 252
- Moltke, Helmuth von 50
- Moskau 73, 76 f., 79–81, 83, 187, 276
- Mossul 23, 25, 31, 33, 44–46, 52 f., 56, 94 f., 137, 149 f., 155, 169, 183 f., 216, 223, 260–263, 272 f., 276, 283, 290–292
- Mubarak, Husni 75, 84, 89
- Mudros 272
- Müller, Johann Gottfried 61, 187, 61
- Munqidh, Usama Ibn 235
- Murad IV., Sultan 47
- Mursi, Mohammad 89
- Musafir, Adi ibn 291
- Mussavi, Mir Hossein 253
- al-Mutazz, Ibn 229
- al-Mutlak, Saleh 171
- Mutwallis II., hethitischer König 268
- N**ablus 45
- Nabopolassar, neubabylonischer König 21, 268
- Nadschaf 46, 122, 276, 278, 292
- Napoleon I., Kaiser der Franzosen 43, 47, 49, 238 f., 271
- Naram-Sin, akkad. König 19
- Nasser, Gamal Abdel 66, 68–72, 74, 78, 80, 88, 92–95, 171, 241, 277
- Natiq, Fadil ibn (Theologus Autodidactus) 231
- Nazareth 34, 38
- Nebukadnezar I., babylonischer König 20
- Nebukadnezar II., babylonischer König 21, 268
- New York 75, 128, 174
- Nicaea 31
- Niedermeyer, Oskar von 60
- Nigeria 257
- Nimrud 21, 23, 283
- Ninive 21, 23, 104, 290
- Nippur 16
- Nisibin 49
- Nisibis 23
- Nubien 41
- an-Numairi, Dschafar Muhammad 71
- Nusaybin 160
- O**ctavian (der spätere Kaiser Augustus) 237
- Öcalan, Abdullah 158 f., 162, 278–280
- Öcalan, Osman 162
- Österreich 50, 240
- Oman 110
- Oppenheim, Max von 60
- Orient 60 f., 66, 76, 83
- Osman I. 289
- Osmanisches Reich 43–46, 49, 51–53, 55, 65, 135–137, 140 f., 152, 156, 204, 232, 237–239, 271 f.
- Ost-Ghuta 265 f., 284, 292
- P**akistan 75 f., 78
- Palästina 21, 26, 29 f., 34, 36, 44, 49, 55, 56, 60, 67, 71, 82, 91, 141, 257, 268, 270, 275
- Palästina 245 f.
- Palkhana 56
- Palmyra 29, 206, 232, 269, 283
- Paris 243
- Petraeus, David 176, 282
- Philipp II. August, König von Frankreich 33
- Port Said 241 f.
- Portsmouth 275
- al-Qadisiya 269
- Qamischli 160 f., 281, 290
- Qasim, Abd al-Karim 78–80, 94 f., 79, 276
- Qasr Amra 226
- Qatar 110, 131, 257 f.
- Qataris 258
- Qazi Mohammed 163 f., 275
- al-Qudsi, Nazim 93
- Qutb, Sayyid 74
- al-Quwatli, Schukri 92, 275
- R**abin, Jitzchak 72
- Rafsandschani, Akbar Haschemi 253
- Ramadi 283
- Ramses II., Pharao 268

- Raqqa 126, 183 f.,
 251, 265, 284
 Ras al-Ain 282 f.
 Raschid Agha, Ramzi
 Nafi 61
 Raschid Ali al-Gailani
 274
 Rhodos 238
 Riad 254, 257
 Richard Löwenherz,
 König von Eng-
 land 33 f.
 Rojava 258
 Rom 23, 151, 153, 155
 Rommel, Erwin 61
 Rückert, Friedrich
 230
 Rukayya 116, 124,
 288
 Rumailah-Erdölfeld
 111
 Russland 61, 131 f.,
 187, 253, 256, 267
 as-Sadat, Anwar 67,
 75, 84, 87–89, 99
 as-Sadr, Baqir 100
 al-Sadr, Muqtada
 170, 263 f.
 al-Sadr, Musa 101
 as-Said, Nuri 63, 78 f.
 Said, Scheich 160
 Saladin (Salah ad-Din)
 24, 27, 32–36, 91,
 104, 270, 289
 Salamis 237
 Salih, Barham 264
 Salman bin Abd
 al-Aziz, König von
 Saudi-Arabien 252
 Samarra 168, 231, 292
 al-Samarra, Ibrahim
 183, 231
 Sandhurst 249
 Sandschak 274
 San Remo 57, 272 f.
 Sargon, akkadischer
 König 19
 as-Sarradsch, Abd al-
 Hamid 94
 Saudi-Arabien 69, 72,
 74 f., 84, 86, 101, 110,
 112–114, 117, 131 f.,
 235, 252–254, 256,
 258 f., 267
 Saydnaya 152 f., 289
 Schamschi-Adad I.,
 pers. König 21
 Scharif ad-Din 283
 Schatt al-Arab 106
 Scherif Hussein von
 Mekka 246
 asch-Schischakli, Adib
 bin Hassan 92
 Schröder, Gerhard
 174
 Schwarzkopf, Norman
 115
 Seleukia 22, 154,
 268
 Selim I., Sultan 43, 45
 Semile 62, 140, 274
 Seqiz 163
 Sèvres 156, 272 f.
 Shahrazur 46
 Sidon 47, 49, 237
 Sidqi, Bakr 62, 274
 Simeon, Hl. 233
 Sinai 241
 Sinai-Halbinsel 70,
 241
 Sindschar 282 f.
 Sinne 163
 as-Sisi, Abd al-Fattah
 89
 Souda (Bucht auf
 Kreta) 243
 Sowjetunion 60, 69,
 73, 75, 77, 80–83,
 86–88, 98, 103, 164,
 241, 275 f., 278
 Spanien 25, 30, 238
 Sri Lanka 251
 Stalingrad 61
 Stark, Freya 274
 Stoltenberg, Gerhard
 242
 Sudan 71, 257
 Süleyman I., Sultan
 44–46, 271
 Sulaimania 262
 Sulaimaniya 165
 Sulaiman Schah 289
 Sumer 17, 19
 Sykes, Mark 55–57,
 136, 272
 Täbris 46
 Takriti, Hardan 66
 Talaat Pascha 51
 Talabani, Dschalal
 166, 171
 Tal Afar 283
 Talal bin Abdullah,
 König von Jorada-
 nien 71, 247
 Talib, Ali ibn Abi 292
 Tall Abyad 159
 Tal Uwainat 224
 Tamim bin Hamad
 al-Thani, Emir von
 Qatar 252
 Tartus 82, 237
 Taurus (Gebirge) 77
 Teheran 253–257
 Tiberias 221
 Tikrit 33, 283, 291
 Timur Lenk (Tamer-
 lan) 43, 270
 Transjordanien siehe
 Jordanien
 Tripolis 32, 45
 Trump, Donald 265,
 267, 284

- Türkei 29, 31 f., 36, 52, 58, 65, 77–79, 84–87, 124, 131, 151, 156–161, 171, 216, 220 f., 253, 257–259, 273–276, 279 f., 283
- Tunesien 27, 129 f., 184
- Tunis 238
- Türkei 290
- Tyros 237
- U**khaidhir 231
- Umar, Kalif 119
- Umma 16
- Umran, Muhammad 93
- Ur 14, 16, 19
- Urban II., Papst 30
- Urfa 158
- Ur-Nammu, sumerischer König 19
- Uruk 16 f.
- USA 28, 69 f., 73, 75–78, 80–82, 86–89, 101, 103, 105 f., 109, 112–115, 126 f., 129, 132, 154, 163, 174, 182, 241, 247, 252–254, 265, 267, 276, 279
- Uthman, Kalif 119
- V**enedig 27, 237
- Vereinigte Arabische Emirate 110
- Vereinigte Arabische Republik (VAR) 72, 78 f., 82, 85, 88, 93–95, 276
- Vorderer Orient 78 f.
- al-**W**ahhab, Muhammad ibn Abd 74
- Washington 67, 69, 73, 77 f., 81, 128, 176, 253
- Westbank siehe Westjordanland
- Westjordanland 247
- Wilson, Arnold 57
- Y**azid, Kalif 124
- Z**agros (Gebirge) 21, 77
- al-Zaim, Husni 92
- Zainab (Schwester Husains) 124
- az-Zarqawi, Abu Musab 182 f., 292
- Zawahiri 182 f.
- al-Zawahiri, Aiman 182
- Zengi, Imad ad-Din 33
- Zypern 238, 241



Autorinnen und Autoren

Nushin Atmaca, Zentrum Moderner Orient Berlin

Oberstleutnant i.G. Jörg Barandat, Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg

Dr. Roby C. Barrett, Senior Fellow, Joint Special Operations University, Scholar and Expert, Middle East Institute, Washington, DC

Major Stefan Maximilian Brenner M.A., ZMSBw, Potsdam

Prof. Dr. Johann Büssow, Asien-Orient-Institut, Abteilung für Orient- und Islamwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen

Prof. Dr. Loretana de Libero, Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg

Dr. Tim Epkenhans, Orientalisches Seminar, Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg

Dr. Hauke Feickert, Bonn

Dr. Andrea Fischer-Tahir, Centrum für Nah- und Mittelost-Studien, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Henner Fürtig, GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg

Regierungsrätin Tina Grotefend, Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr, Mayen

Siamend Hajo, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien Berlin

Prof. Dr. Peter Heine, Professor für Islamwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin i.R.

PD Dr. Jochen Hippler, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen

Oberstleutnant i.G. Dr. Martin Hofbauer, Bundesministerium der Verteidigung

Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch, ZMSBw

Dr. Anna Kollatz, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Philosophische Fakultät, IOA/Abt. für Islamwissenschaft und Nahostsprachen

Dr. Bernd Lemke (bl), ZMSBw, Potsdam

Dr. Miriam M. Müller, Hamburger Institut für Sozialforschung

Dr. Walter Posch, Landesverteidigungsakademie Wien

Dr. Pherset Rosbeiani (pr), Universität Salahaddin, Arbil

Eva Savelsberg, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien Berlin

Prof. Dr. Udo Steinbach, Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Martin Tamcke, Theologische Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen

Dr. Benjamin Thomas White, School of Humanities (History), University of Glasgow

Irak und Syrien zählen derzeit zu den weltweit gefährlichsten Konfliktzonen mit erheblichen Auswirkungen auch auf Deutschland und Europa: Der Irak befindet sich seit mehr als 30 Jahren in einem Dauerzustand zwischen Krieg und Krise; Syrien versank 2011 in einem brutalen Bürgerkrieg, in den sich bald auch externe Akteure einmischten. Zwar hat die Anwendung von Gewalt in beiden Staaten inzwischen abgenommen, dennoch bleiben die Konflikte unvermindert bestehen. Immer wieder kommt es zu Kämpfen oder Bombenattentaten.

Die Bundeswehr setzt daher als Teil der westlichen Sicherheitspartnerschaft ihr im Jahre 2014 begonnenes Engagement in der Region fort. Der Ausbildungsmission im Irak wurde inzwischen von der Kurdischen Autonomen Region (KAR) auf das ganze Land ausgedehnt. Der beteiligte »Tornado«-Aufklärungsverband zog vom türkischen Incirlik nach Jordanien (al-Asrak) um. Die deutsche Marine unterstützt im östlichen Mittelmeer die EU-Grenzschutzorganisation FRONTEX weiterhin bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme sowie die maritime Sicherheitsoperation »Sea Guardian« der NATO im Mittelmeer.

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften trägt den neuen Entwicklungen Rechnung und legt den »Wegweiser zur Geschichte. Irak und Syrien«, ergänzt um zwei Beiträge, neu auf. Die bewährten Anhänge wurden aktualisiert.